



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Denkmalsetzungen in Floridsdorf Der Bürgerkrieg im Februar 1934

Verfasserin

Doris Warlitsch

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, den 20. Oktober 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz

In Erinnerung an unsere „Mutter“ Anna Basler

Inhalt

Vorwort	1
1 Einleitung	3
2 Der Weg zum Aufstand – Parteipolitik in der Ersten Republik	12
2.1 Die Sozialdemokratische Partei	20
2.2 Die Christlichsoziale Partei	23
2.3 Die Großdeutsche Volkspartei	25
2.4 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	27
2.5 Die Kommunistische Partei	30
2.6 Heimwehr und Republikanischer Schutzbund als parteieigene Wehrverbände	31
3 Die Februarkämpfe von 1934	35
3.1 Der Bürgerkrieg in Floridsdorf	44
3.2 Das Leben nach dem gescheiterten Aufstand	49
3.3 Gründe für das Scheitern des Aufstandes	55
4 Die Beschäftigung mit der Vergangenheit – Gedenkkultur und Erinnerungspolitik der Zweiten Republik	59
4.1 Die Entwicklung der österreichischen Denkmallandschaft	67
4.2 Die parteiiche Auseinandersetzung um Gedenkkultur im Zeichen des „Burgfriedens“	75
4.3 Die 80er Jahre – eine Wende in der Erinnerungskultur	87
4.4 Gedenken und Erinnerung an den Februar 1934	93
5 Zum Gedenken an den Februar 1934 in Floridsdorf und in Donaustadt	101
5.1 Politische Umbenennung von Straßennamen in Wien	101
5.1.1 Straßennamen in Floridsdorf	104
5.2 Georg Weissel und die Feuerwehr als Zentrum des Schutzbundes in Floridsdorf	109
5.3 Die sozialen Wohnbauten als Kampf- und Erinnerungsorte	114
5.3.1 Das Arbeiterheim Floridsdorf	116
5.3.2 Der Schlingerhof	119
5.3.3 Der Karl Seitz-Hof (früher „Gartenstadt“)	123
5.3.4 Der Paul Speiser-Hof (früher FAC-Hof)	126
5.3.5 Der Goethehof	128
5.3.6 Der Anton Dobritzhofer-Hof	131
5.3.7 Der Josef-Kohl-Hof	133
5.3.8 Der Rudolf Krbec-Hof	135
5.4 Der Februaraufstand in den Betrieben	137
6 Resümee	149
Anhang	161

Abkürzungsverzeichnis	161
Zeitleiste 1918-1938	162
Abbildungsverzeichnis	166
Verzeichnis der Statistiken	168
Ergänzende Tabellen und Statistiken	168
Quellenverzeichnis	173
Zusammenfassung	184
Lebenslauf	185

Vorwort

Für die Wahl des Untersuchungsgegenstandes dieser Diplomarbeit war der Ausgangspunkt die Teilnahme an den Exkursionen nach Berlin 2004 und Hamburg 2005 im Rahmen meines Studiums unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Carola Sachse bzw. Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz. Einige Gedenkortorte konnte ich im Zuge von Stadtführungen, die sich auf die Zeitgeschichte bezogen, besichtigen. Motiviert durch die Beschäftigung mit der Erinnerungskultur der zwei Großstädte begann ich mich für jene Gedenkortorte in Wien zu interessieren und warf einen kritischen Blick in Reiseführer durch meine Heimatstadt.

Die gängigsten Stadtführer zeigen die bekanntesten historischen Denkmäler in Wien wie zum Beispiel das „Denkmal der Republik“ neben dem Parlament, die Pestsäule am Graben, den Stephansdom, u. v. m. Nicht nur die äußeren Bezirke, sondern auch die Gedenkortorte mit zeithistorischem Bezug werden kaum berücksichtigt. Speziellere Stadtführer wie „Denkwürdiges Wien“ von Erich Klein¹ oder der „Antifaschistische Stadtführer“² von Herbert Exenberger konzentrieren sich hier auf bestimmte Aspekte der Zeitgeschichte wie die Erste und Zweite Republik bzw. den Widerstand gegen den Faschismus.

Aus pragmatischen Gründen beschränkt sich die vorliegende Untersuchung auf die in meinem Heimatbezirk Floridsdorf und teilweise Donaustadt befindlichen Erinnerungsorte, die der Opfer der Februarkämpfe von 1934 gedenken. Jeder dieser Orte erzählt eine Geschichte, die ich anhand von Dokumenten und Quellen, Publikationen und Erzählungen darzustellen versuche. Neben der Darstellung des historischen Kontexts der Gedenkortorte sollen auch die Umstände der jeweiligen Denkmalsetzungen, wenn möglich, beleuchtet werden.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Bertrand Perz sowie Florian Freund, die beide viel Geduld mit mir aufbrachten, herzlich für Rat und Hilfe bedanken. Besonders meiner Familie möchte ich danken, die mir mit ihrer Unterstützung das Studium erst ermöglicht hat.

¹ Erich Klein, Denkwürdiges Wien. Gehen & Sehen. 3 Routen zu Mahnmalen, Gedenkstätten und Orten der Erinnerung der Ersten und Zweiten Republik. (Falter's City walks, 5). Wien 2004.

² Herbert Exenberger, Antifaschistischer Stadtführer Wien, Wien 1985.

Mein Dank gilt außerdem den Mitarbeitern des Bezirksmuseums Floridsdorfs, Theresia Rudolph und Karl Kalis. Ebenso danke ich dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, allen voran Herbert Exenberger und Andreas Peham, den Mitarbeitern des Wiener Stadt- und Landesarchiv, dem Archiv für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und Herrn Stefan Reitgruber vom Verein zur Förderung historischer Fahrzeuge der Österreichischen Automobilfabriken. Ebenso dankbar bin ich all meinen Freunden, die mich nicht nur bei der Korrektur unterstützten, sondern mich immer wieder motivierten.

1 Einleitung

„Erinnerung besteht [...] nicht nur aus Inhalten, die dem Bewusstsein verfügbar sind, sondern auch aus dem, was nicht erinnert werden will, sich aber dennoch nicht begraben lässt.“³

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Februarkämpfen 1934 in den Wiener Gemeindebezirken Floridsdorf und Donaustadt, und insbesondere mit den Denkmälern, die an die Opfer dieser Zeit erinnern.

Zur Erklärung der Ursachen des Bürgerkriegs werde ich mich in Kapitel 2 dieser Arbeit den politischen Parteien der Zwischenkriegszeit und deren Politik widmen. Dies erscheint deshalb notwendig, um die historischen Ereignisse zu verstehen, und es wird verdeutlichen, warum sozialdemokratische Denkmalsetzungen zu den Ereignissen von 1934 so dominierend waren. Die Konflikte seit 1918 schufen die Vorbedingungen für den „Aufstand“. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie hatten sich „neue, alte“ Ideologien konstituiert, politische Tendenzen wuchsen und verschwanden, die Weltwirtschaftskrise hatte enorme soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge und die Regierung hatte nicht nur im Inland mit diesen Problemen zu kämpfen.

Im Sinne einer kritischen Betrachtung muss darauf hingewiesen werden, dass der Aufstand im Februar 1934 in Wien und in einigen wenigen Bezirken der Bundesländer nicht als rein sozialdemokratischer Aufstand gegen die austrofaschistische Diktatur gesehen werden kann. Denn nicht nur Mitglieder der SDAP waren am Kampfgeschehen beteiligt, auch Kommunisten engagierten sich in dem bewaffneten Aufstand gegen die autoritäre Regierung. Den sozialdemokratischen Geschichtsdarstellungen entgegenend reklamierten sie nach 1945, Teil dieser Bewegung gewesen zu sein.⁴

³ Meinrad Ziegler, Waltraud Kannonier-Finster, Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit. (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek, 25). Wien, Köln, Weimar 1997, 73.

⁴ Von kommunistischer Seite wird rege Kritik an den Sozialdemokraten geübt, verantwortlich für den Fehlschlag des Aufstandes zu sein; vgl. Arnold Reisberg, Februar 1934. Hintergründe und Folgen. Wien 1974, 211.

Im dritten Teil der Arbeit gehe ich auf die Ereignisse im Februar 1934 in Wien sowie auf die Ursachen und Folgen im Detail ein.

In Wien wurden in der Zweiten Republik viele Gedenkmale geschaffen, die an die Geschehnisse der Ersten Republik erinnern. Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit den Denkmälern war die Frage nach deren Bedeutung. Welche Absicht stand dahinter, vergangene Begebenheiten in der Gegenwart so präsent zu halten, und welchen Sinn erhalten Gedenktafeln, Monumente und Statuen, wenn sie von vielen Passanten nicht einmal registriert und verstanden werden? Da ich in Floridsdorf und Donaustadt aufgewachsen bin, interessiert mich die Geschichte und Gedenkkultur dieser beiden Wiener Bezirke besonders.

Im 4. Teil beschreibe ich daher die zeitliche Entwicklung der Denkmallandschaft von 1945 bis heute. Diese führt zu einer differenzierten Betrachtung verschiedener Stränge und Entwicklungsphasen der Denkmalsetzungen, zumal die Regierungen ihre eigene Denkmalkultur schufen und die Erinnerungskultur auch durch neue Sichtweisen der Geschichtswissenschaft erneuert wurde.

Die Erinnerungskultur in Österreich seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat verschiedene Stadien erlebt. Fragestellungen zum Umgang mit Denkmälern, deren Gestaltung und die Einbeziehung der Öffentlichkeit, werden seit den 70ern in der Wissenschaft diskutiert. In meiner Arbeit soll das Ausmaß des Einflusses der Politik auf die Denkmallandschaft näher analysiert werden. In den 80er Jahren entstand allmählich ein neues Geschichtsbewusstsein, das den bisherigen öffentlichen Umgang mit der Vergangenheit kritisierte und somit eine neue Richtung der Denkmalkultur initiierte.

Das 5. Kapitel dieser Arbeit widmet sich schließlich konkreten Beispielen von Denkmälern in Floridsdorf und Donaustadt, die an die Akteure und die Opfer der Februarkämpfe von 1934 erinnern. Den kommunalen Wohnbauten kam hier eine besondere Rolle zu, da sie nicht nur im Mittelpunkt der Kampfhandlungen gestanden hatten, sondern generell für die Sozialdemokraten als Symbol für das „Rote Wien“ von ganz besonderer Bedeutung waren.

Einige Unternehmen entwickelten eigene Gedenktraditionen, aktiv wurden etwa die Straßenbahner oder auch die Feuerwehr, deren Mitarbeiter wesentlich zum

Aufstand beigetragen hatten. Einigen Opfern dieser Betriebe wurde von dem jeweiligen Unternehmen selbst ein Denkmal gesetzt. Weiters finden sich in Wien Straßen, die nach Widerstandskämpfern benannt wurden. Die Umbenennungen dieser Straßen werden im Laufe meiner Arbeit näher betrachtet.

Die Arbeit soll einen Beitrag zur Erinnerungsforschung Wiens sowie zur Regionalgeschichte Floridsdorfs und Donaustadts leisten.

Forschungsstand: Bürgerkrieg und Denkmalsetzung

Zu den Februarkämpfen von 1934 sind zahlreiche Publikationen zu finden⁵. Viele Zeitzeugen haben ihre Erlebnisse noch im Jahr der Februarereignisse zu Papier gebracht, wie zum Beispiel die beiden führenden Sozialdemokraten Julius Deutsch⁶ unter dem Titel „Der Bürgerkrieg in Österreich“ und Otto Bauer mit seiner Veröffentlichung über den „Aufstand der österreichischen Arbeiter“⁷, die in Prag erschien. Deutsch rechtfertigte den Aufstand des Schutzbundes, indem er ihre Taten als Verteidigung der Arbeiterschaft gegen die von der Regierung forcierte Diktatur sah. Die gleiche Meinung vertrat Otto Bauer. Er meinte, die nicht erfolgte Abrüstung der bürgerlichen Partei habe zur Notwendigkeit einer Reaktion der SDAP geführt – nämlich der Gründung des Republikanischen Schutzbundes.⁸ Weiters schrieb Otto Bauer, dass sich die Arbeiterschaft nicht nur gegen die Diktatur in Österreich auflehnen musste, sondern sich gleichzeitig gegen den Einfluss Hitlers und Mussolinis zu wehren hatte.⁹

In einer nüchternen Sichtweise schildert das maschinengeschriebene Manuskript aus dem Jahre 1937 des ehemaligen Stadthauptmanns des Bezirks Flo-

⁵ Allgemeinere Darstellungen der Zwischenkriegszeit liefern u.a. die folgenden Werke: Erika Weinzierl, Kurt Skalník, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1. Graz, Wien, Köln 1970 sowie Friedrich Heer, Der Kampf um die Österreichische Identität, Wien 1981.; Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994.

Konkret zum Thema der Februarkämpfe sind allein in den letzten 15 Jahren folgende Publikationen erschienen: Werner Anzenberger, Martin Polaschek, Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz 2004; Stephan Neuhäuser (Hg.), „Wir werden ganze Arbeit leisten...“ Der austrofaschistische Staatsstreich 1934. Norderstedt 2004.; Erika Weinzierl, Der Februar 1934 und die Folgen für Österreich. Wien 1995.

⁶ Julius Deutsch, Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen. Karlsbad 1934.

⁷ Otto Bauer, Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Prag 1934.

⁸ Vgl. O. Bauer, Aufstand, 5.

⁹ Vgl. O. Bauer, Aufstand, 14.

ridsdorf, Heinrich Petri¹⁰, die Ereignisse des Februars 1934. Grundlegend tendieren Petris Aufzeichnungen zu neutraleren Formulierungen und versuchen chronologisch die Ereignisse wieder zu geben, ohne seine sozialdemokratische Haltung zu verbergen. Zahlreiche Februarkämpfer schilderten aus ihrer Sicht die Februarereignisse.¹¹ Weitere Publikationen von sozialdemokratischen Autoren dominieren bis Mitte der 70er Jahre¹².

Nur wenige Darstellungen wurden zu diesen Ereignissen von christlichsozialer Seite herausgegeben.¹³

Josef Schneider und Carl Zell¹⁴ beschrieben noch im Jahr 1934 die Ereignisse der Februarkämpfe aus der Sicht der Exekutive. Sie beschrieben die Kämpfe als eine schon lange zuvor geplante, gewalttätige Revolution der Sozialdemokraten, die durch die prompte Reaktion der Exekutive niedergeschlagen worden wäre, und so das Volk vom Schlimmsten hätte bewahrt werden können. Die beiden Autoren sahen vor allem die sozialen Wohnbauten als gezielt geplante Festungsbauten der Arbeiterpartei und beschuldigten sie, die Wohnungspolitik für ihre Zwecke instrumentalisiert zu haben. Sie zeigten in ihren Darstellungen keinerlei Verständnis für die Notwehrhandlung der Sozialdemokraten gegen die Abschaffung der Demokratie.

Theodor Veiter streicht im Jahre 1978 in seinem Buch besonders die zwischenparteilichen Auseinandersetzungen hervor.¹⁵ Veiter, der als Sekretär in der

¹⁰ Heinrich Petri, Der Februaraufstand in Floridsdorf. Maschinenschriftliches Manuskript, Wien 1937.

¹¹ So z. B.: Heinrich Petri, Der Februaraufstand in Floridsdorf. Maschinenschriftliches Manuskript, Wien 1937.; Julius Deutsch, Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen. Karlsbad 1934.; Otto Bauer, Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Prag 1934; Bruno Sokoll, Lebensbeschreibung. In: DÖW 620, 28 Seiten.;

¹² Darunter: Sozialistische Hefte, 2. Jg., Heft 12: Die Wahrheit über den Februar 1934. Wien 1946; Joseph Buttinger, Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der Sozialistischen Bewegung. Köln 1953; Otto Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund. Wien 1963.

¹³ Vgl. Robert Hoffmann, Neuere Literatur zur Geschichte Österreichs von 1927 bis 1938. In: Zeitgeschichte, 3. Jg., Heft 11/12, Wien, Salzburg 1976, 388. Hoffmann gibt als christlichsoziale Publikationen an: Ludwig Reichhold, Opposition gegen den autoritären Staat. Christlicher Antifaschismus 1934-1938. Wien 1964.; Anton Pelinka, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreich 1933 bis 1938. Wien, München, Zürich 1972 (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung).

¹⁴ Josef Schneider, Carl Zell, Der Fall der roten Festung. Wien 1934.

¹⁵ Theodor Veiter, „Das 34er Jahr“. Bürgerkrieg in Österreich. Wien, München 1984.

christlichsozialen Bundesfraktion im Parlament von 1929 bis 1934 tätig war¹⁶, analysierte die Ereignisse nicht nur im innerparteilichen Gegensatz der Christlichsozialen Partei, sondern ging auch auf die Konflikte mit der Vaterländischen Front ein. Seine Ausführungen über die politischen Entwicklungen in der Ersten Republik versuchen seine These zu untermauern, dass die Ereignisse notwendigerweise zum Februarkampf geführt hätten. Demnach spricht er die Verantwortung des Bürgerkriegs nicht einer bestimmten Partei zu, sondern erklärt sie aus der außen- und innenpolitischen Situation Österreichs.

Insbesondere seit Ende der 70er Jahre erschienen wissenschaftliche Veröffentlichungen zur Zwischenkriegszeit, die sich auf die Fragen nach Ursachen und Auswirkungen des Februaraufstandes konzentrieren.¹⁷ Kurt Peball beschrieb im Jahre 1978 in der „Militärhistorischen Schriftenreihe“ die Geschehnisse im Februar 1934 aus einer militärstrategischen Sichtweise¹⁸ und vertrat darin die Meinung, dass der Republikanische Schutzbund einen aussichtslosen Kampf geführt habe, der rechtzeitig hätte beendet werden müssen.¹⁹

Bruno Kreisky initiierte Anfang der 70er Jahre zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Ersten Republik die Einrichtung einer historischen Kommission. Diese „Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938“ organisierte vier wissenschaftliche Symposien. Bei der zweiten Veranstaltung am 5. Februar 1974 wurde in der Folge der Fokus auf den 12. Februar 1934 gelegt. Das Symposium wollte einen Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit leisten. Die Referate beschäftigten sich mit unterschiedlichen Aspekten wie den Beginn, Verlauf und Folgen der Februarkämpfe.

¹⁶ T. Weiter, „Das 34er Jahr“, 16.

¹⁷ So z. B.: Gerhard Botz, Beiträge zur Geschichte der politischen Gewalttaten in Österreich von 1918-1933. Bd. 2, München 1976.; Kommunistischer Bund Salzburg/Hallein (Hg.), Februarkämpfe 1934 in Österreich. Salzburg 1974; A. Reisberg, Februar 1934.; Ludwig Jedlicka, Rudolf Neck (Hg.), Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974. (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 2). Wien 1975.

¹⁸ Siehe Kurt Peball, Die Kämpfe in Wien im Februar 1934. Hg. vom Heeresgeschichtlichen Museum. (Militärhistorische Schriftenreihe, 25). Wien 1978.

¹⁹ Faktoren, wie nicht ausreichender Nachschub an Nahrungsmitteln, geringe bzw. alte Waffenlager, die gute Ausbildung der Exekutive, die Uneinigkeit in der sozialdemokratischen Führung, usw. waren für das Scheitern der Sozialdemokraten maßgeblich. K. Peball, Kämpfe, 37.

Die vorgetragenen Thematiken zu den Ereignissen um den Februar 1934 wurden in einer Runde von Historikern erörtert.²⁰

Der damalige Generaldirektor des Staatsarchivs, Rudolf Neck, und der damalige Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), Dr. Herbert Steiner, die in dieser Kommission als Herausgeber bzw. als Mitarbeiter agierten, waren gleichzeitig an dem vom DÖW herausgegebenen dreibändigem Werk zu „Widerstand und Verfolgung in Wien“²¹ beteiligt, dessen erster Band sich mit dem Austrofaschismus²² von 1934 bis 1938 beschäftigt. Darin wurde erstmals eine systematische Sammlung von Dokumenten über den Widerstand publiziert, die sich vor allem auf die Widerstandsorganisationen gegen die austrofaschistische Diktatur konzentrierte. In der Forschung wurde der Fokus auf die Auswirkungen der Februarkämpfe gerichtet.

Die Parteienentwicklung der Ersten Republik behandelt das „Handbuch des politischen Systems Österreichs“²³. Darin werden die politischen Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit, die wichtigsten Institutionen und ideologischen Tendenzen der Parteien analysiert.

Zur österreichischen Gedächtniskultur und Denkmallandschaft nach 1945 liegen zahlreiche aktuelle Arbeiten vor²⁴. Erich Fein veröffentlichte in seinem be-

²⁰ R. Hoffmann, Neuere Literatur, 379ff.; vgl. L. Jedlicka u.a., Das Jahr 1934. Die Diskussionen zu den Referaten wurden im Band der wissenschaftlichen Kommission abgedruckt.

²¹ Wolfgang Neugebauer (Red.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-45. Eine Dokumentation, 3 Bde. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1975.

²² Der Begriff „Austrofaschismus“ bezeichnet die halbfaschistische Regierungsform, die in Österreich von 1934-1938 vorherrschte. In dieser Arbeit wird daher dieser Begriff öfters für den Zeitraum 1934 bis 1938 angewandt.

²³ Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995.

²⁴ Vgl. etwa Heidmarie Uhl (Hg.), Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts. (Gedächtnis-Erinnerung-Identität), Innsbruck 2003.; Wolfgang Kos, Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945. Wien 1994; Gerhard Botz, Gerald Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. (Studienbuch zur Historischen Sozialwissenschaft, 13). Frankfurt am Main, New York 1994; Karl Klambauer, Österreichische Gedenkkultur zu Widerstand und Krieg. Denkmäler und Gedenksorte in Wien 1945-1986. Innsbruck 2006; Kurt Stimmer, Die Arbeiter von Wien. Ein sozialdemokratischer Stadtführer. Wien, München 1988.

reits 1975 erschienenen Werk²⁵ „Die Steine Reden“ die erste Auflistung aller in Wien befindlichen zeithistorischen Denkmäler. Er bietet in seiner Publikation einen Überblick über *„die Mahn- und Gedenkstätten für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes sowie alle Stätten der Erinnerung an jene Menschen, die Opfer des erbarmungslosen Faschismus und Nationalsozialismus wurden“*²⁶. Felix Czeike²⁷ gab wenige Jahre später eine Reihe von bezirksbezogenen Denkmalführern heraus, die die unterschiedlichsten kulturellen Objekte und Gedenkorte – nach Straßennamen alphabetisch geordnet – anführen. Beide Werke führen detaillierte Informationen zu einzelnen Denkmälern an. Die aktuellste Studie zu den Erinnerungsorten des Bürgerkrieges von 1934 erschien 1998 unter dem Titel „Gedenken und Mahnen in Wien“²⁸. Herbert Exenberger erarbeitete in deren Rahmen eine erste Erfassung und Beschreibung aller Erinnerungsorte, die dem Widerstand gegen den Austrofaschismus und Nationalsozialismus gewidmet sind.²⁹ Mit einem Zusatzband³⁰ hat er 2001 seine Publikation aktualisiert, die eine vollständige Auflistung der Gedenkorte darstellt.

Leider ist die Quellenlage zu den Denkmalsetzungen nicht ergiebig. Bei der Umbenennung von Straßen und Wohnbauten lassen sich zwar die Genehmigungen der Gemeinderatsausschüsse in den Amtsblättern der Stadt Wien nachlesen, die handschriftlichen Gemeinderatsprotokolle sind der Öffentlichkeit

²⁵ Erich Fein, Die Steine reden. Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes. Mahnmale für die Opfer des Faschismus. Eine Dokumentation, hg. von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs. Wien 1975.

²⁶ E. Fein, Steine, 14.

²⁷ Felix Czeike, Wiener Bezirkskulturführer, Heft 21: XXI, Floridsdorf. Hg. vom Verein für Geschichte der Stadt Wien. Wien, München 1979.

²⁸ Herbert Exenberger, Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1998.

²⁹ Eine ebenso wertvolle Lektüre ist das Heft „Denkmäler der Arbeiterbewegung“, herausgegeben 1993 vom Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung. Hier findet sich nicht nur eine schlichte Auflistung der Denkmäler, sondern werden die einzelnen Objekte auch relativ ausführlich beschrieben. Leider führt das Werk lediglich einen kurzen exemplarisch Auszug der Gedenkorte und keine vollständige Aufzählung an und bezieht sich auch nicht auf die von mir behandelten Bezirke Floridsdorf und Donaustadt.

³⁰ Herbert Exenberger, Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Ergänzungen I. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2001.

aber nicht zugänglich.³¹ So hat auch Wolfgang Maderthaner in seinem Mail an mich formuliert: „*Sehr häufig aber sind Aufträge, Anregungen etc. zu den Denkmälern im informellen Weg, als Ergebnis von Gesprächen der Stadträte, Bezirksvorsteher usw. mit den jeweiligen Künstlern entstanden und haben keinen aktenmäßigen Niederschlag gefunden.*“³²

Ein Gespräch mit Frau Schmidt vom 11. Mai 2009 von der Bezirksvertretung Floridsdorf ergab, dass viele Ansuchen zu Straßen(um)benennungen nach 10 bis 30 Jahren vernichtet werden. Nur historisch relevante Aufzeichnungen werden ins Stadt- und Landesarchiv gebracht.

Nach mehrmaligen schriftlichen Anfragen bei der SPÖ-Wien, die unbeantwortet blieben, entschloss ich mich bei der Parteizentrale in der Löwelstraße am 20. Mai 2009 vorbeizuschauen. Eine Dame berichtete mir, dass alle Akten und Berichte an den „Verein der Geschichte der Arbeiterbewegung“ weiter gegeben wurden und sich nichts mehr in der Pressestelle zu den Gedenkfeiern befindet.

Auf meine Anfrage hin sandte mir die KPÖ-Wien ihre Parteizeitung vom Februar 2009 zu. Bei detaillierteren Fragen waren die Mitarbeiter sehr bemüht diese zu beantworten. Ein Besuch des parteiinternen Archivs wurde mir leider nicht angeboten.³³

Neben den großen Archiven wie dem Stadt- und Landesarchiv oder dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, die ich nicht nur einmal durchforstet habe, versuchte ich an die Archive der Betriebe zu gelangen. Dies stellte sich als kein leichtes Unterfangen dar. Nur wenige Mitarbeiter der Betriebe wussten überhaupt von einem Archiv und berichteten über einen großen bürokratischen Aufwand, den ich erst zu bewältigen habe, um Einsicht zu bekommen. Meist war es den Mitarbeitern auch gar nicht möglich zu erfragen, ob ein Archiv vorhanden ist.

Die Firma Siemens hat ein Archiv, das ich persönlich nicht einsehen durfte. Angeboten wurde mir aber eine Zusammenarbeit, sollte ich noch bestimmte Fra-

³¹ Die Gemeinderatsprotokolle sind gesperrt und dürfen nicht eingesehen werden. Daher sind nähere Recherchen zur Intention der Denkmalserrichtungen schwer möglich.

³² Mail vom 9. September 2008 von Wolfgang Maderthaner.

³³ Mail vom 09. Juni 2009.

gen haben. Da es sich bei den Beständen größtenteils um Sperrakten handelt, ist die Wahrscheinlichkeit gering weitere Informationen zu erhalten.³⁴

Die Firma MAN-Nutzfahrzeuge, ehemals Austria Fiat Werk, hat alle historischen Unterlagen dem „Verein zur Förderung der Historischen Fahrzeuge der Österreichischen Automobilfabriken“ übergeben. Leider waren darin keine für meine Diplomarbeit relevanten Informationen enthalten, laut Auskunft eines Vereinsmitgliedes.³⁵

Zwei Denkmäler, das Georg Weissel Denkmal und das der Straßenbahner in Floridsdorf, stehen unter der Verwaltung des Kulturamtes, Magistrat 7. Hierzu erhielt ich aber nur den Hinweis auf die zwei Homepages, www.dasrotewien.at und www.wien.gv.at. Diese Seiten brachten mir aber keine neuen Erkenntnisse ein.

Ein Gespräch mit einer Mitarbeiterin des Wiener Straßenbahnmuseums war ebenfalls erfolglos. In einem Telefonat mit einem Mitglied des Vereins „Freiheitskämpfer“ in Floridsdorf, erfuhr ich zwar, dass das Denkmal der Straßenbahner zum Gedenken an Widerstandskämpfer erstellt wurde, genaueres wusste er leider nicht zu erzählen. Auch die Anfragen an die Wiener Verkehrsbetriebe, per Mail und per Telefon, ergaben nichts. Sie konnten mich auch nicht an eine andere Stelle weiterleiten.³⁶

Aufgrund dieser Grenzen, an die ich im Laufe meiner Recherchen gestoßen bin, habe ich mir auch bei meiner Auswahl an Denkmälern und Straßennamen Richtlinien setzen müssen: so habe ich mich in meiner Arbeit wirklich nur jenen gewidmet, die aktiv am Februarkampf teilgenommen haben. Die sozialdemokratischen Politiker zum Beispiel, die in der Entwicklung der Zwischenkriegszeit maßgeblich, aber keine Akteure im Februar 1934 waren, bleiben unberücksichtigt. Ebenso konnte ich nur jene Straßennamen auflisten, bei denen die Personen nachweislich Februarkämpfer waren.

³⁴ Mail vom 13. Mai 2009.

³⁵ Telefonate und Briefverkehr im Mai 2009.

³⁶ Telefonat vom 05.05.2009 mit einer Mitarbeiterin des Wiener Straßenbahnmuseums.

2 Der Weg zum Aufstand – Parteipolitik in der Ersten Republik

Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Großparteien Österreichs, die sich im Februar 1934 gewaltsam äußerten, gehen bereits auf die Zeit der Gründung der Ersten Republik 1918 zurück.

Die politische Struktur der Zwischenkriegszeit zeigt eine Dominanz der bürgerlichen Parteien, wobei die Christlichsoziale Partei (CSP) die führende Position stellte. Die Koalitionsregierung der Christlichsozialen und Sozialdemokratischen Parteien (SDAP) brach 1920 wegen „unwirksamer Problembekämpfung“ im wirtschaftlichen Bereich auseinander. Bei den Neuwahlen erzielte die CSP eine Mehrheit der Wählerstimmen, die SDAP nahm nun die Oppositionsrolle ein.³⁷

In ihrer Rolle als Oppositionspartei führten die Sozialdemokraten eine eher kompromissbereite und defensive Politik, die sich durch Vorsicht und Behutsamkeit auszeichnete. Dennoch setzte sie sich vehement für die Belange der Arbeiter und Arbeiterinnen ein, engagierte sich intensiv im Bildungsbereich, organisierte gesellschaftliche Zusammenkünfte für Arbeiter, forcierte sportliche Tätigkeiten und unterstützte Frauen bei ihrem Kampf um Gleichberechtigung.³⁸

Das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung zeigte schon nach kurzer Zeit Folgen: die Christlichsozialen „reformierten“ das Bundesheer, indem sie sozialdemokratische Heeresmitglieder durch Parteiangehörige ersetzten, und eliminierten damit jeglichen sozialdemokratischen Einfluss in den staatlichen Institutionen.³⁹ Weiters begannen die der CSP nach 1920 nahestehenden *„verschiedenen Heimwehrorganisationen bereits unzweideutig eine antagonistische Einstellung nicht nur gegenüber der Sozialdemokratie, sondern gegenüber der Demokratie schlechthin einzunehmen.“*⁴⁰

³⁷ Werner Anzenberger, Demontage einer Demokratie. In: ders., Martin Polaschek (Hg.), Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz 2004, 36-41.

³⁸ Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. München 2003, 280f.

³⁹ W. Anzenberger, Demontage, 36-41.

⁴⁰ W. Anzenberger, Demontage, 36-41. Nähere Ausführungen zu den Heimwehrorganisationen finden sich im Kapitel 2.6 dieser Arbeit.

Ignaz Seipel⁴¹, führender Politiker der Christlichsozialen und Bundeskanzler, lebte jene antimarxistische, antiparlamentarische und antidemokratische Einstellung vor, die vor allem die Heimwehren übernahmen. Aus einigen Frontkämpfervereinigungen des Ersten Weltkrieges gelang es der Partei, die „Heimwehren“ nach ihren Zielen zu formen. Bis 1929 konnte Seipel die Regierung nach seinen Vorstellungen lenken.⁴²

Die bürgerliche Heimwehr hatte bis 1927 jedoch keine politisch entscheidende Rolle eingenommen, sondern diente vorerst nur als „Schutzkorp“ der besitzenden Bevölkerung. Deutlich festzuhalten ist, dass sich ab 1927 eine Veränderung der politischen Machtpositionen abzeichnete.⁴³

Ende des Jahres 1926 wurden die Programme der beiden Großparteien festgelegt, die die politischen Differenzen eindeutig aufzeigten. Kurz zusammengefasst sah das „Linzer Programm“ der Sozialdemokraten einen gewaltfreien Weg vor, der die „Bourgeoisie“ – das Bürgertum – entmachten und die Arbeiterklasse stärken sollte. Zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei traten jedoch auch Meinungsverschiedenheiten auf, wobei der „rechte“ Flügel unter Karl Renner⁴⁴ den kompromissbereiten Weg der Sozialisierung der Arbeiterschaft verfolgte, während Friedrich Adler⁴⁵ und später vor allem Otto Bauer⁴⁶ mit dem

⁴¹ Ignaz Seipel (1876-1932), Minister im kaiserlichen Kabinett Österreich-Ungarns, Bundeskanzler (1922 - 1924 und 1926 - 1929) und Außenminister in der Ersten Republik, führende Politiker der Christlichsozialen Partei, Geistlicher „Prälat ohne Milde“, zeitgenössische Karikaturen nannten ihn „der fliegende Prälat“. K. v. Klemperer, Seipel, 19, 355.,

⁴² K. Vocelka, Geschichte, 286f.

⁴³ Emmerich Tálos, Politische Struktur und politische Entwicklung 1927 bis 1934. In: Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hg.), Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. (Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner Instituts, abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien). Wien 1984, 66.

⁴⁴ Karl Renner (1870-1950) war zwischen 1918 und 1920 als Staatskanzler wesentlich an der Begründung der Ersten Republik beteiligt, anschließend fungierte er bis 1934 als Nationalratsmitglied, sowie ab 1931 für zwei Jahre als dessen Präsident. Von 1945 bis 1950 war Renner österreichischer Bundespräsident. Isabella Ackerl, Friedrich Weissensteiner, Österreichisches Personenlexikon der Ersten und Zweiten Republik. Wien 1992, 386.

⁴⁵ Friedrich Adler (1879-1960), der Sohn Victor Adlers, war von 1911 bis 1914 Parteisekretär der österreichischen Sozialdemokraten. Er erschoss 1916 den Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh, wurde zum Tod verurteilt, jedoch kurze Zeit später zu Kerkerstrafe begnadigt und 1918 amnestiert. Zwischen 1918 und 1923 fungierte Adler als Vorsitzender der Wiener Arbeiterräte sowie als Nationalratsabgeordneter, anschließend bis 1940 als Sekretär der Internationale der Sozialistischen Arbeiterparteien. 1940 emigrierte er in die Vereinigten Staaten und lebte ab 1946 in Zürich. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 9f.

⁴⁶ Otto Bauer (1881-1938) war ab 1918 Unterstaatssekretär und nach dem Tod Victor Adlers im selben Jahr Staatssekretär des Auswärtigen. Von 1919 bis 1934 übernahm Bauer die Funktion als Mandatar im Parlament und als stellvertretender Parteivorsitzender der SDAP. Als zentraler

„linken“ Flügel den marxistischen, revolutionären Weg zur „Diktatur des Proletariats“ suchten.⁴⁷

Das christlichsoziale Programm stand dazu im krassen Gegensatz. Es basierte auf einer kompromissbereiten Haltung im Hinblick auf wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Problematiken, wie auch in der „Anschluss“-Frage.

Die CSP vertrat antisemitische Ansichten, die Seipel 1927⁴⁸ öffentlich als einen „Notwehrantisemitismus“ rechtfertigte, der *„sich gegen den säkularisierenden Einfluß des Judentums und gegen die bewusst antichristliche Agitation moderner politischer Bewegungen wie Sozialismus und Kommunismus, in denen Juden eine führende Rolle spielten“*⁴⁹ richten würde. Er selbst hielt sich in der Öffentlichkeit mit antisemitischen Aussagen zurück, da er eine gewisse Zwiespältigkeit zur „Problematik der Juden“ einnahm.

Die Differenzen zwischen den Parteien zeichneten sich in ganz Österreich in Form von Skandalen, Demonstrationen und Streiks ab.⁵⁰

Der Zusammenstoß der Heimwehr mit dem Republikanischen Schutzbund im Jahre 1927 hatte eine Reihe von Ereignissen und weitere Anspannungen der innenpolitischen Situation zur Folge. In Schattendorf, einer kleinen Gemeinde im Burgenland, trafen im Jänner Frontkämpfer, die eine antidemokratische Haltung einnahmen, auf Gruppen des Schutzbundes. Im Verlauf der Auseinandersetzung feuerten Frontkämpfer aus einem nahen Gebäude Schüsse ab, die ein Kind und einen Invaliden töteten. Die Täter wurden einige Monate später bei der Gerichtsverhandlung freigesprochen. Die Gewalttat und der Freispruch führten in der Bevölkerung zu einer Massendemonstration in Wien, die SDAP reagierte jedoch zu langsam die Ausschreitungen zu verhindern. Eine aufgebrach-

Theoretiker der Partei prägte er das Linzer Programm von 1926. Nach seiner Flucht infolge der Februarkämpfe lebte Bauer im Exil in der Tschechoslowakei und emigrierte 1938 weiter nach Frankreich. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 31.

⁴⁷ Klemens von Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit. Graz, Wien, Köln 1976, 208ff.; Wolfgang Maderthaner, Die Sozialdemokratie. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 184ff.

⁴⁸ Neue Freie Presse (Abendblatt), 14. Jänner 1927, zitiert nach: K. v. Klemperer, Seipel, 210.

⁴⁹ K. v. Klemperer, Seipel, 210.

⁵⁰ K. v. Klemperer, Seipel, 210f.; Herbert Dachs, Das Parteiensystem. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, 198ff.

te Menschenmenge stürmte am 15. Juli 1927 den Justizpalast, das Gebäude wurde verwüstet und in Brand gesetzt. Zeitgleich wurden einige Polizeistationen und Redaktionen regierungsnaher Zeitungen, allen voran die „Reichspost“ angegriffen. Die Regierung ging gewaltsam gegen den Aufstand und den ihn hauptsächlich tragenden Schutzbund vor. Der Beschuss der Polizei auf Demonstranten hatte 90 Tote und etwa 1000 Verletzte zur Folge.

Dieses Ereignis war Auslöser für weitere Auseinandersetzungen zwischen der Heimwehr und dem Republikanischen Schutzbund. Im Vorfeld der Wahlen des Jahres 1930 stellten die Christlichsozialen die Sozialdemokraten als Verantwortliche des Massakers dar (siehe Abb. 1).⁵¹



Abb. 1: Wahlplakat der CSP: „Denkt an den 15. Juli!“, Quelle: www.oeaw.ac.at/cmc/kds/b_images/p366.jpg, 2. Jänner 2009.

Der Misserfolg der Sozialdemokraten bezüglich einer kontrollierten Lenkung der herrschenden Revolutionsstimmung am 15. Juli 1927 hatte merkbare Auswirkungen: Die Arbeiterpartei nahm in vielerlei Hinsicht eine defensive Haltung ein und zeigte trotz der christlichsozialen „Reformierung“ des Heeres, der Verfassungsreform von 1929 oder dem „Antiterrorgesetz“ von 1930 keinerlei politische

⁵¹ W. Anzenberger, Demontage, 55-59; K. Vocelka, Geschichte, 286-288.

Offensive. Mit Diskussionen und Verhandlungen versuchten die Sozialdemokraten sich Gehör zu verschaffen – jedoch auch dies eher zurückhaltend.⁵²

Ausdruck der Radikalisierung des Umgangs der Regierung mit der Opposition war die Änderung der Verfassung 1929, die von der Heimwehr, dem Landbund und der Christlichsozialen Partei unter Bundeskanzler Seipel gefordert wurde. Die Regierungsparteien *„zielten auf die Stärkung der Staatsautorität durch Stärkung der Stellung des Bundespräsidenten gegenüber dem Parlament, auf die Schwächung der Dominanzposition des Parlaments im politischen Entscheidungsprozeß und auf die Schwächung der Sozialdemokratie durch Schwächung der Stellung Wiens“*⁵³ ab. Die Novellierung der Verfassung sah eine Erweiterung der Kompetenzen des Bundespräsidenten und eine Ergänzung der „parlamentarischen Struktur durch präsidentielle Elemente“⁵⁴ vor.

Nach Seipels Rückzug aus der Politik wurden zwischen 1929 und 1932 kurzfristige Übergangskabinette unter den Bundeskanzlern Johannes Schober⁵⁵, Otto Ender⁵⁶ und Karl Buresch⁵⁷ gebildet. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, mit der die Regierung nicht zurecht kam, und die sichtlich schwache Führung kostete der Christlichsozialen Partei viele Wählerstimmen, die vor allem zu den nationalsozialistischen Lagern wechselten. Die politisch-strukturelle Veränderung war mit der Verfassungsreform noch lange nicht abgeschlossen. Die Christlichsozialen unter Bundeskanzler Schober gingen kompromissbereit auf die Sozialdemokraten zu, um die Bundesanleihen nicht innerpolitischen Diffe-

⁵² E. Tálos, Politische Struktur, 67.

⁵³ E. Tálos, Politische Struktur, 67f.

⁵⁴ E. Tálos, Politische Struktur, 68.

⁵⁵ Johannes Schober (1874-1932) leitete ab 1913 die Staatspolizei und war von 1918 bis 1932 Wiener Polizeipräsident – und damit für die Niederschlagung der Julirevolte 1927 verantwortlich. 1921 und 1922 sowie von September 1929 bis 1930 übernahm er die Position des österreichischen Bundeskanzlers. Ende 1930 bis 1932 war Schober Vizekanzler und Außenminister in den Regierungen unter Ender und Buresch. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 426.

⁵⁶ Otto Ender (1875-1960) war zwischen 1918 und 1930 sowie von 1931 bis 1934 Vorarlberger Landeshauptmann. Das Amt des Bundeskanzlers, das er im Dezember 1930 übernahm, musste er bereits im Juni 1931 nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt zurücklegen. 1934 bis 1938 fungierte Ender als Präsident des Rechnungshofes. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 98.

⁵⁷ Karl Buresch (1878-1936) war von 1920 bis 1924 Nationalratsabgeordneter der CSP sowie von 1922 bis 1931 Landeshauptmann von Niederösterreich. Von 1929 bis 1933 übernahm er die Position des Klubobmanns und übte ab Juni 1931 für ein Jahr die Funktion des österreichischen Bundeskanzlers aus. Zwischen 1933 und 1935 war Buresch Finanzminister in der Regierung Dollfuß. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 64.

renzen zu gefährden.⁵⁸ Engelbert Dollfuß⁵⁹ übernahm 1932 das Amt des christlichsozialen Bundeskanzlers.⁶⁰

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erreichten in Österreich mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt im Mai 1931 ihren Höhepunkt. Der Krisenplan der christlichsozialen Regierung sah eine Budgetsanierung auf Kosten der Bevölkerung vor, indem vermehrt Steuern eingehoben wurden. 1932 musste die CSP, vor allem aber die Großdeutsche Partei, bei den Wahlen starke Verluste hinnehmen. Starke Zugewinne erhielt die NSDAP. Die neue Regierung unter Dollfuß bildete sich im Mai 1932 aus der Christlichsozialen Partei, dem Landbund und dem Heimatblock.⁶¹ Im Zuge der Wahlen schied die GDAP aus der Regierung aus. Selbst Dollfuß' Antritt als führendes Regierungsmitglied änderte nichts an dem radikalen finanziellen Sanierungsplan der Regierung, auch wenn es bedeutete, dass gegen so genannte „Hindernisse“ vorgegangen werden musste – somit gegen das Parlament und die Arbeiterbewegung. Grundlage für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation war aus Sicht der bürgerlichen Regierung, mittels Notverordnung vom 1. Oktober 1932 das Parlament und die Parteien zu schwächen.⁶²

Die Weltwirtschaftskrise hatte eine hohe Arbeitslosigkeit und damit eine Schwächung der sozialdemokratischen Macht zur Folge, die sich auch in dem Schwinden sozialistischer Errungenschaften äußerte. *„Die totale Entmachtung der Arbeiterbewegung, die Gleichschaltung der Gewerkschaften, der weitgehende Abbau von sozialen Rechten“* sowie *„Lohndruck und Beseitigung des Sozialsystems“*⁶³ sollten der Regierung die Wiederherstellung einer funktionsfähigen Wirtschaft ermöglichen.

⁵⁸ E. Tálos, Politische Struktur, 68.

⁵⁹ Engelbert Dollfuß (1892-1934) wurde 1922 Sekretär und 1927 Direktor der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, 1930 zusätzlich Präsident der Verwaltungskommission der Österreichischen Bundesbahn. Ab 1931 hatte er innerhalb der Regierung Buresch das Amt des Landwirtschaftsministers inne, ein Jahr später wurde er selbst mit der Regierungsbildung beauftragt und fungierte ab Mai 1932 als Bundeskanzler. Nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 regierte er autoritär mit Ausnahmegesetzen. Aufgrund Mussolinis Einfluss ging Dollfuß strikt gegen politische Gegner vor. Im Juli 1934 wurde er von österreichischen Nationalsozialisten bei einem Putschversuch ermordet; I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 83f.

⁶⁰ K. Vocelka, Geschichte, 289.

⁶¹ Walter Kleindel, Österreich. Zahlen – Daten – Fakten. Wien 2007, 341.

⁶² E. Tálos, Politische Struktur, 69.

⁶³ W. Maderthaner, Die Sozialdemokratie, 193.

Emmerich Tálos betont, dass der Plan, das Parlament auszuschalten, bereits 1932 von der Regierung forciert wurde.⁶⁴ Dollfuß nutzte die Krise, um dringende Beschlüsse ohne parlamentarische Abstimmung durchzusetzen. So wurden Neuwahlen auf Länder- und Gemeindeebene verhindert, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Schwächung der Christlichsozialen geführt hätten. In dieser politischen Umstrukturierungsphase wurden die Heimwehren, die ohnehin faschistische Tendenzen aufwiesen, zu wichtigen Partnern der Regierung und unterstützten den „Faschisierungsprozess“ des Staatsapparats.⁶⁵

Am 4. März 1933 führte eine *„durch den Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten bedingte formale Blockade des Nationalrates zu dessen de facto Ausschaltung.“*⁶⁶ Nachdem die CSP die Kapitulation des Parlaments erreicht hatte, beschloss deren Leitung eine autoritäre Regierung einzuführen. Noch im März 1933 wurde die Presse- und Versammlungsfreiheit aufgehoben und Versuche der Wiedereinberufung des Nationalrates mit Hilfe der Exekutive verhindert. Im Mai wurde der Verfassungsgerichtshof abgeschafft. In Deutschland riss die NSDAP unter Adolf Hitler in diesen Monaten des Jahres 1933 die Macht an sich.⁶⁷

Ebenso sah die autoritäre Regierung in Österreich das dringende Bedürfnis, die oppositionellen Parteien auszuschalten. Schrittweise, mit dem Verbot des Republikanischen Schutzbundes im März 1933 und mit der Entfernung von Sozialdemokraten aus öffentlichen Ämtern, initiierte sie die vollständige Entmachtung der Arbeiterpartei.⁶⁸

Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der sich die Heimwehren für seine politischen Ziele zu Nutze machte, gründete im Mai 1933 die Vaterländische Front (VF), die für die beabsichtigte Reform in eine ständische Gesellschaft stand, die bürgerli-

⁶⁴ In der Sitzung des Ministerrats am 17. Juni 1932 wurde konstatiert, dass eine Zusammenarbeit mit dem Parlament unter diesen Bedingungen nicht mehr möglich sei. E. Tálos, Politische Struktur, 69f.

⁶⁵ E. Tálos, Politische Struktur, 70.

⁶⁶ E. Tálos, Politische Struktur, 70.

⁶⁷ Oscar Pollak (Hg.), Der Weg aus dem Dunkel. Bilder aus der Geschichte der österreichischen sozialistischen Bewegung. Wien 1958, 108.

⁶⁸ E. Tálos, Politische Struktur, 70f.; www.dasrotewien.at, 17.05.2007; W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 193.

chen Parteien vereinte und in eine gemeinsame Richtung lenkte. Die Regierung argumentierte, dass diese „notwendigen“ Maßnahmen *„aus Sicherheitsgründen gegen die Nazis Anwendung finden“*⁶⁹, die sich aber in der Folge ausschließlich gegen die Sozialisten richteten.⁷⁰

In einem Gespräch mit einem deutschen Beauftragten sagte Dollfuß, *„er wisse, dass die Nationalsozialisten ein Faktor seien mit dem man in Österreich rechnen müsse und der nicht mit Gewalt entfernt werden könnte. Früher oder später, und je früher desto besser, muß eine Zusammenarbeit zwischen den Nationalsozialisten und der Vaterländischen Front ermöglicht werden.“*⁷¹

Die Kommunisten wurden schon im Mai 1933 in die Illegalität gedrängt. Im Sommer 1933 veranlasste die Regierung in einer Notverordnung die Auflösung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Diese Notverordnung zeigte auch seine Auswirkungen auf die Arbeiterorganisationen. Obwohl die Sozialdemokraten bereit waren, die Regierung mit ihrer eigenen „militärischen“ Stärke zu unterstützen, lehnte diese ab. Der austrofaschistische Kurs unter Dollfuß führte in Richtung des „Überwindens eines Parteienstaates“ und somit zur Determination jeglicher politischen Tendenz.⁷² Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erwog zwar infolge der Einschränkung des demokratischen Grundrechts die Organisierung eines Generalstreiks, der aber nur in folgenden vier Fällen – so der Vorstand der SDAP – gerechtfertigt wäre, wenn

1. *„die Regierung rechts- und verfassungswidrig eine faschistische Verfassung oktroyierte*
2. *die Regierung die verfassungsmäßige Gemeinde- und Landesverwaltung des Roten Wien rechts- und verfassungswidrig absetzte und die Verwaltung Wiens einem Regierungskommissär übertrüge*
3. *die Regierung die Parteivertretung auflöste*
4. *die Gewerkschaften aufgelöst oder gleichgeschaltet würden“.*⁷³

Die Sozialdemokratische Führung sah jedoch keinen Anlass zu einer aktiven Reaktion.

⁶⁹ B. Sokoll, Stein unter Steinen. Eine politische Biographie. Ungedrucktes Manuskript. Wien o.J., 31.

⁷⁰ B. Sokoll, Stein, 31. siehe auch Friedrich Grassegger, Denkmäler des autoritären Ständestaates. In: Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien, Köln, Weimar 1998, 495.

⁷¹ B. Sokoll, Stein, 32.

⁷² B. Sokoll, Stein, 32ff.

⁷³ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 193.

Nachdem die SDAP die antidemokratischen Schritte der Regierung widerstandslos über sich ergehen ließ, kann man die Februarkämpfe 1934 als Aufflackern einer Gegenwehr gegen die zunehmend faschistische Regierung interpretieren. Mit dem Niederschlagen des Bürgerkrieges stand der autoritären Diktatur nichts mehr im Weg. In der Illegalität führten die Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes ihre Tätigkeit weiterhin fort.⁷⁴

2.1 Die Sozialdemokratische Partei

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bestand aus vielen, bereits seit vor den 1870er Jahren bestehenden Arbeiterorganisationen. Diese konnten unter der zentralen Führungsfigur Victor Adler (1852-1918), der 1889 das sozialdemokratische Parteiblatt „Arbeiter-Zeitung“ gründete, 1885 eine erste Einigung erzielen. Ende der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts hatten sie sich *„ein dichtes Netz an Vorfeldorganisationen geschaffen.“*⁷⁵ Diese auch als „(gegen)kulturelle Bewegung“ bezeichnete Massenorganisation, mit ihren verschiedensten Strömungen, fand am Hainfelder Parteitag 1888/89 unter Adlers Leitung einen gemeinsamen Konsens. 1890 schlossen sich 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen zu dieser Partei zusammen.⁷⁶

Die Sozialdemokraten setzten sich vehement für die Arbeiterschaft, besonders in Industriebetrieben ein, forderten eine Reduzierung des Einflusses der katholischen Kirche und ein Hervorheben der städtischen Zentren gegenüber peripheren Gegenden und der dort ansässigen Bauernschaft. Die SDAP war stets gut organisiert und vor allem im wirtschaftlichen Bereich sehr engagiert, ihre liberalen, gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen.⁷⁷ Seit 1904 konzentrierte sich die Partei aufgrund der stetig wachsenden Mitgliederzahl und des steigenden politischen Erfolges, auf die Vertretung der Arbei-

⁷⁴ E. Tálos, Politische Struktur, 70f.; www.dasrotewien.at, 17.05.2007; W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 193.

⁷⁵ H. Dachs, Parteiensystem, 158; Vgl. auch W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 178.

⁷⁶ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 178-182; K. Vocelka, Geschichte, 240-251.

⁷⁷ H. Dachs, Parteiensystem, 154-158.

terschaft durch Gewerkschaften und konnten anhand von Lohnverhandlungen und Arbeitszeitregelungen bessere Tarife erzielen.

1905 setzte sich die Arbeiterschaft bei einer Demonstration vor dem Parlament für das allgemeine Wahlrecht der Männer ein. Die Einigung zwischen dem Kaiser, der Bürokratie und den Arbeitern stellte eine besondere Errungenschaft in der sozialdemokratischen Geschichte dar.⁷⁸

Die Parteiideologen der Zwischenkriegszeit Otto Bauer und Friedrich Adler prägten den Austromarxismus durch ihre starke Anlehnung an den Neukantianismus⁷⁹. Die marxistische Tendenz der Sozialdemokraten äußerte sich in Form der Vereinigung der revolutionären Arbeiter, auch derjenigen, die dem Kommunismus nahe standen. Die sozialdemokratische Partei Österreichs sah sich somit als eine *„Gesinnungsgemeinschaft, die ein Stück neue Gesellschaft verkörpert“*⁸⁰ und suchte *„eine Verbindung der marxistischen Gesellschaftswissenschaft mit dem Neokantianismus oder dem Empirio-kritizismus“*^{81,82} zu finden.⁸³

Nach dem Ersten Weltkrieg konnten die Sozialdemokraten ihre gut organisierte Partei ausweiten – 1929 hatten sie einen Mitgliedsstand von etwa 650.000⁸⁴ aufzuweisen, wobei die Stärke regional differierte. Die als das „Rote Wien“ bekannte Bundeshauptstadt hielt fast zwei Drittel der sozialdemokratischen Anhänger. Dort erreichte die SDAP fast 60 Prozent der Wählerstimmen, wobei die

⁷⁸ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 179f.

⁷⁹ Der Neukantianismus entstand im 19. Jahrhundert als philosophische Gegenbewegung zum objektivistischen, stark in den Naturwissenschaften verwurzelten Materialismus. Die Bewegung berief sich auf die Philosophie Immanuel Kants und erklärte dessen kritische Erkenntnistheorien zur Grundlage der Geisteswissenschaften. Mit den intensiven Bemühungen an einer philosophischen Begründung der politischen Theorie hatte der Neukantianismus großen Einfluss auf den Marxismus, insbesondere den Austromarxismus; Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden, Bd. 19. Leipzig, Mannheim ²¹2006, 559; Bertelsmann Neues Lexikon in 10 Bänden, Bd. 7. Gütersloh 1995, 42.

⁸⁰ Josef Hindels, Der Weg zum 12. Feber 1934. Wien 1984, 6.

⁸¹ Als Empirio-kritizismus wird die positivistische Erkenntnistheorie von R. Avenarius und Ernst Mach bezeichnet, die – beruhend auf einer „Kritik der reinen Erfahrung“ – von einer Untrennbarkeit von Subjekt und Umwelt ausgeht und die „Analyse der Empfindungen“ (Sinneswahrnehmungen) in den Mittelpunkt der Wissenschaften stellt. Wie der Neukantianismus hatte auch der Empirio-kritizismus starken Einfluss auch die marxistische Philosophie; Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 18., 28; Bertelsmann Neues Lexikon, Bd. 3., 116f.

⁸² W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 184.

⁸³ Vgl. dazu auch K. Vocelka, Geschichte, 279-281.

⁸⁴ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 181; Dachs berichtet von einer Mitgliederzahl von 720.000 im Jahre 1929: H. Dachs, Parteiensystem, 157.

vor allem von Arbeitern bewohnten Außenbezirke Brigittenau, Favoriten, Ottakring, Simmering und Floridsdorf die höchste Wählerquote von über 90 Prozent zählten.⁸⁵

Das Linzer Parteiprogramm von 1926 betont die liberale Haltung, die Absicht, Diktatur und Gewalt zu vermeiden, und die Forcierung der Zusammenarbeit der Arbeiter- und Bauernschaft. Die Bereiche „Macht“ und „Kultur“ zusammenzufügen, eine neue Elite wachsen zu lassen, ohne demokratische Ziele zu vernachlässigen und den Kapitalismus zu schwächen, standen ebenso im Mittelpunkt dieses „gegenkulturellen Netzwerks“.⁸⁶

„Die SDAP, so das Linzer Programm, erstrebe die Eroberung der Herrschaft in der demokratischen Republik nicht [...] „um die Demokratie aufzuheben, sondern um sie in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen.“⁸⁷

Die Wiener Kommunalpolitik der Sozialdemokraten unter der Führung des Bürgermeisters Karl Seitz⁸⁸ stand für die Erweiterung ihrer Wählerschaft in zentralen Metropolen, die sich am Beispiel des „Roten Wiens“ in der Wohnungspolitik, der Verbesserung der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung und auch in der Jugendfürsorge zeigte.⁸⁹ Im Kapitel über „die sozialen Wohnbauten“ wird näher darauf eingegangen.

Anfang der 30er Jahre erlebte die Arbeiterbewegung eine enorme Schwächung. Rezession und Inflation in Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 verschlechterten die Arbeitsmarktsituation massiv. Wurde zwischen 1927 und 1929 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 9 Prozent erhoben, stieg sie bis 1933 auf 38 Prozent, 1934 auf fast 40 Prozent an. Die Sozialdemokratische Partei, deren politischer Einfluss auf die Oppositionsrolle reduziert war, musste den Maßnahmen der Christlichsozialen machtlos zusehen. Die Regierung setzte im

⁸⁵ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 178-182; K. Vöclka, Geschichte, 240-251.

⁸⁶ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 186.

⁸⁷ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 187.

⁸⁸ Karl Seitz (1869-1950) wurde 1897 aufgrund seines politischen Engagements seiner Stelle als Lehrer enthoben. 1901 im Reichsrat und 1902 im Niederösterreichischen Landtag der Sozialdemokraten vertreten, setzte er sich für ein gleichberechtigtes Bildungswesen und eine gezielte Friedenspolitik ein. Von 1918 bis 1920 fungierte er als Präsident der Nationalversammlung, anschließend bis 1934 als Abgeordneter zum Nationalrat. Nach dem Tod Victor Adlers übernahm Seitz 1919 die Position des Parteivorsitzenden, ab 1923 war er Wiener Bürgermeister. Während den Februarkämpfen 1934 wurde er aus allen Ämtern entfernt und inhaftiert. 1944 wurde er ins Konzentrationslager deportiert. Nach 1945 wurde er Ehrenpräsident der SPÖ diente bis 1950 erneut als Abgeordneter zum Nationalrat. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 446f.

⁸⁹ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 191

April 1933 eine Einheitsgewerkschaft durch und sorgte für eine Straffung sozialer Rechte.⁹⁰

Nach dem Verbot der KP und der NSDAP von 1933 folgte nach den Februarkämpfen 1934 auch die Auflösung aller sozialdemokratischen Organisationen. Die Sozialdemokraten führten ihren Widerstand in der Illegalität fort.

2.2 Die Christlichsoziale Partei

Die Christlichsoziale Partei (CSP) vertrat im Wesentlichen die besitzenden Industriellen und die Agrarwirtschaftler. Die Partei gab vor, den christlichen Glauben zu verteidigen und sich für die „Freiheit der Kirche“ einzusetzen. Ihre ideologische Basis beruhte auf *„der integrierenden Kraft der katholischen Kirche, der Verteidigung des Privateigentums, dem damit eng zusammenhängenden Antisemitismus und von außen her vom vehementen Antiklerikalismus der Sozialdemokraten.“*⁹¹ In den 1880er Jahren waren die christlichsozialen und deutschnationalen Ansichten in Vereinigungen wie den „Vereinigten Christen“ oder den antiliberalen Bürgerklubs vertreten. Erst Mitte der 1880er spalteten sich diese Positionen auf. Der Rassenantisemitismus blieb weiterhin ein Teil der christlichsozialen Linie.⁹²

Die CSP kann somit als *„weltlicher Arm der katholischen Kirche“*⁹³ gesehen werden. Sie war nicht eigenständig organisiert, sondern integrierte sich in den so genannten „politischen Katholizismus“. Besondere Bedeutung hatte diese Verbindung der CSP zur Kirche wegen ihrer treuen Wählerschaft, aus der sich viele potentielle Nachwuchskräfte heraus entwickelten.⁹⁴

Das politische Konfliktpotential Stadt versus Land hatte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts verändert. Der Einfluss der Christlichsozialen hatte sich bis dahin auf Wien und Niederösterreich beschränkt. Seitdem fand die Partei mit den sich mobilisierenden Bauernbünden auch aus anderen Bundesländern Zugänge.⁹⁵

⁹⁰ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 192f.

⁹¹ H. Dachs, Parteiensystem, 155.

⁹² E. Hanisch, Schatten, 118f.

⁹³ H. Dachs, Parteiensystem, 157.

⁹⁴ H. Dachs, Parteiensystem, 157.

⁹⁵ E. Hanisch, Schatten, 119.

Die Koalitionsregierung der bürgerlichen Parteien nach dem Ersten Weltkrieg mit der SDAP war nur von kurzer Dauer. Bereits 1920 übernahm die CSP, ab 1922 in Zusammenarbeit mit der Großdeutsche Volkspartei, die Regierung. Die so genannte „Bürgerblock-Politik“, deren ideologische Gemeinsamkeit lediglich in der antidemokratischen Haltung zu sehen war, konnte der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nicht wirksam entgegen treten. Verstärkt wurden die Probleme des Bürgerblocks durch die Beteiligung einiger christlichsozialer Politiker an den Bankenskandalen Ende der 20er Jahre. Bei den Nationalratswahlen von 1927 sowie bei den Wahlen 1930 verlor die CSP kräftig an Mandaten, die vor allem dem „Heimatblock“ zugute kamen. Selbst ihre zunehmende Tendenz, „*autoritäre Krisenlösungsmuster, antiparlamentarische und ständische Gesellschaftsmodelle*“⁹⁶ zu entwickeln, führten zu keiner Stabilisierung der Wirtschaft. Die autoritären Ziele der Regierung unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß führten zur Abschaffung der demokratischen Parteienpolitik und damit auch zur allmählichen Auflösung der CSP, die 1934 endgültig verschwand. Als neue klerikalfaschistische Einheitspartei hatte Dollfuß bereits im Mai 1933 die Vaterländische Front gegründet.⁹⁷

Die christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften waren Teile der Christlichsozialen Partei. Diese konnten sich in der Bevölkerung nicht so stark etablieren wie die Freien Gewerkschaften der Sozialdemokraten, verzeichneten jedoch nach dem Ersten Weltkrieg einen langsamen stetigen Zuwachs. Im Jahre 1930 zählten sie eine Mitgliederzahl von über 110.000 und 1932 bereits über 130.000. Diese Entwicklung ist parallel zum politischen Erfolg der CSP zu sehen.⁹⁸

Die Christliche Arbeiterbewegung, die mit den faschistischen Tendenzen ihrer Mitorganisationen der Teilorganisationen der CSP Heimatschutz und Heimwehr nicht völlig übereinstimmte, blieb dennoch ihrer Partei treu und folgte ihr in eine autoritäre Diktatur. Die Verlagerung der Machtverhältnisse seit 1920, als die

⁹⁶ Anton Staudinger, Wolfgang C. Müller, Barbara Steininger, Die Christlichsoziale Partei. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 163.

⁹⁷ Staudinger u.a., Christlichsoziale Partei, 160-163.

⁹⁸ Anton Pelinka, Christliche Arbeiterbewegung und Austrofaschismus, In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. (Politik und Zeitgeschichte, 1), Wien 2005, 88f.

Christlichsozialen die Regierung übernahmen, die in Folge dessen durchgeführte Umstrukturierung des Bundesheeres und die damit verbundenen Rückschläge der SDAP bis zu deren Verbot 1934 ließen die christlichsoziale Arbeiterorganisation erstarken.⁹⁹

Vertreter der Christlichen Arbeiterbewegung übernahmen 1934 nach dem Verbot aller Parteien und Gewerkschaften die wichtigen Positionen im neu gegründeten „Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten“. Auch in der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“, die vom Bundesführer der Vaterländischen Front, Rüdiger von Starhemberg¹⁰⁰, gegründet wurde, waren sie präsent. Die Christliche Arbeiterbewegung wurde zu einem tragenden Standbein des Ständestaates und konnte aus diesem Grund innerhalb der Partei gegen extreme faschistische Tendenzen auftreten, zu einer oppositionellen Verlagerung dieses Flügels der Christlichsozialen kam es aber nicht.¹⁰¹

2.3 Die Großdeutsche Volkspartei

Erste Spuren einer großdeutschen Gesinnung führen ins frühe 19. Jahrhundert. Grundlage ihrer Ideologie war das Streben nach einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland. Der Gedanke stand im Gegensatz zu allen liberalen, modernen und demokratischen Tendenzen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind zwei Fraktionen zu finden: die radikale Gruppierung um Georg von Schönerer, die für eine Zerstörung der Habsburgermonarchie und für einen Anschluss an das deutsche Fürstentum „Hohenzollernreich“ stand. Und eine zweite Gemäßigte, die am Habsburgerreich hing und dennoch den „deutschen Besitzstand“ für sich beanspruchen wollte.¹⁰²

⁹⁹ A. Pelinka, Christliche Arbeiterbewegung, 89f.

¹⁰⁰ Fürst Rüdiger von Starhemberg (1899-1956) beteiligte sich 1923 als Sympathisant des „Freikorps Oberland“ am Münchner Novemberputsch Hitlers. 1926 wieder in Österreich trat er der Heimwehr bei und übernahm 1929 die Landesführung, ein Jahr darauf die Bundesführung des Wehrverbands. Nach der Niederschlagung der Februarkämpfe 1934 wurde Starhemberg zum Vizekanzler ernannt und übernahm zusätzlich die Bundesführung der „Vaterländischen Front“. Nach Dollfuß' Ermordung im Juli 1934 wurde er in der Regierung Schuschnigg Sicherheitsminister, legte jedoch schon zwei Jahre später alle politischen Ämter nieder und emigrierte 1937 in die Schweiz und später über Großbritannien nach Südamerika. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 461f.

¹⁰¹ A. Pelinka, Christliche Arbeiterbewegung, 91ff.

¹⁰² Thomas Dostal, Die Großdeutsche Volkspartei. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 195f.; Adam Wandruszka, Das „nationale Lager“. In: Erika Wein-

Mit der Verschmelzung mehrerer Vereinigungen – u.a. der Alldeutschen Partei, dem Deutschen Volksbund und dem Deutschnationalen Verein – entstand am 8. August 1920 eine zunächst kleine Partei: die Großdeutsche Volkspartei (GDVP).¹⁰³

Die GDVP konstituierte sich als eine nicht zentral organisierte, von selbständigen Vereinen abhängige, Partei. Im Gegensatz zu den Unterorganisationen der CSP, deren Verbindungen untereinander gefestigt waren, herrschte im großdeutschen Lager kaum Loyalität unter den Partnervereinen.¹⁰⁴

Die Partei unterstützte vor allem die bürgerlichen Besitzenden, industrielle Interessen wurden gegenüber agrarwirtschaftlichen in den Vordergrund gestellt. Beamte, Lehrer und Angestellte spielten als potentielle Wählerschaft eine besondere Rolle und unterstützten ein „zentralistisches Politik- und Entscheidungsmuster gegen dezentrale oder föderalistische“. ¹⁰⁵

Da die politische Lage 1922 die Bildung einer eindeutig mehrheitlich gewählten Regierung erforderte und die SDAP in Opposition ging, kam es zu einer Koalition zwischen der GDVP und der CSP. *„Das Festhalten an der Anschlußpolitik,[...], Herstellung und Aufrechterhaltung einer innigen Fühlungnahme mit der deutschen Reichsregierung über die gemeinsame Linie der Außen- und der Handelspolitik, möglichste Heranziehung deutschen Kapitals und die Rechtsangleichung“*¹⁰⁶ waren gemeinsame Ziele der Koalition, die jedoch innerhalb der GDVP nicht unumstritten war. Vor allem die Arbeit unter klerikaler Führung ließ heftige Diskussionen entflammen.¹⁰⁷

Schon kurze Zeit später musste die Großdeutsche Volkspartei starke Wählerverluste verzeichnen, und konnte seit der Nationalratswahl von 1923 nur mehr in „Wahlbündnissen“ politisch aktiv sein. Die großdeutschen Führungsmitglieder verloren an Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung und gaben ihre politische Verantwortung immer mehr der christlichsozialen Führung ab. Mit den Gemeinde-

zierl, Kurt Skalník (Hg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd.1. Graz, Wien, Köln 1983, 279ff.;

¹⁰³ F. L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München 1978, 81f.; T. Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 196.

¹⁰⁴ H. Dachs, Parteiensystem, 158.

¹⁰⁵ H. Dachs, Parteiensystem, 155.

¹⁰⁶ A. Wandruszka, nationale Lager, 287.

¹⁰⁷ T. Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 196f.; A. Wandruszka, nationale Lager, 289ff.

rats- bzw. Landtagswahlen von 1932 war die Großdeutsche Volkspartei stark geschrumpft und wurde teilweise in die NSDAP eingegliedert. Die Selbstauflösung erfolgte schließlich 1934.¹⁰⁸

2.4 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Die 1903 in Nordböhmen entstandene „Deutsche Arbeiterpartei“ ist als Vorläufer der österreichischen NSDAP zu sehen. Sie richtete sich gegen „volksfeindliche und -fremde“ Tendenzen, stand für eine großdeutsche Zollgemeinschaft und forcierte eine antimarxistische, antifeudale und antisemitische Grundtendenz. Erfolgreich war die DAP nur in ihrem Herkunftsgebiet, pflegte aber Kontakte mit deutschen Arbeitervereinen und besaß einige Presseorgane. Im Ersten Weltkrieg verlor die Partei an Bedeutung.

Nach dem Krieg kam es zu einer entscheidenden Umstrukturierung der Partei: die Trennung der NSDAP in einen böhmisch-mährischen und deutsch-österreichischen Teil. Letztere wurde umbenannt in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNAP). Von nun an traten in der Partei sozialpolitische Ziele wie Mindestlohnforderung oder der vermehrte Einsatz von Arbeiterversicherungen, um nur einige zu nennen, und die vehemente Forderung des Anschlusses an Deutschland in den Vordergrund. Schwierigkeiten der Partei resultierten aus den unterschiedlichen ideologischen oder politischen Ansichten der Führungskräfte und führten immer wieder zu Rückschlägen.¹⁰⁹

Walter Riehl¹¹⁰, ehemaliger Sozialdemokrat, war nach dem Zerfall der Österreich-Ungarischen Monarchie maßgeblich am Aufbau der DNAP in Österreich beteiligt. Er strebte eine überstaatliche Organisation der österreichischen Natio-

¹⁰⁸ T. Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 196f.; A. Wandruszka, nationale Lager, 277-315.

¹⁰⁹ Gerhard Jagschitz, Die Nationalsozialistische Partei. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 231-233

¹¹⁰ Walter Riehl (1881-1955) war der Leiter der „Deutschen Arbeiterpartei“, die 1918 in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP)“ umbenannt wurde. Bis 1923, als er sich nach einem Streit mit Hitler von ihm trennte. Er war aktiv bei den Frontkämpferversammlung Deutsch-Österreich beteiligt. Seit seinem Beitritt bei der NSDAP 1930 zog er seine politischen Aktivitäten ein. 1938 kam er in Schutzhaft und wurde kurze Zeit später unter der Anweisung Hitlers wieder entlassen. Emmerich Tálos u.a. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien 2002, 89, 98.; Vgl. auch Rudolf Brandstötter, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich. Diss. Wien 1969.

nationalsozialisten mit der Tschechoslowakei, Polen und Deutschland an. 1921 übernahm Adolf Hitler in Deutschland Riehls Funktion des Führers der groß-deutschen, nationalsozialistischen Bewegung und beanspruchte *„die Anerkennung seiner Führung durch alle nationalsozialistischen Länderorganisationen.“*¹¹¹

1923 verweigerte Riehl seine Hilfe beim Hitler-Putschversuch¹¹² in München. Dies hatte Folgen für die österreichische NS-Partei unter Riehl. Selbst sein Nachfolger Karl Schulz konnte die DNAP zu keinen weiteren Erfolgen führen. Nach der Auflösung der deutschen NSDAP nach dem Putschversuch 1923 flüchteten einige ihrer Funktionäre – u. a. Hermann Göring, Alfred Rosenberg und Hermann Esser – nach Österreich, wo sie mit den österreichischen Parteimitgliedern – die in Deutschland verbotene Partei – wieder aufbauten. Die seit 1925 in Deutschland wieder legalisierte Nationalsozialistische Partei unter Hitlers Führung forderte im Parteikongress von 1926 in Weimar die Angliederung der österreichischen NSDAP an die deutsche. Am 4. Mai 1926 entstand in Österreich unter Richard Suchwirth eine Hitler unterstellte Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die sich auch „Hitler-Bewegung“ nannte. Die österreichische Splittergruppe unter Schulz begann sich allmählich aufzulösen, während die „Hitler-Bewegung“ als Teil der reichsdeutschen NSDAP in Österreich weiter agierte und an Einfluss gewann.¹¹³

Mit der Neuübernahme von Führungspositionen der „Hitler-Bewegung“, vor allem durch deutsche Funktionäre, erfolgte auch eine „Straffung der Organisation“. Das Erstarken der NSDAP in Österreich vollzog sich vor allem ab 1931 unter der Leitung von Theo Habicht¹¹⁴, der *„die Auswirkungen der Wirtschafts-*

¹¹¹ G. Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 234.

¹¹² Am 8. November 1923 rief Adolf Hitler die „Nationale Revolution“ aus und erklärte die bayerische und die Reichsregierung für abgesetzt. Mit Waffengewalt erreichte er kurzfristig die Unterstützung der Leiter der bayerischen Polizei und Wehrmacht, die jedoch ihre Zusagen bereits in der Nacht darauf widerriefen. Hitler führte dennoch am 9. November einen Marsch der übrigen Putschisten durch die Innenstadt Münchens an. Bei Zusammenstößen mit der Polizei bei der Feldherrnhalle kamen insgesamt 20 Menschen ums Leben. Hitler, der wenig später verhaftet wurde, heroisierte und propagierte den Putschversuch später als den „Marsch zur Feldherrnhalle“; Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München ⁵2007, 567.

¹¹³ G. Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 234f

¹¹⁴ Theo Habicht (1898-1944). Seit 1927 NSDAP-Kreisleiter in Wiesbaden. Ab 1931 Landesgeschäftsführer der österreichischen NSDAP. Habicht war maßgeblich am Juliputsch 1934 beteiligt. Er wurde 1934 ausgewiesen und kehrte nach Deutschland zurück. Er bekleidete seitdem

*krise, autoritäre Zeitströmungen, die Unzufriedenheit mit der Politik der demokratischen Parlamentsparteien, der [den] allmählich wirkende[n] Sog einer siegreichen Partei im Deutschen Reich und eine auf Massenwirkung abzielende, aggressive Propaganda der Partei*¹¹⁵ nutzte. Anfang der 30er Jahre rekrutierte die NSDAP ihre Mitglieder aus vielen sozialen Schichten, starke Zuwächse verzeichnete sie vor allem aus Akademiker- und Studentenkreisen sowie der Arbeiterschaft.¹¹⁶

Immer mehr radikale Untergruppen der österreichischen NSDAP zielten auf gewaltsame Konfrontation mit „feindlichen“ Verbänden. Mit der Gründung verschiedener Schutztruppen, die für die Sicherheit der Partei sorgen sollten, schufen die Nationalsozialisten eine „organisierte Gewalt“. Die SA (Sturmabteilung) patrouillierte vor allem bei Propagandaveranstaltungen, während die SS (Schutzstaffel) für den Schutz der Führer bereitgestellt war. Vor allem in den Jahren 1932 bis 1934 gingen diese gegen politische Widersacher vor, planten antisemitische Anschläge und trugen Streikämpfe auf den Straßen aus. 1932 verschuldete die NSDAP 90 Prozent aller Gewalttaten in Österreich.¹¹⁷

Mit dem Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei durch die austrofaschistische Regierung im Juli 1933 waren die Probleme der Regierung nicht bewältigt. Viele Parteimitglieder flohen nach Deutschland oder begaben sich in die Illegalität. Bis zu und auch nach den Februarkämpfen von 1934, bei denen sich die Regierung gänzlich auf die Bekämpfung des sozialdemokratischen Widerstandes konzentrierte, konnten sich die nationalsozialistischen Aktivitäten wieder verstärken. Nachdem bereits im Oktober 1933 ein nationalsozialistisches Attentat auf Dollfuß verübt wurde, drang am 25. Juli 1934 die SS-Standarte 89 in das Bundeskanzleramt ein, bemächtigte sich Regierungsmitgliedern und erschoss den flüchtenden Bundeskanzler.¹¹⁸

einige unbedeutende Ämter. Ende 1939 wurde er an der Front eingesetzt und fiel 1944 an der Ostfront. Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main 2003, 215.

¹¹⁵ G. Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 236.

¹¹⁶ G. Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 240.

¹¹⁷ G. Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 241; Winfried R. Garscha, Nationalsozialismus in Österreich 1933-1938. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. (Politik und Zeitgeschichte, 1), Wien 2005, 104.

¹¹⁸ K. Vöclka, Geschichte, 290-295; G. Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 244.; F. L. Carsten, Faschismus, 243.

Das Scheitern des Putschversuches aufgrund der Loyalität des Bundesheeres hatte fatale Folgen für die illegale österreichische NSDAP. Hitler sorgte dafür, dass alle Aktivitäten der österreichischen Verbündeten und jeglicher Kontakt zum Deutschen Reich unterbunden wurden. Theo Habicht wurde seiner Parteiämter enthoben. All jene, die sich noch im Reich befanden, wurden auf verschiedene politische Lager verteilt.¹¹⁹

2.5 Die Kommunistische Partei

Aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und Jugend bildeten sich seit 1915 kleine „linksradikale“ Gruppen. Mit dem „Jännerstreik“ der Arbeiter von 1918, der von der mitregierenden Sozialdemokratischen Partei mit Versprechungen beruhigt wurde, verstärkte sich die Forderung nach der Gründung einer neuen links gerichteten Partei nach dem Vorbild der „Bolschewiki“. ¹²⁰

Die enttäuschten Anhänger der SDAP schlossen sich am 3. November 1918 unter Karl Steinhardt¹²¹ und dem Ehepaar Paul Friedländer¹²² und Elfriede Eisler-Friedländer¹²³ zur „Kommunistischen Partei Deutsch-Österreich“ zusammen. Mit dem Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland von 1920 wurde „Deutsch“ aus dem Namen entfernt. Anfängliche Schwierigkeiten der Partei lagen in den Kontroversen zwischen den Unterorganisationen und den tendenziell sozial schwachen Mitgliedern, die vor allem aus Kriegsveteranen,

¹¹⁹ G. Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 244.

¹²⁰ Josef Ehmer, Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 218.

¹²¹ Karl Steinhardt (1875-1963), Sozialdemokrat, 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei. Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 6 Bänden. Wien 1992-97, Bd.5 (1997), 329.

¹²² Paul Friedländer (1891-1943), Publizist und Politiker. 1918 war er Mitbegründer der KPÖ, Mitarbeiter und Redakteur bei Zeitungen wie „Der Weckruf“ und später „Die soziale Revolution“. Ging 1926 nach Berlin zur KPD. 1933 flüchtete er nach Österreich, kurze Zeit später nach Paris, wo er Mitglied des „Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus“ wurde. 1939 wurde Friedländer verhaftet und interniert. Vermutlich wurde er 1941 an die Gestapo übergeben und verstarb im KZ-Auschwitz. Werner Röder, Herbert A. Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte München und von der Research Foundation for Jewish Immigration. Bd. 1: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben. New York, München 1980, 198f.

¹²³ Elfriede Eisler-Friedländer (Ruth Fischer, 1895-1961) Publizistin und Politikerin, war am 3. November 1918 mit ihrem Mann und ihrem Bruder Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs. Sie ging Ende 1919 nach Berlin zurück und nannte sich von da an Ruth Fischer. 1921 ließ sie sich von Paul Friedländer scheiden und übernahm die Führung der KPD-Berlin. Bis zu ihrer Flucht 1934, hatte sie in der deutschen KP viel Erfolg. 1940 kam sie in die USA, wo sie gegen die Politik des stalinistischen Kommunismus arbeitete. W. Röder, Biographisches Handbuch, 178f.

Obdachlosen und Arbeitslosen bestanden. Seit 1919 eng an die Kommunistische Internationale gebunden, erreichte die KPÖ länderübergreifende Unterstützung und politische Bedeutung, musste sie sich jedoch im Gegenzug der *„Ideologie, Politik und Organisation stalinistischer Strukturen“*¹²⁴ unterordnen.¹²⁵

Die „Bolschewisierung“ der KPÖ durch die Internationale und ihre „ultralinke“ Richtung führte eher zu einer Isolierung als zu einem Erfolg der Partei. Erst mit der Änderung ihrer ideologischen Positionen gelang es ab 1931, den Zuwachs vor allem aus dem sozialdemokratischen Lager zu erhöhen. Viele Mitglieder der SDAP traten in der Zeit von der Ausschaltung des Parlaments bis zu den Februarkämpfen und auch danach der Kommunistischen Partei bei. Ab 31. Mai 1933 wurde die KPÖ in die Illegalität gedrängt, gewann jedoch gerade dort an politischer Bedeutung im Widerstand.¹²⁶

2.6 Heimwehr und Republikanischer Schutzbund als parteieigene Wehrverbände

Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden verschiedene regionale paramilitärische Wehrverbände, die der Sicherheit der Bevölkerung und vor allem der jeweiligen politischen Lager dienen sollten. Vielerorts sorgten sie für den Schutz vor rückkehrenden Soldaten anderer Länder oder politischen Gegnern. Diese Verbände konsolidierten sich in Form von *„Stadt- und Flurwachen, Arbeiter-, Betriebs- und Fabrikwehren sowie Orts-, Bauern- und Bürgerwehren“*¹²⁷. Sie wurden aus den unterschiedlichsten ideologischen Motiven ins Leben gerufen. Eines hatten sie dennoch gemeinsam:¹²⁸ *„die Angst der einen vor den anderen, das heißt der ‚Marxisten‘ vor einer monarchistischen ‚Reaktion‘ gegen die junge Republik und der ‚Antimarxisten‘ vor einer drohenden ‚Bolschewisierung‘.“*¹²⁹

¹²⁴ J. Ehmer, Kommunistische Partei, 220.

¹²⁵ J. Ehmer, Kommunistische Partei, 219ff.

¹²⁶ J. Ehmer, Kommunistische Partei, 222f.

¹²⁷ Earl C. Edmondson, Heimwehren und andere Wehrverbände. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 262.

¹²⁸ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 188.

¹²⁹ K. Peball, Kämpfe, 2.

Der „Republikanische Schutzbund“ war einer dieser parteieigenen Wehrverbände. Er wurde bereits 1923 von dem SDAP-Politiker Julius Deutsch¹³⁰ gegründet, um Angriffe und brutale Übergriffe der monarchistischen „Ostara“, der „Frontkämpfer“ und der faschistischen „Heimwehr“ abzuwenden. Der Republikanische Schutzbund, zunächst als Ordner- und Schutzorganisation für sozialdemokratische Veranstaltungen gegründet, hatte die Ziele der Partei zu verteidigen, und war einer kompromissbereiten und kampflösen Haltung verpflichtet.¹³¹

Wie die anderen Wehrverbände war auch der Schutzbund militärisch strukturiert, verfügte über Waffenvorräte und hatte seine zentralen Lager in Wien eingerichtet. Zu Beginn der 30er Jahre stieg die Mitgliederzahl stetig an, 1928 konnte er eine Höchstzahl von 80.000 Mitgliedern aufweisen und stand der arbeitenden Bevölkerung zur Seite.¹³² Die Mitglieder des Schutzbundes hatten großen Einfluss auf die Arbeiterschaft der Industriebetriebe und der Eisenbahn. Zusätzlich urgieren sie als Sicherheitsbeauftragte bei sozialdemokratischen Veranstaltungen und politischen Treffen.¹³³

Mehrere paramilitärische Formationen, wie Ortswehren, Bürgergarden, Kameradschaftsverbände u.v.m., die sich seit dem Zusammenbruch der Monarchie formiert hatten, schlossen sich später zur so genannten „Heimwehr“ zusammen. Die Heimwehrbewegung galt anfangs nicht als einheitliche Gruppierung, weil die Führer der Verbände einerseits in den Bundesländern anderen Interessen nachgingen und andererseits auch um die Vorherrschaft innerhalb der Dachorganisation konkurrierten. Die Heimwehr ist dennoch als eine zusammengehörige Bewegung zu sehen, da der gemeinsame Grundkonsens über interne Flügelkonflikte dominierte: ihre Haltung zu den Sozialdemokraten und

¹³⁰ Julius Deutsch (1884-1968) arbeitete ab 1908 im Zentralsekretariat der SDAP und bei der „Arbeiter-Zeitung“. Von 1920-1934 wirkte er als Nationalratsabgeordneter, bis 1932 auch als Parlamentskommissär für das Heereswesen. 1923 wurde er Obmann des Republikanischen Schutzbundes. Nach den Februarkämpfen 1934 flüchtete er nach Brünn und leitete dort das Auslandsbüro der österreichischen Sozialisten. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 79f.

¹³¹ O. Pollak, Weg, 102; Stefan Schmid, Ludwig Dvořák, Gregor Dolleisch, 70 Jahre 12. Februar 1934. Eine Broschüre der Sozialistischen Jugend Wien. Wien 2004; www.dasrotewien.at, 17.05.2007.

¹³² Vgl. www.dasrotewien.at, 17.05.2007. In der Literatur werden die unterschiedlichsten Zahlen und Daten angegeben: K. Peball gibt etwa erst für das Jahr 1932 eine Mitgliederanzahl von 80.000 an.

¹³³ K. Peball, Kämpfe, 2.

die Aufforderung zur Vereinigung aller antimarxistischer Verbände.¹³⁴ Sie lehnte sich an christlichsoziale Vorstellungen an und entwickelte sich zunehmend zu einem Kampfinstrument der antidemokratischen Richtung der Partei.¹³⁵

Der Zulauf zur Heimwehr war während der 20er Jahre sehr hoch und bestand vor allem aus vielen „Deklassierten aller Klassen“.¹³⁶ Nach den Ereignissen des 15. Juli 1927 - die Heimwehrgruppen trugen maßgeblich zur Unterdrückung der Demonstranten bei – und der Einigung der verschiedenen, selbständigen Heimwehrgruppen, erreichten die Juristen und Heimwehrführer Tirols und der Obersteiermark, Dr. Richard Steidle¹³⁷ und Dr. Walter Pfrimer¹³⁸, im Oktober 1927 eine Fusion aller Gruppierungen.¹³⁹ Die Mitgliederzahl ist nicht genau zu eruieren, da viele Sympathisanten nicht aktiv tätig waren. Schätzungen belaufen sich auf über 300.000.¹⁴⁰

Mit der finanziellen Unterstützung Benito Mussolinis und der Lieferung von italienischen Waffen ab dem Jahr 1928 an die Heimwehr wurde die Förderung einer faschistischen Grundideologie von außen forciert. Die Heimwehr trat zu dieser Zeit vermehrt als Demonstrant gegen sozialdemokratische Aufmärsche und gezielt als antimarxistische Gegenbewegung in der Öffentlichkeit auf.¹⁴¹

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 brachte eine Veränderung und Schwächung der Heimwehrbewegung mit sich. Die Radikalisierung der Bundesführer Steidle und Pfrimer und die Befürwortung Steidles für einen faschistischen Weg hatten in den Verbänden für Unmut und Verwirrung gesorgt. Rüdiger von Starhem-

¹³⁴ E. C. Edmondson, Heimwehren, 265f.

¹³⁵ O. Pollak, Weg, 102; S. Schmid, 70 Jahre; www.dasrotewien.at, 17.05.2007.

¹³⁶ Wolfgang Maderthaner, 12. Februar 1934: Sozialdemokratie und Bürgerkrieg. In: Rolf Steininger, Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Von der Monarchie bis zum zweiten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar 1997, 159.

¹³⁷ Dr. Richard Steidle (1881-1940), Rechtsanwalt, Christlichsozialer Politiker und Tiroler Heimwehrführer. Von 1919-1934 saß er im Tiroler Landtag, zeitweise war er Teil der Tiroler Landesregierung. Von 1922 bis 1931 war er Bundesrat. Im Jahr 1920 gründete er die Tiroler Heimwehr. 1933 erlitt er bei einem Attentat der österreichischen Nationalsozialisten schwere Verletzungen. Nach dem Anschluss kam er ins Konzentrationslager Buchenwald, wo er 1940 verstarb. I. Ackerl, Personenlexikon, 464.

¹³⁸ Dr. Walter Pfrimer (1881-1968), Rechtsanwalt, Politiker und Mitbegründer der Ortswehren in der Steiermark, organisierte am 12. September 1931 einen Staatsstreich, der die Heimwehren „Macht“ verleihen sollte. Der Putschversuch scheiterte. Er wurde verhaftet und wieder freigesprochen. 1933 unterzeichnete er seine Mitgliedschaft bei der NSDAP. 1938 erhielt er vom NS-Regime eine Entschädigung und ein Reichstagsmandat. 1945 kam er in Haft und war, nach seiner Entlassung 1947, wieder als Rechtsanwalt tätig. I. Ackerl, Personenlexikon, 355.

¹³⁹ W. Maderthaner, Februar, 159.

¹⁴⁰ E. C. Edmondson, Heimwehren, 267.

¹⁴¹ E. C. Edmondson, Heimwehren, 268f.

berg, der am 2. September 1930 zum alleinigen Bundesführer der Heimwehr ernannt wurde, konnte für kurze Zeit die Wogen glätten. Mit seinem Rücktritt aus der Regierung spaltete sich die Bewegung in einen Pfriemer- und einen Starhemberg-Zweig.¹⁴²

Nachdem Starhembergs „Heimatblock“ bei den Wahlen 1932 erfolgreich kandidierte, konnte er in Koalition mit der CSP in die Regierung einziehen. Er forderte Dollfuß auf, gegen die SDAP vorzugehen und den Republikanischen Schutzbund aufzulösen. 1932 wurde Emil Fey¹⁴³ zum Staatssekretär für Sicherheitswesen ernannt, der bei den Februarkämpfen zwei Jahre später in Wien eine wichtige Stellung einnehmen sollte. Fey versuchte, die Sozialdemokraten und insbesondere den Schutzbund unter Druck zu setzen und ordnete Hausdurchsuchungen an, um gegnerische Waffenlager aufzudecken und auszuheben.¹⁴⁴ Viele der christlichsozialen Wehrverbände unterstützten die Exekutive bei den Kämpfen im Februar 1934 gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen.

Neben den größten Vereinigungen Heimwehr und Schutzbund existierten in Österreich zahlreiche weitere Wehrverbände, wie die Frontkämpfervereinigung, der Freiheitsbund, die Ostmärkischen Sturmscharen und die Bauernwehr, die auf Seiten der Regierung standen. Neben dem Republikanischen Schutzbund der SDAP, der den entscheidendsten Opponenten der Heimwehrbewegung darstellte, sprachen sich vor allem nationalsozialistische Verbände, der Steirische Heimatschutz und die Österreichische Legion gegen die Politik der christlichsozialen Regierung aus.¹⁴⁵

¹⁴² E. C. Edmondson, Heimwehren, 270f.

¹⁴³ Emil Fey (1886-1938) meldete sich 1904 zum K.u.K.-Heer und wurde als Oberleutnant im Ersten Weltkrieg 1915 schwer verwundet. Mit zahlreichen Ehrungen wurde er im selben Jahr zum Hauptmann und 1922 zum Major befördert. 1923 gründete Fey die „Deutschmeister-Heimwehr“ in Wien und 1927 den „Wiener Heimatschutz“, dessen Landesleiter er 1930 wurde. 1932 übernahm er in der Regierung Dollfuß das Amt des Staatssekretärs für Sicherheitswesen, 1933 die Posten als Innenminister und Vizekanzler. Nachdem Feys Machtposition 1934/35 stark beschnitten wurde, trat er 1936 auch von der Landesführung des „Wiener Heimatschutzes“ zurück und spielte keine politische Rolle mehr. Nach dem „Anschluss“ durch die Gestapo verhaftet starb Fey am 16. März 1938 aus ungeklärten Gründen – Vermutungen reichen von Selbstmord bis hin zu Lynchjustiz durch die Nationalsozialisten. K. Peball, Kämpfe, 50-52.

¹⁴⁴ E. C. Edmondson, Heimwehren, 273

¹⁴⁵ Wolfdieter Bihl, Von der Donaumonarchie zur Zweiten Republik. Daten zur österreichischen Geschichte seit 1867. Wien, Köln 1989, 184.

3 Die Februarkämpfe von 1934

Mit der Ernennung des Staatssekretärs und Heimwehrführers Emil Fey zum Leiter der Exekutive im Jänner 1934 bereitete sich die klerikalfaschistische Regierung auf eine Konfrontation mit dem letzten innenpolitischen Gegner, der Sozialdemokratischen Bewegung, vor. Ein provozierter Aufstand der illegal operierenden Schutzbundgruppen sollte vernichtend niedergeschlagen werden. Eine weitere Provokation und Verschärfung der Lage für die Sozialdemokraten war der Erlass vom 9. Februar 1934, der die *„listenmäßige Erfassung aller sozialdemokratischen Vertrauensmänner [...] mit dem deutlichen Hinweis auf eine Einlieferung derselben in ‚Anhaltelager‘“*¹⁴⁶ forderte.

Am 11. Februar 1934 ordnete Fey die Einleitung der Niederwerfung der Sozialdemokratie an.¹⁴⁷

*„Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten.“*¹⁴⁸

Mit diesen Worten wies er bei einer Gedenkrede in Großenzersdorf auf die geplante Aktion hin – die Sozialdemokraten letztendlich nicht nur aus jeglichen politischen Funktionen, sondern auch aus allen öffentlichen Ämtern zu entfernen.

Am darauf folgenden Tag begann das „Aufräumen“ mit dem Sturm des Linzer Parteiheimes der SDAP. Richard Bernaschek¹⁴⁹, der oberösterreichische Landesleiter des verbotenen Republikanischen Schutzbundes und stellvertretender Parteisekretär in Oberösterreich, veranlasste die Mitglieder schon am 11. Februar sich gegen die bevorstehende Waffensuche der Polizei zu rüsten. Während die SDAP-Leitung in Wien dazu aufrief, sich noch zurück zu halten und eine mögliche friedliche Lösung weiter abzuwarten, war Bernaschek entschlossen, mit seinen Männern Widerstand gegen die Versuche der Polizei, das Ar-

¹⁴⁶ K. Peball, Kämpfe, 17.

¹⁴⁷ O. Pollak, Weg, 118.

¹⁴⁸ W. Anzenberger, Demontage, 120.

¹⁴⁹ Richard Bernaschek (1888-1945), Schlosser und Sozialdemokrat. 1923 half er bei der Organisation des Oberösterreichischen Schutzbundes. Er leitete, indem er der Exekutive mit Waffen entgegenhielt, den Beginn der Februarkämpfe von 1934 ein. Er wurde verhaftet und konnte kurze Zeit später mit Hilfe von Nationalsozialisten aus dem Gefängnis in die Tschechische Republik fliehen. 1944 wurde Bernaschek wegen Mitwisserschaft eines Hitlerattentats verhaftet und ins Konzentrationslager Mauthausen gebracht, wo er kurz vor der Befreiung erschossen wurde. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 40f.

beiterheim in Linz zu stürmen, zu leisten. Die Konfrontation führte am Morgen des 12. Februars zum ersten Schusswechsel.¹⁵⁰

Binnen kurzer Zeit reagierte die sozialdemokratische Arbeiterschaft auch in anderen Regionen Österreichs mit spontanen Streikaktionen. Die Verhaftung von Bernaschek und die Eroberung des Gebäudes war der Auslöser für Kämpfe in Oberösterreich, der Steiermark und Tirol. Wenige Stunden später kam es in Wien zu den ersten Kämpfen mit der Polizei. Da Heimwehr und Exekutive bereits in den Tagen davor einige hochrangige Schutzbundführer verhaften ließen¹⁵¹ und mehrere Hausdurchsuchungen anordneten, hatte auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei Vorbereitungen für eine offene Auseinandersetzung getroffen. Bereits 1933 hatte man mit einer massiven Aufrüstung begonnen und die Alarmpläne für Wien wiederholt modifiziert. Sie hatten ein Signal vereinbart, das den Generalstreik und die Aktionsbereitschaft des Schutzbundes einleitete. Sollte eine Gruppe entdeckt und verhaftet werden, könnten sich die anderen selbständig weiter organisieren. Trotz Appellen zur Disziplin von Seiten der Parteileitung begann der Schutzbund ohne deren Billigung und ohne kompakten Einsatzplan für das ganze Land den bewaffneten Kampf. Der Aufruf der Parteileitung konnte nach dem Sturm des Linzer Parteiheims nicht mehr rechtzeitig und ausreichend an alle Schutzbundgruppen verbreitet werden.

Das zuvor festgelegte Zeichen für den bewaffneten Widerstand in Wien – die Ausschaltung der städtischen Stromversorgung –, wurde kurzfristig durch die im Rundfunk verbreitete Parole, der Bürgermeister Karl Seitz wäre verhaftet worden, ersetzt. Ilja Ehrenburg berichtet von der Meldung „Karl ist erkrankt“, die – über das Telefon vermittelt – den Generalstreik einleiten sollte. Die Verbreitung der unterschiedlichen Signale führte am 12. Februar zu großer Verwirrung und Skepsis unter den Arbeitern. Klare Befehle fehlten, da die meisten Anführer des Schutzbundes bereits verhaftet worden waren. Die Arbeiterschaft des Wiener Elektrizitätswerks reagierte anfangs auch zögernd auf den Aufstand in Linz. Da der Betriebsrat bereits an ein Scheitern des Aufstandes glaubte und erwog, die Aktivitäten einzustellen, nahmen einzelne Arbeiter die Abschaltung der Strom-

¹⁵⁰ K. Peball, Kämpfe, 17f.

¹⁵¹ O. Pollak, Weg, 120; W. Anzenberger, Demontage, 120-126.

zufuhr in die Hand und brachten sie fünf Minuten vor zwölf Uhr mittags zum Stillstand.¹⁵² Nachdem der Schutzbund in Oberösterreich bereits gegen die Exekutive kämpfte, begannen trotz der Unklarheiten bei der Signalgebung nun einige Wiener Einheiten mit den ersten Kampfhandlungen, während andere noch auf ihren Einsatz warteten. Viele Gruppen schafften es dennoch, sich gut und eigenständig zu organisieren, darunter vor allem jene Widerstandsgruppen in den Arbeiterbezirken Simmering, Ottakring, Döbling und Floridsdorf.¹⁵³

Aufgrund der Unterbrechung der Stromversorgung gegen Mittag des 12. Februar 1934 kamen die Straßenbahnen in ganz Wien sowie die Maschinen in den Industriebetrieben zum Stillstand. Die Bevölkerung geriet in Alarmstimmung, die Menschen flüchteten von den Straßen in die Häuser und die organisierten Arbeiter warteten auf weitere Nachrichten, deren Vermittlung jedoch durch die Zerstörung der Telefonverbindungen behindert wurde. Für eine zusätzliche Beruhigung vieler sozialdemokratischer Widerständler sorgte unterdessen auch der weiterhin uneingeschränkte Betrieb der Eisenbahn. Die Eisenbahner waren von der bisherigen Zurückhaltung der Sozialdemokratischen Partei enttäuscht, dass sie nicht mehr an einen Erfolg des Widerstands glaubten und den Streikaufruf ignorierten. Mit der Eisenbahn konnte die Regierung fast uneingeschränkt Waffen für die Kämpfe heranschaffen. Ebenso enthielten sich die meisten Arbeiter der Druckereien eines aktiven Widerstands. Ihr erfolgloser Streik zwei Monate vor den Februarereignissen hatte auch bei ihnen zu Unmut geführt.¹⁵⁴

Die erste Reaktion der Polizei auf dem Stromausfall war die Anordnung der „Kasernenverteidigung“ und das Abriegeln der Innenstadt. Das Rathaus wurde besetzt, Bürgermeister Seitz und zahlreiche sozialdemokratische Politiker durch die Heimwehr verhaftet. Das Bundesheer wurde mobilisiert, die Wehrverbände und der „Freiwillige Schutzkorps“ machten sich kampfbereit.¹⁵⁵

Eduard Korbel, der Kreisleiter des Schutzbundes in den Bezirken 6., 7. und 13. bis 16., hatte seine Partei schon einige Tage vor den Kämpfen verlassen. Er erklärte, dass er *„die Gewaltmethoden der bisherigen Führer der Partei auf das*

¹⁵² Ilja Ehrenburg, Der Bürgerkrieg in Österreich. (Schriftenreihe der „Neuen deutschen Blätter“, 1). Prag 1934., 11.

¹⁵³ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 10; K. Peball, Kämpfe, 20.

¹⁵⁴ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 11f.

¹⁵⁵ K. Peball, Kämpfe, 22f.; diepresse.com/home/diverse/zeichen/191281/index.do, 18.01.2009.

*Schärfste verurteile“*¹⁵⁶ und hoffte, es würden ihm viele Arbeiter folgen. Der Großteil der Aufständischen ließ sich nicht von ihm beeinflussen. Er verriet der Regierung bereits in der ersten Februarwoche die grundlegenden Aktionspläne des Schutzbundes und einige Waffenlager.¹⁵⁷

Ziel des Republikanischen Schutzbundes war es, zuerst „*die Arbeiterviertel* [zu] *besetzen und dann den Angriff auf die innere Stadt* [zu] *unternehmen*.“¹⁵⁸ Da viele Bezirke gar nicht begonnen hatten, Widerstand zu leisten, geschweige denn einen Angriff zu starten, beschränkten sich die defensiven Kämpfe auf Teile einiger weniger Bezirke wie Meidling, Ottakring, Favoriten, Simmering und Floridsdorf.¹⁵⁹

In der staatlichen Propaganda der „gleichgeschalteten“ Zeitungen und des Rundfunks wurde der Aufstand der Arbeiterschaft als eine Art „Krankheit“ beschrieben. Die Berichte beinhalteten Verleumdungen, die Aufständischen wurden als Lügner bezeichnet und der Widerstand als Revolution von Verrückten abgetan, sodass große Teile der Wiener Bevölkerung nicht über die Geschehnisse in ihren Nachbarbezirken Bescheid wussten und die öffentliche Meinung im Sinne der Regierung beeinflusst wurde.¹⁶⁰ Mit Falschmeldungen auf Plakaten und im Radio beruhigte man die Bevölkerung und versuchte die Unruhen zu verharmlosen. Der Generalstreik der Arbeiterschaft kam schon am Abend des 12. Februar zum Erliegen.

Nicht nur in Wien kam es zu bewaffneten Kämpfen. Regionale Auseinandersetzungen in den Bundesländern fanden unter anderem in Bruck an der Mur, Steyr, Graz und in einigen kleinen Gemeinden statt.¹⁶¹

Am Mittwoch, den 14. Februar, begann in der Inneren Stadt von Wien das öffentliche Leben wieder zu erwachen. Die Geschäfte öffneten, die Bevölkerung

¹⁵⁶ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 21f.

¹⁵⁷ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 21f.; B. Sokoll, Stein, 66f.; diepresse.com/home/diverse/zeichen/191281/index.do, 18.01.2009.

¹⁵⁸ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 13.

¹⁵⁹ K. Peball, Kämpfe, 23.

¹⁶⁰ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 17.

¹⁶¹ Hans Hautmann, Die Februarkämpfe. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, 32. Jg., Heft 2: 12. Februar 1934. Wien 1974, 54.

nahm ihre Arbeit wieder auf und nur wenige Verunsicherte blieben noch zu Hause. Zur Abschreckung des Aufstandes ließ die Regierung die Leichen der Schutzbündler auf den Straßen liegen. Vor dem Goethehof in Kaisermühlen, einem sozialen Wohnbau, in dem sich eine Gruppe verschanzt hatte, legten Polizisten eine Tafel auf zwei tote Widerstandskämpfer, auf der „*Das verdankt ihr euren Führern!*“¹⁶² geschrieben stand. In einigen Häusern musste die Artillerie noch mit Widerstand rechnen, in Gemeindebauten in Döbling, vor allem im Karl-Marx-Hof, sowie im Goethehof flackerte der Aufstand nochmals kurz auf, worauf die Exekutive mit Beschuss reagierte.¹⁶³

Insgesamt vier Tage dauerten die Kämpfe an. Viele der überlebenden Schutzbündler flüchteten danach rasch aus Österreich, da anschließend nicht nur alle sozialdemokratischen Organisationen aufgelöst, sondern deren Mitglieder noch gezielt verfolgt wurden.¹⁶⁴

Der Aufstand scheiterte letztendlich an der Übermacht der Regierung, da die Heimwehr und das Bundesheer die Polizei unterstützten. Das Fehlen leitender Funktionäre der Sozialdemokraten, die unklare Organisation der versplitterten Widerstandsgruppen und auch das Schwinden der moralischen Unterstützung der Arbeiterschaft führten zu einem grauenhaften Ende: hunderte Tote und Verletzte, neun Hinrichtungen und 2700 Inhaftierte unter den Arbeitern waren die Folge.¹⁶⁵

Auf Dauer war der Aufstand der Arbeiter zum Scheitern verurteilt, weil in den einzelnen Gemeinden und Städten die Unterbrechung der Kommunikationswege, durch die viele Gruppen unter beschwerlichen Umständen auf sich alleine gestellt waren, ein Problem darstellten. Während der Schutzbund über geringe Reserven an Nahrungsmitteln, Waffen oder an Verstärkung verfügte, konnte die Regierung auf einen uneingeschränkten Nachschub zurückgreifen.

Die Regierung nutzte den Rundfunk, um falsche Meldungen über die Ereignisse in Wien zu verbreiten. Sie meldeten die Niederschlagung der Aufstände und

¹⁶² I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 24.

¹⁶³ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 25.

¹⁶⁴ O. Pollak, Weg, 122.

¹⁶⁵ W. Neugebauer, Widerstand, Bd. 1, 487.

trugen damit wesentlich dazu bei, dass die Arbeiterschaft den noch kämpfenden Schutzbundseinheiten nicht helfend zur Seite stehen konnte.¹⁶⁶

¹⁶⁶ O. Pollak, Weg, 121f.

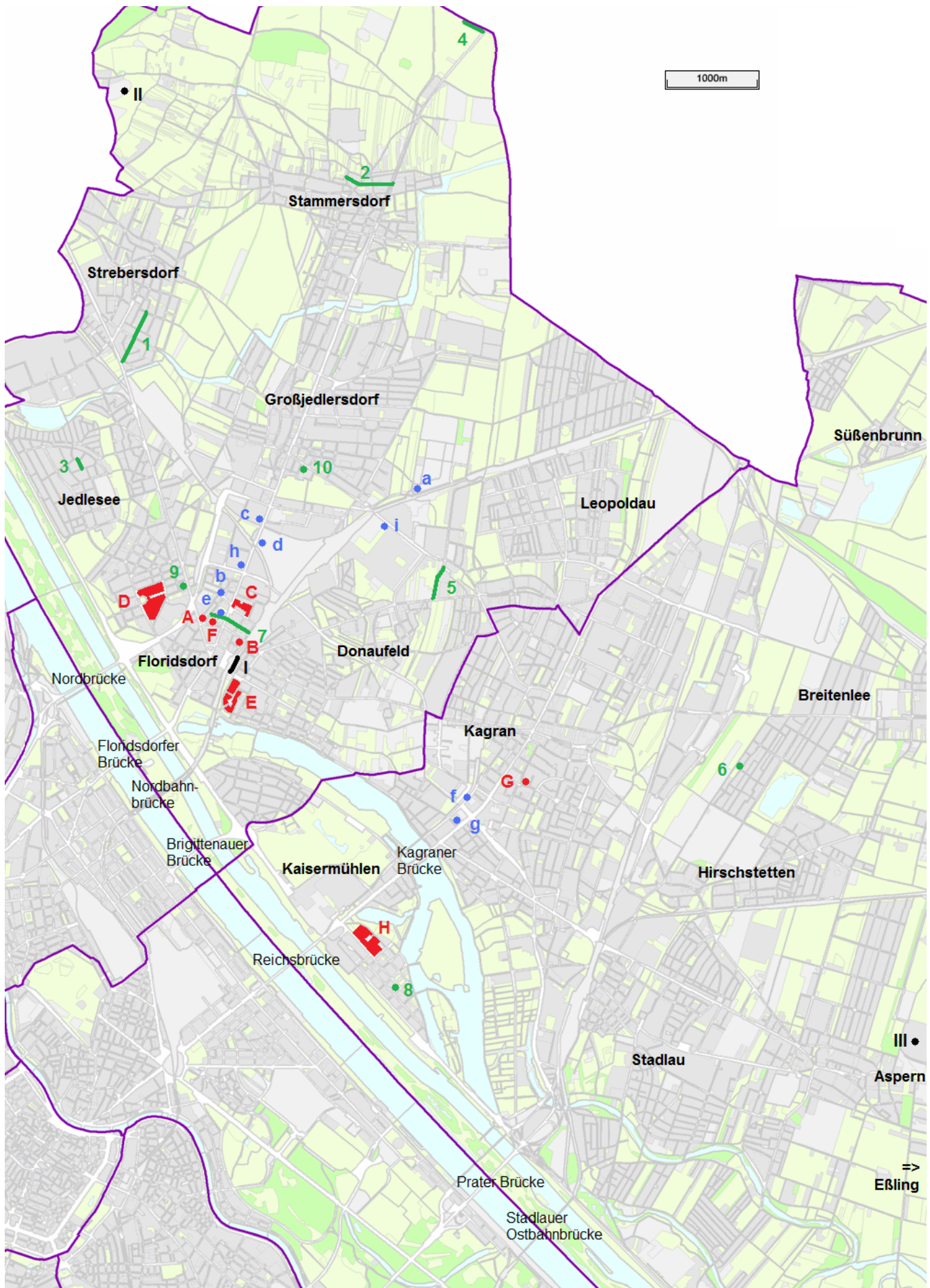


Abb. 2: Floridsdorf und Donaustadt heute, Quelle Grundplan:
<http://www.wien.gv.at/stadtplan>, 1. Februar 2009.

Kampf- und Erinnerungsorte

- A** Georg-Weissel-Hof, Gerichtsg. 1: Denkmal
- B** ehem. Arbeiterheim Floridsdorf, Angererstraße 14 (heute VHS Floridsdorf): Gedenktafel
- C** Schlingerhof, Brünner Straße 34-38/Floridsdorfer Markt: Gedenktafel
- D** Karl Seitz-Hof (früher „Gartenstadt“), Jedleseer Straße 66-94: Gedenktafel
- E** Paul Speiser-Hof (früher FAC-Hof), Franklinstraße 20 und Freytaggasse 1-9 und 2-14
- F** Bezirksgericht und Polizeikommissariat Floridsdorf, Hermann-Bahr-Gasse 3
- G** ehem. Schutzbundzentrale Kagran, Mälzelpatz/Komzakgasse: Gedenktafel
- H** Goethehof, Schüttaustraße 1-39: Gedenktafel

Betriebe

- a** Gaswerk Leopoldau, Mahnmal und Gedenktafel
- b** Straßenbahnremise Floridsdorf, Gerichtsg. 5: Gedenktafel für Straßenbahner
- c** ehem. Austro-Fiat-Werk 2, Brünner Str. 73: früherer Standort eines Gedenksteins (heute im 23. Bezirk, Brunnerstraße 44-50)
- d** Werkhof der ÖBB-Hauptwerkstätte Floridsdorf, Brünner Straße 68-70: Denkmal der Gewerkschaft der Eisenbahner
- e** Feuerwehr-Gruppenwache Am Spitz (ehem. Hauptfeuerwache Floridsdorf), Weisselgasse 3
- f** U-Bahn-Zentrum Kagran: Gedenktafel für Straßenbahner
- g** Berufsschule für Baugewerbe, Wagramer Straße 65: Franz Novy Büste
- h** auf dem ehemaligen Gelände der Lokomotivfabrik, Brünner Straße 57: Denkmal für die „Opfer des Faschismus“
- i** Denkmal der Firma Siemens-Schuckert Werke, Siemensstraße 88

(Um)Benennung von Straßen

- 1** Matthias-Ernst-Pista-Gasse
 - 2** Matthias Wagner-Gasse
 - 3** Mörthgasse
 - 4** Albert Sever Straße
 - 5** Josef-Brazdovics-Straße
 - 6** Jakob-Bindel-Platz
 - 7** Weisselgasse
 - 8** Rudolf Krbec-Hof, Schüttauplatz 18: Gedenktafel
 - 9** KPÖ-Parteiheim Anton Dobritzhofer, Galvanigasse 15: Gedenktafel
 - 10** Josef Kohl-Hof, Siemensstraße 14: Gedenktafel
-
- I** Bahnhof Floridsdorf (Nordbahnhof), Franz-Jonas-Platz
 - II** Rundfunksender Bisamberg
 - III** ehem. Flugfeld Aspern

3.1 Der Bürgerkrieg in Floridsdorf

Der heutige 22. Wiener Gemeindebezirk Donaustadt wurde erst nach 1945 gegründet. 1934 zählten die Gemeinden Aspern, Hirschstetten, Kagran und Stadlau zum 21. Bezirk Floridsdorf, Kaisermühlen zum 2. Wiener Gemeindebezirk Leopoldstadt.¹⁶⁷

Floridsdorf hatte strategisch folgende wichtige Punkte aufzuweisen:

„Das Asperner Flugfeld, der Bisambergsender, und die hier angehäuften Industriellen, Gas und Elektrizitätsanlagen werden einerseits durch die drei großen Wasserläufe der Donau, der Alten Donau und des Donaukanals von Wien, dem Sammelplatz der staatlichen Machtmittel getrennt, andererseits sind die 13 Ortschaften bzw. Bezirksteile dieses Gebietes derart um die fünf Donaubrücken gelagert, dass sie als zwei Brückenköpfe (Floridsdorf und Kagran-Stadlau) sämtliche Verbindungswege und den in dieser Richtung gelegenen fremden Staaten beherrschten.“¹⁶⁸

Die aufstrebende Arbeiterschaft war gerade in diesem Bezirk besonders dominant. Floridsdorf war daher nicht nur ein Zentrum des Proletariats, sondern dadurch auch ein Zentrum des Republikanischen Schutzbundes.

In den Tagen vor dem Ausbruch der Kämpfe verteilten sozialdemokratische Gruppierungen in Wien Flugblätter mit dem Aufruf zur Bewaffnung für den Fall der offenen Auseinandersetzung.¹⁶⁹ Die Polizei in Floridsdorf leitete bereits in diesen Tagen Verhaftungswellen gegen die SDAP ein. Dazu fanden noch Kontrollaktionen statt, die den Straßenverkehr und auch die Betriebe betrafen. Die Arbeiter mussten sich in regelmäßigen Abständen in ihren Arbeitsstätten zu Appellen melden, um den Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Die „Kontrollaktionen“ dienten auch dazu, Streiks der Belegschaften in mehreren Betrieben niederzuschlagen.¹⁷⁰

Während in anderen Wiener Bezirken am 12. Februar 1934 bereits geschossen wurde, blieb es in Floridsdorf noch ruhig.¹⁷¹ An diesem Tag wurden Polizei-

¹⁶⁷ Stefan Schemer, Zukunftsland Donaustadt. Geschichte der Donaustädter Sozialdemokratie. Eine Schriftenreihe der SPÖ-Wien. Wien 1993, 9.

(www.donaustadt.spoe.at/domino/html/922/hpbo922.nsf/Rueckblick.pdf)

¹⁶⁸ H. Petri, Februaraufstand, o.S.

¹⁶⁹ H. Petri, Februaraufstand, 18.

¹⁷⁰ K. Peball, Kämpfe, 19. siehe auch B. Sokoll, Stein, 52.

¹⁷¹ H. Petri, Februaraufstand, 18.

kommandos zu zwei Einsätzen gesandt: zur Sitzung von Floridsdorfer Betriebsräten und zu einem Streik im Gaswerk Leopoldau. Das Einschreiten der Exekutive blieb in beiden Fällen gewaltfrei.¹⁷²

Mit Verspätung bereitete sich schließlich auch der Schutzbund in Floridsdorf auf den Kampf vor. Früh am Morgen des 13. Februar 1934 nahm er die Polizeiwachen Floridsdorf und Groß-Jedlersdorf unter Beschuss, wenig später ebenso den Nordbahnhof in Floridsdorf sowie das Wachzimmer nahe dem Gaswerk. Die Floridsdorfer Schutzbündler konnten ihre Stellung im Bezirk vorerst gegenüber der Exekutive verteidigen, dem Bundesheer gelang es an diesem Vormittag lediglich, eine Straßensperre in der Brünnerstraße einzunehmen.

Etwa gegen 10.15 Uhr griff die Exekutive den Gemeindebau „Schlingerhof“ beim Floridsdorfer Markt an. Mit schweren Geschützen und zwei Panzerwagen feuerte das Bundesheer auf die im Gebäude verschanzten Schutzbündler und brach nach einer Stunde in den Wohnkomplex ein – 350 Schutzbundkämpfer wurden inhaftiert.¹⁷³

Weitere zentrale Kampforte waren die in unmittelbarer Nähe befindlichen Häuser: die Hauptfeuerwehrwache und der Paul-Speiser Hof, auch der FAC-Hof (Floridsdorfer Athletik Club) genannt. Diese Gebäude konnten, wie der Goethe-Hof in Kaisermühlen, an diesem Tag erfolgreich vom Schutzbund verteidigt werden. Die zentrale Rolle bei den Kämpfen um die Feuerwehrwache nahm auf Seiten der Aufständischen Ingenieur Georg Weissel ein. Der Floridsdorfer Feuerwehrkommandant führte seine Truppe zum Schutz der Feuerwache an.¹⁷⁴

Überall in Floridsdorf wehrten sich die kampfbereiten Arbeiter gegen die Angriffe von Heimwehr, Polizei und Bundesheer:

„Vom Schlingerhof, der Wohnhausanlage Gerichtsgasse und dem Arbeiterheim, die mit Minenwerfern angegriffen wurden, ging der Schutzbund zur Offensive über. Die Schutzbundbesatzung des FAC-Hofes verteidigte die Floridsdorfer Brücke, Großjedlersdorf war in der Hand des Schutzbundes, die Gartenstadt schlug alle Angriffe zurück. Die Exekutive musste sich auf das rechte Donauufer zurückziehen. Dann griff Militär, das aus

¹⁷² H. Hautmann, Februarkämpfe, 52.

¹⁷³ W. Kleindel, Österreich, 350; K. Peball, Kämpfe, 33f.

¹⁷⁴ K. Peball, Kämpfe, 34.

*Niederösterreich herbeigeholt worden war, Floridsdorf von allen Seiten an.*¹⁷⁵

Mit „Umfassungsangriffen“ versuchte die Exekutive mit dem Bundesheer am 14. Februar 1934 der Situation in Floridsdorf Herr zu werden. Zusätzliche Kompanien aus Niederösterreich stürmten den Außenbezirk aus drei Richtungen, hatten jedoch mit starkem Widerstand zu kämpfen.¹⁷⁶

Floridsdorf war ein „roter“ Arbeiterbezirk und daher war hier der Widerstand größer als in manch anderen Bezirken. Im 20. Wiener Gemeindebezirk konnten viele Arbeiter nicht geschlossen reagieren, da sie aufgrund der vorangegangenen Verhaftungswellen führungslos geworden waren. Die inhaftierten Sozialdemokraten konnten ihren Kameraden die Waffenverstecke nicht mehr preisgeben. Ehrenburg meint, dass mit dem Einschreiten der Arbeiter von Brigittenau Reichsbrücke und Floridsdorfer Brücke gehalten hätten werden können, da sie aber keine Waffen zur Verfügung hatten, konnten sie gar nicht erst in Aktion treten.¹⁷⁷

Bei den Kämpfen um die Reichsbrücke wurde nicht nur die XI. Kompanie der Polizei eingesetzt, sondern zur Unterstützung dieser noch Gruppen des „Schutzkorps“ und der Vaterländischen Front hinzugezogen.¹⁷⁸

Bereits am 12. Februar 1934 um 13 Uhr besetzte das Bundesheer die Schießstätte in der Wagramer Straße, heute Teil des Donauparks.¹⁷⁹ Am selben Tag machte sich eine Gruppe von Schutzbündlern u.a. unter der Leitung von Kommandant Rudolf Krbec¹⁸⁰ kampfbereit und besetzte den Goethehof, um von dort die Reichsbrücke unter Kontrolle zu halten. Ein Zeitzeuge berichtete, dass die Regierungstruppen vom Gebäude der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft aus, welches unterhalb der Reichsbrücke lag, der „aufständischen“ Truppe befahlen, sich zu ergeben. Nachdem die Männer im Goethehof dem nicht Folge leisteten, begann der Beschuss. Am 14. Februar 1934 mussten die Schutz-

¹⁷⁵ O. Pollak, Weg, 121.

¹⁷⁶ K. Peball, Kämpfe, 34f.

¹⁷⁷ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 13.

¹⁷⁸ S. Schemer, Zukunftsland, 15.

¹⁷⁹ W. Kleindel, Österreich, 349.

¹⁸⁰ Rudolf Krbec war Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und war maßgeblich im Kampf um den Goethehof beteiligt. Siehe Kap. 5.3.8.

bündler, nachdem die Regierungstruppen Artillerie einsetzten, kapitulieren. Viele flüchteten, einige wurden nach ihrer Verfolgung verhaftet.¹⁸¹

Am 13. Februar 1934 gegen 11 Uhr begann eine Gruppe des Republikanischen Schutzbundes mit dem Beschuss des Wachzimmers Stadlau.¹⁸² Gegen 19 Uhr versuchten die Schutzbündler über die Ostbahnbrücke die Donau zu überqueren. Das Bundesheer entgegnete mit Panzerbeschuss. Tags darauf konnte die Polizei die Brücke einnehmen.¹⁸³

Ein weiterer Kampfort war die Kagrannerbrücke über die Alte Donau. Zwischen 13 Uhr und 14 Uhr des 13. Februar 1934 besetzten Zivilisten den Straßenbahnbahnhof in Kagran. Mit Schneepflügen der Verkehrsbetriebe sperrte der Kagranner Schutzbund, dessen Zentrale sich am Mälzelplatz befand, die Brücke ab. Mit schweren Geschützen gelang es der XI. Kompanie der Polizei, sie zu übernehmen.

Am 15. Februar 1934 kamen zwei Mitarbeiter der Wiener Straßenbahn und zugleich Schutzbündler durch eine Explosion an der Kagrannerbrücke ums Leben. In Kagran kam es sogar zu Flugzeugeinsätzen der Heimwehr, die mit Maschinengewehren auf die Aufständischen schossen.¹⁸⁴

Auch in den anderen Wiener Bezirken kam es gar nicht erst zu einem Kampfeinsatz, weil die Kommandanten aus unterschiedlichsten Gründen nicht reagierten. Der Schutzbundführer von Meidling weigerte sich, die Waffen an seine Männer auszugeben: „Ich kann die Leute nicht auf die Schlachtbank schicken!“ Der Kommandant vom Flötzersteig bewaffnete zwar die lokale Widerstandsgruppe, vermied jedoch Kontakt und Kooperation mit Verbündeten in anderen Bezirken, woraufhin seine Leute die unbenutzten Waffen wegwarfen.¹⁸⁵

Floridsdorf war jener Bezirk, der am längsten Widerstand leistete. Die Angriffe der Exekutive auf die Gartenstadt am 14. Februar 1934 zwangen die dort verschanzten Arbeiter, sich nach Jedlesee zurückzuziehen. Auch das Gaswerk in

¹⁸¹ S. Schemer, Zukunftsland, 12f.

¹⁸² W. Kleindel, Österreich, 350.

¹⁸³ S. Schemer, Zukunftsland, 14f.

¹⁸⁴ W. Kleindel, Österreich, 350; S. Schemer, Zukunftsland, 14.

¹⁸⁵ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 21.

Leopoldau wurde von der Artillerie beschossen. Als die Polizei mit der Beschießung der benachbarten Wohnhäuser drohte, flüchteten die Aufständischen aus dem Werk, um die dort beheimateten Familien nicht zu gefährden.¹⁸⁶ Auch in Kaisermühlen ging das Bundesheer nun mit heftigeren Mitteln vor: Auf den Beschuss der Reichsbrücke vom Goethehof am Morgen reagierte das Bundesheer um 11 Uhr vormittags mit der Eröffnung des Artilleriefeuers auf den Gemeindebau. Um 13.30 Uhr nahm der Schutzbund im so genannten „Bretteldorf“, einer illegalen Arbeitersiedlung auf dem Gebiet des heutigen Donauparks, die benachbarte Schießstätte des Bundesheeres ein letztes Mal unter Beschuss.¹⁸⁷ Am Abend des 14. Februars gingen die Kämpfe zu Ende – Floridsdorf und ganz Wien lag nun größtenteils in der Hand der Exekutive. Obwohl weiterhin einige „Widerstandsnester“ existierten, hatten die Regierungstruppen ihr Ziel an diesem Tag erreicht.

An den Februarkämpfen beteiligten sich an der Seite des Republikanischen Schutzbundes auch verschiedene andere Gruppen – Revolutionäre Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaften –, deren Intentionen unterschiedlich waren. Eine Unterstützung der katholischen und konservativen Lager, bis auf wenige Ausnahmen wie der christlichsoziale Politiker Ernst Karl Winter¹⁸⁸, wurde nie erwartet.

Die Kommunisten sahen den Aufstand als Kampf gegen den wachsenden Einfluss des Nationalsozialismus in Österreich, dessen Vernichtung zur nationalen Freiheit führen sollte. Die Sozialdemokraten kämpften gegen die faschistischen Machthaber für die Wiederherstellung der Demokratie. Andere beteiligten sich wegen ihrem Sozialengagement oder ihrer Religiosität an der Aktion.¹⁸⁹ Frauen wie Kinder waren in dieser Auseinandersetzung aktiv involviert.

¹⁸⁶ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 26; K. Peball, Die Kämpfe, 34f.

¹⁸⁷ W. Kleindel, Österreich, 350.

¹⁸⁸ Ernst Karl Winter, ab Winter 1934 dritter Vizebürgermeister von Wien unter Dollfuß, sah den Kampf gegen den Nationalsozialismus als einen für die nationale Freiheit Österreichs; Walter Grab, Wolfgang Neugebauer, Österreichische Freiheits- und Widerstandskämpfer, Vortrag im Wiener Rathaus am 30. November 1994. (Wiener Vorlesungen im Rathaus, 47). Wien 1996, 47.

¹⁸⁹ W. Grab u.a., Freiheits- und Widerstandskämpfer, 45-47.

3.2 Das Leben nach dem gescheiterten Aufstand

Der scheinbar „friedliche“ Alltag, der mit der Niederschlagung des Aufstandes wieder einkehrte, trügte. Verzweiflungstaten wie Selbstmorde von Familien verstorbener Arbeiter, die keinen Ausweg aus ihrer bedrohten Situation wussten, folgten. Die Gefängnisse waren mit verhafteten Schutzbündlern überfüllt, viele wurden eng in Kasernen und in andere Räumlichkeiten gepfercht und mussten die Nächte aus Platzmangel stehend verbringen. Die Heimwehrleute wie auch die Polizisten gingen mit äußerster Brutalität gegen die Gefangenen vor.¹⁹⁰

Bruno Sokoll¹⁹¹ berichtet von den teilweise öffentlich zur Schau gestellten Straf- und Vergeltungsmaßnahmen der Exekutive:

„Mich ekelt es an. Aber nicht allein die Würdelosigkeit, mit der sich die Sieger an den Opfern ergötzen, sondern die Brutalität, die sich nun an wehrlosen verhafteten Schutzbündlern auszutoben begann, erregte den Abscheu der Menschen, die Zeuge der maßlosen Misshandlungen sein mussten.“¹⁹²

Über den Umgang mit den besiegten und gefangenen Feinden führt er exemplarisch aus:

„Auf der Brünnerstrasse wurde das Feuer auf 450 Gefangene Schutzbündler eröffnet, wovon 10 Arbeiter tot liegen blieben und eine große Zahl schwer verletzt wurden. Die Toten wurden als abschreckendes Beispiel auf der Strasse liegen gelassen.“¹⁹³

Bereits am 12. Februar 1934 war das Standrecht „für das Verbrechen des Auf- ruhrs (§§ 73, 74)“ österreichweit verhängt worden. Dadurch änderte sich der Ablauf eines strafrechtlichen Verfahrens: Die Prozessdauer wurde stark verkürzt, eine Verurteilung erfolgte deutlich schneller als bei einem ordentlichen Verfahren und die Berufungsinstanz wurde abgeschafft. Hinzu kam, dass „die vom Standrecht umfassten Delikte [...] grundsätzlich mit dem Tod und somit viel

¹⁹⁰ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 32-35.

¹⁹¹ Bruno Sokoll (1898 - 1989), politisches Engagement als junger Sozialdemokrat, Mitarbeiter der Wiener Verkehrslinien, Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und Februarkämpfer 1934. Er wurde bei den Februarkämpfen verhaftet und zum Tode verurteilt. Er wurde begnadigt und kurze Zeit darauf amnestiert. Während der NS-Zeit war er bei den Straßenbahnern von Floridsdorf im Widerstand tätig. Lebensbeschreibung, DÖW, 620.; F. Czeike, Historisches Lexikon, Bd.5 (1997), 245f.

¹⁹² B. Sokoll, Stein, 69.

¹⁹³ B. Sokoll, Stein, 69.

*härter als in normalen Verfahren bestraft*¹⁹⁴ wurden. Der Einsatz des Standrechtes sollte nur in Ausnahmезuständen erfolgen, wenn eine ordentliche Gerichtsbarkeit nicht mehr möglich war und trat bei „Staatsnotständen“ wie Aufständen in Kraft, die nur durch eine militärische Instanz unterdrückt werden konnten.¹⁹⁵ Insgesamt wurden 21 Menschen in Folge des Februaraufstandes 1934 zum Tode verurteilt, davon wurden neun Hinrichtungen vollstreckt.¹⁹⁶

Der Hietzinger Schutzbundführer Karl Münichreiter¹⁹⁷, der am 12. Februar schwer verwundet und in Folge verhaftet wurde, als er einem verletzten Kameraden zu Hilfe kommen wollte, wurde am 14. Februar schwer verletzt vor ein Standesgericht getragen. Die Gerichtsbarkeit stufte ihn als „verletzt“ und nicht als „krank“ ein, weshalb er nicht nur offiziell fähig war, an der Verhandlung teilzunehmen, sondern das folgende Todesurteil auch sofort vollzogen werden konnte. Laut Standesgericht müsste ein schwer Kranker nach §398 der Strafprozessordnung nicht zu einem gegen ihn geführten Prozess mit Todesurteil antreten.¹⁹⁸

Georg Weissel¹⁹⁹ rettete das Leben seiner Kameraden, indem er bei seiner Gerichtsverhandlung die alleinige Schuld auf sich nahm. Laut seiner Aussage habe er seine Leute mit einer Waffe bedroht, damit sie sich seinen Widerstandaktionen anschlossen, dennoch wurden die beteiligten Kämpfer nicht freigesprochen, sondern in Gefängnisse oder ins sogenannte „Anhaltelager“ Wöllersdorf²⁰⁰, das im Oktober 1933 eingerichtet wurde, transportiert. Weissel wurde dem Henker übergeben und am 15. Februar hingerichtet.²⁰¹ Nach der erfolgreichen Niederschlagung der Februarkämpfe wurde das Standrecht noch einige

¹⁹⁴ W. Anzenberger u.a., Widerstand, 196.

¹⁹⁵ W. Anzenberger u.a., Widerstand, 189 und 196.

¹⁹⁶ J. Hindels, Weg, 46.

¹⁹⁷ Karl Münichreiter (1891-1934), Mitglied des Republikanischen Schutzbundes, kämpfte im Februar 1934 in Hietzing, wurde angeschossen und verhaftet. Er wurde am 14. Februar 1934 hingerichtet. F. Czeike, Historisches Lexikon, Bd.4 (1995), 321.

¹⁹⁸ W. Anzenberger u.a., Widerstand, 202f.

¹⁹⁹ Georg Weissel (1899-1934). Nach seinem Studium in Chemie konnte er nur eine unbezahlte Stelle als Volonteur im Gaswerk Leopoldau bekommen. 1926 wurde er als Brandadjunkt bei der Wiener Feuerwehr aufgenommen. 1931 kam er als Brandkommissär nach Floridsdorf. Bereits 1927 wurde ihm die Position des Kommandanten der Studentenabteilung des Schutzbundes anvertraut. 1934 führte er eine Gruppe von Feuerwehrmännern an und kämpfte gegen die Exekutive. Nach den Kämpfen wurde Georg Weissel verhaftet und hingerichtet; Joseph T. Simon, Georg Weissel. In: Norbert Leser (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Wien 1964, 425ff.

²⁰⁰ Im Sommer 1933 wurde eine Ministerratsvorlage für die Einrichtung von „Anhaltelagern“ festgesetzt, die für die Inhaftierung politischer Gegner vorgesehen waren; www.doew.at, Erzählte Geschichte: Index, 22.12.2008.

²⁰¹ K. Peball, Kämpfe, 38f.; I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 33.

Tage mit der Begründung beibehalten, dass der steirische Bundesrat und Parteisekretär Koloman Wallisch²⁰², der ab 12. Februar den Schutzbund in Bruck an der Mur angeführt hatte, noch gefasst und nach verschärftem Recht verurteilt werden sollte.²⁰³

In den Verhandlungen ging es vor allem darum, ein Exempel gegen die Aufständischen zu statuieren. Als abschreckendes Beispiel dienten die Hinrichtungen von vor allem bekannten Mitgliedern des Schutzbundes. Am 21. Februar 1934 wurde das Standrecht für „Aufruhr“ schließlich aufgehoben.²⁰⁴

Die Bestattung der zahlreichen Opfer des Bürgerkrieges stellte die Regierung vor ein weiteres Problem. Für die gefallenen Vertreter der Exekutive wurden öffentliche Begräbnisse und Trauerveranstaltungen geplant. Am 21. Februar 1934 erfolgte, mit wenig Aufsehen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die Beerdigung der zivilen Opfer und der Schutzbündler auf dem Zentralfriedhof. Die illegale „Arbeiterzeitung“, das zentrale Presseorgan der SDAP, berichtete vom „stillen“ Vorhaben der Regierung. Zwei Monate später forschten einige sozialdemokratische Arbeiter die Grabstätten der hingerichteten Anführer Weissel und Münchreiter aus und legten demonstrativ Plakate und Blumen an ihren Grabstätten nieder. In den folgenden Monaten verhaftete die Polizei einige „auffällige“ Personen, die den beiden Schutzbündlern die letzte Ehre erwiesen.²⁰⁵

Die Opferzahlen unter den Februarkämpfern wurden von der Regierung stark manipuliert an die Öffentlichkeit weitergegeben. Die offiziellen Angaben beliefen sich auf *„101 Männer, 17 Frauen an Gefallenen und 279 Verletzten, davon 212 Männer, 62 Frauen und fünf Kinder“*²⁰⁶.

Der britische Journalist Georg Eric Rowe Gedeye gab hingegen 1948 Verluste von etwa 2000 Toten an, darunter viele Kinder und Frauen. Die Dunkelziffer der

²⁰² Koloman Wallisch (1889-1934). 1919 flüchtete er nach Österreich und wurde Parteisekretär der Sozialdemokraten. Als radikaler Redner avancierte er zum Hauptgegner des konservativen Lagers. Als er das Scheitern des Aufstandes erkannte wurde er auf seiner Flucht verhaftet, anschließend verurteilt und hingerichtet. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 509.

²⁰³ S. Schmid u.a., 70 Jahre, 37.

²⁰⁴ W. Anzenberger u.a., Widerstand, 203.; Es ist nicht eindeutig in Erfahrung zu bringen, ob das Standrecht noch besteht. Aus dem Verfassungsrecht ist zu lesen, dass die Todesstrafe vollständig abgeschafft wurde, nämlich mit 1. Mai 2004. In: Werner Doralt (Hg.), Verfassungsrecht 2009. 27. Aufl., Stand 1.3.2008, (2 BGB1 III2005/127 (VFB)), 202f.

²⁰⁵ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.), Denkmäler, 11.

²⁰⁶ K. Peball, Kämpfe, 38.

Verletzten schätzte er auf etwa 5000. Einigen Schutzbündlern gelang die Flucht in die Tschechoslowakei, darunter die zentrale sozialdemokratische Kampfleitung um Dr. Julius Deutsch und Otto Bauer. 300 Österreicher flüchteten nach Moskau.²⁰⁷

Ehrenburg berichtet über die Unsicherheit der Bevölkerung bezüglich des offiziellen Ausmaßes und die kursierenden Gerüchte über mögliche Todeszahlen:

„Die Wiener wiederholten flüsternd schreckliche Zahlen. Niemand wusste genau, wie viel Menschen getötet worden waren. Der Vizekanzler erklärte mit der Bescheidenheit des Urhebers, daß die Vertreter der gesetzlichen Macht im Ganzen zweihundert Menschen getötet hätten. [...] Der Leiter des Anatomischen Institutes gab zu, daß durch seine Anstalt nicht weniger als sechshundert Leichen gegangen waren. Der Arzt eines Krankenhauses erwähnte elf Kinder, die ihren Wunden erlegen waren. Der Verwalter des jüdischen Friedhofes erzählte, daß die Arbeiter während zweier Tage nicht weniger als siebenzig Gräber gegraben hätten. Man begrub weitaus nicht alle Getöteten. Viele Einwohner sahen, wie die Polizei Leichen in die Donau und in die Kanäle warf.“²⁰⁸

Noch im Februar 1934²⁰⁹ wurden sämtliche sozialdemokratische Organisationen aufgelöst. Die Regierung verfolgte systematisch sozialdemokratische Lehrer, Direktoren, Parlamentarier und Stadträte und zwang sie, ihre Ämter zurückzulegen. Am 2. März 1934 errichtete die Regierung die Einheitsgewerkschaft als neue „gleichgeschaltete“ Interessensvertretung für Arbeiter und Angestellte, um den neuorganisierten Stand endgültig dem Willen der autoritären Regierung zu unterstellen.²¹⁰

Nach Josef Hindels Einschätzung stand *„hinter der Zwangsauflösung der Sozialdemokratischen Partei der Wille, das entscheidende Hindernis der angestrebten ‚Neuordnung‘ des Staates aus dem Wege zu räumen; hinter der ‚Selbstauflösung‘ der christlich-sozialen Partei der Unglaube an die parlamentarische Demokratie; hinter der Beseitigung der Freien Gewerkschaften die Absicht, ein Bollwerk der Arbeiterschaft zu beseitigen; hinter der Errichtung einer gewerkschaftlichen Monopolorganisation der Versuch, die Gewerkschaftsbewegung in*

²⁰⁷ K. Peball, Kämpfe, 38.

²⁰⁸ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 31.

²⁰⁹ Zwei Dekrete der Regierung, vom 12. und 16. Februar 1934, beinhalteten das Verbot der SDAP und erklärten jegliche politische Aktivität der Sozialdemokraten als strafbar; Fritz Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei. Von 1889 bis zur Gegenwart. Wien 1978, 330.

²¹⁰ Hans Hautmann, Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. 169; W. Anzenberger u.a., Widerstand, 263f.; S. Schmid u.a., 70 Jahre, 37f.

*ihre berufsständischen Bestandteile aufzulösen; hinter der Errichtung der berufsständischen Ordnung die Entschlossenheit, mit dem parlamentarischen Staat aufzuräumen, und hinter dem Österreichischen Heimatschutz stand Mussolini als geistiger Nährvater und politischer Auftraggeber.*²¹¹

In der Illegalität organisierten sich die Sozialdemokraten in Kleingruppen und agierten unabhängig voneinander. Sie konzentrierten sich besonders auf die verdeckte Bekämpfung der äußerst aktiven nationalsozialistischen Organisationen. Auch einzelne Vertreter und Gruppen, die früher der Regierung nahe gestanden waren, wie die ehemalige Christlichsoziale Partei, die Heimwehrfaschisten oder die Monarchisten wandten sich von Dollfuß ab und wurden in Widerstandsgruppen aktiv.

*„Sicher ist, dass die wenigsten (am ehesten noch die Sozialdemokraten) für ein unabhängiges, demokratisches und republikanisches Österreich kämpften.“*²¹²

Otto Bauer führte den sozialdemokratischen Widerstand aus seinem Exil in Brunn weiter. Die in Österreich verbliebenen Kämpfer im Untergrund schlossen sich mit den Kommunisten zu den „Revolutionären Sozialisten“ zusammen.²¹³

Dollfuß verfolgte nach der Ausschaltung der politischen Gegner die Schaffung eines austrofaschistischen Ständestaates mittels der Verfassung vom 1. Mai 1934. Die „Vaterländische Front“ – die einzige Partei, die von nun an erlaubt war – stellte die Regierung. Mit dem schon im Mai 1933 unterzeichneten Konkordat – einem Vertrag mit dem Vatikan – stand auch die katholische Kirche auf Seiten der Regierung. Nachdem die Sozialdemokraten vorerst gewaltsam zum Schweigen gebracht wurden, spürte das Dollfußregime den steigenden Druck der illegalen Nationalsozialisten. Am 25. Juli 1934 versuchten Anhänger der Nationalsozialistischen Partei gegen die Regierung zu putschen. Nachdem sie in das Bundeskanzleramt eingedrungen waren, erschossen sie Dollfuß. Der Putschversuch konnte von Heimwehr, Polizei und Bundesheer niedergeschlagen werden. Dollfuß wurde posthum zum „Märtyrerkanzler“ und zum „ersten

²¹¹ J. Hindels, Weg, 44f.

²¹² K. Vocelka, Geschichte, 298.

²¹³ K. Vocelka, Geschichte, 292.

Opfer der Nationalsozialisten“ stilisiert. Besonders konservative Kreise, allen voran die ÖVP, setzten diese Erinnerungsmuster ungeändert fort.²¹⁴

Dr. Kurt Schuschnigg²¹⁵, der Dollfuß am 30. Juli 1936 als Bundeskanzler nachfolgte, schuf die Basis für eine problemlose Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich 1938. Er stand unter Druck, da Deutschland seit 1933 mit den Folgen der Tausend-Mark-Sperre²¹⁶ Österreichs Tourismus absichtlich schädigte. Und auch der italienische „Duce“ Mussolini lehnte sich immer mehr an das mächtigere nationalsozialistische Deutschland an, sodass jegliche andere europäische Unterstützung fehlte. Am 11. Juli 1936 willigte Schuschnigg in das Juliabkommen mit NS-Deutschland ein, das die Nichteinmischung in innenpolitische Fragen des anderen Landes und die Abschwächung von Strafmaßnahmen gegen illegale Nationalsozialisten beinhaltete und schließlich die Tausend-Mark Sperre wieder aufhob.²¹⁷ Im Februar 1938 musste Schuschnigg in Berchtesgaden gegenüber Hitler weitere Zugeständnisse machen: Der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart²¹⁸ wurde zum österreichischen Innenminister ernannt. Dieser setzte Feldmarschalleutnant Alfred Jansa²¹⁹, der noch die Verteidigung eines von Deutschland unabhängigen Österreichs verfolgte, ab. Die im Untergrund operierenden Sozialdemokraten versuchten mehrmals, Schuschnigg für Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten zu ge-

²¹⁴ K. Vöclka, Geschichte, 293f.; E. Fein, Steine, 15f.

²¹⁵ Kurt Schuschnigg (1897-1977) war ab 1927 Abgeordneter des Nationalrats und gründete 1930 den Wehrverband Ostmärkische Sturmsharen. Gemeinsam mit Engelbert Dollfuß übernahm er nach dem Tod Seipels und Schobers 1932 die Führung der Partei und diente 1932 als Justizminister in den Regierungen Buresch und Dollfuß – in dieser Funktion verhinderte er 1934 die Vorlegung von Begnadigungsgesuchen von Februarkämpfern. Nach der Ermordung Dollfuß 1934 nahm er die dessen Position als Bundeskanzler und Führer der „Vaterländischen Front“ ein und drängte den Einfluss der Heimwehren und weiterer Wehrverbände zurück. Unter dem Druck des Deutschen Reichs unter Hitler legte Schuschnigg am 11. März 1938 sein Amt zurück, wurde von der Gestapo eingesperrt und in verschiedene Konzentrationslager deportiert. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 438f.; K. Vöclka, Geschichte, 289.

²¹⁶ Die Regierung des Deutschen Reiches forderte 1933 von den deutschen Touristen, die nach Österreich reisen wollten 1000 Mark. Sie wollten damit den österreichischen Tourismus und den Staat schädigen. K. Vöclka, Geschichte, 294.

²¹⁷ K. Vöclka, Geschichte, 294ff.

²¹⁸ Arthur Seyß-Inquart (1892-1946), Rechtsanwalt und „Führer des Deutschen Alpenvereins“, wurde im Februar 1938 von Schuschnigg zum Innenminister ernannt. Für zwei Tage hatte er das Amt des österreichischen Bundeskanzlers inne. Danach war er als Reichsstatthalter in der „Ostmark“ und später als Reichskommissär in den Niederlanden tätig. Bei den Nürnberger Prozessen wurde er zum Tode verurteilt. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 448f.

²¹⁹ Alfred Jansa (1884-1963) Offizier beim Bundesheer, 1930 Generalmajor. Er war 1933 österreichischer Delegierter bei der Genfer Abrüstungskonferenz. 1935 Sektionschef im Bundesministerium für Heereswesen, 1936 Ernennung zum Chef des Generalstabs und zum Feldmarschallleutnant. Ging 1939 in Pension. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 202f.

winnen, stießen jedoch immer wieder auf Ablehnung. Nachdem die deutsche Regierung unter Hitler die Abhaltung einer von Schuschnigg initiierten Volksabstimmung über den „Anschluss“ Österreichs an Deutschlands verhinderte, traten Schuschnigg und sein Kabinett am 11. Februar 1938 zurück. Seyß-Inquart übernahm die Regierung, die das Ende Österreichs einleitete. Am 12. März 1938 marschierten deutsche Truppen unter Beifall der österreichischen Bevölkerung ein und vollzogen den „Anschluss“ Österreichs.²²⁰

3.3 Gründe für das Scheitern des Aufstandes

Mehrere Gründe sind anzuführen, warum der Aufstand der sozialdemokratischen Kämpfer scheitern musste. Einerseits fehlte eine alle Betriebe umfassende „revolutionäre Voraussetzung“, die einem einheitlichen Aufstand zugrunde liegen sollte. Die Eisenbahner schlossen sich zum Beispiel nicht dem Generalstreik an. Die weitaus prägnanteren Punkte waren sicherlich die unterbundene Kommunikation zwischen den Gruppen und die Vereinnahmung der Rundfunkstationen durch die Regierung.²²¹ Hinzu kommt die zahlenmäßige Überlegenheit der Heimwehren, der Exekutive und des Bundesheeres auf Seiten der Regierung.²²²

Als Ursachen für das Scheitern des Aufstandes wurden und werden daneben immer wieder der *„Zeitpunkt des Aufstandes und den[r] Aufbau und die Strategie des Schutzbundes“*²²³ genannt. Der Parteivorstand versuchte schon zur Zeit des Justizpalastbrandes am 15. Juli 1927 und während der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 jegliche gewaltsame Auseinandersetzung zu vermeiden. Daher hatten 1934 bereits viele Mitglieder ihre Motivation und Überzeugung für einen erfolgreichen Kampf verloren.²²⁴ Die Zurückhaltung wurde immer wieder als versäumte Chance gesehen. Möglicherweise wären die Arbeiter bei der Parlamentsauflösung schon bereit und ausreichend organisiert gewesen, gegen die Unterdrückung zu kämpfen. Die Problematik, aufgrund derer die Ar-

²²⁰ E. Fein, Steine, 15f; siehe auch K. Vocolka, Geschichte, 296; S. Schmid u.a., 70 Jahre, 40.

²²¹ K. Peball, Kämpfe, 37.

²²² W. Anzenberger, Demontage, 122.

²²³ S. Schmid u.a., 70 Jahre, 37.

²²⁴ S. Schmid u.a., 70 Jahre, 37.

beiter nicht früher zu offenem Widerstand griffen, lag sicherlich darin, dass sie vorrangig mit ihrer wirtschaftlich schlechten Lage beschäftigt waren. Die Weltwirtschaftskrise hatte Anfang der 30er Jahre ihre Auswirkungen in vollem Ausmaß gezeigt. Das Proletariat konzentrierte sich vor allem darauf, seine Arbeitsplätze zu halten, um das Einkommen nicht zu verlieren.

Der SPÖ-Vorsitzende Bruno Kreisky²²⁵ meinte 1984 in einem Interview dazu:

„Damals hat die österreichische Arbeiterbewegung noch eine moralische Kraft besessen, die mit jener im Februar nicht zu vergleichen war. Damals wäre Dollfuß wahrscheinlich gestürzt worden.“²²⁶

In der „New York Times“ vom 18. Februar 1934 veröffentlichte Otto Bauer einen Artikel, in dem er den Aufstand der Sozialdemokraten rechtfertigte:

„Wir erbieten uns, die größten Konzessionen zu machen, die eine demokratische Partei jemals gemacht hat. Wir setzten Dollfuß davon in Kenntnis, daß wir bereit sind, falls er nur ein Gesetz durch das Parlament annehmen lassen würde, eine Maßnahme zu akzeptieren, die die Regierung ermächtigen würde, durch zwei Jahre ohne Parlament im Verordnungswege zu regieren, unter zwei Bedingungen: daß nämlich ein kleines parlamentarisches Komitee in dem die Regierung die Mehrheit hätte, die Verordnungen kritisieren dürfe und dass der Verfassungsgerichtshof, der einzige Schutz gegen Verfassungsbrüche, wieder hergestellt werde.“²²⁷

Dieses Angebot der Sozialdemokraten an die Regierung wird zur Rechtfertigung bzw. Erklärung der Nichtschuld der Sozialdemokraten herangezogen. Sie hatten Dollfuß einen gemeinsamen Weg angeboten, den er nicht annahm. Anders interpretiert stellt diese Vereinbarung einen Verrat der demokratischen Ziele der Partei dar, die zum Verkauf angeboten, aber abgelehnt wurden.²²⁸

Bruno Sokoll richtet die Verantwortung der demokratischen Führer nicht auf die Februarkämpfe. Er hält die *„großen Versäumnisse der Vergangenheit, für die Politik der Weichherzigkeit, die sie der faschistischen Willkür und des Terrors,*

²²⁵ Bruno Kreisky (1911-1990) war 1934 Mitbegründer der illegalen Revolutionären Sozialistischen Jugend. 1935 wurde er wegen sozialdemokratischer Tätigkeit verhaftet, 1936 zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt und nach dem „Anschluss“ erneut inhaftiert. Kreisky emigrierte nach Schweden und kehrte 1946 nach Österreich zurück. Als Bundesvorsitzender der SPÖ wurde er von 1970 bis 1983 österreichischer Bundeskanzler. I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 248f.

²²⁶ Helene Maimann, Siegfried Mattl (Hg.), Die Kälte des Februar. Österreich 1933-1938. Eine Ausstellung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik gemeinsam mit dem Meidlinger Kulturkreis, Straßenbahn-Remise Wien-Meidling Koppreitergasse 12. Februar bis 1. Mai 1984. Wien ²1984, 19.

²²⁷ B. Sokoll, Stein, 41.

²²⁸ B. Sokoll, Stein, 41.

der Handlanger der Regierung ausgeliefert hatte.“ der Partei für verantwortungslos. Wirklich schuldig gemacht haben sie sich, „mangelnden Mut zur Verantwortung besessen zu haben, der verbrecherischen Verantwortungslosigkeit des Terrors des Gewaltregimes rechtzeitig wirksam entgegengetreten zu sein.“²²⁹

Die Methoden, mit denen der Faschismus während der Zwischenkriegszeit europäische Länder vereinnahmte, waren überall die gleichen: *„Niederknüppelung der Arbeiterschaft, Auflösung der sozialdemokratischen Parteien, Beseitigung der Demokratie und Errichtung der Diktatur.“²³⁰*

Erst 1933 entschloss sich die österreichische Arbeiterbewegung zu handeln. Die Sozialdemokratische Partei wollte die demokratischen Rechte und die parlamentarische Verfassung wiederherstellen, die im Jahr 1933 aufgehoben worden waren. Sie bot der Regierung an, diese gegen nationalsozialistische Angriffe zu unterstützen. Aber die Regierung lehnte ab – sie hatte nicht vor, mit den Sozialdemokraten zusammen zu arbeiten. Im Gegenteil plante Dollfuß, jede demokratische Tendenz auszulöschen und autoritär zu regieren.²³¹

Die SDAP erwog 1933 Strategien, für den Fall, dass *„die Regierung eine faschistische Verfassung einführt, die Wiener Gemeindeverwaltung absetzt, die Sozialdemokratische Partei oder den Gewerkschaftsbund auflöst.“²³²*

Doch auch Einzelpersonen und Untergruppierungen mussten sich der Frage stellen, ob man sich zur Wehr setzen oder den Parteiführern gehorchen sollte. Die Wahlmöglichkeiten waren begrenzt und so kamen viele Vertreter zu dem Schluss, man müsse agieren, wolle man an der Situation etwas ändern.

Nicht nur die innenpolitische Entwicklung Österreichs hat zur Entstehung und Etablierung des autoritären Staates beigetragen. Die faschistischen Regierungen in Italien und Ungarn hatten mit ihren finanziellen Unterstützungen das Dollfuß-Regime wesentlich gestärkt. Emmerich Tálos konstatiert, dass die Ursachen für den Umgang mit dem Aufstand der SDAP *„in den Perspektiven und Handlungen der Regierung Dollfuß und der sie unterstützenden Parteien und*

²²⁹ B. Sokoll, Stein, 67.

²³⁰ O. Pollak, Weg, 116; S. Schmid u.a., 70 Jahre 24.

²³¹ O. Pollak, Weg, 116; S. Schmid u.a., 70 Jahre, 24.

²³² K. Peball, Kämpfe, 17.

*Interessenvertretungen zu suchen*²³³ sind. Weiters resümiert er, dass in Österreich im Vergleich zu Deutschland und Italien nicht als faschistisch bekannte Parteien, sondern die Christlichsoziale Partei mit ihren Koalitionspartnern in der Regierung eine offen faschistische Richtung einschlug.²³⁴

Werner Anzenberger schreibt, dass die Entwicklung Österreichs nicht auf die faschistischen Diktaturen der Nachbarländer zurück zu führen ist, *„sondern in erster Linie auf eigenständige antidemokratische Tendenzen im österreichischen Bürgertum, respektive auch innerhalb des katholisch-konservativen Lagers.“*²³⁵

Die Sozialdemokratische Partei versuchte, eine Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt zu vermeiden, und war bemüht, koalitionäre Wege zu gehen. Vermutlich hat diese vorsichtige Haltung dazu geführt, dass man strategisch wichtige Zeitpunkte für einen Aufstand, wie zum Beispiel die Parlamentsausschaltung, versäumt bzw. nicht genutzt hatte.²³⁶

Rückblickend schrieb Ehrenburg:

*„Die Heimwehrleute erwiesen sich als Feiglinge. Sie hielten sich weit hinter der Front und führten bloß „besondere“ Aufträge durch. Sie machten Haussuchungen, schlugen Verwundete tot und misshandelten die Gefangenen.“*²³⁷

Die Sozialdemokraten hatten einen „verzweifelten Abwehrkampf“ geführt. Dieser von vornherein aussichtslose Widerstand, so Anzenberger, sei genau aus diesem Grund zu würdigen.²³⁸

²³³ E. Tálos, Politische Struktur, 71.

²³⁴ E. Tálos, Politische Struktur, 71f.

²³⁵ W. Anzenberger, Demontage, 44.

²³⁶ K. Peball, Kämpfe, 17.

²³⁷ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 21.

²³⁸ W. Anzenberger, Demontage, 130.

4 Die Beschäftigung mit der Vergangenheit – Gedenkkultur und Erinnerungspolitik der Zweiten Republik

„Das kulturelle Gedächtnis bewahrt den Wissensvorrat einer Gruppe, die aus ihm ein Bewußtsein einer Einheit und Eigenart bezieht.“²³⁹

Bevor auf die Gedenk- und Erinnerungstraditionen zum Februar 1934 eingegangen wird, müssen zunächst die zentralen Begriffe definiert werden. Was bedeutet Vergangenheitsbewältigung? Was ist Gedenkkultur und was Erinnerung? Welche Funktionen haben Denkmäler und Gedenkkorte?

Theodor W. Adorno schreibt, das *„mit Aufarbeitung der Vergangenheit [...] nicht gemeint (ist), dass man das Vergangene im Ernst verarbeite, seinen Bann breche durch helles Bewusstsein. Sondern man will einen Schlußstrich darunter ziehen und womöglich es selbst aus der Erinnerung wegwischen.“²⁴⁰* Adorno verbindet „Vergangenheitsbewältigung“ mit der *„Tendenz der unbewußten und gar nicht so unbewußten Abwehr von Schuld.“²⁴¹* Den Grund für diese Tendenz sieht er in der Unmöglichkeit, mit dem Bewusstsein von „Schuld und Gewalt“ zu leben. Gleichzeitig sei ein solches „Entrinnen“ jedoch nicht erreichbar, weil man ständig mit der Vergangenheit in der Gegenwart konfrontiert werde.²⁴²

In Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus beschreibt Helmut König „Vergangenheitsbewältigung“ als einen Prozess, dem sich erstmals Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in umfassenden Maßen unterziehen musste. Die alliierten Befreier forderten Maßnahmen, die eine *„umfassende Befreiung des Landes von Faschismus und Militarismus“²⁴³* vorsahen. Bis heute, meint König, seien drei Punkte die Basis jeder Vergangenheitsbewältigung geblieben: Strafverfahren, Disqualifizierung belasteter Personen und Aufklärung. In Österreich

²³⁹ K. Klambauer, Gedenkkultur, 19.

²⁴⁰ Theodor W. Adorno, Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt am Main 1963, 125.

²⁴¹ Theodor W. Adorno, zitiert nach: Richard Mitten, Die Vergangenheit bewältigen? In: G. Botz, G. Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt 1994, 385.

²⁴² R. Mitten, Vergangenheit, 385f.

²⁴³ Helmut König, Von der Diktatur zur Demokratie oder Was ist Vergangenheitsbewältigung. In: Helmut König, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll (Hg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 18/1998), Opladen, Wiesbaden 1998, 372.

finden nach 1945 zwar einige halbherzige Entnazifizierungsaktionen statt, eine gründliche Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte wurde jedoch erst durch die Ereignisse in den 80er Jahren initiiert. Die „Opferthese“ Österreichs und die daraus resultierende Ignoranz der Beteiligung an der nationalsozialistischen Politik trugen zu der Verspätung wesentlich bei.²⁴⁴

Viktor Reimann, Mitarbeiter der „Kronen Zeitung“ meint, *„was vergangen ist, kann man nicht mehr bewältigen, sondern lediglich aufarbeiten oder bereuen, bewältigen kann man nur die Gegenwart.“*²⁴⁵ Richard Mitten geht konkreter auf diesen Gegenwartsbezug ein und behauptet, dass *„mehrere Vergangenheiten“* bestehen und *„jede Bewältigung der Vergangenheit [...] darüberhinaus gleichzeitig eine Bewältigung der Gegenwart“* sei. *„Genauso wie jeder Versuch, etwas in der gegenwärtigen Politik zu bewältigen, gleichzeitig einen Versuch voraussetzt, mit einer bestimmten Vergangenheit fertig zu werden.“* Er ist der Meinung, dass ebendieser *„Zusammenhang zwischen der Bewältigung der Vergangenheit und jener der Gegenwart“*²⁴⁶ erhalten bleiben soll.

Auch Peter Malina deutet die Bewältigung der Vergangenheit nicht als ein *„Fertigwerden mit der Vergangenheit“*, sondern sieht in ihr die *„Auseinandersetzung mit dem, was von der Vergangenheit für die Gegenwart relevant ist.“*²⁴⁷ Selbst wenn die Geschichte keine Identifizierung zulässt, ist das Erkennen von verschiedenen Wirklichkeiten der Vergangenheit von Bedeutung. Weiters ist die *„Aufarbeitung der Vergangenheit [...] nicht eine Frage des Intellekts allein, sie ist wesentlich auch durch Gefühle, Emotionen, Neigungen und Abneigungen, Verdrängung und Bewältigung, Akzeptieren und Nicht-zur-Kenntnisnehmen-Wollen der eigenen wie der kollektiven Lebensgeschichte gekennzeichnet.“*²⁴⁸

Wesentliche Phänomene im Prozess der Vergangenheitsbewältigung, die besonders seit 1945 und bis heute häufig zu beobachten sind, sind Verdrängung und „Nicht-Auseinandersetzen-Wollen“ mit der Geschichte. Verdrängung konnte bei jenen beobachtet werden, die in die nationalsozialistische Politik und die

²⁴⁴ H. König u.a., Diktatur, 372f.

²⁴⁵ R. Mitten, Vergangenheit, 386.

²⁴⁶ R. Mitten, Vergangenheit, 388.

²⁴⁷ Peter Malina, Geschichte ist die Vergangenheit, die uns angeht. In: Gretl Anzengruber (u.a. Hg.), Vergangenheitsbewältigung. (Schulhelf 43) Wien 1986, 8.

²⁴⁸ Peter Malina, Geschichte, 9.

Verbrechen des „Dritten Reichs“ aktiv involviert waren. Sie wollten ihre Erlebnisse nicht öffentlich machen, teils aus Scham oder Angst, an den Pranger gestellt zu werden. Die „Verschiebung“ ihrer Taten und Erfahrungen in eine leere Ecke ihres Bewusstseins schien für die Bewältigung und Auseinandersetzung die für sie einfachste Lösung zu sein. Dieser Verdrängungsprozess wandelte sich mit der Zeit in eine Abwehrhaltung um.²⁴⁹

Zu den ersten Wissenschaftlern, die sich mit dem „kollektiven Gedächtnis“ auseinandersetzten, zählten der deutsche Kunsthistoriker und Kulturwissenschaftler Aby Warburg sowie der französische Soziologe Maurice Halbwachs, der im Konzentrationslager Buchenwald umgebracht wurde. Auch der Philosoph Paul Ricoeur und der Geschichtswissenschaftler Pierre Nora trugen wesentlich zur Erarbeitung eines theoretischen Rahmens bei. Die aktuellsten Studien zum Gedächtnisbegriff basieren auf den Publikationen von Aleida und Jan Assmann.²⁵⁰ Maurice Halbwachs kommt zu der Erkenntnis, das *„kollektives und individuelles Gedächtnis [...] vielmehr in einer Beziehung wechselseitiger Abhängigkeit [stehen], so dass ,das Individuum sich erinnert, indem es sich auf den Standpunkt der Gruppe stellt, und das Gedächtnis der Gruppe sich verwirklicht und offenbart in den individuellen Gedächtnissen“*.²⁵¹ Das soziale Umfeld prägt also die Erinnerung einer individuellen Person und umgekehrt. Halbwachs trennt strikt Geschichte und Gedächtnis: Während Geschichte sich durch eine „unparteiische Gleichordnung“ auszeichnen würde, sei das kollektive Gedächtnis „partikular“.²⁵²

Pierre Nora stellte in den 80er Jahren die Diskussion um das „kollektive Gedächtnis“ in den Mittelpunkt seiner Forschungen. Er bezieht sich in Anlehnung auf Halbwachs *„auf den Unterschied zwischen Gedächtnis und Geschichte – das heißt zwischen einem vitalen, stark selektiven, tendenziell mythogenen,*

²⁴⁹ Karin Chlubna, Der schwierige Umgang mit der NS-Vergangenheit im deutsch-österreichischen Vergleich. Eine komparative Studie über Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur anhand ausgewählter Fallbeispiele. Dipl.-Arb., Universität Wien 2004 24f.

²⁵⁰ K. Klambauer, Gedenkkultur, 18.; Astrid Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. Stuttgart, Weimar 2005, 13f.; aktuelle Publikationen: Aleida Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006. Ebd., Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. München 2006.; Jan Assmann, Kollektives und kulturelles Gedächtnis. Zur Phänomenologie und Funktion von Gegen-Erinnerung. In: Ulrich Borsdorf, Heinrich Theodor Grütter (Hg.), Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum. Frankfurt am Main, New York 1999, 13-32.

²⁵¹ A. Erll, Gedächtnis, 16.

²⁵² A. Erll, Gedächtnis, 16f.

*sakralisierenden, affektiv besetzten kollektiven Gedächtnis einer Erlebensgemeinschaft und der folgenden, schon deutlich den Bruch zwischen Vergangenheit und Gegenwart akzentuierenden, reflektierenden, wissenschaftlichen, tendenziell entmythologisierenden, sich vom kollektiven Gedächtnis emanzipierenden, rationalen Historie.*²⁵³

Die wesentlichste Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sieht Nora anhand verschiedenster Erinnerungsorte. Er definiert diese Orte, *„die entweder von materiellen (Archive, Denkmäler; Anm. K. Klambauer), funktionalen (Testamente, Veteranenvereine; Anm. K. Klambauer) oder symbolischen Aspekten (Gedenkveranstaltungen, offizielle Zeremonien, Anm. K. Klambauer) bestimmt sind.*²⁵⁴ Dennoch sieht Nora, wie auch Jan Assmann, einen wichtigen gemeinsamen Kontext all dieser Gedächtnisorte, nämlich *„ihre Bedeutung für die Konstruktion von kollektiven Identitäten.*²⁵⁵ Noras Definition stützt sich auf das Kollektiv der „Nation“ – Orte des Gedenkens sind für ihn solche *„in denen sich das Gedächtnis der Nation Frankreich in besonderem Maße kondensiert, verkörpert oder kristallisiert hat.*²⁵⁶ Sie stellen *„eine Art säkularer heiliger Ort mit Bedeutung für die Konstruktion einer (in unserem Fall, Anm. Autor) österreichischen Identität“*²⁵⁷ dar.

Auch Berthold Unfried geht es bei der Begriffsbestimmung „Gedächtnisort“ um eine „Symbolgeschichte“ und nicht um *„die Geschichte dieser ,Gedächtnisorte“*²⁵⁸ selbst. Er definiert sie als *„alle Stätten der Produktion sowie Kanäle der Überlieferung und Konservierung von ,Geschichte“.*²⁵⁹

Karl Klambauer versteht „Gedächtnisorte“ als *„einerseits Vergangenes, vergangene Ereignisse und Geschehnisse, eine endgültig in zeitliche Entfernung gerückte, abwesend gewordene Vergangenheit, andererseits widerspiegelt sie die Absichten und das Geschichtsbild derer, die sie als Gedächtnisorte erschaffen und einrichten, und sind somit Repräsentationen des Gedenkens, seiner*

²⁵³ K. Klambauer, Gedenkkultur, 18.

²⁵⁴ K. Klambauer, Gedenkkultur, 18.

²⁵⁵ K. Klambauer, Gedenkkultur, 19.

²⁵⁶ Pierre Nora, Zwischen Gedächtnis und Geschichte, Berlin 1990, 7 und Berthold Unfried, Gedächtnis und Geschichte. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2(1991), 4, 79-98, 93. zitiert nach K. Klambauer, Gedenkkultur, 19.

²⁵⁷ Bertrand Perz, Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck, Wien, Bozen 2006, 28f.

²⁵⁸ B. Unfried, Gedächtnis, zitiert nach K. Klambauer, Gedenkkultur, 4.

²⁵⁹ B. Unfried, Gedächtnis, zitiert nach K. Klambauer, Gedenkkultur, 19.

Wertsetzungen und Orientierungen.“²⁶⁰ Pierre Nora spricht ihnen eine „doppelte Zugehörigkeit“ zu – sowohl zum Gedächtnis als auch zur Geschichte.²⁶¹

Bis in die 70er Jahre war der Begriff „Erinnerung“ in den wissenschaftlichen Diskussionen kaum diskutiert. Erst in dieser Dekade begann eine zunehmende Differenzierung dieses Begriffs im sozialwissenschaftlichen Bereich. Geschichte und Erinnerung beziehen sich beide auf vergangene Ereignisse und ihren Kontext, stehen jedoch auch in wechselseitiger Beziehung:

„Geschichte ist Berichterstattung, ein Schreiben über Vergangenheit nach Modalitäten und Regeln des Metiers [...], die versucht auf die von der Erinnerung aufgeworfenen Fragen zu antworten.“²⁶²

Infolge der Entwicklung der letzten Jahrzehnte etablierte sich Erinnerung als ein wichtiger Teil der zeitgeschichtlichen Forschung:

„Die Erinnerung fasst die Vergangenheit in einem viel großmaschigeren Netz, als es die traditionellerweise ‚Geschichtswissenschaft‘ genannte Disziplin vermag, und sie verknüpft die Vergangenheit mit einer viel größeren Dosis an Subjektivität des ‚Erlebten‘.“²⁶³

„Erinnerung“ erhielt eine neue Bedeutung. Meist mit Unterstützung der Medien wurden historische Orte „sakralisiert“. Ein „Erinnerungstourismus“ entstand, indem infrastrukturelle Maßnahmen für Gruppen von Gedenkstättenbesuchern angestrebt wurden²⁶⁴ – so zum Beispiel die Einrichtung einer Jugendherberge in ehemaligen SS-Aufseherinnen-Häusern vor der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück.

Zum Begriff „Denkmal“ existiert kaum eine einheitliche bzw. genaue Definition. „Denkmäler dienen dazu“, schreibt Berthold Unfried im Vorwort zu dem Werk „Denkmäler der Arbeiterbewegung“, „die Erinnerung an eine Person, an ein Ereignis, zu versinnbildlichen, sie durch ein sichtbares Zeichen wachzuhalten und ihr einen bestimmten Sinn zu verleihen“²⁶⁵. Die Erinnerung an Personen und Geschehnisse der Vergangenheit soll also in Form eines deutlichen und dauerhaften Symbols präsent gehalten werden. Gedenken kann jedoch nicht allein auf stumme Symboliken reduziert werden, erst durch Gedächtnisfeiern, An-

²⁶⁰ K. Klambauer, Gedenkkultur, 20.

²⁶¹ K. Klambauer, Gedenkkultur, 20.

²⁶² Enzo Traverso, Gebrauchsanweisungen für die Vergangenheit. Geschichte, Erinnerung, Politik. (Hg. von der jour fixe initiative Berlin). Münster 2007, 15.

²⁶³ E. Traverso, Gebrauchsanweisungen, 7.

²⁶⁴ E. Traverso, Gebrauchsanweisungen, 7f.

²⁶⁵ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Denkmäler, 2.

sprachen und Diskussionen werden die erinnerten Ereignisse am Leben gehalten und laufend aktualisiert.²⁶⁶

Alois Riegel hat Denkmäler anhand der jeweiligen Entstehungshintergründe in zwei Gruppen aufgespalten: in jene der „gewollten“ und der „ungewollten“ Denkmäler. Diese Unterscheidung erscheint gerade im Kontext dieser Diplomarbeit sehr wichtig, da sich auch einige der sozialen Wohnbauten, die im Februar 1934 zu zentralen Kampforten wurden, als bauliche Überreste zu einem Teil der „ungewollten“ Denkmallandschaft entwickelten. Die „gewollten“ Denkmäler wurden im Gegensatz dazu erst später zur Erinnerung an Ereignisse oder bestimmte Personen gezielt zu diesem Zweck errichtet. Auch hier erhalten die Orte, an denen die Denkmäler gesetzt werden, eine neue Bedeutung.²⁶⁷

An der heutigen Kulturlandschaft lassen sich verschiedene Trends der Denkmalgestaltung erkennen. Hubertus Adam stellt richtig fest, dass – wenn *„wir Denkmäler als künstlerisch vermittelte Interpretation eines historischen Geschehens“* sehen – *„die Interpretation der Auftraggeber“*²⁶⁸ nicht außer Acht gelassen werden kann. Damit rücken also die Hintergründe für die Erstellung – die Absichten und Deutungsabsichten der Initiatoren – in den Fokus.

Denkmäler stehen nicht nur für die Vergangenheit, sie konstruieren vielmehr die Gegenwart mit. Nicht nur, dass sie stets im öffentlichen Raum präsent sind, sie spiegeln ebenso den Umgang mit der Geschichte wider.

Heidemarie Uhl geht auf den Einfluß der Herrschaft zum Denkmal, wie auch Denkmalkritiker Alfred Lichtwark bereits um 1900 festgestellt hatte, ein. Uhl stellt nicht nur *„die Verbindung von politischen Interessen und regionaler Denkmalkultur“* fest, sondern sieht auch *„die Übereinstimmungen des Geschichtsbildes von Kriegerdenkmälern mit der regionalen historischen Identität im Hinblick auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit.“*²⁶⁹

²⁶⁶ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Denkmäler, 2.

²⁶⁷ Hubertus Adam, Denkmäler und ihre Funktionsweise. In: Elisabeth Morawek (Hg.), Denkmal und Erinnerung. Spurensuche im 20. Jahrhundert. Anregungen für Schülerinnen- und Schülerprojekte, hg. vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Wien 1993, 9-13.

²⁶⁸ H. Adam, Denkmäler, 12.

²⁶⁹ Heidemarie Uhl, Vergessen und erinnern. Denkmalkultur und Zeitgeschichte im öffentlichen Raum. In: Einsichten und Vor-Bilder. Überlegungen, Materialien und Texte zur Identität Österreichs. (Schulheft 66), Wien, München 1992, 74.

Die heutige Problematik der Denkmäler in der Öffentlichkeit bringt Biljana Menkovic auf den Punkt, indem sie schreibt:

*„Denkmäler, die eigentlich erinnern sollten, müssen selbst schon wieder in Erinnerung gerufen werden.“*²⁷⁰

Dies bedeutet nicht, dass Gedenkkultur im heutigen Alltag keinen Platz findet, die Erinnerung muss jedoch von der Gesellschaft angenommen bzw. sogar getragen und auch auf anderen Wegen am Leben gehalten und erneuert werden.

Der Generationenwechsel bringt neue Einstellungen und Ansichten mit sich. Die wachsende zeitliche Distanz zu den Ereignissen und die nicht mehr direkte Betroffenheit jüngerer Generationen ermöglichen den Menschen eine unbefangene Auseinandersetzung mit der Geschichte. Doch immer wieder treten auch gegenläufige Tendenzen zum Vorschein. Insbesondere sind es ältere Generationen, deren Einstellung diese „Erneuerung“ der kulturellen Entwicklung hemmt.

Ein Ziel der Geschichtswissenschaft sollte sein, *„das Gedenken an Orientierungs- und Wendepunkte der Vergangenheit aktuell zu halten und kritisch zu reflektieren“*.²⁷¹ Genau diese Funktion wird auch den Gedenkortern zugeschrieben: Die Errichtung von Denkmälern soll also nicht nur an Ereignisse und Persönlichkeiten der Geschichte erinnern, deren Leidenswege publik und unvergessen machen, sondern darüber hinaus der heutigen Gesellschaft eine Orientierungsmöglichkeit bieten.

Die Meinungen teilen und teilen sich noch heute, wenn es um die Frage geht, was der Februaraufstand eigentlich war und wie er gesehen wird. Einige bezeichnen ihn als nationalen Befreiungskampf, andere als die österreichische Bürgerrevolution. Wolfgang Neugebauer beschreibt die Februarkämpfe als *„ein herausragendes Ereignis, nicht im Sinne einer bewaffneten revolutionären Erhebung, sondern als einen aus Verzweiflung und Behauptungswillen resultierenden Freiheitskampf...“*²⁷²

²⁷⁰ Biljana Menkovic, Politische Gedenkkultur. Denkmäler – die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum. (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter, 12). Wien 1999, 17.

²⁷¹ B. Menkovic, Politische Gedenkkultur, Vorwort.

²⁷² W. Grab u.a., Freiheits- und Widerstandskämpfer, 44.

Zum Verständnis der spezifischen Rolle der Februarereignisse des Jahres 1934 in der österreichischen Erinnerung nach 1945, wird ein Überblick über die gesamte Entwicklung der Gedenkkultur bis heute vorausgeschickt, um die komplexen Zusammenhänge von Politik und Gesellschaft zu den Denkmälern verstehen zu können. Hierbei stehen insbesondere die Zielsetzungen der jeweiligen Institutionen oder Personen, die entweder eine positive oder negative Auswirkung auf die Erinnerungskultur hatten, im Zentrum des Interesses.

4.1 Die Entwicklung der österreichischen Denkmallandschaft

Viele von den Sozialdemokraten während der Ersten Republik erstellten Denkmäler wurden nach den Februarkämpfen von 1934 zerstört, entfernt oder verhüllt. An einigen brachte man vorübergehend Porträts von austrofaschistischen Politikern wie Engelbert Dollfuß, Emil Fey oder Rüdiger von Starhemberg an, bis eine weitere Handhabung durch die Regierung geklärt werden konnte.²⁷³

Zwischen 1934 und 1938 wurden von der austrofaschistischen Regierung vorwiegend solche Denkmäler gesetzt, die an *„gefallene Angehörige von Heimwehr, Gendarmerie, Bundespolizei und Bundesheer, [...] gefallenen Soldaten der alten kaiserlichen Armee, [...] Feldherrn und Herrscher der Monarchie und [...] bedeutende Personen der Österreichischen Geschichte“*²⁷⁴ erinnern.

Einige Denkmäler, die an die Opfer des Justizpalastbrandes oder an individuelle Personen wie den Sozialdemokraten Franz Birnecker – der sozialdemokratische Betriebsrat der Semperit-Werke wurde am 17. Februar 1923 von einem Mitglied des Wehrverbands „Ostara“ erschossen²⁷⁵ – erinnern, wurden noch vor 1934 errichtet. Die Ereignisse des Februar 1934 konnten jedoch erst nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in die österreichische Denkmalkultur integriert werden. Die großkoalitionäre Nachkriegspolitik setzte unterschiedliche Prioritäten in der erinnerungskulturellen Entwicklung.²⁷⁶

In Österreich gab es nach 1945 einen enormen Bedarf, den Toten des Zweiten Weltkrieges ein Zeichen zu setzen. Während des Aufschwunges in den 60er und 70er Jahren kam die Setzung von Denkmälern fast zum Stillstand. Erst mit der „breiten antifaschistischen Aufklärungsarbeit“ der 80er Jahre und insbesondere den Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag des nationalsozialisti-

²⁷³ Vgl. F. Grassegger, Denkmäler, 497.

²⁷⁴ F. Grassegger, Denkmäler, 502.

²⁷⁵ Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. München 1976, 94f.

²⁷⁶ Josef Seiter, Vergessen – und trotz alledem – erinnern. Vom Umgang mit Monumenten und Denkmälern in der Zweiten Republik. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 60). Wien 1996, 697.

schen „Anschlusses“, wurde der Nachholbedarf offensichtlich und die Öffentlichkeit begann allmählich, die Denkmal- und Erinnerungskultur zu fördern.²⁷⁷

Es ist verständlich, dass die Zeit des Zweiten Weltkrieges in der Erinnerungskultur der Nachkriegszeit, und auch heute noch, im Vordergrund steht. Dieser Weltkrieg, der Millionen von zivilen und militärischen Opfern forderte sowie zahllose verjagte, erniedrigte und gefolterte Menschen zählte, nahm und nimmt in unserer Denkmalkultur einen dominanten Platz ein. Der Nationalsozialismus übernimmt auch in der aktuellen politischen Auseinandersetzung eine stets präsente Position, sei es im Kontext von Wiedergutmachungen an Opfer, von Rückgaben „arisierter“ Kunstwerke an Nachkommen, von Ungerechtigkeiten bei der Anerkennung diverser Opfergruppen oder im Zusammenhang mit nationalsozialistischer Wiederbetätigung, wodurch auch die kollektive Erinnerung an diese Zeit besonders intensiv wach gehalten wird.

Mit dem Staatsvertrag 1955 trat die Verpflichtung der Republik Österreichs in Kraft, für die Pflege von alliierten Grabstätten und Denkmälern zu sorgen. Die Regierung versprach, sich um jene Monumente zu kümmern, die für die Opfer und Gegner des deutschen Nationalsozialismus gesetzt wurden. Ebenso willigte Österreich ein, jegliche Organisationen zu unterstützen, die Erinnerungsorte initiierten.²⁷⁸

In der Zeit der großkoalitionären Politik nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bei Denkmalssetzungen meist der Zeit zwischen 1938 und 1945 gedacht. Nur selten wurde auch das Jahr 1934 inkludiert und damit das Gedenken auf den Austrofaschismus ausgeweitet. Dies erfolgte nur bei Gedenkfeiern von Organisationen der Arbeiterbewegung oder von Betriebsstätten, die explizit an die verstorbenen Widerstandskämpfer unter ihren Mitarbeitern erinnern wollten.²⁷⁹

²⁷⁷ Herbert Exenberger, Gedenken und Mahnen. In: ders., Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1998, 15.

²⁷⁸ Vgl. Anton Pelinka Vom Umgang mit der Geschichte. Denkmäler und historische Erinnerung in der Zweiten Republik. In: Elisabeth Morawek (Hg.), Denkmal und Erinnerung. Spurensuche im 20. Jahrhundert. Anregungen für Schülerinnen- und Schülerprojekte, hg. vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Wien 1993, 16.

²⁷⁹ J. Seiter, Vergessen, 690.

Dieses Phänomen erklärt sich aus der Tatsache, dass die Denkmallandschaft ein Spiegel ihrer Gesellschaft ist. Sie gibt die „*Gespaltenheit, Widersprüchlichkeit und Inhomogenität des österreichischen Bewusstseins*“²⁸⁰ wieder. Die Gesamtheit der Denkmäler in Wien weist eine starke Dominanz des liberalen Bürgertums des 19. Jahrhunderts auf, die besonders entlang der Ringstraße klar ersichtlich wird.²⁸¹ Helmut Konrad bringt es auf den Punkt, als er schreibt, dass die politische Gegenwart über die Erinnerungskultur entscheidet.²⁸² Auf diesen Aspekt werde ich noch später in dieser Arbeit eingehen.

Nach 1945 war die österreichische Politik mit ihrer „Unschuld am Nationalsozialismus“, mit der Forcierung ihrer „Opferthese“, beschäftigt. Diese Distanzierung zum Nationalsozialismus und dem Ausschluss aus der eigenen Geschichte einerseits und andererseits die Präsenz der Neugründung der Zweiten Republik waren Themen, die man in Form von Gedenktafeln aus der unmittelbaren Nachkriegszeit häufig finden konnte und noch immer finden kann. Karl Renner hatte zum Beispiel als Mitbegründer der Ersten, wie auch der Zweiten Republik, enormen Einfluss auf die Staatssymbolgestaltung.²⁸³

Eine besondere Bedeutung kam auch den Alliierten in der Gestaltung der österreichischen Denkmalkultur zwischen 1945 und 1955 zu. Die „Befreiungsarmeen“ veranlassten die Setzung von Denkmälern zur Erinnerung gefallener alliierter Soldaten, wie das Denkmal der Sowjetunion für die im Kampf um Wien gestorbenen Rotarmisten am Schwarzenbergplatz, das bereits am 19. August 1945 errichtet wurde.²⁸⁴ Auf den österreichischen Friedhöfen sind die Opfer aller unterschiedlichsten Epochen und Gruppierungen repräsentiert. „*Natürlich sind die Friedhöfe als die zentralen Stätten des Todes und der Erinnerung geschützte Räume – und Abschieberäume zugleich.*“²⁸⁵ Aufgrund dieses speziell-

²⁸⁰ J. Seiter, Vergessen, 684.

²⁸¹ J. Seiter, Vergessen, 684.

²⁸² Helmut Konrad, Der Februar 1934 im historischen Gedächtnis. In: Werner Anzenberger, Martin Polaschek (Hg.), Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz 2004, 321-337.

²⁸³ J. Seiter, Vergessen, 686.

²⁸⁴ J. Seiter, Vergessen, 687.; Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „österreichischen Gedächtnis“. In: Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik. Hg. u.a. von Christian Gerbel, Wien 2005. (Reihe Kultur. Wissenschaften, Bd. 9), 50.

²⁸⁵ J. Seiter, Vergessen, 698.

len Charakters der Friedhöfe würde eine Einbeziehung der Gräber der Februaropfer den Rahmen dieser Diplomarbeit überziehen.

Ein relativ „freizügiger“ Umgang mit der nationalen Erinnerungskultur der Politiker war prägend für die großkoalitionäre Zeit ab 1945. Jede Partei gestand der anderen ihre Freiheiten zu und in der symbolischen Gestaltung wurden von außen kaum Grenzen gesetzt. Weiters agierten die Parteien von sich aus aufgrund der politischen Situation eher zurückhaltend und begnügten sich mit wenigen Denkmalsetzungen. Im Zuge der Erinnerungsarbeit wurden einige Restaurationen von Monumenten durchgeführt, wobei die Symbolik beibehalten wurde.²⁸⁶ Die Großparteien der Zweiten Republik wichen mit dieser Haltung jeglichen Konflikten aus.

Es existieren unterschiedliche Möglichkeiten, mit den Schauplätzen vergangener Ereignisse umzugehen. Es bestehen die Optionen, Gebäude, die Ausdruck schmerzhafter Geschehnissen sind, abzureißen, Straßennamen als Hinweis auf deren Geschichte zu verändern, Häuser zu renovieren oder die Orte und dort befindlichen Überreste genau so zu belassen, wie sie waren. Hier stellt sich die Frage, wer über die Gestaltung der Plätze mit historischer Bedeutung entscheidet und diese Stätten überhaupt zu Gedenkstätten werden lässt. Meist wird historische Erinnerung von einer bestimmten Gruppe für eine bestimmte Gruppe gestaltet und im öffentlichen Raum verankert. Besonders die Opferverbände ehemaliger WiderstandskämpferInnen sorgten schon kurz nach 1945 dafür, dass der Tod ihrer Kameraden der breiten Öffentlichkeit näher gebracht wurde. In den ersten fünf Jahren nach dem Krieg war das Interesse an Aufarbeitung vergangener Ereignisse besonders groß. Viele Denkmäler sind auf die Initiative von Personenkomitees zurück zu führen, vor allem jene, die an bestimmte Widerstandskämpfer erinnern.²⁸⁷

In den ersten Jahren der Nachkriegszeit war der Umgang mit der NS-Vergangenheit von „*Maßnahmen der Entnazifizierung und strafrechtlichen(r) Verfolgung von NS-Verbrechen und durch den geschichtspolitischen Konsens der Parteien über den Widerstand gegen das NS-Regime als historische Legi-*

²⁸⁶ A. Pelinka, Umgang, 17.

²⁸⁷ J. Seiter, Vergessen, 699.

*timisation der neugegründeten Republik geprägt.*²⁸⁸ In den Jahren 1948/49 kam es zu einer Schwerpunktverlagerung, bei der die Integration ehemaliger Nationalsozialisten in den Mittelpunkt rückte. Mit der Amnestierung von 550.000 Nationalsozialisten erhielten diese großteils ihr Wahlrecht zurück, was vor allem das Ringen um das Wählerpotential bei den Wahlen von 1949 intensivierte.²⁸⁹ Eine These von Heidemarie Uhl zur Konstituierung der Denkmalkultur besagt, dass *„sie das indirekte Ergebnis ihrer widersprüchlichen Geschichtspolitik sei.“*²⁹⁰ Dies lässt sich aus den unterschiedlichen Interessen der politischen Parteien ableiten, die ihre dahingehenden Aktivitäten allein auf ihre Ziele fokussierten. Mit der Rehabilitierung der gefallenen Wehrmachtssoldaten bewegte sich die österreichische Gedenkpoltik immer mehr zu einer Heroisierung gefallener Soldaten und distanzierte sich von der ursprünglichen durchaus kritischen Auseinandersetzung mit der nahen faschistischen Vergangenheit. Erst während der 80er Jahre mit der Waldheim-Debatte bekamen die „Schuldfrage“ und die Vergangenheitsbewältigung in der Öffentlichkeit einen wichtigen Stellenwert und es entwickelte sich eine allgemeine Diskussion um die Handhabung der Denkmalkultur.²⁹¹

Auf Seiten der Alliierten war vor allem die Sowjetunion sehr engagiert Denkmäler, Monumente und Friedhöfe für ihre Soldaten zu errichten. Die Briten gaben sich mit einfachen Gräbern für ihre Soldaten zufrieden. Die Amerikaner holten ihre Opfer in ihr Land zurück und begruben sie dort. Die Russen hingegen haben auf den Soldatenfriedhöfen in Österreich riesige Denkmäler mit einem Sowjetstern errichtet. Am 19. August 1945 wurde bereits das Russische Denkmal am Schwarzenbergplatz feierlich enthüllt. Österreich wurde schließlich 1955 dazu verpflichtet, sich um den Erhalt dieser Kriegsgräber, Denkmäler und Mahnmale zu kümmern. Britische sowie amerikanische Denkmäler und Monumente sind hingegen in Österreich kaum zu finden.²⁹²

²⁸⁸ H. Uhl, Opfermythos, 54.

²⁸⁹ H. Uhl, Opfermythos, 54.

²⁹⁰ Heidemarie Uhl, Transformationen des Österreichischen Gedächtnisses. Erinnerungspolitik und Denkmalkultur in der zweiten Republik. In: Transit: Europäische Revue, 9. Jg., Heft 15: Vom Neuschreiben der Geschichte. Erinnerungspolitik nach 1945 und 1989. Hg. vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien. Frankfurt am Main 1998, 101.

²⁹¹ H. Uhl, Transformationen, 102.

²⁹² B. Menkovic, Politische Gedenkkultur, 116ff.

Kriegerdenkmäler gehören zu den am häufigsten gesetzten Denkmälern. Die große Anzahl von etwa 5000 solcher Denkmäler in Österreich macht deutlich, welches nationale Interesse daran bestand und bis heute am Leben erhalten wird. Die gefallenen Soldaten sollen geehrt werden und Vorbildfunktion als Kämpfer für das Vaterland übernehmen. Zum Unterschied anderer Denkmäler ist ihre Aussagekraft beschränkt; sie führen keine Informationen über den Krieg, dessen Ursachen oder über die Kriegstäter an.²⁹³

„Das Kriegerdenkmal dient der Legitimation von Krieg, der politischen inszenierten Aufwertung des Kriegstodes und soll zu Nachahmung anspornen; das Mahnmal warnt vor Wiederholung von Gewalt, erinnert an die Opfer und ihr Leid.“²⁹⁴

Ab den 50er Jahren dominierte die Einrichtung von Gefallenendenkmälern:

„Sie sind nicht nur zeitlich nach den Widerstandsdenkmälern entstanden, sondern verstanden sich auch als Antithese zu deren Geschichtsbild.“²⁹⁵

Diese Denkmäler waren den „Helden des Krieges“ gewidmet, waren jedoch bedeutend *„als öffentliches Bekenntnis zu den Soldaten und damit als Zeichen für die Rehabilitierung der Kriegsteilnehmer, auch der Überlebenden.“²⁹⁶* Warum dominierte die Einrichtung von Gefallenendenkmälern in dieser Zeit? Die Integrationspolitik gegenüber ehemaliger Nationalsozialisten und die nicht mehr so genau genommenen Vorgaben der Moskauer Deklaration führten zu einer beginnenden Auseinandersetzung mit den Kriegsteilnehmern und ihren Erlebnissen. *„Eine Ausformung des Gefallenengedenkens, deren erklärtes Ziel in der Wiederherstellung der verlorenen Ehre der Wehrmachtssoldaten liegt, erfordert naturgemäß eine Sichtweise des Zweiten Weltkrieges, die nicht auf Abgrenzung und Distanzierung abstellt, sondern vielmehr von der Absicht der Rechtfertigung des Kriegseinsatzes getragen ist.“²⁹⁷*

Vereine und Organisationen, wie Veteranenvereinigungen, förderten diese Form von Denkmälern. Sie unterstützten die „Sichtbarmachung“ Österreichs, indem man auf die „Söhne des Heimatlandes“ stolz sein konnte. Dieser Gedan-

²⁹³ B. Menkovic, Politische Gedenkkultur, 5.

²⁹⁴ B. Menkovic, Politische Gedenkkultur, 5.

²⁹⁵ H. Uhl, Transformationen, 110.

²⁹⁶ H. Uhl, Transformationen, 110.

²⁹⁷ H. Uhl, Vergessen, 77.

ke manifestierte sich in der Neugestaltung vieler Kriegerdenkmäler aus der Ersten Republik.²⁹⁸

Gerade von der Politik wurden diese Denkmalsprojekte genutzt, um Präsenz und Interesse des Staates an Aufarbeitung der Vergangenheit zu zeigen. Zudem unterstützten die Großparteien diverse Kameradschafts- und Veteranenvereine, die vor allem in den Bundesländern enormen Einfluss auf das Geschichtsbild der lokalen Bevölkerung hatten.²⁹⁹

Viele ehemalige Soldaten schlossen sich dem „Österreichischen Kameradschaftsbund“ (ÖKB) an und förderten mit dem „Schwarzen Kreuz“ und dem Bundesheer die Kriegerdenkmalkultur. Viele Denkmäler, die im Gedenken an den Ersten Weltkrieg errichtet worden waren, wurden nun um die Opfer des Zweiten Weltkrieges erweitert und diese gemeinsam geehrt. Neue Denkmalerichtungen fanden kaum statt.³⁰⁰

Eine der ersten öffentlich-medialen Diskussionen um die zu bewältigende Vergangenheit entstand mit dem Theaterstück „Der Herr Karl“. Das Stück, geschrieben von Helmut Qualtinger und Carl Merz, verstieß gegen das „Schweige-Gebot“ der Nachkriegszeit. Die Figur des Herrn „Karl“ stand für den „opportunistischen Durchschnittsösterreicher“, der eine „zynische Haltung“ zur nationalsozialistischen Vergangenheit zeigte.³⁰¹

Der Kameradschaftsbund sprach sich in den 60er Jahren immer vehementer für eine strikte Trennung von „treuen“ gefallenen Soldaten und Widerstandskämpfern aus, deren Aktivitäten als Erhebung gegen das eigene Vaterland begriffen wurden. Gegen ein 1963 initiiertes Projekt, das eine Gedenkstätte zu Ehren gefallener Priester und gleichzeitig für im Konzentrationslager ermordete Priester geplant hatte, intervenierte der niederösterreichische Kameradschaftsbund mit der Begründung, den Soldatenpriestern dürften keine gegensätzlichen Kräfte gleichgestellt werden. Diese Aktion veranlasste die Politik, erstmals deutlich auf die Diffamierung des Widerstands zu reagieren. Der Kameradschaftsbund wurde vorübergehend mit Aufmarschverbot belegt. 1965 lösten antisemitische Äußerungen des Wiener Professors Taras Borodajkewycz eine Welle von De-

²⁹⁸ H. Uhl, Transformationen, 110.

²⁹⁹ H. Uhl, Transformationen, 111.

³⁰⁰ B. Menkovic, Politische Gedenkkultur, 119.

³⁰¹ H. Uhl, Opfermythos, 65.

monstrationen aus. Bei Auseinandersetzungen mit Anhängern des Professors wurde der ehemalige kommunistische Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger getötet. Diese Ereignisse werden als erste Anzeichen für eine kontinuierliche Veränderung der Gedenkkultur angesehen.³⁰²

Mit der Eröffnung eines Weihraumes im Äußeren Tor der Hofburg im April 1965, der den österreichischen Freiheitskämpfer gewidmet wurde, sprach man dem Widerstand und den Opfern des NS-Regimes dieselbe offizielle Ehre und Anerkennung aus, wie sie vor allem von den Veteranenvereinen den Gefallenendenkmälern erwiesen wurden. Damit änderte sich auch die Tendenz des Geschichtsbilds, das die Denkmalkultur vermittelt und es begann eine Welle von Denkmalsetzungen für den Widerstand und die Opfer des Faschismus in Wien. In den meisten anderen Bundesländern wurde weiterhin das Augenmerk auf die „heroisierenden“ Gefallenendenkmäler gerichtet.³⁰³

Die 70er Jahre brachten einen generellen Rückgang bei der Errichtung von Kriegerdenkmälern, die nun bevorzugt auf Friedhöfen aufgestellt wurden und damit in die „Hinterhöfe“ der Öffentlichkeit rückten.³⁰⁴

Bis zu dieser Zeit wurde der „Widerstand“ gegen den Nationalsozialismus als nicht existent abgetan oder als „Verrat am Vaterland“ dargestellt. Mit der Frage den Widerstand als einen fundamentalen Bestandteil der Aufarbeitung zu sehen, wurde dieser von allen politischen Richtungen getragen. Das 1963 gegründete Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes begann 1970 zu „Widerstand und Verfolgung“ eine Dokumentation zu verfassen, die nicht nur eine Basis der zeithistorischen Aufarbeitung darstellt und sich nicht nur offenen Fragen der Geschichte stellt, sondern einen wertvollen Teil zur politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beiträgt.

Auch in den Schulbüchern wurde der „Widerstand“ als ein Teil der Nationalsozialistischen Zeit integriert.³⁰⁵

Anlass für einen Wandel in der österreichischen Gedenkkultur gab im Jahr 1988 die Präsidentschaftskandidatur Waldheims und die Gedenkfeier zum

³⁰² H. Uhl, Transformationen, 112.

³⁰³ H. Uhl, Transformationen, 113f.

³⁰⁴ B. Menkovic, Politische Gedenkkultur, 27f.

³⁰⁵ H. Uhl, Opfermythos, 68f.

„Anschluß“. Die Denkmallandschaft erfuhr eine Veränderung: „Holocaust-Denkmäler“ entstanden, es entwickelten sich neue politischen Diskurse, „vergessene“ Opfer rücken in den Mittelpunkt und das Spektrum an Akteuren zur Denkmalsetzung erweiterte sich.³⁰⁶

Die Art und Form der künstlerischen Gestaltung von Denkmälern regen die Erinnerung an vergangene Ereignisse zwar an, beschreiben und erklären diese aber nur ansatzweise. Mit einigen wenigen Worten, meist auch nur mit einer Zeitangabe versehen und oft an dezentralen Plätzen aufgestellt, geraten sie im Laufe der Zeit in Vergessenheit. Manche Mahnmale weisen explizit auf bestimmte Ereignisse hin, wie z. B. das Weisseldenkmal, das an den Kampf der Floridsdorfer Feuerwehr gegen die Exekutive erinnert.³⁰⁷ Andere wiederum gedenken eher allgemeiner Phänomene, wenn sie etwa die gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkriegs als „Heldenhaften Tod fürs Vaterland“ glorifizieren oder für die Opfer, die im Faschismus fielen. Nur einige wenige Gedenktafeln bzw. –orte nennen die Februarkämpfe beim Namen.

4.2 Die parteiliche Auseinandersetzung um Gedenkkultur im Zeichen des „Burgfriedens“

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine provisorische Drei Parteien-Regierung aus der SPÖ, KPÖ und ÖVP zusammengestellt, die bis zur Wahl im November 1945 gleichberechtigte Funktionen erfüllten. Das „Verständnis von Demokratie als Wettstreit“³⁰⁸ der Parteien führte im Hinblick der ersten Wahlen zu unterschiedlichen Prioritätensetzungen der einzelnen Gruppen. Die Österreichische Volkspartei rückte bewusst von der christlichsozialen Assoziation ab – was sich nicht nur in der Namensänderung äußerte. Der beabsichtigte Abstand zur Kirche, sowie die Untermauerung der österreichischen Identität waren die grundlegendsten Ziele der „neuen“ ÖVP. Die SPÖ war die einzige Partei, die ihre

³⁰⁶ B. Menkovic, Politische Gedenkkultur, 127.

³⁰⁷ Zum Kampf der Floridsdorfer Feuerwehr siehe Kapitel 5.2 dieser Arbeit.

³⁰⁸ Gertrude Enderle-Burcel, Die österreichischen Parteien 1945-1955. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 60). Wien 1996, 82.

Vergangenheit mit Stolz für die Neugründung nutzte und die sozialdemokratischen Gruppierungen, die seit 1934 in der Illegalität operieren mussten, wieder vereinigte. Dennoch kam es innerparteilich zu Orientierungsschwierigkeiten zwischen dem linken und dem sogenannten „Renner“-Flügel, der sich nicht nur gegen eine Kooperation mit der KPÖ aussprach, sondern konzentrierte sich auf ein Überwinden von Klassenkampfstandpunkten und auf die Forcierung politischer Verantwortlichkeit.³⁰⁹

Die KPÖ konnte bei den Wahlen im November 1945 nur noch geringe Erfolge erzielen. Der Versuch, eine „Einheitsfront“ mit den Großparteien oder eine „Einheitspartei“ mit der gleichgesinnten SPÖ zu bilden, scheiterte, weil deren Elite zu antikommunistisch eingestellt war. Weiters disqualifizierte sich die KPÖ in den Augen der SPÖ für eine engere Kooperation, da ihre Beziehung zur sowjetischen Besatzungsmacht längerfristig negative Auswirkungen haben könnte. Die kurze gemeinsame Amtszeit der drei Großparteien hatte ihre Dispute gezeigt. Vor allem die Ziele der KPÖ wichen maßgeblich von denen der ÖVP und SPÖ ab. Auch nach der Niederlage der KPÖ bei den Wahlen 1945 plante man anfänglich die Kommunisten in die Regierung zu integrieren, was schlussendlich an der Ablehnung der ÖVP-Führung scheiterte.³¹⁰

Selbst diese Diskrepanzen zwischen den zentralen Parteien standen eher im Hintergrund der unmittelbaren Nachkriegszeit. Streitigkeiten zwischen den Parteien wurden zugunsten der Regierungsbildung und -führung beiseite gelegt. Die große Koalition von ÖVP und SPÖ war von einer bestimmten Art der „Zurückhaltung“ geprägt. Vor allem, um den alliierten Mächten zu zeigen, dass Österreichs Politiker das Land erfolgreich und ohne ihre Unterstützung auf demokratische Weise führen konnten, mussten innenpolitische Konflikte vermieden werden. Der so genannte „Burgfrieden“ war ein Verhalten zwischen der ÖVP und SPÖ, der die beiden Parteien dazu anhielt, Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft ohne politische Auseinandersetzungen wiederherzustellen. Nicht nur das Abkommen zwischen den Parteien, vor allem aktuelle politische Probleme ließen die Erinnerung an die austrofaschistische Zeit aus der Öffentlichkeit ver-

³⁰⁹ G. Enderle-Burcel, Parteien, 81ff.

³¹⁰ G. Enderle-Burcel, Parteien, 84f.

schwinden. Hinzu kommt, dass im Gedächtnis der österreichischen Bevölkerung der Nationalsozialismus den Austrofaschismus überdeckte:

*„Eine Auseinandersetzung mit dem Austrofaschismus erschien den meisten Österreichern daher kaum vordringlich, zumal sie, wie die Entnazifizierung und die Diskussion über den Nationalsozialismus bewiesen, wenig Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit zeigten.“*³¹¹

Über den Verzicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem Austrofaschismus waren sich die beiden Führungsparteien im Großen und Ganzen einig, vereinzelt tauchten aber in beiden Lagern diverse Forderungen dahingehend auf. So stellte Karl Renner in einem Brief an die ÖVP klar, dass er mit keinem Sympathisanten der Dollfuß-Ära, sowie Repräsentanten der Heimwehr auf politischer Ebene kooperieren wollte. Dennoch gelangten immer wieder Persönlichkeiten mit faschistischer Vorgeschichte in hohe politische Positionen. Die SPÖ beobachtete die ÖVP-Politiker sehr genau. Tief waren sie vom austrofaschistischen Staat enttäuscht worden, und nun waren sie aufgrund des Burgfriedens gezwungen, die Erinnerung an den Februar 1934 und dessen Opfer in ein Hinterzimmer zu verbannen.³¹²

Dass die zwischenparteilichen Diskrepanzen, die dieser „Burgfrieden“ nur oberflächlich zudeckte, lange nicht ad acta gelegt wurden, verdeutlicht ein Artikel des Österreichischen Bauernbundes der ÖVP vom 9. Februar 1948, indem es heißt:

*„Wenn wir nur ein bißchen zusammenhalten, [...] dann können sie schon kommen. Und wenn sie es einmal zu arg treiben sollten, die falschen Brüder, dann ruf uns nur, dann werden wir marschieren, wie wir schon 1934 marschierten.“*³¹³

Dieses Zitat zeigt deutlich die ungebrochene Identifikation der ÖVP mit der austrofaschistischen Regierung von 1934.

Zu Beginn der Zweiten Republik vermieden es beide Parteien, nationalsozialistisch belastete Persönlichkeiten heranzuziehen und mit noch bestehenden Gruppen zu kooperieren, die Priorität legten sie auf den Wiederaufbau eines

³¹¹ Elisabeth Klamper, Ein einzig Volk von Brüdern. Vergessen und Erinnern im Zeichen des Burgfriedens. In: Zeitgeschichte, 24. Jg., Heft 5/6, Innsbruck 1997, 170f.

³¹² E. Klamper, Volk, 172.

³¹³ SPÖ-Vertrauensmann, 3. Jg., Nr. 4, April 1948, 111f., zitiert nach: E. Klamper, Volk, 172.

demokratischen Österreichs. Schon nach kurzer Zeit konnten einige dieser Personen trotzdem politische Positionen erlangen.³¹⁴

Karl Klambauer spricht dieses ambivalente österreichische Gedenken an die NS-Zeit am Beispiel zweier Gedenktafeln in der Votivkirche an, die *„einander widersprechenden Narrative der österreichischen antinazistischen Opferthese und eines legitimatorischen Gedenkens an österreichische Wehrmachtssoldaten des Zweiten Weltkrieges“*³¹⁵ parallel erinnern und somit exemplarisch die politische Handhabung der Denkmalkultur bis in die 60er Jahre zeigen.³¹⁶

In dieser Hinsicht stellte sich immer wieder die Frage, ob jene Opfer des NS-Terrors, die zugleich aktiv an der Niederschlagung des Februaraufstandes tätig waren, als genauso „gedenkwürdig“ wie die Februarkämpfer, die von beiden faschistischen Regimen verfolgt wurden, betrachtet werden können. Ebenso *„ist auch zu konstatieren, daß die Denkmäler für die Opfer des Widerstands und des Faschismus die Verfolgung und Ausrottung der Juden wenig bis gar nicht zu ihrem Thema gemacht haben.“*³¹⁷

Besonders hervorzuheben ist außerdem, dass einigen Randgruppen unter den NS-Opfern wie Roma und Sinti, Prostituierte, Bettler, Homosexuelle oder auch behinderte Menschen bis heute in der Gedenkkultur nicht würdig gedacht wurde und wird.

Die österreichische Nachkriegspolitik der ÖVP, SPÖ und auch der KPÖ hielt an der Opferrolle Österreichs fest und ermöglichte dem Staat somit einerseits eine „Flucht aus seiner Verantwortung“ und andererseits eine „unbeeinflusste, neutrale“ Haltung in der internationalen Öffentlichkeit.

*„Das nationale Geschichtsbewusstsein der Zweiten Republik wurde demnach sowohl auf institutioneller Ebene als auch im Empfinden großer Teile der Bevölkerung von der ‚Opferthese‘ bestimmt.“*³¹⁸

In Kombination mit der „Okkupationstheorie“ erscheint nicht nur der Staat, sondern auch die gesamte Bevölkerung als Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft.³¹⁹

³¹⁴ E. Klamper, Volk, 172

³¹⁵ K. Klambauer, Gedenkkultur, 14.

³¹⁶ K. Klambauer, Gedenkkultur, 14.

³¹⁷ J. Seiter, Vergessen, 700.

³¹⁸ K. Chlubna, Umgang, 62f.

Die Moskauer Deklaration, die 1943 von den Alliierten Außenministern beschlossen wurde, trug wesentlich dazu bei, dass noch Jahrzehnte später Österreich als erstes Opfer der nationalsozialistischen Aggression angesehen wurde.

„Gestützt auf diese formaljuristisch, völkerrechtlich begründete Opferrolle war Österreich lange Zeit jeder Mitverantwortung am Nationalsozialismus enthoben und konnte sich den drohenden außen- wie innenpolitischen Konsequenzen entziehen.“³²⁰

Die aus der Moskauer Deklaration resultierende „Opferthese“ stellte ein wichtiges historisches Selbstverständnis dar, auf dem die Zweite Republik aufgebaut wurde.

„Bis zum Abschluß des Staatsvertrages bildet die ‚Opferthese‘ den zentralen Bestandteil in der Argumentationslinie der österreichischen Politiker. Sie war nicht nur Ausgangspunkt für die außenpolitischen Verhandlungen, sondern diente ebenso der ‚Befriedung und Stabilisierung im Inneren‘ des österreichischen Staates.“³²¹

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bemühte sich Österreich in erster Linie um die Wiedereinsetzung des seit 1933/34 ausgeschalteten demokratischen Grundrechts. Außerdem galt es, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung wiederherzustellen, sich in einer Nation wieder zu finden und als eine „unabhängige“ Einheit zu fungieren. Der österreichische Staat versuchte diese Unabhängigkeit, insbesondere von Deutschland, zu erlangen. Die Basis der neuen nationalen Identität lag darin, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den Vordergrund zu rücken und sich von der nationalsozialistischen Ideologie zu distanzieren. Das Ignorieren der Mitverantwortung und die Abschiebung der Schuld am Zweiten Weltkrieg an Deutschland waren Teil der neuen österreichischen Ordnung.³²²

Bis in die 80er Jahre galt nicht nur die „Opferthese“ allein als ein Beweis der Annexion und somit der österreichischen „Unschuld“ an der NS-Machtübernahme. Die ebenso nicht von der Hand zu weisende Teilnahme der österreichischen Wehrmachtssoldaten an der Seite der Deutschen führte zu

³¹⁹ K. Chlubna, Umgang, 62f.

³²⁰ K. Chlubna, Umgang, 33f.

³²¹ K. Chlubna, Umgang, 60f; vgl. auch zur Opferthese: K. Klambauer, Gedenkkultur, 9.; H. Uhl, Opfermythos, 50f.

³²² K. Chlubna, Umgang, 50ff.

einer Sichtweise des NS-Regimes als erzwungenes Kollektiv und einer tabuierten Rolle österreichischer Beteiligung. Die nationale Kriegsbeteiligung wurde als „Verführung der NS-Propaganda“ dargestellt, der Österreich zum Opfer gefallen wäre, und somit eine Rehabilitation der Soldaten gefordert. Die Taten der heimkehrenden Soldaten wurden als „Heldentum“ angesehen und die Wehrmachtsangehörigen als heroische Kämpfer für das Vaterland dargestellt, *„die einen „Verteidigungskrieg“ im besonderen gegen die bolschewistische Sowjetunion, [...], geführt und darin ihre „Pflicht“ erfüllt hätten.“*³²³ Da der Fokus der Nachkriegspolitik auf die Wahrung eines repräsentativen Geschichtsbewusstseins gelegt wurde, erfolgte eine weitgehende Tabuisierung des faschistischen Charakters des Ständestaats.

Dennoch zeichneten sich bereits zu diesem Zeitpunkt bei den Parteien unterschiedlichen Auffassungen ab, die die Ehrung des Widerstandes betreffen – vor allem zwischen der SPÖ und KPÖ kam es zu Disputen. Die Konflikte flauten Mitte der 50er Jahre ab, warfen jedoch zahlreiche Fragen auf: Welche unterschiedlichen Ziele verfolgten nun die einst gleichziehenden Parteien (SPÖ und KPÖ) in ihrer Erinnerungskultur? Hatten sie nicht beide die Zeit des Austrofaschismus mit der Zeit des Widerstandes bis 1945 als gleich wichtig gestellt? Was ist passiert, dass zwei gleichläufige Parteien in so kurzer Zeit hinsichtlich der Vergangenheitsauffassung unterschiedliche Ziele verfolgen?

Welche politischen Entscheidungen prägten die Denkmallandschaft und vor allem wie groß war dieser Einfluss?

Die nach Kriegsende rasch neu organisierten politischen Parteien stellten die Aufarbeitung der vergangenen Geschehnisse vorerst zurück, die ersten Nationalratswahlen hatten Priorität. Der Kalte Krieg führte zu einer weiteren Verlagerung der Stellung der KPÖ – nämlich zum Außenseiter und Feindbild, obwohl sie dem sozialdemokratischen Widerstand bis 1934 am nächsten gestanden war. Zusätzlich eiferten ÖVP und SPÖ um die Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten, die nach Aufhebung des Wahlverbots ab 1949 ein großes Wählerpotential darstellten.

³²³ K. Klambauer, Gedenkkultur, 10f.

„Je stärker diese Integrationspolitik in den Vordergrund trat, auf umso größere Distanz gingen SPÖ und ÖVP zu den Widerstandskämpfern – auch in den eigenen Reihen.“³²⁴

Die Aufarbeitung des Widerstands zwischen 1933 und 1945 wurde weiter in den Hintergrund gedrängt. Es scheint, als hätten die beiden Großparteien sogar bewusst die Vergangenheit vernachlässigt, um nicht in ihrer Entwicklungsphase gestört zu werden – diese allgemeine Distanz zur Vergangenheitsaufarbeitung wurde mit der „Opferthese“ sogar noch gefördert. Genau diese politische Tendenz prägte auch die österreichische Gedenkkultur und äußerte sich etwa im Fernbleiben der Politiker von Denkmalsenthüllungen. Die fehlende Aufarbeitung bewirkte andererseits die Ausweitung der politischen Distanz der Großparteien zueinander, vor allem aber der SPÖ zur KPÖ.³²⁵

Während sich die ÖVP bereits nach dem Zweiten Weltkrieg kaum an der Gestaltung der Erinnerungskultur beteiligte, konzentrierten sich die Sozialdemokraten vor allem auf den Februar 1934 und rückten andere Äußerungen des Widerstands im Nationalsozialismus in den Hintergrund. Die KPÖ hingegen forcierte den Widerstand gegen den Nationalsozialismus umso mehr:

„Die Berufung auf den Widerstand wurde von einer alle politischen Richtungen umfassenden Legitimation des neuen Österreich zum Ausdruck eines ideologisch etikettierten Geschichtsverständnisses, das sich im wesentlichen auf die KPÖ bzw. den KZ-Verband und Teile der SPÖ beschränkt.“³²⁶

Die ÖVP legte ihre Erinnerungstradition hinsichtlich der Jahre 1934 bis 1938 rasch fest: Sie tabuisierte den Begriff des „Faschismus“, beschränkte jegliche autoritäre Tendenzen auf den „Antinazismus“ und hob besonders Dollfuß als „Helden“, der dem Kampf gegen den Nationalsozialismus zum Opfer gefallen wäre, hervor, während die SPÖ weiterhin versuchte, sich nach dem „Burgfrieden“ zu richten.³²⁷

Die Österreichische Volkspartei der Zweiten Republik versuchte sich zwar von der Christlichsozialen Partei der Ersten Republik, die den Weg zur Diktatur wesentlich geebnet hatte, zu distanzieren. Dennoch tauchten bei der Auswahl von ÖVP-Vertretern öfters Namen von austrofaschistischen Politikern auf. Hingegen

³²⁴ H. Uhl, Transformationen, 104.

³²⁵ H. Uhl, Transformationen, 103-106.

³²⁶ H. Uhl, Transformationen, 105

³²⁷ K. Klambauer, Gedenkkultur 37f.

wurden jene Mitglieder, die zum linken Flügel zählten und eine liberalere Tendenz der Partei unterstützten, an den Rand gedrängt.³²⁸

Die Diskussionen zwischen den Parteien nahmen 1946 zu: für den Katalog zur geplanten Ausstellung „Niemals vergessen“ forderten die Sozialdemokraten die Nennung einiger wichtiger Opfer von 1934 wie Münichreiter, Weissel oder Wallisch. Im Gegensatz wollte die Volkspartei Engelbert Dollfuß ebenso als Opfer genannt haben. Dieser Konflikt erklärt, warum in der Ausstellung letztendlich keine Namensliste von Widerstandskämpfern des Bürgerkrieges zu sehen war.³²⁹

Hier zeigten sich deutlich die parteispezifischen Zuschreibungen der Opfer- und Täterrollen. Doch anstatt den Zwiespalt offen zu thematisieren, zogen die Parteien es vor, den Konflikt auf Kosten der öffentlichen Aufarbeitung einfach zuzudecken. Die Betrachtung wurde zwar im Laufe der Zeit differenzierter, der Grundkonflikt zwischen SPÖ und ÖVP hinsichtlich der Geschichtsauffassung besteht jedoch noch heute.

Im Jahre 1948 wurde ein Denkmal auf dem Wiener Zentralfriedhof aufgestellt, das an die Opfer des NS-Terrors erinnert. Die Stadt Wien beabsichtigte damit, jenen ein Zeichen zu setzen, die *„im Kampf gegen den Nazifaschismus und für ein freies, unabhängiges Österreich“*³³⁰ ihr Leben lassen mussten. An der Gedenkfeier zur Enthüllung des Denkmals nahmen Politiker beider Parteien teil. Der sozialdemokratische Bürgermeister Theodor Körner vermied es in seiner Rede auf die Opfer des Februaraufstandes sowie des illegalen Widerstandes bis zur Annexion hinzuweisen, stattdessen ging er nur auf den Widerstand und die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur ein. Obwohl in das Mahnmal die Worte „Den Opfern für ein freies Österreich 1934 bis 1945“ eingraviert sind – damit repräsentierte es formal auch die Opfer des Dollfuß-Regimes –, wurden die Geschehnisse während der Zeit des Austrofaschismus im Rahmen der Gedenkveranstaltung nicht explizit angesprochen.

Die folgenden Gedenkfeiern waren parteilich orientiert: Die SPÖ mit Vizekanzler Dr. Adolf Schärf und Bürgermeister Körner besuchten die Grabstätte des 1934 hingerichteten Revolutionärs und Feuerwehrkommandanten Ing. Georg Weis-

³²⁸ W. Anzenberger, Demontage, 15f.

³²⁹ W. Anzenberger, Demontage, 17.

³³⁰ Rathaus-Korrespondenz, 30.10.1945, zitiert nach: H. Exenberger, Gedenken, 265.

sel. Die Kommunisten wohnten einer Gedenkkreuzenthüllung bei, die auf die Initiative des KZ-Verbandes zurück ging. Dort wurde nicht nur der Verbrechen im Februar 1934 und nach dem „Anschluss“ gedacht, die jüdischen Opfer waren erstmals ein Teil dieser Gedenkfeier.³³¹ Die ÖVP zog sich zurück und erfüllte mit nur einigen wenigen Aktivitäten ihre Pflicht im Denkmalsbereich.

Vor allem Betriebe, sozialdemokratische Vereine und kommunale Organisationen waren sehr bemüht um eine differenziertere Erinnerungskultur zum Februar 1934, besonders in Arbeiterbezirken wie in Floridsdorf. Auch die kommunistische Partei unterstützte diese Form der Denkmalsetzungen.³³²

In den 70ern änderte sich mit dem Aufstieg der Sozialdemokraten zur führenden Partei Österreichs auch die offizielle Gedenkpoltik, indem der Fokus zunehmend auf die Jahre 1927 bis 1938 gelegt wurde. Im folgenden Jahrzehnt erschienen zahlreiche Publikationen über diese „revolutionäre Zeit“.³³³ Eine Kommission aus Historikern wurde ins Leben gerufen, die vernachlässigte Thematiken wie die Zeit des Austrofaschismus oder die Februarkämpfe von 1934 aufarbeiten sollte.³³⁴

Anders gestaltete sich die politische Auseinandersetzung mit dem österreichischen Konzentrationslager Mauthausen.

Nach der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen kam es zu einem regen Interesse an der Nutzung des Lagers. Während einige Organisationen sich über eine wirtschaftliche Verwendung der Materialien und Gebäude Gedanken machten, strebten Überlebendenverbände die Einrichtung einer Gedenkstätte an.³³⁵

Mit 5. Juli 1946 kam es zur Übergabe der Konzentrationslager Mauthausen und Gusen durch die Amerikaner an die sowjetischen Truppen, die das ehemalige Lagergelände als Kaserne nutzten. Der KZ-Verband und die oberösterreichische Landesregierung versuchten die Verhandlungen mit den Russen über die weitere Nutzung des Lagers fortzuführen.³³⁶ Die erste Feier zur Befreiung fand

³³¹ H. Uhl, Transformationen, 106f.; K. Klambauer, Gedenkkultur, 26-37.

³³² H. Uhl, Transformationen, 108.

³³³ W. Anzenberger, Demontage, 20.

³³⁴ H. Uhl, Opfermythos, 69f.

³³⁵ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 29.

³³⁶ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 49.

am 8. Mai 1946 statt. Dieser Gedenktag wurde jährlich Anfang Mai beibehalten. Im Laufe der Zeit veränderte sich jedoch der Ablauf der Feierlichkeiten. Der Versuch, den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen als staatlichen Feiertag einzuführen, scheiterte.³³⁷

Im Frühjahr 1947 wurde das Lager von den Sowjetischen Truppen an die Österreichische Republik übergeben. Mit der Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen im Jahr 1949 ging die Verantwortung an die Verwaltung der Oberösterreichischen Landesregierung und dem Bundesministerium für Inneres über.³³⁸

Die Diskrepanzen zwischen Innenminister Oskar Helmer und Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner eskalierten, als es um die erste offizielle Befreiungsfeier 1949 ging: Der kommunistische KZ-Verband hatte zum Ziel, die Befreiungsfeiern immer um den 5. Mai anzusetzen – so auch für 1949 am 8. Mai. Innenminister Oskar Helmer setzte aber die Eröffnung und zugleich Übergabe der Gedenkstätte an die oberösterreichische Landesregierung für den 2. Mai 1949 an und vermied somit jegliche Kooperation mit dem KZ-Verband eingehen zu müssen. Er legte den Mitarbeitern des Magistrats der Stadt Wien und der Polizei nahe, nicht an der Befreiungsfeier am 5. Mai teilzunehmen. Landeshauptmann Heinrich Gleißner hingegen, sprach sich gegen Helmers Isolationspolitik aus, untermauerte dies mit dem zunehmenden Interesse internationaler Verbände an den Gedenkfeierlichkeiten.

Mit der Aufnahme 1948 in die „Fédération Internationale des Anciens Prisonniers Politiques“ (FIAPP) erlangte der KZ-Verband nicht nur den Anspruch auf Überparteilichkeit, sondern beanspruchte Österreichs einzige international anerkannte NS-Opferorganisation zu sein.³³⁹ Gleißner zog sich bei der Gedenkfeier nach seiner Rede gekränkt zurück, da einige ehemalige Häftlinge seine Worte mit Pfiffen störten und so ihr Missfallen gegenüber der Regierung ausdrückten.

Die Presseorgane nahmen diesen Vorfall unterschiedlich auf: während einige die Beleidigung gegen die Regierung als „antiösterreichische Exzesse“ deuteten, schrieben andere Zeitungen von einer Nichtpersonalisierung dieser Angrif-

³³⁷ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 56.

³³⁸ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 22.

³³⁹ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 108f.

fe, schon gar nicht gegen Gleißner, der sich bis zu diesem Zeitpunkt sehr für die ehemaligen KZ-Häftlinge eingesetzt hatte.³⁴⁰

Mit dem Beschluss der Regierung zur Einrichtung der Gedenkstätte Mauthausen kam es zu einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit. Diese richtete sich vor allem gegen die Erhaltung des Lagers in Form einer Gedenkstätte. *„Die Vehemenz der Ablehnung“*, schreibt Bertrand Perz *„erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass die Großparteien im Vorfeld der Nationalratswahlen bereits mit den sich organisierenden ehemaligen Nationalsozialisten über mögliche Formen der Zusammenarbeit verhandelten.“*³⁴¹ Manche Zeitungen argumentierten, dass den Überlebenden bei ihrer „Bewältigung“ nicht geholfen werde, wenn ihre „Gewaltstätte“ immer wieder in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gerückt wird. Andere wiederum üben Kritik an der Art und Weise der Instandhaltung des Lagers. Es sollte der Erhalt im Vordergrund stehen und nicht eine bauliche Veränderung erfolgen. Nur wenige Zeitungen griffen Lösungsvorschläge auf.³⁴²

Das Interesse an der Gedenkstätte war in den 50er Jahren zurückgegangen: so sahen die behördlichen Anweisungen keinerlei inhaltliche Auseinandersetzung vor. Es war nach Hans Maršálek zu dieser Zeit nicht möglich, eine Ausstellung der Öffentlichkeit zu präsentieren.³⁴³ Die Treffen zwischen Landeshauptmann Gleißner, dem KZ-Verband und dem Innenministerium zur Gestaltung der Gedenkstätte zogen sich über Jahre hinweg. Durch die andauernden politischen Diskussionen kam es nur langsam zu Veränderungen in der Gedenkstätte.³⁴⁴

In den 60er Jahren hatte das Internationalen Mauthausen Komitees in Kooperation mit dem Innenministerium die Erstellung eines Museums im Konzentrationslager Mauthausen geplant. Hans Maršálek, Überlebender des KZ-Mauthausen, wurde 1964 beauftragt, als Koordinator für die Planung und Durchführung des Museums zu fungieren und dafür Materialien zu sammeln. Besonders die Beschaffung von Ausstellungsgegenständen war sehr zeitaufwändig. Bis 1967 hatte Maršálek ausreichend Dokumente und Gegenstände

³⁴⁰ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 110.

³⁴¹ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 112.

³⁴² B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 111-118.

³⁴³ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 120.

³⁴⁴ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 126-130.

gesammelt, um eine Ausstellung ausführen zu können. Im Mai 1970 kam es schließlich zur Eröffnung des Museums.³⁴⁵

Im Jahr 1970 übergab das Land Oberösterreich dem Innenministerium die alleinige Zuständigkeit der Gedenkstätte.³⁴⁶

Zu Beginn der 70er Jahre waren nicht nur Opferverbände an der Gedenkstätte interessiert, es begannen sich zunehmend auch staatliche Institutionen, wie die neu gebildete „Politische Abteilung“ des Unterrichtsministeriums, für die Gedenkstätte Mauthausen als Ort der politischen Bildung zu interessieren.³⁴⁷

Bei den Befreiungsfeierlichkeiten 1973 sprach Fred Sinowatz, einstiger Bundesminister für Unterricht und Kunst, die neue Funktion der Gedenkstätte Mauthausen, die Mitverantwortung der österreichischen Gesellschaft und eine Kritik an der mangelnden politischen Bildung an.³⁴⁸

Die Gedenkstätte Mauthausen wurde in den 80er Jahren zu einem Zentrum der Wahrnehmung nationalsozialistischer Verbrechen in Österreich. In dieser Zeit traten rechtsextremistische Gruppen stärker in die Öffentlichkeit. Die Veränderung der Sichtweise auf die nationalsozialistische Vergangenheit, forciert durch den Generationswechsel, führte zu einem kritischeren Umgang mit der Thematik.³⁴⁹

Die kritische Auseinandersetzung von Historikern mit den Inhalten der in der Gedenkstätte Mauthausen gezeigten Ausstellungen stellte die dortige Konzentration auf das Hauptlager in Frage. Kritik wurde außerdem an der personellen Ausstattung, dem Umgang mit den baulichen Überresten, der fehlenden Öffentlichkeitsarbeit, dem Fehlen eines Konzeptes und einer pädagogischen Betreuung ausgedrückt. *„Der Bedarf nach historischer Reflexion über Gedenkstätten kam ab den 1990er Jahren auch aus den Gedenkstätteninstitutionen selbst, die sich im Umgang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis den Perspektiven ihrer eigenen Zukunft ohne Überlebende ebenso stellen mussten wie der Frage politischer Indienstnahme.“*³⁵⁰ Dazu bildete das Unterrichtsministerium

³⁴⁵ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 221ff.

³⁴⁶ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 22.

³⁴⁷ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 235.

³⁴⁸ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 238.

³⁴⁹ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 235f.

³⁵⁰ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 16.

1993 eine Sachverständigenkommission, die Vorschläge für eine neue Konzeption der KZ-Gedenkstätte Mauthausen ausarbeitete.³⁵¹ Unter Innenminister Dr. Ernst Strasser (ÖVP) wurde die „Reforminitiative KZ-Gedenkstätte Mauthausen“ zusammengestellt, die ein Konzept für die weitere Nutzung der Gedenkstätte schuf. Die Besucherzentren in der Gedenkstätte Mauthausen wurden 2003 und in Gusen 2004 eröffnet und neue Ausstellungen erarbeitet.³⁵²

Die Reformierung der Gedenkstätte ist weiterhin notwendig. Eine Aufgabe der sich das Innenministerium unter Einbindung von Institutionen und Personen stellt. So wurde 2008 unter Innenminister Platter eine Gruppe von Wissenschaftlern zusammengestellt, die die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte übernahmen. Neben der Erstellung des Konzeptes wurden bereits einige Projekte begonnen, die für die Neugestaltung eine Grundlage darstellen: so eine boden- und bauarchäologische Befundung des Geländes der Gedenkstätte sowie auch die laufende Sammlung von Quellenmaterial des Archives.³⁵³

4.3 Die 80er Jahre – eine Wende in der Erinnerungskultur

Wie bereits zuvor in dieser Arbeit erwähnt, brachten die 80er Jahre neue Perspektiven in die österreichische Geschichtspolitik. Warum kam es gerade in den 80er Jahren zu einem erneuten Interesse an der Diskussion der Denkmalkultur? Wer und was hatte zu einem Überdenken des „traditionellen“ Geschichtsbewusstseins geführt? Die zeitliche Distanz zum historischen Ereignis ist sicherlich ein Faktor, der zu einem Umdenken und zu neuen Diskussionen führte. Eine neue Generation stellte sich anderen Fragen und versuchte, die bisherige Geschichtsbetrachtung ihrer Eltern und Großeltern kritisch zu sehen. Doch welche politischen Veränderungen riefen einen solchen Wandel hervor?

Klambauer beschreibt diese neue Ära der Erinnerungskultur als eine Zeit der *„Entmythologisierungen, Widerlegungen oder Relativierungen von offiziellen Geschichtsnarrativen und Legitimierungserzählungen, Historikerdebatten [...] (wieder-) erwachte Sensibilitäten gegenüber negativen, belasteten Perioden der*

³⁵¹ B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 252f.

³⁵² B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 28f.

³⁵³ Vgl. dazu BMI (Hg.), mauthausen memorial. neu gestalten. Rahmenkonzept für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Wien 2009.

*eigenen Vergangenheit, Akzentuierungen von Traditionen und des sogenannten „kulturellen Erbes“ [...], scheinbar hypertrophe und beinahe inflationäre öffentliche Gedenkaktivitäten“.*³⁵⁴

Dieses Umdenken betraf nicht nur die Gesellschaft, sondern durchaus auch die Politik, wie besonders die Ereignisse des Jahres 1986 zeigten.

Zuerst sei das Augenmerk auf eine Änderung in der Denkmallandschaft zu legen. Einigen Opfergruppen kam bis dato keine Aufmerksamkeit zu. Dies fand im Hrdlicka-Denkmal seinen ersten Ausdruck. Das Denkmal gegen Krieg und Faschismus zeigte erstmals ein Element – den Straßen waschenden Juden. Bereits 1983 erhielt Alfred Hrdlicka von der Gemeinde Wien den Auftrag das Denkmal zu gestalten. Enthüllt wurde es Ende November 1988. Im folgenden Jahr kam es dadurch zu regen Diskussionen in der Politik wie auch in öffentlichen Medien.³⁵⁵

Die Kandidatur Kurt Waldheims³⁵⁶ für das Amt des Bundespräsidenten und der damit verbundene Skandal, der mit der gleichzeitigen Aufdeckung seiner NS-Vergangenheit einherging, entfachte 1986 nach Jahrzehnten des Schweigens eine heftige und intensive öffentliche Diskussion.³⁵⁷ Die Vergangenheit Waldheims fand auch in der politischen Auseinandersetzung der Parteien Eingang. Die ÖVP versuchte ihre Spitzenkandidaten zu unterstützen, beging aber *„einen kapitalen Fehler, als sie durch Lancierung der Wehrstammkarte Waldheims an*

³⁵⁴ K. Klambauer, Gedenkkultur, 21.

³⁵⁵ H. Uhl, Transformationen,

³⁵⁶ Kurt Waldheim (1918-2007) trat nach dem „Anschluss“ Österreichs dem NS-Studentenbund und dem SA-Reiterkorps bei. Als Wehrmachtssoldat kämpfte er ab 1939 in Frankreich und der Sowjetunion, nach einer Verwundung war er als Wehrmachtsdolmetscher in Jugoslawien und Griechenland tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann er seine diplomatische Tätigkeit, fungierte von 1968 bis 1970 als Außenminister und von 1971 bis 1981 als Generalsekretär der UNO. Bei der Bundespräsidentenwahl 1971 unterlag er Franz Jonas, kandidierte 1986 erneut und übernahm nach dem Wahlsieg bis 1992 die Bundespräsidentschaft. *„Eine internationale Historikerkommission konnte ihm keine unmittelbare Beteiligung an Kriegsverbrechen nachweisen, doch blieb W[aldheim] während seiner gesamten Amtszeit international isoliert.“* I. Ackerl u.a., Personenlexikon, 508.

³⁵⁷ Theodor Faulhaber, 50 Jahre und kein bißchen weise. Gedanken zum „Gedenkjahr 1988“. In: Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik '88: Wien, München 1989, 227; vgl. auch K. Klambauer, Gedenkkultur, 229.

*die Medien seine Mitgliedschaft in NS-Gliederungen thematisierte(n) und damit eine internationale Kampagne auslöste(n),...*³⁵⁸

Vorgeworfen wurde ihm, seine Kriegsvergangenheit als Oberleutnant der deutschen Wehrmacht und Mitglied in NS-Organisationen verheimlicht zu haben. Waldheim betonte *„nichts anderes getan [zu haben] als Hunderttausende andere Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt.“*³⁵⁹

Hervorzuheben ist, dass die SPÖ diese Anschuldigungen für ihren Wahlkampf ausnützte und die Verantwortung dieser Affäre von sich wies.³⁶⁰ Die ÖVP stellte hingegen die Vorwürfe als „Verleumdung“ und „Diffamierung“ dar und beschuldigte die SPÖ der Verfälschung politischer Tatsachen durch die Einbringung und Verbreitung falscher Informationen.³⁶¹ Die Diskussion um Waldheims Vergangenheit leitete eine Veränderung der Erinnerungskultur von der „Opfer-“ zur „Mitverantwortungsthese“ ein. Dies ist an den Aussagen namhafter Politiker erkennbar, die sich deutlich für das Bekenntnis zu einer Mitverantwortung der österreichischen Bevölkerung am Nationalsozialismus aussprachen. Für die österreichische Regierung äußerte sich auch Franz Vranitzky 1991 vor dem Nationalrat, sowie bei einem Staatsbesuch in Israel. 1994 bekannte sich ebenso Bundespräsident Thomas Klestil vor der Knesset in Israel, dass in Österreich „manche der ärgsten Schergen der NS-Diktatur“ zu finden waren.³⁶²

Im Gedenkjahr 1988 kam es zur Diskussion, ob und in welchem Ausmaß Bundespräsident Waldheim bei der Gedenkfeier involviert werden sollte. Die partei-lichen Stellungen waren klar definiert, die SPÖ und die Grünen waren dagegen, die FPÖ stand relativ neutral dazu und die ÖVP befürwortete seine Teilnahme. Auch in der Presse spiegelte sich die Zwiespältigkeit der Lager wieder: die einen forderten Waldheims Rücktritt, die anderen standen hinter seiner Unschuld. Ein Kompromiss folgte:

*„Waldheim durfte zwar nicht ‚offiziell‘ sprechen, erhielt aber Fernseh- und Radiosendezeiten für eine Ansprache an die Österreicher.“*³⁶³

³⁵⁸ Michael Gehler, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“. Die Waldheim-Affäre 1986-1992. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien, München 1996, 618.

³⁵⁹ H. Uhl, Opfermythos, 73.

³⁶⁰ M. Gehler, Dämonisierung, 619.

³⁶¹ M. Gehler, Dämonisierung, 622.

³⁶² H. Uhl, Opfermythos, 74.

³⁶³ T. Faulhaber, 50 Jahre, 233f

Zusätzlich nahm er an einer Kranzniederlegung am Heldenplatz und an einem Tagesbefehl des Bundesheeres teil. In seinen Reden betonte er, neben der Rolle Österreichs als erstes nationalsozialistisches „Opfer“, sehr wohl auch die Mitschuld der Österreicher an dieser Zeit – er formulierte dies eher als Entschuldigung.³⁶⁴

Dieses Jahr markierte einen deutlichen Bruch mit der jahrelang vorgeschobenen „Opferthese“, wie eine Rede des ÖVP-Außenministers und Vizekanzlers Alois Mock bereits am 28. Juli 1987 veranschaulicht:

*„Österreich wird, im In- und Ausland, aus Anlaß des Gedenkjahres selbstbewußt und offen dokumentieren, daß es sich mit seiner jüngsten Geschichte kritisch, sachlich und unter Berücksichtigung des internationalen Umfeldes auseinandersetzt. Diesbezüglich darf es kein Schweigen oder Verschweigen geben, sondern nur absolute Offenheit.“*³⁶⁵

Die öffentlich geführte Debatte und die zunehmende Aufklärung bewirkten auch in der Politik neue Perspektiven.

Heidemarie Uhl sieht die Diskussion um Waldheim „vor allem als Anstoß für die Neuverhandlung des österreichischen Geschichtsbildes“, das zu einem eigenen „österreichischen Geschichtsbewusstsein“³⁶⁶ geführt hat.

Das Jahr 1988 war mit vielen historischen Diskussionen verbunden, während man sich zu Beginn des Jahrzehnts noch kaum mit der zeitgeschichtlichen Vergangenheit auseinandergesetzt hatte. Die Waldheim-Affäre und dadurch angeregte Debatten über die Opfer-Täter-Rolle Österreichs, Jörg Haiders Aussagen über die „Missgeburt Österreich“, rege Auseinandersetzungen um die Errichtung des „antifaschistischen Denkmals“ von Alfred Hrdlickas waren nur einige Themen, die in der Öffentlichkeit Aufsehen erregten.³⁶⁷ Ebenso rief die Uraufführung des Theaterstückes „Heldenplatz“ von Thomas Bernhard am 4. November 1988 im Burgtheater die Öffentlichkeit auf, sich der österreichischen Zeitgeschichte zu stellen.³⁶⁸ Angesichts dieser plötzlichen Dynamisierung der Gedenkkultur stellt sich die Frage, ob hier der 50. Jahrestag des „Anschlusses“ den entscheidenden Anstoß zur intensiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit darstellte oder ob in diesem Jahre viele prägnante Ereignisse, die

³⁶⁴ Alfred Stirnemann, Beobachtungen, 251f.

³⁶⁵ A. Stirnemann, Beobachtungen. zitiert nach: K. Chlubna, Umgang, 81.

³⁶⁶ H. Uhl, Opfermythos, 74.

³⁶⁷ T. Faulhaber, 50 Jahre, 18-46.

³⁶⁸ K. Chlubna, Umgang, 80.

zur Beschäftigung mit der österreichischen Geschichte führten, zufällig zusammen trafen.

In der Wissenschaft galt es 1988, die Lücken der Aufarbeitung im Bereich der Zeitgeschichte zu füllen, einseitige Geschichtsforschung kritisch zu behandeln und neue Erkenntnisse alten gegenüber zu stellen.³⁶⁹ Neue Fragestellungen in der Geschichtswissenschaft werden formuliert. Hierbei wird vor allem die Konstruktion von verschiedenen Darstellungen der Vergangenheit problematisiert. Eine andere Diskussion sprach von der „linguistischen Wende“, die sich nicht nur mit der Sprache als beschreibendes Mittel der Vergangenheit beschäftigt, sondern in der Sprache selbst eine bestimmte Realität vermittelt.³⁷⁰

Ein reges öffentliches und vor allem mediales Interesse ist bei den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages des „Anschlusses“ zu erkennen. In den ersten Monaten des Jahres 1988 wurden in diversen Zeitungen und Zeitschriften Berichte und Artikelserien veröffentlicht, die die Ereignisse des März 1938 ausführlich thematisierten.

„Die politischen Parteien und ihre Bildungsinstitute hielten Diskussionen, Symposien, Kongresse, Lesungen, Gedenkstunden ab; [...] das offizielle Österreich gedachte mehrfach der Opfer und der tragischen Ereignisse; private Vereinigungen und Interessensvertretungen schalteten sich in die Debatte ein.“³⁷¹

Hochrangige Politiker, wie Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim, Bundeskanzler Franz Vranitzky und Vizekanzler Alois Mock, bekannten in öffentlichen Reden die Mitschuld Österreichs am Nationalsozialismus und legten somit eine neue politische Grundlage für die zukünftige Erinnerungskultur, in der die Opferthese an Gewicht verlor und schließlich nahezu verschwand. Nationalratspräsident Leopold Gratz bestätigte:

„Wir wissen, daß auch Österreicher durch aktive Teilnahme an den Verbrechen der Nationalsozialisten Schuld auf sich geladen haben.“³⁷²

³⁶⁹ K. Chlubna, Umgang, 82.

³⁷⁰ K. Klambauer, Gedenkkultur, 22f.

³⁷¹ T. Faulhaber, 50 Jahre, 234f.

³⁷² A. Stirnemann, Beobachtungen, 252.

Wien konnte mit vielen Aktionen im Gedenkjahr 1988 Akzente setzen. Im März erzählten viele Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus als Zeitzeugen am Rathausplatz ihre persönlichen Geschichten. Die Ausstellung „Wien 1938“, vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes erstellt, hatte bei der Bevölkerung ein großes Interesse erweckt. Zusätzlich wurde eine Ausstellung, welche das November-Pogrom thematisierte, präsentiert.³⁷³

Im Parlament wurde eine Gedenktafel angebracht, die an die Abgeordneten erinnerte, die dem NS-Regime zum Opfer gefallen waren. Koloman Wallisch³⁷⁴, der Abgeordnete des Nationalrats, wurde vergessen und nachträglich wurde am 1. März 1989 für ihn eine Tafel angebracht.³⁷⁵ Eine Gedenktafel, die seit 1988 im Rathaus an sozialdemokratische Opfer des Nationalsozialismus erinnert, verschweigt, dass ein Großteil der betroffenen Gemeinderäte bereits 1934 im Zuge der Verhaftungswellen ihren Positionen enthoben worden waren.³⁷⁶

Die Diskussion in Folge der Waldheim-Affäre hatte also eine positive Auswirkung auf die Erinnerungskultur. Die NS-Verbrechen wurden nicht mehr rein in den Kontext Deutschlands gestellt, sondern auch Österreich begann, sich mit seiner Beteiligung auseinanderzusetzen. In diesem Zuge kam auch den bisher ungenannten Opfergruppen entsprechende Aufmerksamkeit zu – vor allem den österreichischen Juden. Andere Minderheiten – wie zum Beispiel Roma und Sinti – werden bis heute immer noch vernachlässigt.³⁷⁷

Allgemein führte die Entwicklungen der 80er Jahre zur Fokussierung auf die nationalsozialistische Vergangenheit. Dem Februar 1934 und seinen Opfern wurde nur rudimentär gedacht.

³⁷³ A. Stirnemann, Beobachtungen, 254.

³⁷⁴ Der Schutzbundführer Koloman Wallisch war in der Region Bruck an der Mur maßgebend am Februarwiderstand von 1934 beteiligt. Zu seiner Hinrichtung siehe Kapitel 3.2 dieser Arbeit.

³⁷⁵ A. Stirnemann, Beobachtungen, 252.

³⁷⁶ www.dasrotewien.at, 18.01.2009.

³⁷⁷ H. Uhl, Transformationen, 114.

4.4 Gedenken und Erinnerung an den Februar 1934

Jährlich laden vor allem sozialdemokratische Vereine, wie die Wiener SPÖ-Bildungsabteilung, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer oder auch die SPÖ-Jugendverbände zu Gedenkfeiern der Februarkämpfe von 1934 ein. Vor allem in Bezirken wie Liesing, Meidling, Penzing, Margareten, Ottakring oder Floridsdorf kommt es anlässlich des Jahrestages zu lokalen Kranzniederlegungen.³⁷⁸

Solche regelmäßigen Gedenkveranstaltungen fanden schon nach Kriegsende alljährlich statt. Sogar ausländische Organisationen, wie die Züricher Arbeiterschaften, fanden sich 1946 zusammen und gedachten der Ereignisse von 1934.³⁷⁹ Die Feierlichkeiten im Jahr 1950 standen im Zusammenhang mit dem kürzlich verstorbenen Karl Seitz. Er, „*der Erwählte des Wiener Volkes*“³⁸⁰, war am 12. Februar 1934 aus seinem Amt als Bürgermeister „gestoßen“ und inhaftiert worden. Nicht nur die Tatsache, dass er ein politisches Amt innehatte und das sozialdemokratische Lager repräsentierte, sondern vor allem seine Vergangenheit als Kämpfer für die Arbeiterbewegung ließen ihn zu einer Legende werden.³⁸¹

Viktor Slama versuchte bereits 1945, eine Ausstellung „gegen beide Faschismen (1933-1945)“ zu initiieren. Er wurde von Seiten der Regierung, insbesondere der ÖVP, gezwungen, nicht nur einen unverfänglichen Titel zu finden – der Untertitel lautete „Antifaschistische Ausstellung“ – sondern den Fokus auf die Zeit des Nationalsozialismus von 1938-1945 zu legen und die austrofaschistische Ära aus der Betrachtung des Faschismus in Österreich auszuklammern. Die Volkspartei wehrte sich gegen die Verwendung des Begriffes „Antifaschismus“, da er mit dem Widerstand gegen den austrofaschistischen Ständestaat assoziiert werden könnte.³⁸² Das Interesse der Parteien an dieser Ausstellung und einer Einflussnahme darauf, zeigte sich bereits kurz nach den ersten Planungen, die Stadtrat Matejka und Viktor Slama abhielten. Es wurde ein „politi-

³⁷⁸ Dein Bezirk, März 2006. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

³⁷⁹ „Volksrecht“ Zürich, 8.2.1946. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

³⁸⁰ Arbeiter Zeitung, 12.2.1950. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

³⁸¹ Arbeiter Zeitung, 12.2.1950. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

³⁸² K. Klambauer, Gedenkkultur, 38f.

scher Ausschuss“ initiiert, der die Tätigkeit und Entwicklung des Projekts beobachtete bzw. aktiv mitarbeitete. Einige der Parteienvertreter haben sich bei den Sitzungen extrem engagiert. Im Jahr 1946 kam es sogar soweit, dass die Parteien ein „Vorprüfungsrecht“ der Ausstellungsstücke und Texte erhielten.³⁸³

An der Kontroverse um den Titel der Ausstellung lässt sich erkennen, dass sich die SPÖ weiterhin deutlich am innenpolitischen „Burgfrieden“ orientierte, sodass die ÖVP ihre Kritikpunkte durchsetzen konnte.³⁸⁴ In einem Protokoll des Ausstellungsprojektes wurde zur Debatte festgehalten: „*Name beibehalten, Begründung ‚Faschismus‘ ein russischer Begriff, vertagt!*“³⁸⁵ Ein von der ÖVP favorisierter Titel lautete „Die braune Flut“. Bei einer Abstimmung wurde dieser sogar mit einer deutlichen Mehrheit ausgewählt. „Niemals vergessen“ wurde schlussendlich verwendet, da man Briefmarken der Staatsdruckerei unmöglich mit der Aufschrift „Republik Österreich – Die braune Flut“ betiteln wollte.³⁸⁶

Ein ebenso großer Disput entwickelte sich um eine Namensliste von Opfern, die nicht – wie anfangs geplant – in die Ausstellung integriert wurde. Die Volkspartei hatte die Aufnahme von Dollfuß in diese Liste gefordert, mit der Begründung, sein Name wäre ebenso hinzuzufügen wie jene der sozialistischen Widerstandskämpfer des Bürgerkrieges.³⁸⁷ Auch hier setzte sich die ÖVP durch: die in einem separaten Gedenkbuch veröffentlichte Opferliste führte neben dem Februarkämpfer Münchreiter, ebenso Dollfuß an.³⁸⁸

Die Ausstellung mit dem Titel „Niemals vergessen!“ und mit dem Untertitel „Antifaschistische Ausstellung“ wurde am 14. September 1946 im Wiener Künstlerhaus erstmals präsentiert.³⁸⁹

Im Jahr 1959 organisierte die KPÖ einen Marsch, wie viele weitere später auch, der besonders hervorzuheben ist. Zum 25. Gedenktag der Februarkämpfe von 1934 veranstaltete sie einen Fackelzug durch den 10. Wiener Gemeindebezirk. Von der Laxenburger Straße zum Keplerplatz zog eine Menschenmenge von Sympathisanten mit roten Fähnchen, die für die Opfer der Februarkämpfe stan-

³⁸³ W. Kos, Eigenheim, 32.

³⁸⁴ K. Klambauer, Gedenkkultur, 38f.

³⁸⁵ W. Kos, Eigenheim, 32.

³⁸⁶ W. Kos, Eigenheim, 33.

³⁸⁷ K. Klambauer, Gedenkkultur, 38f.

³⁸⁸ W. Kos, Eigenheim, 35.

³⁸⁹ W. Kos, Eigenheim, 7.

den.³⁹⁰ Diese Kundgebung unterstrich deutlich die Forderung nach intensiverer Aufarbeitung und Aufmerksamkeit für die Ereignisse der Bürgerrevolution. Am selben Tag stellte die „Fünf Minuten Arbeitsruhe“ ein bedeutendes Ereignis des aktiven Erinnerns dar. Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) rief alle Arbeiter auf, ihre Tätigkeit zwischen 10.00 und 10.05 Uhr niederzulegen, und des Februaraufstandes zu gedenken. Die Straßenbahnen standen zu dieser Zeit still und auch die Eisenbahner schlossen sich, je nach Möglichkeit, dem Gedenken an.³⁹¹

Die Person Dollfuß steht besonders im Februar nicht nur im Mittelpunkt der Politik, sondern spaltet letztere immer wieder.³⁹² Die Frage nach Dollfuß' und Schuschniggs Schuld an der nationalsozialistischen Vereinnahmung Österreichs durch das Deutsche Reich stellt sich immer wieder: Zielte der Austrofaschismus bewusst auf eine Vereinigung mit Deutschland hin oder trat er nur scheinbar als Gegner der Nationalsozialisten auf?

Besonders bezüglich der Person Dollfuß etablierten sich unterschiedliche Interpretationen: Die Sozialdemokraten sahen das austrofaschistische Regime unter Dollfuß als Beginn des Weges, der ins nationalsozialistische Verderben führte. Für die ÖVP, die zahlreiche Kontinuitäten zur Christlichsozialen Partei aufwies, war er ein Held.³⁹³

Ein Artikel der KPÖ-Zeitung „Volksstimme“ von 1962 äußerte die Kritik, dass die Ehrungen und Gedenkveranstaltungen eigentlich nicht nur für die sozialdemokratische Bewegung beansprucht werden dürfen. Denn nicht nur die Träger des „Roten Wien“ waren an der Revolution beteiligt, sondern auch andere Gruppierungen. Weiters kritisierte der Beitrag den Misserfolg der sozialdemokratischen Führung im Aufstand 1934. Diese hatte nicht nur den Zeitpunkt des Widerstandes versäumt, sondern konnte oder wollte ihren Genossen nicht helfen. Diese

³⁹⁰ Salzburger Tagblatt, 15./16.2.1959. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“

³⁹¹ Neue Zeit. Oberösterreichische Ausgabe der Volksstimme. 12.2.1959. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

³⁹² Neue Zeit. Oberösterreichische Ausgabe der Volksstimme. 12.2.1959. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

³⁹³ Arbeiter Zeitung, 12. 2.1959. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

passive Haltung hatte auch viele Anhänger der Sozialdemokraten zutiefst enttäuscht.³⁹⁴

Der „Kurier“ vom 13. Februar 1964 veröffentlichte einen Bericht, der den „Handschlag am Grab der Feber-Opfer“ – so der Titel des Artikels – zwischen Bundeskanzler Alfons Gorbach und Vizekanzler Bruno Pittermann als symbolischen Akt der Versöhnung der ehemaligen Gegner darstellte. Beide hielten auf dem Zentralfriedhof an den Gräbern der Opfer des 12. Februars eine Rede, in der sie die gezogenen Lehren aus der Geschichte betonten, zukünftig miteinander Österreichs Freiheit verteidigen zu wollen und sich inner- wie zwischenparteilich respektvoll, aber auch selbstkritisch zu behandeln. Nach diesen betont versöhnlichen Reden schritten die staatlichen Repräsentanten zu den Gräbern zur Kranzniederlegung und bekräftigten ihre Kooperationsabsichten mit dem erwähnten symbolträchtigen Handschlag.³⁹⁵

Mit der Ära Kreisky ab 1970 erfuhr die österreichische Erinnerungskultur auch bezüglich des Februaraufstandes eine grundlegende Erneuerung. Die Aufarbeitung historischer Ereignisse mit besonderer Konzentration auf die Erste Republik, wurde in den Mittelpunkt gerückt. Die neue politische Unterstützung für die wissenschaftliche Beschäftigung hatte an Bedeutung in der Zeitgeschichte gewonnen sowie eine Veränderung des Faches an der Universität Wien zur Folge.³⁹⁶

1984 war ein Jahr zahlreicher Gedenkveranstaltungen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) eröffnete anlässlich des 50. Jahrestages des Bürgerkriegs die Ausstellung „Februar 1934 im Spiegel der Propaganda“. Daneben war die Großausstellung „Die Kälte des Februars“ ab Mitte Februar 1984 der Öffentlichkeit zugänglich.³⁹⁷

³⁹⁴ Volksstimme 4.2.1962. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

³⁹⁵ Kurier, 13.2.1964. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.; siehe auch: Arbeiter Zeitung 13. Februar 1964. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

³⁹⁶ Helmut Konrad, Der Februar 1934 im historischen Gedächtnis. In: Brigitte Bailer-Galanda (Red.), Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart. Arbeiterbewegung – NS-Herrschaft – Rechtsextremismus. Ein Resümee aus Anlass des 60. Geburtstages von Wolfgang Neugebauer. (Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, 4). Wien 2004, 14.

³⁹⁷ Der neue Mahnruf, 37. Jg., Heft 2 (Februar 1984), 1.

Im selben Jahr wurde am Wiener Zentralfriedhof ein Gedenkstein für die gefallenen Schutzbündler und zivilen Opfer des Februaraufstandes neben ihrem Massengrab enthüllt.³⁹⁸

Im Jahre 2000 rückte die Zwischenkriegszeit erneut in den Mittelpunkt der historischen Betrachtung. Gottfried Karl Kindermanns Buch³⁹⁹ ließ die Diskussion um die Stellung Dollfuß wieder aufflackern. Auch Gerhard Botz' Bemerkung, historische Parallelen zwischen dem amtierenden Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Engelbert Dollfuß erkennen zu können, wirkte sich in Form steigenden Interesses bei den Erinnerungsfeiern im Jahr 2004 aus.⁴⁰⁰

Anlässlich des 70. Jahrestages im Jahr 2004 waren an der Organisation von Gedenkveranstaltungen besonders auch Schulen beteiligt. So organisierte das „Schulschiff-Bertha von Suttner“ eine Podiumsdiskussion, an der zahlreiche interessierte Laien wie auch Historiker teilnahmen.⁴⁰¹

Darüber hinaus wurde ein Symposium im Parlament⁴⁰² zu den Ereignissen im Februar 1934 abgehalten, das die ÖVP wie auch die SPÖ begrüßten. Doch noch immer spielten zwischenparteiliche Schuldzuweisungen eine entscheidende Rolle. Während die Politiker anfangs relativ friedlich und harmonisch diskutierten, versammelten sich vor dem Parlament einige Mitglieder der SPÖ-Jugend und drückten deutlich ihren Protest und eindeutige Schuldzuweisungen aus.⁴⁰³ Der Wirtschaftshistoriker Roman Sandgruber brachte das Symposium in Aufregung, als er den „Fall“ der Demokratie als „Notbremse“ der Christlichsozialen gegen die nationalsozialistische Dominanz in Österreich benannte.⁴⁰⁴ Die Tagung bewirkte weder eine Veränderung, noch eine Annäherung der parteiichen Denkweisen. Im Anschluss gingen die politischen Vertreter zu ihren parteieigenen Gedenkfeierlichkeiten.

³⁹⁸ H. Exenberger, Gedenken, 250.

³⁹⁹ Gottfried Karl Kindermann: Hitlers Niederlage in Österreich. Hamburg 1984. Kindermann stellt Dollfuß als antinationalsozialistischen Führer und Helden dar.

⁴⁰⁰ H. Konrad, Februar (B. Bailer-Galanda), 14.

⁴⁰¹ Wiener Zeitung, 23.2.2004. In: DÖW, Februar 1934.

⁴⁰² Nationalratspräsident Andreas Kohl und Heinz Fischer waren neben namhaften Historikern die Redner. vgl. Österreich Journal. Das Magazin für Österreicher in aller Welt, Nr. 20, 1. März 2004. Auf: www.oe-journal.at, 26. Mai 2009.

⁴⁰³ Wiener Zeitung, 13.2.2004. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „Februar 1934“.

⁴⁰⁴ Der Standard, 13.2.2004. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „Februar 1934“.

Die SPÖ hielt ihre zentrale Kundgebung in Anwesenheit von Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer und dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl im Karl-Marx-Hof ab. Beide Parteivertreter positionierten die Februarkämpfer als „Kämpfer für die Demokratie“ und warnten *„vor einem ‚historischen Revisionismus‘, der versuche, die Fakten der Geschichte umzuschreiben. Und in Richtung ÖVP sagte er [Gusenbauer]: Wenn diese aus der Geschichte gelernt hätte, würde heute kein Bild von Engelbert Dollfuß im ÖVP-Parlamentsklub hängen.“*⁴⁰⁵ Daneben veranstalteten SPÖ, Freiheitskämpfer, sowie sozialdemokratische Jugend- und Bildungsorganisationen zahlreiche regionale Ausstellungen, Kranzniederlegungen, Gedenk- und Diskussionsveranstaltungen in Österreich.

Bei solchen Gedenkveranstaltungen sind stets Politiker vertreten. In diesem Kontext verwies auch Bürgermeister Häupl auf den Dollfuß-Kult der ÖVP, um den Februarereignissen einen deutlich „politischen“ Stellenwert zuzuschreiben.⁴⁰⁶ Der ÖVP-Landtagsabgeordnete Johannes Prochaska stellte im Gegenzug 2005 die sozialdemokratische Ideologie der Zwischenkriegszeit in Frage, indem er einige ihrer zentralen Vertreter diffamierte, so *„Otto Glöckel, der per Weisung in den Wiener Schulen anstelle der Bundeshymne das Deutschlandlied habe singen lassen, Otto Bauer, der den österreichischen Patriotismus als reaktionäres Machwerk abgetan habe und Julius Tandler, der ein Vordenker der Euthanasie gewesen sei.“*⁴⁰⁷

Seit den 70er Jahren kommt es vor allem zu Jubiläumszeiten zu öffentlichen Diskussionen. Bei Veranstaltungen und Symposien wurde die Stellung der Februarkämpfe in der heutigen Erinnerungskultur erörtert.

So zeigen sich auch bei den Parteien eigene Gedenktraditionen ab, die sich in den jährlichen Kranzniederlegungen manifestieren.

⁴⁰⁵ www.freiheitskaempfer.at, Der Sozialdemokratische Kämpfer, Nr. 01-02-03 / 2004, 12.02.2009.

⁴⁰⁶ Vgl. Artikel: Antwort auf eine Provokation, August 2005 . In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“, o.J., o.S.

⁴⁰⁷ Krach um 12. Februar 1934, in: Salzburger Nachrichten, 14.02.2005. In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.

Die Gedenkfeiern zum 75. Jahrestag der Februarkämpfe im Jahr 2009 verbanden SPÖ und ÖVP mit einem gemeinsamen Appell zur zukünftigen Zusammenarbeit in der neuen großen Koalition.

„Doch dabei handelt es sich zumeist um nach innen gerichtete Akte symbolischer Erinnerung an ein für das Selbstverständnis der SPÖ als antischichtische Kraft zentrales Trauma.“⁴⁰⁸

Am 11. Februar 2009 legte Bundespräsident Heinz Fischer an den Gräbern der Februarkämpfer am Zentralfriedhof Kränze nieder. Am darauffolgenden Tag fand im Wiener Rabenhof mit Bundeskanzler Werner Faymann und Bürgermeister Häupl eine Gedenkveranstaltung des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer statt. In ihren Reden betonten sie alle Holocaustleugner als „Feinde“ zu sehen und appellierten jeglichen „Hass und Verhetzung“ zu verhindern.⁴⁰⁹ Die Wiener Bildungsabteilung der SPÖ hielt am 14. Februar 2009 ein Symposium ab, das die Bedeutung des Bürgerkriegs für die heutige Jugend thematisierte.⁴¹⁰

Stärker als die Rot-Schwarze Regierung trat die KPÖ mit ihren Gedenkveranstaltungen in die Öffentlichkeit. Sie veranstaltete am 14. Februar 2009 in Wien eine zentrale Kundgebung im Reumannhof im 5. Wiener Gemeindebezirk, eine Gedenkveranstaltung im 4. Wiener Gemeindebezirk sowie in den Tagen zuvor zahlreiche lokale Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen.⁴¹¹

Anlässlich des Jahrestages entwickelte sich eine Diskussion über die standrechtlichen Urteile gegen neun hingerichtete Schutzbundkämpfer. Die Zeithistoriker Gerhard Botz, Oliver Rathkolb und Emerich Tólos forderten die Aufhebung dieser Urteile per Bundesgesetz als *„Zeichen symbolischer Wiedergutmachung“*. Sie bezweifelten jedoch eine Durchsetzung in naher Zukunft.

Wolfgang Maderthaner, Historiker und Geschäftsführer des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, organisierte am 12. und 13. Februar 2009 ein Symposium in Wien, welches darauf abzielte, *„die Februarereignisse ihrer nationalen Mythen zu entkleiden, sie stärker in den Kontext der Weltwirtschaftskrise zu stellen und die Unterschiede in der Reaktion einzelner Länder auf die Krise herauszuarbeiten.“⁴¹²*

⁴⁰⁸ Wiener Zeitung, 12.02.2009, 5.

⁴⁰⁹ Wiener Zeitung, 12.02.2009, 5.

⁴¹⁰ www.wien.spoe.at, Termine: Hindels-Symposium, 12.02.2009.

⁴¹¹ www.kpoe.at, Termine, 12.02.2009.

⁴¹² Profil, 9. Februar 2009, 78ff.

Jährlich findet ein „Wien weites Gedenken“ statt, das im Jahr 2009 im Rabenhof erfolgte. Davor kam es unter anderem in der Anlage der Wohnbau-Genossenschaft „Liesing und Umgebung“ (2006), im Margarether Reumanhof (2005) oder im Karl Marx-Hof (2004) zu Gedenkfeiern mit politischer Präsenz.⁴¹³

Die verschiedenen Parteien haben nach 1945 ihren eigenen Beitrag zur Denkmallandschaft geleistet. So trat die SPÖ immer wieder als Verteidiger der Arbeiterschaft hervor und gedenkt jährlich an den Bürgerkrieg von 1934. Die KPÖ trat nach der Befreiung für alle Opfer des Nationalsozialismus ein und ehrt die Widerstandskämpfer. Sie veranstalten jährlich ihre Gedenkfeiern zum Februar 1934 und beanspruchen die Februarkämpfe für sich. Die ÖVP hat sich weitgehend an den Kranzniederlegungen in den vergangenen Jahrzehnten beteiligt, vermied aber, wenn möglich, eine politische Konfrontation und konzentrierte sich in der Erinnerung auf die Gedenkort der Kriegsgefallenen.

Im Laufe der Jahrzehnte kann man Gedenkjahre erkennen, die sich durch besonders viele Aktivitäten in der Denkmallandschaft hervorheben. Dies ist auf den politischen Einfluss sowie auch auf Jubiläumsjahre zurückzuführen.

⁴¹³ Mail mit der SJ-Floridsdorf, 29. Mai 2009.; Vgl. Kurier, 13. Februar 2004 In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.; Kommunales, März 2006 In: DÖW, Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“.;

5 Zum Gedenken an den Februar 1934 in Floridsdorf und in Donaustadt

5.1 Politische Umbenennung von Straßennamen in Wien

Eine Umbenennung von Straßennamen ist Ausdruck einer Kritik und Diskussion vergangener Ereignisse, einer Veränderung nationaler und politischer Weltbilder. Die *„Straßennamen dienen der Orientierung, schaffen Ordnung, unterstützen, ermöglichen somit die Produktion von Heimat.“*⁴¹⁴ Die Benennung von Verkehrsflächen stellt die Frage nach der Konnotation des Namens und der Wirkung der Straßennamen in der Gegenwart in den Vordergrund.⁴¹⁵

Nach der Gründung der Ersten Republik bestand zunächst kein Bedarf an Denkmälern und Straßenumbenennungen in Wien. Die Errichtung eines Denkmals zur neu entstandenen Republik, das schließlich 1928 vor dem Parlament enthüllt wurde, *„schien sich auf die Notwendigkeit bezogen zu haben, die österreichischen Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen, als einem politisch-gesellschaftlichen Bedürfnis Ausdruck zu verschaffen.“*⁴¹⁶

1919 wurde doch gedrängt, Verkehrsflächen umzubenennen und die habsburgischen Bezeichnungen – Symbole der abgeschafften Monarchie – zu entfernen. Das dafür gegründete Komitee beschloss, dass *„historisch gewachsene Namen“*⁴¹⁷ bestehen bleiben sollten. Die unklare Definition führte zu einem Disput, denn wie war die Änderung einer Kaiser-Josef-Straße zu vertreten, wenn gleichzeitig ein Josefsplatz erhalten blieb? Als neue Straßenbezeichnungen wurden in erster Linie Freiheitsbegriffe, revolutionäre Termini und Namen kultu-

⁴¹⁴ Alois Sillaber, Straßennamen: Wegweiser zur Identität. In: Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien, Köln, Weimar 1998, 577.

⁴¹⁵ A. Sillaber, Straßennamen, 578f.

⁴¹⁶ Josef Seiter, Politische Denkmäler im Wien der Ersten Republik (1918-1934). In: Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien, Köln, Weimar 1998, 411.

⁴¹⁷ J. Seiter, Politische Denkmäler, 413.; A. Sillaber, Straßennamen, 579.

reller oder sozialdemokratischer Persönlichkeiten verwendet. Insgesamt 66 Straßen, Brücken und Plätze wurden in diesem Jahr umbenannt.⁴¹⁸

Zwischen 1920 und 1934 kam es vor allem zu Neubenennungen. Ab 1927 konzentrierten sich diese auf eine radikale sozialdemokratische Linie, die *„der Sicherung und Festigung“* der *„zusehends zerbröckelnden inneren Einheit“* dienten und versuchten, *„das einigende Feindbild Faschismus zu forcieren.“*⁴¹⁹

Jede politische Veränderung bringt auch eine Änderung von Symbolik, Identität und Repräsentation mit sich. In der Zeit des Austrofaschismus erfolgte eine weitgehende Änderungswelle von Straßen- und Platznamen. *„...autoritäre Regime räumen offenbar der Politik der Symbole, der Politik der Erinnerung weit- aus größere Priorität ein, als demokratische“.*⁴²⁰

Mit der Umbenennung des „Ring des 12. Novembers“ und des Burgrings in Ignaz-Seipel-Ring und Dr. Karl-Lueger-Ring erfolgte 1934 das Auslöschen der Erinnerung an das Datum der Republikgründung und unterstützte zusätzlich das Feindbild Sozialdemokratie. Nach dem nationalsozialistischen Putschversuch nannte man den „Kriemhildplatz“ „Kanzlerplatz“ und der „Freiheitsplatz“ erhielt den Namen „Dollfußplatz“. Hervorzuheben ist hier das Entfernen des Begriffs „Freiheit“. Ende 1934 erfolgte die Umbenennung von 14 Straßen und Plätzen. Straßennamen wie Kernstock, Pater Abel, Kolping oder Erzherzog Karl repräsentierten eine „christliche“ und eine „deutsche“ Richtung.⁴²¹

Auch einige Wohnbauten wurden 1934 neu benannt. Gleich nach den Februar- kämpfen initiierte Bundeskommissär Minister Schmitz die Umbenennung jener Gemeindebauten, die nach marxistischen Persönlichkeiten bezeichnet waren. Ein Komitee sollte dies durchführen, was jedoch erst 1935/36 amtlich erfolgte. Bis dahin kam es zu zwei „spontanen“ „wilden“ Änderungen, die von der Rat- hausverwaltung akzeptiert wurden. Heimwehrkämpfer hatten durchgesetzt, den „Azaleenhof“ in Meidling in „Emil Fey-Hof“ und den „Karl Marx-Hof“ in „Bieder- mannhof“ (amtlich hieß er „Heiligenstädter-Hof“) umzubenennen.⁴²²

⁴¹⁸ J. Seiter, Politische Denkmäler, 411-413; A. Sillaber, Straßennamen, 579.

⁴¹⁹ A. Sillaber, Straßennamen, 579f.

⁴²⁰ A. Sillaber, Straßennamen, 587.

⁴²¹ A. Sillaber, Straßennamen, 587f.

⁴²² Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934. Wien 1980, 174f.

Wie die „Austrofaschisten“ instrumentalisierten auch die Nationalsozialisten die Umbenennung der Straßen und Plätze zu Propagandazwecken. Dennoch blieb das Ausmaß eher gering, es lassen sich zwischen März bis November 1938 nur fünf Umbenennungen nachvollziehen. Neben der Neubetitelung des Rathausplatzes als Adolf-Hitler-Platz wurden die Dollfußstraße in Hermann-Göring-Straße, der Liebfrauenplatz in Stefan-Fadinger-Platz, die Giesestraße in Michaelerstraße und der Parhammerplatz in Planetaplatz – in Erinnerung an den Dollfuß-Attentäter Otto Planetta – geändert. Hierbei standen zwei Gründe im Vordergrund: „...die Verewigung bestimmter Personen schon zu deren Lebzeiten bzw. um die Präsentation von Vorbildern, Führern, andererseits [...] die deutliche Abgrenzung vom austrofaschistischen Regime, insbesondere von dessen betont katholischer Orientierung“.⁴²³ Der Runderlass des Reichsministeriums des Inneren vom 31. August 1938 ordnete an, alle jüdischen Straßennamen zu entfernen, die großteils durch Namen „arischer“ Künstler, Wissenschaftler und anderer bekannter Nationalsozialisten ersetzt wurden. Neben der „rassischen“ Verfolgung wurde diese Art von Elimination als Vorstufe angesehen, die das jüdische Leben in jeglicher Präsenz auszulöschen begann. Weitere Neubetitelungen erfolgten nur in geringer Zahl, wie zum Beispiel die Rückbenennung des Kanzlerplatzes in Kriemhildplatz oder die Änderung des Ignaz-Seipel-Rings in Josef-Bürckel-Ring.⁴²⁴ Die Änderungen der Straßennamen fanden teilweise wegen „missfallender Bezeichnung“ statt, die nicht in die nationalsozialistische Rassenideologie oder ihre Politik passte.⁴²⁵

Zu Beginn der Zweiten Republik verfolgte man gezielt die „Säuberung von nationalsozialistischem Gedankengut“. Zwischen 1946 und 1947 wurden vor allem jene Straßen rück- oder umbenannt, die während der NS-Zeit aus ideologischen Gründen verändert worden waren.⁴²⁶ Einige Straßennamen, aber auch Namen großer Wohnhausanlagen, die dieser Welle von Umbenennungen unterlagen, wurden zu bedeutenden Symbolen in der Erinnerung an den 12. Februar 1934. Nach gefallenen Februarkämpfern wurden 1949 im 19. Bezirk der Klosehof, der Rebechhof, der Svobodahof, im 14. Bezirk der Blathof, im 17. Be-

⁴²³ A. Sillaber, Straßennamen, 592.

⁴²⁴ A. Sillaber, Straßennamen, 593

⁴²⁵ E. Fein, Steine,

⁴²⁶ Amtsblatt der Stadt Wien, Heft 17 vom 26. Februar 1949.

zirk der Holyhof, im 20. Bezirk der Gerlhof sowie im 23. Bezirk die Fröhlichgasse und die Lehmannngasse benannt. Ein Platz im Zentrum des Karl-Marx-Hofes wurde in „Platz des 12. Februar“ umbenannt.⁴²⁷

5.1.1 Straßennamen in Floridsdorf

Auch in Floridsdorf kam das Gedenken an die Februarkämpfe in neuen Straßennamen zum Ausdruck.



Abb. 3: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Matthias Ernst Pista („Weber“, „Der Weiße“) wurde am 12. Jänner 1894 in Wien geboren. Er war von 1920 bis 1934 Mitglied der SDAP und als Bezirkssekretär tätig.

Als Leiter des Wohlfahrtsamtes in Groß Enzersdorf, als Vertrauensmann des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien und als Mann der Floridsdorfer Bevölkerung wurde seinem hilfsbereiten „*Wirken durch den Februar 1934 ein Ende gesetzt [...], nicht aber seinem Wirken im Kampfe für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes.*“⁴²⁸

Nach den Februarkämpfen trat er dem illegalen Widerstand bei, unterhielt 1938 Beziehungen zu Funktionären der KPÖ und hatte Kontakte zu den verschiedensten Widerstandsgruppen in den Betrieben der Lokomotivfabrik, dem Gaswerk in Leopoldau, den Lohnerwerken und einigen mehr. Seine Aufgabe lag darin, Flugschriften und Anweisungen an die Betriebszellen weiterzuleiten und Mitgliedsbeiträge einzusammeln. Im Mai 1939, mit der Festnahme des Bezirksleiters Steiger, übernahm er dessen Posten. 1940 wurde Pista erstmals festgenommen, woraufhin er seine Stelle als Bezirksleiter zurücklegte. Nach der Verhaftung der alten Stadtleitung der KPÖ, schloss sich Pista der neuen Leitung an und trat nach der Neuorganisierung der Partei als Spitzenfunktionär auf, hielt

⁴²⁷ www.magwien.gv.at/ma53/45jahre/1949/0249.htm, 12.02.2009.

⁴²⁸ Der Neue Mahnruf, 4. Jg., Heft 11/12 (November/Dezember 1951), 14.

Kontakt zu den Bezirksleitern und koordinierte die Zusammenarbeit der Widerstandsgruppen.⁴²⁹ 1942 wurde er wegen „Wehrkraftzersetzung“ verhaftet und am 13. April 1943 im Landesgericht Wien hingerichtet.⁴³⁰

Am 20. Jänner 1960 wurde die „Gasse 4“ in Strebersdorf vom Gemeinderatsausschuss in Matthias Ernst Pista-Gasse benannt.⁴³¹ Die Matthias Ernst Pista-Gasse verläuft vom Mühlweg, über die Berlagasse bis hin zur Eichfeldergasse und mündet schließlich in die Irenäusgasse.



Abb. 4: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Matthias Wagner wurde am 25. Oktober 1894 geboren. Er wohnte in Stammersdorf, in der Skalagasse 587, war als Straßenbahnschaffner und -fahrer tätig und kümmerte sich um die Familien jener Kollegen, die während der Februarkämpfe verhaftet worden waren. Nach dem missglückten Aufstand wurde er für drei Monate inhaftiert.

„Er war also Februarkämpfer, und deshalb ist es umso verwunderlicher, dass heute in Stammersdorf sich niemand mehr an ihn erinnern kann.“⁴³²

Matthias Wagner wurde am 16. März 1943 wegen Vorbereitung zum Hochverrat hingerichtet.⁴³³

Nach ihm wurde die ehemalige Wißmannngasse in Floridsdorf benannt. Am 15. Februar 1949 beschloss der Gemeinderatsausschuss die Umbenennung zu Ehren Wagners.⁴³⁴ Die Matthias Wagner-Gasse liegt in Stammersdorf und verläuft von der Brünnerstraße zur Erbpостgasse.

⁴²⁹ W. Neugebauer, Widerstand, Bd. 1, 193ff.

⁴³⁰ E. Fein, Steine, 65; H. Exenberger, Gedenken, 433; Der Neue Mahnruf, 4. Jg., Heft 11/12 (November/Dezember 1951), 14.

⁴³¹ Vgl. Amtsblatt der Stadt Wien, Heft 12 vom 10. Februar 1960.

⁴³² Antifaschistisches Personenkomitee Wieden (Hg.), Wiener Straßenbahner im Widerstand 1934-1945. Broschüre. Wien 1984, 117.

⁴³³ Wiener Straßenbahner, 117.; Stadt- und Landesarchiv, Topographische Sammlung A2/13 – M

⁴³⁴ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Topographische Sammlung A2/13 – M; www.dasrotewien.at, 17.05.2007.



Abb. 5: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Johann Mörth wurde am 7. März 1911 geboren und arbeitete bei der Firma Austro-Fiat als Schlosser. Als Sozialdemokrat und Mitglied des Republikanischen Schutzbundes wurde er nach den Februarkämpfen im Alter von 23 Jahren wegen „Teilnahme an der Februarrevolte 1934“⁴³⁵ verhaftet und kam für sechs Jahre ins Anhaltelager Wöllersdorf.⁴³⁶ Sein Vater, Johann Mörth sen., starb während der Februarkämpfe 1934 im Alter von 54 Jahren.⁴³⁷

Während der nationalsozialistischen Herrschaft trat Johann Mörth dem Widerstand der Austro-Fiat Betriebsgruppe bei. Am 13. April 1943 wurde er wegen kommunistischer Betätigung hingerichtet.⁴³⁸

Die Kroygasse in Jedlesee wurde am 26. Februar 1949 nach ihm benannt. Auf der Zusatztafel steht geschrieben: „Johann Mört (sic!), Freiheitskämpfer, 1911-1943.“⁴³⁹ Die relativ kurze Mörthgasse liegt zwischen der Blechschmidtgasse und der Dafertgasse.



Abb. 6: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

⁴³⁵ Anklageschrift, DÖW 20000/m468.

⁴³⁶ H. Exenberger, Gedenken, 433.; Raimund Hinkel, Bruno Sykora, Heimat Floridsdorf. Mit einem ersten Floridsdorfer Straßenverzeichnis. Wien 1977, 66.

⁴³⁷ Datenbank www.februar34.at: Eintrag Stammersdorfer Zentralfriedhof, 12.02.2009.

⁴³⁸ H. Exenberger, Gedenken, 433.

⁴³⁹ Amtsblatt der Stadt Wien, Heft 17 vom 26. Februar 1949, 4.

Albert Sever wurde am 24. November 1867 in Zagreb geboren. 1919 bis 1921 war er Landeshauptmann von Niederösterreich. Anschließend konzentrierte er sich auf die Parteivertretung in Ottakring und war bis 1934 Nationalratsabgeordneter.

Seine Tätigkeit in der Bezirksorganisation war bei der Bevölkerung beliebt. Während den Februarkämpfen sorgte er für die Aufrechterhaltung der Verbindung der lokalen Schutzbundtruppen. Seine Frau Ida wurde bei einem Angriff in ihrer Wohnung, die sich im Ottakringer Arbeiterheim befand, tödlich verletzt. In den Tagen der Kämpfe wurde Sever verhaftet.⁴⁴⁰ Bei der Vernehmung dementierte er jegliche Beteiligung am Kampf, noch bestätigte er überhaupt etwas von den Vorgängen gewusst zu haben.⁴⁴¹ Er zog sich nach seiner Entlassung aus dem politischen Leben zurück und verstarb am 12. Februar 1942 in Wien.⁴⁴²

Die heutige Albert Sever-Straße liegt in Stammersdorf und verläuft an der Grenze zu Niederösterreich. Weiters wurde der Severhof, ein sozialer Wohnbau in der Maroltingergasse im 16. Bezirk, in dem sich eine Gedenktafel befindet, nach ihm benannt. Dieser wurde zu einem gern genutzten Ort von Gedenkfeiern.⁴⁴³ Wann die Umbenennung veranlasst wurde, ist unbekannt. Selbst das Gespräch mit einer Mitarbeiterin der Bezirksvertretung Floridsdorf brachte keine neuen Erkenntnisse.⁴⁴⁴



Abb. 7: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

⁴⁴⁰ Hubert Pfoch, Albert Sever. In: N. Leser (Hg.), Werk, 390ff; Sever wurde wegen § 58 b am 13. Februar 1934 festgenommen. Meldung der Festnahme der Sicherheitswach-abteilung Josefstadt vom 14. Februar 1934. DÖW, 5819.

⁴⁴¹ Vernehmungsprotokoll, DÖW 5819, 7 Seiten.

⁴⁴² Hubert Pfoch, Albert Sever. In: N. Leser (Hg.), Werk, 390ff.

⁴⁴³ H. Exenberger, Gedenken, 351.

⁴⁴⁴ Telefonisches Gespräch mit Frau Schmidt von der Bezirksvertretung Floridsdorf am 18. Mai 2009. Die Bezirksvertretung Floridsdorf erhält alle Ansuchen von (Um)Benennungen der Straßennamen, die dann dem Gemeinderatsausschuß zur Beschließung weitergeleitet werden.

Josef Brazdovics wurde am 8. April 1904 geboren. Er war Feuerwehrmann und stand Georg Weissel in den Februarkämpfen um die Floridsdorfer Hauptfeuerwache bei. Als Februarkämpfer wurde er 1934 wegen „Aufruhr, unbef. Besitz von Waffen und Munitionsgegenständen“⁴⁴⁵ verhaftet und kam in das Anhaltelager Wöllersdorf⁴⁴⁶. In der Anklagenabschrift steht geschrieben, dass Brazdovics am 12. Februar 1934 mit einigen Kollegen und einem Einsatzwagen ausfuhr, um Waffen ins Feuerwehrquartier zu bringen. Weiters wurde ihm vorgeworfen gegen das Waffenpatent und Sprengstoffgesetz verstoßen zu haben.⁴⁴⁷ Zehn Jahre später wurde er erneut wegen seiner Widerstandstätigkeit wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“⁴⁴⁸ verurteilt und am 27. März 1944 nach Mauthausen deportiert.⁴⁴⁹ Er starb im Juni 1969. Am 6. April 1995 einigte sich der Gemeinderatsausschuss auf die Umbenennung einer Straße zu seinen Ehren.⁴⁵⁰ Die Josef-Brazdovics-Straße liegt in Leopoldau, zwischen der Leopoldauer Straße und der Siemensstraße.



Abb. 8: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Jakob Bindel wurde am 14.11.1901 geboren. Während der Februarkämpfe hatte er illegale Flugblätter und Zeitungen vertrieben, weswegen er auch kurz darauf verhaftet wurde. Im Jahr 1938 floh er nach Palästina, schloss sich 1942 der britischen Armee an und kam 1947 wieder nach Österreich zurück. Er besetzte schließlich die Position als Bundessekretär der Österreichischen Kinderfreunde und wurde Vizepräsident der Israelischen Kultusgemeinde in Wien. Am

⁴⁴⁵ Auszug aus Strafregisteramt der Polizeidirektion Wien, DÖW 20000/b537.

⁴⁴⁶ Seit seiner Verhaftung am 13.2.1934 bis 29.5.1934 kam Josef Brazdovics in Untersuchungshaft ins Gefangenenhaus in Margareten. Vom 27.10. – 19.12.1934 war er in Wöllersdorf inhaftiert. In: DÖW 20000/b537.

⁴⁴⁷ Abschrift der Anklage (3Vr 715/34), 12ff und Anklageschrift (8Vr 715/34), 4f. DÖW 19619.

⁴⁴⁸ Bescheinigung des Wiener Magistrat – Feuerwehr der Stadt Wien, DÖW 20000/b537.

⁴⁴⁹ AMM, Häftlingsdatenbank, ID 60768.

⁴⁵⁰ H. Exenberger, Gedenken, 431f.

16. September 1993 wurde der Platz an der Süßenbrunner Straße Ecke Eibischweg „Jakob Bindel-Platz“ genannt.⁴⁵¹

Diese wenigen Straßen wurden für die sozialdemokratischen Mitglieder und Aktivisten des 12. Februars 1934 erstellt. Ebenso viele (Um)Benennungen von Verkehrsflächen finden sich für Widerstandskämpfer gegen den Faschismus in Floridsdorf. Im heutigen Donaustadt hingegen gibt es gerade zwei Umbenennungen, die Februarkämpfer anführen. Zahlreiche weitere finden wir für die Namen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

5.2 Georg Weissel und die Feuerwehr als Zentrum des Schutzbundes in Floridsdorf

*„Und singend schritt er zum Galgen empor,
die Hände zu drohenden Fäusten geballt...
Und trotzig erklang es, wie vielfacher Chor,
da von den Wänden es widerhallt:
„Völker, hört die Signale,
auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft der Menschen Recht!
...der Menschen Recht““⁴⁵²*

Im Februar 1934 hatte Ing. Georg Weissel in Floridsdorf den Posten des Sektionskommandanten der Feuerwehr inne. Das hier zitierte Lied diente zur Glorifizierung der Hinrichtung Weissels.

Georg Weissel wurde am 28. März 1899 in Wien, Brigittenau, geboren. Nach seinem Chemiestudium fand er keine Arbeitsstelle und begann ein unbezahltes Volontariat im Gaswerk Leopoldau. 1926 übernahm er die Position als provisorischer Brandadjunkt in der Wiener Feuerwehr im 6. Wiener Gemeindebezirk. 1931 wurde er als Brandkommissär in Floridsdorf eingesetzt. Er wurde zum Kommandanten der Studentenabteilung des Schutzbundes („Akademische Legion“) ernannt. In dieser Funktion setzte er sich für diskriminierte jüdische und sozialistische Studierende ein und wurde 1925 aus diesem Grund verhaftet.⁴⁵³

⁴⁵¹ H. Exenberger, Gedenken, 449.

⁴⁵² verfasst von Friedrich Hillegeist, Vorsitzender der illegalen Angestelltengewerkschaft, zit. nach: J. Hindels, Weg, 46f.

⁴⁵³ Joseph T. Simon, Georg Weissel. In: N. Leser, Werk, 425ff.

Ende 1933 bot Georg Weissel dem Bezirksführer des Floridsdorfer Schutzbundes Heinz Roscher seine Unterstützung im Falle eines Kampfeinsatzes an. Weissel lehrte den Mitgliedern des Schutzbundes innerhalb der Feuerwehr den Gebrauch von Waffen. Am 12. Februar 1934 bereiteten sich die Feuerwehrleute für einen bewaffneten Einsatz vor.⁴⁵⁴ Weissel hatte die Aufgabe, *„das benachbarte Polizeikommissariat zu stürmen oder zumindest zu neutralisieren; dabei sollte er von bewaffneten Straßenbahnern und einer im nahegelegenen Schlingenhof stationierten Schutzbundabteilung unterstützt werden.“*⁴⁵⁵

Über die Beteiligung der Feuerwehr am Bürgerkrieg existieren unterschiedlichste, teils widersprechende Aussagen:

Am 13. Februar 1934 stand die Heimwehr vor den Toren der Floridsdorfer Feuerwache. Ein Zeitzeuge auf Seiten der Aufständischen berichtete, dass die Exekutive anfangs nicht gleich das Haus stürmte. Nach langem Zögern wären die Polizisten schließlich doch auf das Eingangstor zugegangen, hätten die sich ihnen entgegen stellenden Feuerwehrleute niedergeschlagen und alle verwertbaren Gegenstände an sich genommen. Selbst die Schlichtungsversuche Weissels wären am Unverständnis der Staatstruppen gescheitert und die Feuerwehrleute gewaltsam ins Gefangenenheim getrieben worden. Weissel wäre, nachdem er mit seinen Kameraden in eine Zelle gesperrt wurde, vom Löschmeister, einem Christlichsozialen, der es schon längst auf ihn abgesehen hatte, misshandelt worden.⁴⁵⁶

In „Der Fall der roten Festung“ werden diese Ereignisse aus christlichsozialer Perspektive geschildert: Die Arbeiter hätten sich in ihren „roten Festungsbauten“ verschanzt, *„auf harmlose Passanten und auf die Mitglieder der Exekutive wild“* geschossen und ein *„maßloses Unheil an[ge]richtet[et], ohne dass ihrem Beginnen irgend ein vernünftiger Plan oder ein verständlicher Sinn zugrunde lag.“*⁴⁵⁷ Auch bei dieser Beschreibung wurden beteiligte Personen und Aktionen heroisiert. Es finden sich keine Bemerkungen über die angeblichen Schlichtungsversuche Weissels, kein Kommentar zum angeblich übermäßigen Alko-

⁴⁵⁴ J. T. Simon, Georg Weissel, 429f.

⁴⁵⁵ J. T. Simon, Georg Weissel, 430.

⁴⁵⁶ DÖW, Zeitzeugenbericht von Bruno Sokoll, Akt 6233, 2f.

⁴⁵⁷ J. Schneider u.a., Fall, 13.

holkonsum oder von Unsicherheit der Exekutive, die in anderen Berichten sehr wohl vorkommen.⁴⁵⁸

Eine neutralere Sicht der Geschehnisse des Aufstandes in Floridsdorf liefert Joseph T. Simon: Er schildert, dass die diensthabenden Feuerwehrleute größtenteils nicht von Weissels Plan informiert worden waren und die Teilnahme am bewaffneten Aufstand verweigerten. Die Verteilung der Munitionen und Gewehre, die Weissel veranlasst hatte, erfolgte am Nachmittag des 12. Februar und wurde auch auf Befehl seiner Vorgesetzten nicht rückgängig gemacht. Am nächsten Tag begann der Beschuss des gegenüberliegenden Polizeikommissariats durch eine kleine Gruppe an Schutzbündlern, ein großer Teil der Belegschaft, der sich gegen eine Beteiligung wehrte, zog sich zur Überraschung Weissels in den Keller zurück und ermöglichte der Polizei den Zugang zur Wache. Josef Brazdovics riet dem Feuerwehrkommandanten zur Flucht ins Ausland, woraufhin Weissel entgegnete *„Jetzt bleib‘ ich schon bei euch!“*⁴⁵⁹ Als sich der Kommandant der Aussichtslosigkeit des Aufstandes bewusst wurde, ergab er sich und übernahm die alleinige Verantwortung für den Kampf.⁴⁶⁰

Am 15. Februar 1934, gegen 0.49 Uhr, wurde Weissel im Hof des Wiener Landesgerichtes 1 nach einem standrechtlichen Todesurteil durch den Strang getötet.

*„Den ‚christlichen Gesellschaftserneuerern‘ [...] war es hier weniger um den ‚politischen Menschen‘, dem [sic!] Gegner des ‚austrokleralen Faschismus‘ oder dem [sic!] Schutzbundkommandanten, gegangen, sondern ihr Haß und ihre Wut richtete sich in erster Linie gegen den ‚intellektuellen Menschen proletarischer Herkunft‘, der sein erworbenes Wissen und Können, in den Dienst des Proletariats gestellt, und derart zur Aufklärung und der Hebung des Intellekts des einfachen Menschen, beitrug.“*⁴⁶¹

Zwölf Feuerwehrleute wurden sieben Jahre und elf Monate in schwere Kerkerhaft gesperrt.⁴⁶²

Welches politische Konfliktpotential hinter dem Gedenken an Weissel stand, zeigte sich auch an der Kontroverse von 1934 um seine Grabstätte. Auf seinem Grabstein stand geschrieben: *„Ein Stein unter Steinen im Aufbau der Mensch-*

⁴⁵⁸ J. Schneider u.a., Fall, 29f.

⁴⁵⁹ J. T. Simon, Georg Weissel, 433.

⁴⁶⁰ J. T. Simon, Georg Weissel, 431ff.

⁴⁶¹ DÖW, Zeitzeugenbericht von Bruno Sokoll, Akt 6233, 3.

⁴⁶² DÖW, Zeitzeugenbericht von Bruno Sokoll, Akt 6233, 3.

heit“. Seine Witwe musste 65,70 Schilling Strafe bezahlen, weil sie die Inschrift nicht innerhalb kürzester Zeit entfernen ließ, wie die Behörden es schriftlich gefordert hatten.⁴⁶³

Diese Erinnerungsberichte sind sehr emotional verfasst. Sie rechtfertigen vermutlich ihren „notwendigen, unvermeidbaren“ Einsatz und dokumentieren damit die Ereignisse aus ihrer Sicht. Manche mögen sogar die Absicht gehabt haben, an ihre Parteigenossen die Errungenschaft dieses Kampfes zu propagieren. Objektiv zu bleiben, ist niemanden gelungen, was man bei Berichten dieser Art sowieso nicht voraussetzen könnte. Bei den Aussagen aus Sozialdemokratischer Sicht wäre zu konstatieren, dass diese eine Art „Gerechtigkeitsbewußtsein“ vermitteln und daher weitaus realistischer wirken.

In Erinnerung an Georg Weissel wurden mehrere Denkmäler gesetzt. Bereits 1946, genehmigt vom Stadtsenat am 5. Februar⁴⁶⁴, veranlasste Bürgermeister Theodor Körner die Umbenennung der Straße, in der sich die Floridsdorfer Feuerwache befindet, geteilt in Kretzgasse und Obermayergasse, in Weisselgasse. Dort befindet sich eine Erläuterungstafel, auf der geschrieben steht:

*„Ing. Georg Weissel (geb. 1899)
Feuerwehroffizier, kämpfte für die demokratische Republik
Hingerichtet am 15.2.1934“*



Abb. 9: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

An der Feuerwehrrzentrale Am Hof im 1. Bezirk ist seit 1947 ein Gedenkstein angebracht, der an sechs Feuerwehrmänner erinnert, die sich gegen die faschistische Gewalt auflehnten – darunter auch Georg Weissel.⁴⁶⁵

⁴⁶³ www.dasrotewien.at, 17.05.2007; Denkmäler der Arbeiterbewegung, 12.

⁴⁶⁴ WStLA, Topographische Sammlung A2/23/2.

⁴⁶⁵ H. Exenberger, Gedenken, 33.

Der Georg-Weissel-Hof, ein Genossenschaftsbau an der Prager Straße 18 Ecke Gerichtsgasse, wurde am 12. Februar 1961 in einer Gedenkveranstaltung feierlich präsentiert. In der Anwesenheit politischer Prominenz wurde das Mahnmal im Innenhof enthüllt, das von Karl Nieschlag gestaltet worden war.⁴⁶⁶

Die Aufschrift lautet:

*„Georg Weissel
mutiger Verteidiger der Demokratie. Hingerichtet im Februar 1934. Dem
Feuerwehroffizier, Republikaner und Sozialist
gewidmet von der Genossenschaft ‚Wohnbau‘ im Jahre 1964“*

Das Denkmal, das die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Wohnbau“, initiiert hatte, hielt den Wortlaut des Textes des Gedenksteines bis zur Eröffnung des Denkmals bedeckt. In Zusammenarbeit mit der Bezirksorganisation Floridsdorf konnte die Eröffnung am 11. Februar 1964 erfolgen.⁴⁶⁷

Jährlich hält die SPÖ-Floridsdorf eine Gedenkfeier beim Weisseldenkmal ab. Die SJ-Floridsdorf hat sich 2009 schon Wochen vor der Gedenkfeier in Form von Referaten, Filmdokumenten und Diskussionsrunden mit dem Thema Bürgerkrieg von 1934 auseinander gesetzt.⁴⁶⁸



Abb. 10: Mahnmal für Georg Weissel, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.



Abb. 11: Inschrift, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

⁴⁶⁶ E. Fein, Steine, 102; www.dasrotewien.at, 17.05.2007.

⁴⁶⁷ Korrespondenz zwischen der Magistratsabteilung 7 und dem Architekten Karl Nieschlag, StLA A2/23 2, o.S.

⁴⁶⁸ Mail mit Herrn Bernhard Herzog von der SJ-Floridsdorf, 29. Mai 2009.

Das Weisselbad in der Weisselgasse wurde ebenso nach ihm benannt. Im Jahr 2004 musste das Bad geschlossen werden.⁴⁶⁹

Am Georg-Weissel-Denkmal hält die SPÖ-Floridsdorf traditionell seit der Benennung des Hofes Gedenkkundgebungen zum Jahrestag des 34er Jahres ab.⁴⁷⁰

5.3 Die sozialen Wohnbauten als Kampf- und Erinnerungsorte

„Die städtischen Wohnhäuser werden nach Männern und Frauen benannt, die sich um die Stadt und um die arbeitende Bevölkerung Wiens verdient gemacht haben.“⁴⁷¹

(General Theodor Körner, 12. Februar 1950)

Neben der zentralen Fürsorgepolitik, die sich auf das individuelle Recht auf Fürsorge konzentrierte, nahm der Wohnbau in der Kommunalpolitik der Sozialdemokraten während der Zwischenkriegszeit eine wichtige Rolle ein. Die Wiener Gemeinde glaubte eine Lösung für das Siedlungs- und Armutsproblem von „Mangelgesellschaften“ gefunden zu haben. Bereits 1923 wurden die ersten großangelegten Wohnbauprogramme genehmigt. In Form von Blockbauten, auch „Superblocks“ genannt, wurden tausende von Kleinwohnungen geschaffen, die der Arbeiterschaft „leistbar“ zur Verfügung standen.⁴⁷²

Die zwischen 1923 und 1932 entstandenen Wohnbauten fanden auch internationale Beachtung. Sie befanden sich insbesondere in den äußeren Wiener Gemeindebezirken, die vor allem von Arbeitern bewohnt waren, darunter auch der heutige 21. und 22. Wiener Gemeindebezirk, und wurden bevorzugt an einer strategischen Verkehrslage errichtet. So lagen in Floridsdorf die „Gartenstadt“ bei der Nordwestbahn, der Schlingerhof bei der Nordbahn und der Goethehof an der Reichsbrücke. In den Komplexen waren Arztpraxen, Geschäfte, Wä-

⁴⁶⁹ <http://1210.vienna.at/news/om:vienna:bezirk:1210/artikel/musik-im-weisselbad/cn/news-20080603-10335172>, 7. Juni 2009.

⁴⁷⁰ www.freiheitskaempfer.at, 12.02.2009.

⁴⁷¹ Zit. nach: K. Peball, Kämpfe, 64.

⁴⁷² W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 191.

schereien, Bäder, soziale Einrichtungen u.v.m. integriert. In diesen Wohnblocks, die von der sozialdemokratischen Verwaltung vor allem an Arbeiter vermietet wurden, fanden sich auch die Stützpunkte der sozialdemokratischen Vereine, wie des „Republikanischen Schutzbunds“, der „Kinderfreunde“, der „Naturfreunde“ und einiger mehr.⁴⁷³

Diese Wohnhausanlagen zeichneten sich durch niedrige Mieten, großzügige Rasenflächen und in die Wohnungen integrierte Sanitäranlagen aus, und stellten somit eine gute Alternative zu den Wiener Mietskasernen dar. Zwischen 1925 und 1934 konnten in Wien 337 solcher Wohnbauten errichtet werden.⁴⁷⁴ Prominentestes Beispiel war der 1930 fertiggestellte Karl-Marx-Hof in Döbling.

Im Jahr 1932 beschloss die christlichsoziale Regierung eine Wohnbausteuer, die für den Kommunalbau enorme Auswirkungen hatte. Dollfuß versuchte damit den Sozialdemokraten die finanzielle Macht im „Roten Wien“ zu nehmen. Nicht nur der Eingriff der Regierung, sondern bereits die Wirtschaftskrise von 1929 hatte in der Gesellschaft seine Folgen gezeigt.⁴⁷⁵

Trotz der Eingriffe der Regierung gab es einen Zusammenhalt der Arbeiter in diesen Wohnbauten. Diese sozialen Gebäude waren für das Verstecken von Waffen und für das Anlegen von Depots von Vorteil. Von konservativer Seite wird behauptet, dass *„sowohl Lage wie auch Baustil eine militärische Verwendung dieser Wohnanlagen, und zwar als Offensiv- und Defensivstützpunkte“*⁴⁷⁶ begünstigt hätten. Wenn diese Vermutung richtig gewesen wäre, hätten diese Bauten ausreichend Schutz geboten. Wie sich bei den Februarkämpfen herausstellte, war dies nicht der Fall.

Ende Jänner 1934 ordnete der Innenminister und Vizekanzler, Major Emil Fey, eine systematische Durchsuchungswelle an, die die Wohnungen und Parteilokale von Sozialdemokraten zum Ziel hatte. Führende SDAP-Mitglieder wie Major a. D. Alexander Eifler, militärischer Leiter und Stabschef, sowie Hauptmann a. D. Rudolf Löw, administrativer Leiter der „Propagandaabteilung“, wurden

⁴⁷³ K. Peball, Kämpfe, 10f.; Walter Ullmann, Franz Uhlir (Hg.), 21. Bezirksmuseum Floridsdorf. (Wiener Geschichtsblätter, hg. von dem Verein für Geschichte der Stadt Wien, Beiheft 2). Wien 2005, 28.

⁴⁷⁴ K. Vocolka, Geschichte, 285.

⁴⁷⁵ W. Maderthaner, Sozialdemokratie, 192.

⁴⁷⁶ K. Peball, Kämpfe, 11.

festgenommen.⁴⁷⁷ Der Großteil der Kommandostruktur des Schutzbundes und der „Wiener Gemeindewache“ wurde dadurch ausgeschaltet.⁴⁷⁸

Diese Festnahmen und die darauf folgenden Kämpfe möchte ich anhand der herausragenden Wohnbauten in Floridsdorf und Donaustadt beschreiben.

5.3.1 Das Arbeiterheim Floridsdorf

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erwarb 1909 das Arbeiterheim Floridsdorf in der Angererstraße 14. Im Jahr 1911 wurde ein Veranstaltungssaal, 1918 ein Kinosaal angebaut. Dieser Standort entwickelte sich schnell zu einem Zentrum der Bildung, Kultur und Organisation im Bezirk. Am 12. Februar 1934 wurde das von Schutzbündlern besetzte Arbeiterheim von der Polizei angegriffen. Zwei Tage darauf mussten die Schutzbündler wegen dem starken Artilleriebeschuss flüchten.⁴⁷⁹



Abb. 12: Arbeiterheim Floridsdorf 1934, Quelle: Bezirksmuseum Floridsdorf. (Mappe III D)



Abb. 13: Arbeiterheim Floridsdorf heute, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Ein Augenzeuge auf Seiten der Aufständischen berichtet von den erbitterten Kämpfen um das Arbeiterheim in Floridsdorf im Februar 1934:

„Im Verlauf von zwei Tagen und zwei Nächten wechselte das Arbeiterheim viermal den Besitzer. Die Faschistenbande, unvermögend, den Schutzbund aus dem Arbeiterheim trotz des Granatenfeuers wieder hinauszuerwerfen, veranlasste die uniformierten Bestien, das Arbeiterheim mit Brandgeschossen zu belegen. Noch zwei Stunden kämpften die Schutzbündler mit übermenschlicher Kraft im brennenden Arbeiterheim.“⁴⁸⁰

⁴⁷⁷ K. Peball, Kämpfe, 5.

⁴⁷⁸ K. Peball, Kämpfe, 16.

⁴⁷⁹ F. Czeike, Historisches Lexikon, Bd.1 (1992), 143.; www.dasrotewien.at, 28.04.2009.

⁴⁸⁰ Zit. nach: Kommunistischer Bund, Februarkämpfe 1934, 16.

Nach seiner Erinnerung wählten die übrigen überlebenden Schutzbündler den Tod durch Erhängen, ehe sie den „Faschisten“ in die Hände fielen.

Am 14. Februar 1934 brach ein Brand im Arbeiterheim aus und richtete erheblichen Schaden an.⁴⁸¹ Nach den Februarkämpfen wurde das übrige Gebäude von der Einheitsgewerkschaft der Vaterländischen Front genutzt.⁴⁸²

Im Jahre 1938 brannten die Nationalsozialisten das Arbeiterheim, das als Zentrum der sozialdemokratischen Bezirksorganisation genutzt wurde, nieder. Der im Anbau befindliche Kinosaal blieb erhalten.

„Am 7. März 1938 fand im Arbeiterheim in der Angerer Straße eine bedeutende Konferenz statt: Etwa 400 Arbeiterfunktionäre, illegale sozialdemokratische Gewerkschaftsleute, beschlossen eine gesamtösterreichische Front gegen den Nationalsozialismus zu bilden. [...] Sie forderten, mit den gleichen Rechten wie die Nationalsozialisten ausgestattet zu werden, und sicherten zu, die Regierung im Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs zu unterstützen, falls ihnen diese Rechte zugesprochen werden.“⁴⁸³

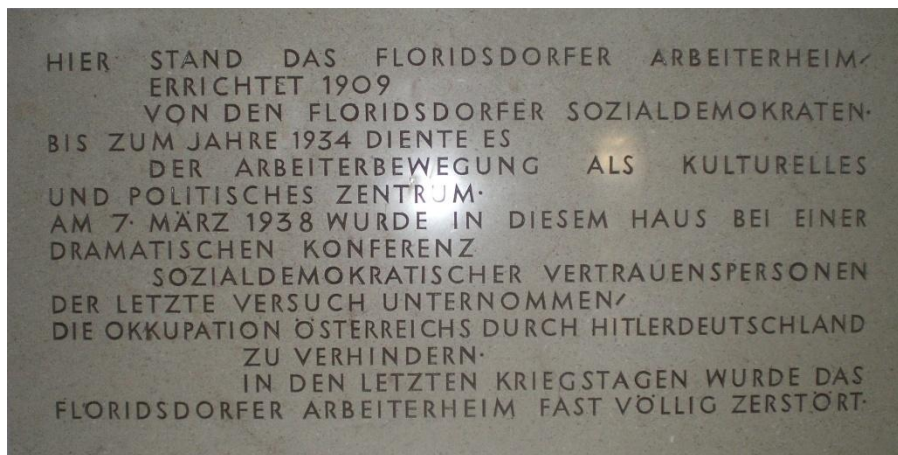


Abb. 14: Gedenktafel in der heutigen Volkshochschule Floridsdorf, Foto: Doris Warlitsch, 4. März 2009.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde das Arbeiterheim schwer bombardiert und konnte daher nicht mehr genutzt werden. 1964 wurden die Reste des Hauses abgerissen und in den darauf folgenden Jahren das „Haus der Begegnung HdB) erbaut.“⁴⁸⁴ In deren Foyer befindet sich eine Gedenktafel, deren Inschrift an die turbulente Geschichte dieses Ortes bis 1938 erinnert:

*„Hier stand das Floridsdorfer Arbeiterheim,
errichtet 1909
von den Floridsdorfer Sozialdemokraten.“*

⁴⁸¹ Kronen Zeitung, 15. Februar 1934. DÖW 51173/28

⁴⁸² R. Hinkel u.a., Heimat Floridsdorf, 116.

⁴⁸³ R. Hinkel u.a., Heimat Floridsdorf, 118.

⁴⁸⁴ F. Czeike, Historisches Lexikon, Bd.1 (1992), 143.

*Bis zum Jahre 1934 diente es
der Arbeiterbewegung als kulturelles
und politisches Zentrum.
Am 7. März 1938 wurde in diesem Haus bei einer
dramatischen Konferenz
Sozialdemokratischer Vertrauenspersonen
der letzte Versuch unternommen,
die Okkupation Österreichs durch Hitlerdeutschland
zu verhindern.“*

Obwohl das Arbeiterheim ein Zentrum der Februarkämpfe in Floridsdorf war, thematisiert die Gedenktafel dieses Ereignis nicht wirklich. Die Februarereignisse sind ein wichtiger Teil der sozialdemokratischen Geschichte der Ersten Republik, ein wesentlicher Teil der Geschichte des Arbeiterheims und sind daher sehr wohl in der Ehrung der „Arbeiterbewegung“ zu erkennen.

5.3.2 Der Schlingerhof

Der Schlingerhof am Floridsdorfer Markt an der Brünnerstraße wurde zwischen 1924 und 1926 von den Architekten Hans Glaser und Karl Scheffel erbaut.⁴⁸⁵

Auch der Schlingerhof war 1934 Schauplatz bewaffneter Auseinandersetzungen. Der Angriff der Exekutive begann gegen Mittag des 12. Februar 1934, als sich die Floridsdorfer Betriebsräte zu einer Sitzung in dem Wohnbau zusammenfanden. Die Polizei stürmte diese und verhaftete einen Großteil der Beteiligten. Dennoch behielt der Schutzbund bis zum nächsten Tag die Oberhand über das Gebäude.⁴⁸⁶



Abb. 15: Der Schlingerhof nach den Februarkämpfen, Quelle: Bezirksmuseum Floridsdorf. (Mappe III D)



Abb. 16: Der Schlingerhof heute, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Ehrenburg berichtete, dass die Artillerie den Schlingerhof mit Granaten beschoss. Da sie damit aber keinen Erfolg gehabt hätte, hätte sich die Exekutive einer anderen Strategie bedient und die Frauen und Kinder der Aufständischen herbeigeschleift, um deren Widerstand zu brechen.⁴⁸⁷

Julius Deutsch schilderte den Kampfeinsatz des Schutzbundes wie folgt:

⁴⁸⁵ R. Hinkel u.a., Heimat Floridsdorf, 113f.; F. Czeike, Historisches Lexikon, Bd.5 (1997), 99.

⁴⁸⁶ J. Deutsch, Bürgerkrieg, 50.

⁴⁸⁷ I. Ehrenburg, Bürgerkrieg, 19f.

„Die geschleuderten Handgranaten aus dem Panzerauto wurden von unseren Leuten vor der Explosion noch blitzschnell erfasst und zurückgeworfen. Dabei geschah es, dass ein Maschinengewehrmeister, O. D., von einer Handgranate, die man ihm knapp vor sein feuerndes Gewehr geworfen hatte, in Stücke gerissen wurde. Unsere Maschinengewehrnes-ter waren gut postiert, konnten aber trotz wohlgezieltem Feuer den Kampf nicht entscheidend beeinflussen. Artillerie zerstörte das eine oder das andere Maschinengewehr und wir mussten schließlich gegen 16.30 Uhr den Schlingerhof räumen.“⁴⁸⁸

Ein anderer Bericht von Hauptmann Heinrich Petri aus der Perspektive des Bundesheeres schilderte die Ereignisse so:

„Um 10 Uhr 15 stellte sich die Infanterie zum Angriff auf den Schlingerhof bereit. Die Mannschaft der AFN-Kompanie des Inf. Reg. Nr. 2 ging um 10 Uhr 40 unter dem Schutz der nebeneinander fahrenden Panzerwagen der Polizei auf der Brünnerstraße gegen den Schlingerhof vor. [...] Infolge heftigen feindlichen Flankenfeuers konnte der Angriff nur langsam vorgetragen werden. [...] Um 11 Uhr 45 drang der Zug durch das Eingangstor in den Schlingerhof ein. [...] Die Polizeiabteilungen hatten während der Vorrückung, namentlich durch das Flankenfeuer von Dach und Fensterschützen, schwere Verluste aufzuweisen. Fünf Sicherheitswachbeamte wurden tödlich getroffen.“⁴⁸⁹

Mit der Beschießung des Floridsdorfer Nordbahnhofes kurz davor, hatte die Exekutive den Widerstandskämpfern die „Rückendeckung“ genommen. Am 13. Februar 1934 begann die Exekutive erneut mit dem Angriff auf den Schlingerhof. „Bei gleichzeitiger Artillerieunterstützung und dem Einsatz von zwei Panzerwagen der Polizei“⁴⁹⁰ stürmte sie den sozialen Wohnbau und konnte etwa 350 Schutzbündler verhaften.⁴⁹¹ Dennoch wurde der Schlingerhof erst am darauf folgenden Tag zur Gänze besetzt. Jener Teil, der der Verhaftung entging und überlebte, zog sich nach Jedlersdorf zurück.

⁴⁸⁸ J. Deutsch, Bürgerkrieg, 51.

⁴⁸⁹ H. Petri, Februaraufstand, 5f.

⁴⁹⁰ H. Petri, Februaraufstand, 5.

⁴⁹¹ K. Peball, Kämpfe, 34; H. Petri, Februaraufstand, 5.



Abb. 17: Gedenktafel am Schlingerhof, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Am Bogeneingang des Schlingerhofs ließ der Arbeiterbetriebsrat des Austro-Fiat-Werkes eine Gedenktafel anbringen,⁴⁹² die an die Februarkämpfe erinnert und diese offen als „Kampf für Freiheit und Demokratie“ gegen den Faschismus bezeichnet:

**„DEN KÄMPFERN FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE
FEBRUAR 1934
IHR VERMÄCHTNIS-KAMPF DEM FASCHISMUS!
DIE FLORIDSCHDORFER ARBEITERSCHAFT“**

Heute hängt die Tafel an einer Wand des Wohnhauses am hinteren Teil des Marktes. Warum die Tafel verhängt wurde, ist nicht herauszufinden. Ein Telefongespräch von Herrn Stefan Reitgruber, Mitarbeiter des Vereins für Nutzfahrzeuge, mit dem ehemaligen kommunistischen Betriebsrat des Austro Fiat Werks Herrn Schmidt, geboren 1920, brachte folgende Erkenntnisse:

Die Gedenktafel am Schlingerhof sei auf die Initiative Franz Dobretshofers erstellt worden. *„Dobretshofer, einem Mitglied des Vereins der KZ Häftlinge und Betriebsrat der damaligen Österreichischen Automobilfabrik [...], war selbst aktiver Teilnehmer an den Februarkämpfen und hat später in den internationalen Brigaden gegen Franco in Spanien gekämpft. Nach dem Krieg fand er im USIA*

⁴⁹² H. Exenberger, Gedenken, 426.

Betrieb Austro Fiat einen Arbeitsplatz und auch ein Betätigungsfeld als Betriebsrat. Sein Bruder war zu gleichen Zeit der höchste Polizeimann (Zitat Schmidt) von Floridsdorf. Zu dieser Zeit war die Firmenleitung mit russischen Direktoren besetzt, die sich wohl kaum widersetzt haben wenn der kommunistische Betriebsrat mit dem Wunsch an sie herantrat, eine Gedenktafel und ein Denkmal für gefallene bzw ermordete Genossen zu finanzieren. Schmidt meint, dass die Gedenktafel im Schlingerhof später von der sozialistischen Gemeinde abmontiert wurde.“⁴⁹³

Jährlich legt die KPÖ Floridsdorf am Floridsdorfer Markt an Jahrestagen einen Kranz für die Februaropfer nieder, so auch am 12. Februar 2009.⁴⁹⁴

⁴⁹³ Mail mit Stefan Reitgruber, 09. Juni 2009.

⁴⁹⁴ www.kpoe.at, Termine, 12.02.2009.

5.3.3 Der Karl Seitz-Hof (früher „Gartenstadt“)

Die Wohnhausanlage an der Jedleseer Straße, die heute nach dem 1934 enthobenen Wiener Bürgermeister Karl Seitz benannt ist, entstand zwischen 1926 und 1931 nach Hubert Gessners Plänen. Von den Einheimischen auch „Gartenstadt“ genannt, stand sie als internationales Vorbild für den sozialen Wohnhausbau.⁴⁹⁵

Auf das Verbot des Schutzbundes vom März 1933 hin versuchte Bürgermeister Seitz ein Verbot der Wiener Heimwehr zu erwirken, welches jedoch im Berufungsverfahren wieder aufgehoben wurde.⁴⁹⁶



Abb. 18: Die „Gartenstadt“ nach den Februarkämpfen, Quelle: www.dasrotewien.at, 28.11.2007.



Abb. 19: Der Karl-Seitz-Hof heute, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Ein Augenzeuge berichtete über die Februarkämpfe in der „Gartenstadt“:

„Da fiel die erste Granate zwischen dem letzten und vorletzten Stockwerk der Seitenfront ein. Die Explosion der Granate hatte eine ungeheure Wirkung. Ein Teil des letzten und vorletzten Stockwerkes flog mit einer furchtbaren Staub- und Rauchwolke in die Luft. Ein wahrer Regen von Möbelstücken und Hausrat prasselte mit den Schuttmassen nieder. Die Granate hatte auch Tuchten und Polster zerfetzt, so dass die Federn wie Schnee herumwirbelten. Das zu einer Zeit, wo noch die Kinder in den Betten waren. [...] Dann folgte eine scheinbar zu kurz geschossene Granate. Sie fuhr direkt in das Haustor der Stiege 1 des riesigen Häuserblocks. Kurz zuvor hatte eine Anzahl von Frauen und Kindern vom Konsumverein [...] Brot geholt und waren diesem Haustor zugelaufen. [...] Da sah ich aus der Staubwolke einen Frauenkopf über den Gehsteig ins Rinnsal rollen. Gelähmt vor Entsetzen konnte ich nicht weiter. Als sich der Staub und Rauch verzog, sah ich eine Unzahl von kleinen und grossen

⁴⁹⁵ R. Hinkel u.a., Heimat Floridsdorf, 113f.

⁴⁹⁶ R. Hinkel u.a., Heimat Floridsdorf, 116.

*Menschenfüßen und -händen und sonstigen zerfetzten Gliedmassen im Schutt liegen, durch den das Blut drang.*⁴⁹⁷

Am Morgen des 14. Februar beschloss die Exekutive den Gemeindebau von der Floridsdorfer Brücke aus, was zur Kapitulation der dortigen Schutzbündler führte.

Am 16. Juni 1951 nannte man die „Gartenstadt“ Karl Seitz-Hof. Schon im Juli 1945, nach Karl Seitz Rückkehr aus dem Konzentrationslager, hatte Franz Jonas die Idee den Hof nach ihm zu benennen. Erst nach seinem Tod, er verstarb am 3. Februar 1950, konnte dies legitim erfolgen. Am Tag der Benennung wurde eine von Gustinus Ambrosi geschaffene Büste Seitz' im Innenhof des Gemeindebaus aufgestellt.⁴⁹⁸ Eine am Gemeindebau angebrachte Gedenktafel erinnert an Karl Seitz, nicht aber an die Februarereignisse selbst. Vermutlich wurde sie bei der Benennung des Hofes angebracht.



Abb. 20: Gedenktafel am Karl Seitz-Hof, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008

Vom Tod Seitz berichtete „Der sozialdemokratische Kämpfer“ sehr heroisch:

„Aus dem Gefühl des tiefsten Leides heraus und der Erkenntnis, einen unersetzlichen Verlust erlitten zu haben, gedenken wir heute unseres Ehrenpräsidenten, unseres Leidensgefährten, unseres unvergeßlichen Genossen Seitz. [...] An ihm liebte die Arbeiterschaft alles: sie liebte seine äußere Eleganz, sie begeisterte sich an seinen unnachahmlichen Bewegungen, mit denen er seine Worte unterstrich, sie dankte ihm mit Beifallstürmen für sein gewinnendes Lächeln, das allen galt, und sie hörte atem-

⁴⁹⁷ Kommunistischer Bund, Februarkämpfe 1934, 16f.

⁴⁹⁸ www.dasrotewien.at, 17.05.2007.

los zu, wenn er mit der Beredsamkeit eines Begnadeten, Witz und Geist vermengend, darlegte, worum es ging. [...]
*So ist, was sterblich an ihm war, von uns geschieden, sein Geist bleibt aber unter uns. [...] Niemals werden wir ihn vergessen!*⁴⁹⁹

Nach der Trauerfeier sind viele Parteimitglieder zum Mahnmal auf dem Zentralfriedhof gegangen, um die Opfer des 12. Februar 1934 zu ehren.⁵⁰⁰

⁴⁹⁹ Der sozialdemokratische Kämpfer, Nr. 2/3, Februar-März 1950, 1.

⁵⁰⁰ Der sozialdemokratische Kämpfer, Nr. 2/3, Februar-März 1950, 17.

5.3.4 Der Paul Speiser-Hof (früher FAC-Hof)

Der frühere „FAC-Hof“ wurde zwischen 1929 und 1932 in drei Bauteilen von den Architekten Ernst Lichtblau, Karl Scheffel, Leopold Bauer und Hans Glaser errichtet. Der Gemeindebau mit 765 Wohnungen wurde nach dem Sportplatz des Floridsdorfer Athletik-Clubs benannt.⁵⁰¹

Dieses Wohnhaus war ebenfalls ein Ort, den die Schutzbündler für ihre Tätigkeiten nutzten. Wie das zeitgenössische Foto zeigt wurde der FAC-Hof während der Februarkämpfe durch Minenwerfer stark beschädigt.



Abb. 21: Der FAC-Hof nach den Februarkämpfen, Quelle: Bezirksmuseum Floridsdorf.



Abb. 22: Der Paul-Speiser-Hof heute, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Zu den Ereignissen berichtete ein Zeitzeuge:

„Es entwickelten sich schwerste Kämpfe beim Gemeindebau auf dem ehemaligen SAC-Sportplatz, [vermutlich verschrieben, richtig heißt er ja FAC-Platz, Anm. Autor] in dem etwa 300 Familien wohnen und der einige Stunden später von einer schweren Haubitzenbatterie unter Granatenfeuer genommen wurde. Es gab dort eine Unzahl Toter, die noch am Sportplatz lagen, wohin sie von den Heimwehrfaschisten zusammenge-

⁵⁰¹ www.dasrotewien.at, 17.05.2007.

*schleppt worden waren. Darunter waren Gliedmassen von durch die Granaten zerfetzten Frauen und Kindern.*⁵⁰²

Die Wohnhausanlage wurde 1948 nach dem im selben Jahr verstorbenen Gemeinderatsmitglied Paul Speiser⁵⁰³ benannt. Eine Gedenktafel, die an dem Gebäude angebracht wurde, ist dem Namensgeber gewidmet. Auch innerhalb des Hofes findet sich keine Inschrift, die an die Geschehnisse von 1934 erinnert.

⁵⁰² Zit. nach: Kommunistischer Bund, Februarkämpfe 1934, 16.

⁵⁰³ Paul Speiser (1877-1947) war zwischen 1902 und 1907 nebenberuflich als Redakteur des sozialdemokratischen Floridsdorfer Wochenblatts „Der Volksbote“ beschäftigt. Seit 1918 als SDAP-Abgeordneter im Gemeinderat der Stadt Wien wurde er 1920 Stadtrat für Personalangelegenheiten. Am ersten Tag der Februarkämpfe wurde Speiser im Rathaus verhaftet und daraufhin im Anhaltelager Wöllersdorf interniert. 1944 wurde er erneut verhaftet. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er bis zu seinem Tod wieder Mitglied des Gemeinderats. F. Czeike, Historisches Lexikon, Bd.5 (1997), 507.

5.3.5 Der Goethehof



Abb. 23: Goethehof heute
Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Der Goethehof an der Schüttaustraße in Kaisermühlen liegt heute im 22. Wiener Gemeindebezirk, Donaustadt. Erbaut wurde er zwischen 1928-30⁵⁰⁴ und nach dem Komponisten Johann Wolfgang von Goethe benannt. Als sozialer Wohnbau war das Gebäude ähnlich bedeutend für die Geschehnisse „über der Donau“ wie jene in Floridsdorf. Um diese in ihrer Gesamtheit erläutern zu können, kann die Arbeit nicht allein auf den heutigen 21. Wiener Gemeindebezirk begrenzt werden und den Goethehof ausschließen.

Die Ereignisse des Februar 1934 um den Goethehof ließ Julius Deutsch von zwei Zeitzeugen beschreiben:

„Dienstag wurde erzählt, dass Geschütze gegen den Goethehof auffahren werden. Daraufhin verbarrikadierten wir den ganzen Bau und stellten überall Wachposten auf. Bei Einbruch der Dunkelheit wurden wir mit einer kleinen Abteilung von dreißig Mann nach Stadlau geschickt, wo das Bundesheer ausgewaggoniert werden sollte. Wir bauten auf der Brücke in der Nähe der Bahn eine Barrikade und waren entschlossen, nicht von der Stelle zu weichen. Mehrmals mussten wir während der Nacht von der Barrikade zum Goethehof und wieder zurück. Am Mittwoch um 8 Uhr früh bekamen wir die Mitteilung, daß dem Goethehof ein Ultimatum gestellt

⁵⁰⁴ Helmut Weihsmann, Das rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934. Wien 2002, 448.

*worden sei, das eine Stunde dauere. Nun begaben wir uns zur Verstärkung des Goethehofes mit einem rasch requirierten Auto, auf dem wir unsere Waffen verluden, dorthin. Außer den Gewehren hatte unsere Abteilung sechs Maschinengewehre. Den ganzen Vormittag hatten wir heftige Kämpfe zu bestehen, um 14 Uhr setzte Artilleriefeuer mit verstärkter Wucht ein. Wir zählten 205 Treffer von Granaten und Schrapnells auf den Goethehof. Als wir um 18 Uhr sahen, daß wir uns nicht mehr länger halten können, wurde die weiße Flagge gehißt, während wir durch rückwärtige Ausgänge über die Felder flüchteten.*⁵⁰⁵

Nach der Kapitulation flüchteten einige Schutzbündler über die tschechische Grenze.⁵⁰⁶



Abb. 24: Gedenktafel Goethehof, Foto: Doris Warlitsch, 14. Februar 2009.

Anlässlich des 50. Jahrestages der Kämpfe im Jahr 1984 ließ die SPÖ eine Gedenktafel, die von Franz Pixner erstellt wurde, anbringen, die an die Kämpfe um den Goethehof von 1934 erinnert. Wie die Tafel im Schlingerhof, weist auch diese Inschrift auf den „Kampf für Freiheit und Demokratie“ hin:

*„1934
Gefallen im
Kampf für
Freiheit und
Demokratie
Den Verteidigern des
Goethehofes zum
Gedächtnis“⁵⁰⁷*

⁵⁰⁵ Zit. nach: J. Deutsch, Bürgerkrieg, 54f.

⁵⁰⁶ J. Deutsch, Bürgerkrieg, 55f.

⁵⁰⁷ H. Exenberger, Gedenken, 453.

Der Goethehof entwickelte sich in Donaustadt zu einem Zentrum der Erinnerung an die Februarkämpfe. Anlässlich des 70. Jahrestages im Jahr 2004 wurde von der SPÖ-Bezirksorganisation dort ein Gedenkabend abgehalten.⁵⁰⁸

Es gibt in Donaustadt wenige Gedenkort, die an die Opfer des Februar 1934 erinnern. Deshalb ist die Gedenktafel am Haus des einstigen Hauptquartiers des Republikanischen Schutzbundes Kagran am Mälzelplatz 4 besonders erwähnenswert. Diese erinnert an alle verstorbenen Opfer der Februartage. Die Tafel wurde im Februar 1984 enthüllt.⁵⁰⁹

*„Den Kämpfern des 12. Februar 1934
Ein ehrendes Gedenken
Niemals vergessen!“*



Abb. 25: Gedenktafel am ehemaligen Hauptquartier des Republikanischen Schutzbundes
Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

In Donaustadt wurden zahlreiche Straßen nach Februarkämpfern aber auch nach Widerstandskämpfern benannt. Gedenktafeln und Mahnmale, die an die Februarkämpfe erinnern, sind hingegen im 22. Wiener Gemeindebezirk eher selten.⁵¹⁰

⁵⁰⁸ www.freiheitskaempfer.at, 12.02.2009

⁵⁰⁹ S. Schemer, Zukunftsland, 14.; H. Exenberger, Gedenken, 451.

⁵¹⁰ Vgl. H. Exenberger, Gedenken, 443-458.

5.3.6 Der Anton Dobritzhofer-Hof

Das Parteiheim der KPÖ-Floridsdorf in der Galvanigasse 15-17 wurde nach Anton Dobritzhofer benannt. Nach schriftlicher Korrespondenz mit einem Mitarbeiter der kommunistischen Partei ist hervorgegangen, dass vermutlich der 10. Todestag Dobritzhofers dazu verwendet wurde, eine Gedenktafel anzubringen. Weiters befindet sich das Haus noch immer im Besitz der Partei. Bei der Enthüllung am 26. April 1987 hielten der einstige Vorsitzende der KPÖ, Franz Muhri, und der Sekretär des Zentralkomitees und Spanienkämpfer Walter Wachs eine Rede.⁵¹¹ Die Gedenktafel wurde an der Hausfassade angebracht:⁵¹²

*„Anton Dobritzhofer
1901-1977
1946-1954 Stadthauptmann von Floridsdorf
Kämpfte gegen den Faschismus für Demokratie und Österreichs Freiheit
Februar 1934
Spanien 1936-1939
Rote Armee 1941-1945“*

Anton Dobritzhofer wurde am 10. Dezember 1901 in Wien geboren. Der gelernte Schlosser war als Automechaniker tätig. Als Mitglied und Kompaniekommandant des Republikanischen Schutzbundes in Floridsdorf beteiligte er sich im Februar 1934 an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen.

Über die Tschechoslowakische Republik flüchtete er anschließend in die Sowjetunion, wo er der Kommunistischen Partei beitrug. Im Spanischen Bürgerkrieg engagierte sich Dobritzhofer ab 1936 als Soldat, ab 1938 als Kommandant der Internationalen Brigaden. Nachdem er 1939 in die UdSSR zurückkehrte, meldete er sich als Freiwilliger in der Roten Armee. 1945 reiste er zurück nach Wien, wo er in den Polizeidienst eintrat. Anton Dobritzhofer starb am 2. Februar 1977.⁵¹³

Viele Mitglieder der Kommunisten waren an den Februarkämpfen beteiligt. So beinhaltete auch ihr Parteibeschluss die Kooperation mit dem Schutzbund und den Kommandostellen.⁵¹⁴

⁵¹¹ Mail mit Herrn Michael Graber, KPÖ vom 9. Juni 2009.

⁵¹² H. Exenberger, Gedenken, 427f.

⁵¹³ W. Röder u.a., Biographisches Handbuch, 133.; H. Exenberger, Gedenken, 428.

⁵¹⁴ KPÖ-Bezirksleitung Linz (Hg.), Februar 1934. KPÖ hat das Erbe treu bewahrt. Linz 1984, 6.



Abb. 26: KPÖ-Arbeiterheim Anton Dobritzhofer, Foto: Doris Warlitsch, 6. März 2009.



Abb. 27: Gedenktafel, Foto: Doris Warlitsch, 6. März 2009.

Eine weitere Gedenktafel befindet sich vermutlich noch im Gebäude des Anton Dobritzhofer-Hofes. Die Tafel erinnert an Widerstandskämpfer, darunter Josef Eichinger, Josef Hammerschmied, Johann Hornschall, Leopold Jelinek, Robert Kislinger, Leopold Michalewicz, Ferdinand Platzer und Franz Zach. Sie wurde am 30. Juni 1946 von der KPÖ am „Bielerhof“, dem einstigen Parteilokal der KPÖ, angebracht. Die Gedenktafel war lange verschollen, konnte aber wieder gefunden werden. Sie wurde restauriert und in der Galvanigasse, im Dobritzhofer-Hof aufgehängt.⁵¹⁵

⁵¹⁵ Mitteilungen, DÖW, Folge 116/ Mai 1994, 4.

5.3.7 Der Josef-Kohl-Hof

Josef Kohl wurde am 15. Jänner 1899 geboren. Als gelernter Kupferschmied trat er bereits 1919 der SDAP bei und arbeitete ab 1920 im Gaswerk Leopoldau. Als Schutzbundkommandant beteiligte er sich 1934 an den Februarkämpfen in Floridsdorf. Nach seiner Verhaftung vor ein Standgericht gestellt, wurde Kohl erst zum Tode verurteilt, später jedoch zu 15 Jahren schwerer Kerkerstrafe begnadigt.⁵¹⁶ Ein Bericht von Bruno Sokoll schildert seine Verhaftung wie folgt:

„Bei Straßhof wurden fünf Schutzbündler, darunter Kohl Pepi von Gendarmen überfallen, als sie im Begriffe waren Wasser zur trinken. Es kam zu einem Gefecht, bei dem ein Gen(d)arm den Tod fand und Kohl, [...] wurde verhaftet. Unter schweren Mißhandlungen wurde er Freitag nach Wien gebracht und Samstag mit Sturm, der Kommandant der Jedlersdorfer Schutzbündler vom Standesgericht abgeurteilt werden. [sic!] Beide wurden entgegen den Erwartungen nicht zum Tode, sondern zu 20 Jahren schweren Kerker verurteilt.“⁵¹⁷

Josef Kohl wurde Ende 1935 aus der Haft entlassen, aufgrund seiner weiteren politischen Tätigkeit für illegale sozialdemokratische Organisationen wurde er jedoch während der folgenden zehn Jahre wiederholt festgenommen. Er wurde ins Konzentrationslager Mauthausen⁵¹⁸ deportiert und befreit. 1945 übernahm er im Gaswerk Leopoldau die Position des Betriebsratsobmanns, zusätzlich wurde er Obmannstellvertreter der SPÖ Floridsdorf. Bis 1954 gehörte er dem Bezirksrat, anschließend für zehn Jahre dem Gemeinderat an. Josef Kohl starb am 12. Oktober 1969.⁵¹⁹

⁵¹⁶ www.dasrotewien.at, 12.02.2009; H. Exenberger, Gedenken, 438.

⁵¹⁷ B. Sokoll, Stein, 137.

⁵¹⁸ In der Häftlingsdatenbank des AMM gab es zwar einen Eintrag auf Josef Kohl. Die Geburts- und Sterbedaten stimmten aber nicht überein.

⁵¹⁹ www.dasrotewien.at, 12.02.2009; H. Exenberger, Gedenken, 438.



Abb. 28: Josef Kohl-Hof, Gedenktafel, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

1979 wurde ein genossenschaftlicher Wohnbau in Großjedlersdorf, in der Siemensstraße 14 als Josef Kohl-Hof benannt. Aus diesem Anlass stiftete die Gemeinnützige Wohnungsaktiengesellschaft Sozialbau eine Gedenktafel:⁵²⁰

„Josef Kohl 1899-1969 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat der Stadt Wien Er war ein vorbildhafter Kämpfer für Recht, Freiheit und Demokratie“

⁵²⁰ H. Exenberger, Gedenken, 438.

5.3.8 Der Rudolf Krbec-Hof



Abb. 29 : Rudolf-Krbec-Hof, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Rudolf Krbec wurde am 31. Oktober 1887 in Wagstadt (Schlesien) geboren. Im Februar 1934 fungierte er als einer der Kommandanten des Schutzbundes bei der Verteidigung des Goethehofes in Kaisermühlen gegen die Regierungstruppen. Krbec verweigerte am 14. Februar die freiwillige Räumung der Wohnhausanlage, musste im Zuge des Artilleriebeschusses letztendlich doch aufgeben. Nach seiner Festnahme zu einer lebenslänglichen schweren Kerkerstrafe verurteilt wurde er Ende 1935 bedingt entlassen. Rudolf Krbec starb am 29. November 1937 in Wien.⁵²¹



Abb. 30 :Gedenktafel, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

⁵²¹ www.dasrotewien.at, 12.02.2009; H. Exenberger, Gedenken, 453.

Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloss am 24. Februar 1993 die Benennung eines Gemeindebaus am Schüttauplatz in Kaisermühlen – nahe dem Goethehof – in Rudolf-Krbec-Hof. Gleichzeitig wurde dort eine Gedenktafel enthüllt, die an Krbec erinnert:⁵²²

„Rudolf Krbec 31. Oktober 1887 in Wagstadt, Schlesien 29. November 1937 in Wien ‚Freiheitskämpfer‘ Schutzbundkommandant von Kaisermühlen“

⁵²² H. Exenberger, Gedenken, 453.

5.4 Der Februaraufstand in den Betrieben

Der Februaraufstand in den Betrieben entwickelte sich in unterschiedliche Richtungen. Viele Arbeiter waren vorsichtig geworden und trauten am 12. Februar 1934 dem ausgerufenen Generalstreikbefehl nicht, da sie von ihrer sozialdemokratischen Führung schon zu oft enttäuscht worden waren. Diese Unsicherheit und Ahnungslosigkeit führte dazu, dass nicht jeder Betrieb an der „Revolution“ teilnahm.

Allen voran in den Arbeiterbezirken Simmering und Floridsdorf herrschte rege Beteiligung an den Kämpfen. Besonders engagiert waren die Straßenbahner, Eisenbahner und die Feuerwehr aufgrund ihrer sozialdemokratischen Haltung.⁵²³

Gaswerk Leopoldau

Im Gaswerk Leopoldau kam es am 12. Februar 1934 kurz nach 10 Uhr zur Niederlegung der Arbeit, woraufhin sich die Arbeiterschaft im Speisesaal versammelte. Im Ausstellungskatalog zur Geschichte des Gaswerks wird berichtet, dass die Belegschaft anschließend die benzinmotorische Stromerzeugung aktiviert und für eine sichere Beförderung des Stadtgases gesorgt habe. Am Nachmittag wäre der normale Betrieb wieder aufgenommen und die Stromzufuhr hergestellt worden.⁵²⁴ Julius Deutsch schrieb etwa über die Geschehnisse: Das Gaswerk Leopoldau lag nach seiner Darstellung in der Hand des Schutzbundes. Die Polizei habe das Werk umstellt und gedroht, es mit Feuer zu stürmen, was zu einer katastrophalen Explosion geführt hätte, wenn ein Gasbehälter getroffen worden wäre. Aufgrund dieser Situation kapitulierten die Schutzbündler laut Deutschs Bericht und gaben ihre Stellung auf.⁵²⁵

In der austrofaschistischen Propaganda wurde dies anders dargestellt: Am nächsten Morgen wären „werksfremde“ Menschen in das Werk gelangt. Der Anführer dieser *„über 150 Mann starker[n] Schar erzwang durch Hetzreden und*

⁵²³ W. Neugebauer, *Widerstand*, Bd. 2, 310.

⁵²⁴ Vgl. R. Medek, *75 Jahre*, 30f.

⁵²⁵ J. Deutsch, *Bürgerkrieg*, 54.

*Einschüchterung der Belegschaft die neuerliche Einstellung der Arbeit.*⁵²⁶ Tags darauf habe die Exekutive die Arbeiter „befreit“. Die heftigen Kämpfe in Leopoldau hatten zu keiner Beschädigung des Werkes geführt.⁵²⁷

Während in diesen Formulierungen des Ausstellungskataloges der Gaswerke über ihre eigene Geschichte von fremden Männern, die das Werk stürmten, gesprochen wurde und somit eine „Nichtbeteiligung“ an dem Aufstand ihres Betriebes vermittelt werden sollte, berichten andere Autoren durchaus von einer Sympathie und Kooperation der Arbeiter mit den „Revolutionären“.

Vermutlich hatte der Leiter des Gaswerks um seine Stellung gefürchtet und versucht mit dieser Behauptung sich und seine Mitarbeiter vor der Verhaftung zu retten.

Am 24. August 1945 wurde eine Gedenktafel für „UNSERE UNSTERBLICHEN OPFER“ erstellt. Vizebürgermeister Paul Speiser war bei den Feierlichkeiten anwesend.⁵²⁸ Die Tafel erinnert an neun Arbeiter des Gaswerkes, die wegen ihrer Aktivitäten gegen den Faschismus ihr Leben gelassen hatten. Sie wurde im Wohlfahrtsgebäude des Gaswerks Leopoldau angebracht.⁵²⁹

⁵²⁶ Robert Medek (Hg.), 75 Jahre Städtisches Gaswerk Wien-Leopoldau. Entwicklung der kommunalen Gasversorgung seit 1911. Sonderausstellung der Wiener Stadtwerke-Gaswerke im Bezirksmuseum Floridsdorf, Wien 23. April bis 21. Juni 1987. Hg. von Wiener Stadtwerke-Gaswerke. Wien 1987, 31.

⁵²⁷ Vgl. R. Medek, 75 Jahre, 30f.

⁵²⁸ Vgl. R. Medek, 75 Jahre, 37.

⁵²⁹ Korrespondenz vom 11. Mai 2009 mit Herrn Dipl.Ing. Martin Weichselberger, Leiter der Geschäftsführung von Wien Energie Gasnetz GmbH.



Abb. 31: Gedenktafel im Wohlfahrtsgebäude, Foto: Wien Energie Gasnetz GmbH



Abb. 32: Mahnmal für Widerstandskämpfer des Gaswerks Leopoldau, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Sechs Jahre danach, 1951, stiftete die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ein Mahnmal mit einer in Stein gemeißelten Frau in gebückter Haltung. Das von Herbert Potuznik geschaffene Werk trägt die Worte „Unseren toten Freunden 1934-1945“. Der ehemalige Februarkämpfer Josef Kohl, Betriebsratsobmann der Wiener Stadt- und Gaswerke Leopoldau, Rosa Jochmann, Abgeordnete zum Nationalrat, und der Wiener Bürgermeister Franz Jonas wohnten der Enthüllung am 20. September 1951 bei.⁵³⁰ Aus den Jahreszahlen 1934-1945 wird deutlich, dass das Mahnmal nicht nur den Februarereignissen 1934, sondern auch der regen Widerstandstätigkeit gegen die nationalsozialistische Herrschaft gewidmet ist.

Der Widerstand in den Betrieben wurde nach dem „Anschluss“ 1938 meist von kommunistischen Funktionären angeführt und aus diesem Grund von der Gestapo als „kommunistische Betriebszelle“ bezeichnet. Viele Mitglieder waren aber stets Sozialisten – „*ehemalige Freie Gewerkschaft, Sozialdemokraten, SAJler, Schutzbündler oder Revolutionäre Sozialisten*“.⁵³¹

⁵³⁰ H. Exenberger, Gedenken, 433.

⁵³¹ W. Neugebauer, Widerstand, Bd. 2., 309.

Austro-Fiat Werk

Die Angestellten des Austro-Fiat Werks 2 ließen in Erinnerung an neun getötete Kollegen am Werksgrundstück in der Brünner Straße 72 einen Gedenkstein setzen, der am 3. Mai 1950 vom Betriebsobmann enthüllt wurde. Das Denkmal erinnert an die Opfer der Zeit von 1938 bis 1945. Einige dieser Namen waren zugleich auch Februarkämpfer gewesen.⁵³² Leopold Grausam schuf neben diesem Denkmal noch eine Tafel, die an 14 Opfer des Faschismus erinnert. Diese Tafel wurde im Anton Dobritzhofer-Hof angebracht.⁵³³

Alle Mitarbeiter nahmen an dieser Feier teil. Gedichte von Friedrich Zach wurden rezitiert und der Arbeitergesangsverein Jedlesee beendete die Gedenkfeier mit einem Lied. In den Stein wurden die Namen der Kollegen, darunter Johann Mörth, dem eine Straße gewidmet wurde, und die Gedenkworte „*Gemordet vom Faschismus*“ und „*Niemals vergessen*“ gemeißelt.⁵³⁴ Das Mahnmal wurde 1988 auf dem neuen Werksgelände der Firma MAN-Nutzfahrzeuge, die Nachfolgefirma des ehemaligen Austro-Fiat Werks, im 23. Wiener Gemeindebezirk neu aufgestellt.⁵³⁵ Drei der auf dem Stein genannten Männer waren im Februar 1934 aktiv am Aufstand gegen die Exekutive beteiligt: Josef Andersch, Kontrolleur, Johann Mörth, Schlosser und Franz Severa, Schlosser, wurden wegen Beteiligung an den Kämpfen im Februar 1934 verhaftet und wurden zu Haftstrafen verurteilt.⁵³⁶

⁵³² E. Fein, Steine, 105; Der neue Mahnruf, 2. Jg., Heft 5 (Mai 1949), 10.

⁵³³ Spurensuche, Mitteilungen DÖW, 116/1994, 4.

⁵³⁴ E. Fein, Steine, 105; Der neue Mahnruf, 2. Jg., Heft 5 (Mai 1949), 10.

⁵³⁵ H. Exenberger, Gedenken, 463.

⁵³⁶ Meilensteine. Nachrichten aus dem Verein zur Förderung der historischen Fahrzeuge der österreichischen Automobilfabriken. Nr. 32, Wien Juli 2007, 8f.



Abb. 33: Gedenkstein im ehemaligen Austro-Fiat Werk, befindet sich heute in der Nachfolgefirma MAN-Nutzfahrzeuge; Foto: Doris Warlitsch, 22. April 2009.

Obwohl der Zeitbereich 1938-1945 an der Gedenktafel eingraviert ist, ist zu vermuten, dass der kommunistische Betriebsrat des Austria Fiat Werks die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus herausheben wollte und übersah, dass einige ebenso aktiv am Februaraufstand von 1934 beteiligt waren.

Österreichische Bundesbahn (ÖBB)

Die Gewerkschaft der Eisenbahner setzte am 17. November 1950 auf dem Werkshof der ÖBB-Hauptwerkstätte in der Brünner Straße 68-70 ein Denkmal für 15 Betriebsangehörige, die 1934 bzw. von 1938 bis 1945 im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben lassen mussten – darunter drei Februarkämpfer. Die Inschrift lautet:

„UNSTERBLICHE
OPFER
DIE FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT
GEFALLEN SIND
1934
Andrijow Josef
Lutz Ferdinand
Schmidt Karl
1938-1945
[...]
EUER KÄMPFEN UND STERBEN
WAR FÜR KOMMENDES RECHT“



Abb. 34: Denkmal für die Widerstandskämpfer der Eisenbahn, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Selbst als die Arbeiter der Eisenbahn sich dem Streik nicht anschlossen, ist festzustellen, dass sich einige Mitarbeiter am Kampf gegen die Exekutive sehr wohl beteiligt hatten. Darunter die beiden Mitarbeiter der ÖBB-Hauptwerkstätte Floridsdorf – der am 16. August 1902 geborene Autogenschweißer Josef Andri-jow und der am 3. November 1891 geborene Metaldreher Karl Ludwig Schmidt – hatten am 13. Februar 1934 auf dem Floridsdorfer Markt bzw. in der Brünner Straße Ecke Weisselgasse tödliche Schussverletzungen davongetragen und wurden später am Friedhof Großjedlersdorf bestattet. Den Bundesbahnbe-diensteten Ferdinand Lutz, geboren am 6. April 1886, hatte am selben Tag ein Kopfschuss vor dem Bezirkspolizeikommissariat in der Hermann Bahr-Straße getötet. Er ist am Stammersdorfer Zentralfriedhof begraben.⁵³⁷

Wiener Verkehrsbetriebe

Ihre eigene Gedenktradition bezüglich des Bürgerkriegs entwickelten die Wie-ner Verkehrsbetriebe. Die Straßenbahner hatten sich im Februar 1934 beson-ders am Aufstand beteiligt.

Eine Tafel und eine Büste erinnert an die Widerstandskämpfer der Straßenbah-ner in Floridsdorf. Dieses Mahnmal, das 1947 errichtet und 1984 neu gestaltetet wurde, steht in der Gerichtsgasse 5 neben der Einfahrt des Straßenbahn-Betriebsbahnhofs. Auf der Tafel steht geschrieben:

⁵³⁷ H. Exenberger, Gedenken, 441f. siehe auch: Friedrich Vogl (Hg.), Österreichs Eisenbahner im Widerstand. Wien 1968, 22.

*„Unsterbliche Opfer
Ihr sanket dahin
Der Faschismus tötete
Antonia Stockinger
Johann Hornschall
Engelbert Magrutsch
Mathias Wagner
1942“*

Die auf der Tafel genannten Personen waren am Widerstand gegen das NS-Regime beteiligt und wurden wegen Hochverrat und der Mitgliedschaft in der KPÖ 1942 festgenommen und enthauptet.⁵³⁸ Von Matthias Wagner ist bekannt, dass er sich auch an den Februarkämpfen beteiligt hatte.⁵³⁹ Die darüber befindliche Sgraffitowand, die übermalt wurde, zeigte trauernde Frauen und Kinder.

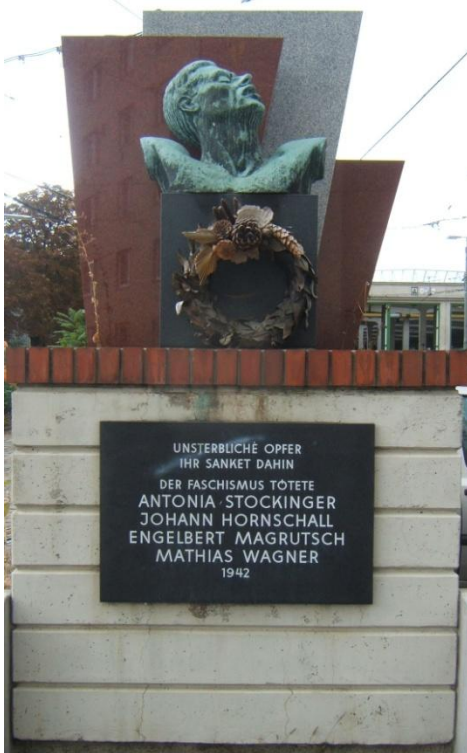


Abb. 35: Mahnmal für die Widerstandskämpfer der Straßenbahn, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Auch im Hauptgebäude des Straßenbahnhofs Kagra, beim Dr. Adolf Schärf Platz, wurde eine Tafel angebracht, die an fünf Straßenbahner erinnert, die im Februar 1934 gefallen waren. Eine weitere Gedenktafel mit derselben Aufschrift befindet sich an einer Säule der heutigen U-Bahnstation Zentrum Kagra.⁵⁴⁰

⁵³⁸ H. Exenberger, Gedenken, 429.

⁵³⁹ Siehe Kapitel 5.1. „Matthias Wagner-Gasse“.

⁵⁴⁰ E. Fein, Steine, 108.

Wann diese Tafeln erstellt wurden ist nicht bekannt. Selbst ein Telefongespräch mit den Wiener Linien brachte keine weiteren Erkenntnisse.

*„12. Februar 1934
Wir
gedenken in Ehrfurcht
der Kämpfer und Opfer
des Bahnhofs Kagrán
Hell Josef Mück Johann
Nagy Franz Schaffer Rudolf
Stumper Ludwig“*

Von den genannten Schaffnern des Betriebsbahnhofs Kagrán sind auch die Umstände ihres Todes im Februar 1934 bekannt: Josef Hell, geboren am 2. Dezember 1902, und Johann Mück, geboren am 12. April 1899, hatten am 13. Februar durch eine Geschossexplosion im Paul Speiser-Hof ihr Leben verloren. Franz Nagy, geboren am 17. September 1901, erlitt durch eine Mine tödliche Verletzungen. Mück und Nagy hatten bei der Verteidigung des Gaswerks, des Nordbahnhofes und des Arbeiterheimes mitgewirkt. Der am 21. Juli 1894 geborene Rudolf Schaffer und der am 22. Jänner 1897 geborene Ludwig Stumper starben infolge einer Granatenexplosion bei der Kagránbrücke am 15. Februar.⁵⁴¹



Abb. 36: Gedenktafel für Widerstandskämpfer der Straßenbahn, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Die Wiener Verkehrsbetriebe erinnerten auch an anderer Stelle bereits 1953 zentral an die Opfer aus den eigenen Reihen. Im Straßenbahnbetriebsbahnhof Erdberg (Erdbergstraße 202) im 3. Wiener Gemeindebezirk befindet sich ein Mahnmal für 42 Angestellte, die im Februar 1934 bzw. im Widerstand gegen

⁵⁴¹ www.februar34.at, 12.02.2009.; Antifaschistisches Personenkomitee Wieden, Straßenbahner, 123.

den Nationalsozialismus getötet wurden. Das Denkmal wurde am 13. September 1953 durch Bürgermeister Franz Jonas enthüllt.

*„1934-1945
Euer Opfer
für Österreichs
Freiheit und Demokratie
bleibt immerwährende Mahnung“*

Unter den 42 Betriebsangehörigen finden sich mit den eben erwähnten Kagranner Schaffnern Johann Mück und Franz Nagy auch zwei im Februar 1934 gefallene Straßenbahner sowie der Floridsdorfer Fahrer und Schaffner Matthias Wagner, der sich ebenso an dem Februaraufstand beteiligt hatte und nach dem heute eine Straße im 21. Wiener Gemeindebezirk benannt ist.⁵⁴²

Firma Siemens

Am 2. November 1949 wurde in der Siemensstraße 88 im 21. Wiener Gemeindebezirk für die Opfer des Faschismus des Siemens-Schuckert-Werks und des Wiener Kabel- und Metallwerks ein Denkmal errichtet, das die Inschriften „Den Opfern des Faschismus“, „Niemals Vergessen“ und „Sie töten den Geist nicht ihr Brüder“ trägt.



Abb. 37: Mahnmal für die Widerstandskämpfer des Siemens-Schuckert-Werks und des Wiener Kabel- und Metallwerks, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

⁵⁴² www.nachkriegsjustiz.at, Mahnmal Straßenbahn-Betriebsbahnhof Erdberg, 12.02.2009.

Im Betriebsratzimmer der WKM-Werke befindet sich eine Gedenktafel mit folgender Aufschrift:⁵⁴³

*„Sie starben für Österreichs Freiheit
Morth Andreas † 10.11.42
Goetz Rudolf † 9.9.44
Kowarik Franz † 5.1.43
Marold Karl † 13.4.43
Eder Franz † 12.12.44
Ihr Vermächtnis – unser Ziel!“⁵⁴⁴*

Nach erneuter Recherche und Anfrage bei der Firma Siemens selbst, befindet sich das Denkmal, nachdem die neue Siemens City entstand, ein wenig versetzt beim alten Löschteich auf dem Gelände. Jährlich findet dort eine Kranzniederlegung – vom Betriebsrat organisiert – statt.

Zum Denkmal und den Daten der Namen gibt es keine weiteren Unterlagen.⁵⁴⁵

Weiters wurde mir nicht erlaubt, Einblick in die Bestände aus der NS-Zeit zu bekommen.⁵⁴⁶

LOFAG – Lokomotivfabrik



Abb. 38: Gedenkstein der ehemaligen Wiener Lokomotivfabrik, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.

Der Betriebsrat der Wiener Lokomotivfabrik in Floridsdorf enthüllte am 29. Dezember 1950 einen „granitener[n] Obelisk, dessen Sockel die Namen und Bildnisse der Opfer trägt“, die für den Widerstand starben. Neben Vertretern der Gewerkschaft, fanden sich auch viele Arbeiter der nahe gelegenen Betriebe ein. Ein Mitarbeiter der LOFAG sprach vor den

⁵⁴³ E. Fein, Steine, 107.

⁵⁴⁴ E. Fein, Steine, 107.

⁵⁴⁵ Mail vom 11. Mai 2009.

⁵⁴⁶ Mail vom 13. Mai 2009.

zahlreichen Kollegen und Hinterbliebenen von den grausamen Ereignissen:

„Aus dem unschuldig vergossenen Blut dieser Märtyrer möge emporwachsen der Same der Eintracht, der Einheit, des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes gegen Neonazismus, Krieg und Barbarei. Denn schon wieder kriechen sie hervor aus ihren Schlupfwinkeln, die Kriegsbrandstifter, die Goldfasane, die Eichenlaubträger und die Werwölfe. Reißt ihnen die Larve vom Antlitz, hinter dem die Wolfsfratze des Menschenfressers verborgen ist. Handelt rechtzeitig, damit sie, unsere toten Helden, ruhig schlafen können, denn sonst wäre ihr Kampf und Tod umsonst gewesen. Wer heute noch neofaschistischer Aktivist ist, muß niedergekämpft werden, bevor die blutgierige Bestie des Nazismus wieder ihr Haupt erhebt. Wir geloben, in eurem Sinn weiterzukämpfen: Für den Frieden, für die Freiheit, für Oesterreich!“⁵⁴⁷

Frau Rosa Jochmann wohnte dieser Feierlichkeit mit einer Rede bei.⁵⁴⁸

Der Gewerkschafter Franz Novy

In der Wagramer Straße 65, vor der Berufsschule für Baugewerbe, findet sich eine Büste des sozialdemokratischen Gewerkschafters Franz Novy, die am 13. Februar 1951 durch Bürgermeister Theodor Körner enthüllt wurde.⁵⁴⁹ Novy wurde am 28. September 1900 in Ottakring geboren. Als anerkannter Stukateur fand er den Weg in die Gewerkschaft. Im Februar 1934 wurde er in den Untergrund gedrängt und konnte den Verhaftungswellen entfliehen. Im Exil in Brünn unterstützte er Otto Bauer bei seiner Widerstandstätigkeit gegen den Faschismus. Im Jahr 1942 emigrierte er nach London, wo er in das österreichische Repräsentativkomitee gerufen wurde und die Aufgabe übernahm, für ein unabhängiges Österreich zu kämpfen.

Nach 1945 gelangte er nach Wien zurück und wurde nach einigen Schwierigkeiten Stadtrat für Bauwesen. Am 14. November 1949 erlag er schließlich einer Krankheit.⁵⁵⁰

Franz Novy war nicht nur treues sozialdemokratisches Parteimitglied, Gewerkschafter, Obmann der Wiener Parteiorganisation und Stadtrat der Stadt Wien, sondern er zeichnete sich durch seinen Mut aus, den er nach den Februar-

⁵⁴⁷ Der neue Mahnruf, 3. Jg./Nr. 1, 1950, 8.

⁵⁴⁸ Der neue Mahnruf, 3. Jg./Nr. 1, 1950, 8.

⁵⁴⁹ H. Exenberger, Gedenken, 455.

⁵⁵⁰ Kurt Heller, Franz Novy. In: N. Leser, Werk, 270ff.

kämpfen 1934 bewies: „Unvergeßlich seine heikle und gefährliche Mission, nach den Februartagen des Jahres 1934 die Gelder der Bauarbeiter sicher in das Ausland zu bringen, unvergeßlich seine Verdienste als Leiter der Auslandsstelle der illegalen Freien Gewerkschaften in Brünn. [...] Novy half beim Transport der „Arbeiter-Zeitung“ mit und organisierte die gesamte illegale Gewerkschaftspresse.“⁵⁵¹



Abb. 39: Franz Novy-Büste, Foto: Ernst Koller, 05. März 2009.

Dieses Denkmal ist ein Beispiel dafür, dass all jenen Personen, die für die Zeit bis zu den Februarkämpfen von entscheidender Wichtigkeit waren, aber nicht aktiv am Kampf teilnahmen bzw. teilnehmen konnten, dennoch ein Zeichen gesetzt wurde. Diese Denkmäler bleiben in dieser Arbeit weitgehend unberücksichtigt.

⁵⁵¹ Der sozialistische Kämpfer Nr. 8, Dezember 1949.

6 Resümee

Floridsdorf war einer jener Arbeiterbezirke, die 1934 im Zentrum der Februarkämpfe standen. Nicht nur der 21. Wiener Gemeindebezirk, der zusammen mit dem heutigen 22. Bezirk Donaustadt das damalige Floridsdorf bildete, war Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen dem Republikanischen Schutzbund und der Exekutive mit Unterstützung der Heimwehren. Die Außenbezirke Favoriten, Simmering, Döbling, Liesing, Meidling und Ottakring wurden im Februar 1934 ebenfalls zu Zentren des Aufstandes, Floridsdorf war jedoch jener Ort, an dem bis zuletzt gekämpft wurde, an den sich alle Schutzbündler zurückzogen und zusätzliche Kompanien der Exekutive nötig waren, um den Aufstand endgültig zu unterdrücken.

In Floridsdorf begannen die Kämpfe erst am Morgen des 13. Februar 1934 – nicht wie in anderen Wiener Gemeindebezirken schon am Tag davor. Einige lokale Gruppen des Republikanischen Schutzbundes besetzten Gemeindebauten, verbarrikadierten Brücken und nahmen andere strategisch wichtige Positionen ein, um die Übermacht der Regierungstruppen abzuwehren. Der Schutzbund und die Sozialdemokratische Partei waren geschwächt: Bei Verhaftungswellen, die den Kämpfen vorausgingen, waren zahlreiche leitende Sozialdemokraten in Haft genommen worden und es herrschte ein Mangel an Nahrungs- und Munitionsnachschub. Die unterbrochenen Kommunikationswege führten zu einer Isolierung einzelner Schutzbundgruppen und die Mitarbeiter der Eisenbahn, die dem ausgerufenen Generalstreik nicht folgten, ermöglichten andererseits der Exekutive weiterhin den Transport von Waffenlieferungen. Ein weiteres Problem für den Kampf des Schutzbundes stellte die passiv-abwartende Haltung der sozialdemokratischen Führung dar, die dadurch an Glaubwürdigkeit für ihre Mitglieder verlor. Der Aufstand wurde aufgrund der fehlenden Führung von regionalen Kleingruppen getragen, die aus mangelnder Kommunikationsmöglichkeit großteils unabhängig von anderen Gruppen agierten. Am Abend des 14. Februar 1934 endete der Aufstand in Floridsdorf und auch in ganz Wien.

Vor allem die sozialen Wohnbauten, die das „Rote Wien“ der Ersten Republik repräsentierten, waren Zentren der Kampfhandlungen in Floridsdorf und stan-

den bzw. stehen heute immer noch im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltungen zum Februar 1934. Bei den heute noch existierenden Gemeindebauten Schlingenhof, Georg Weissel-Hof und Goethehof sowie an den ehemaligen Standorten des Arbeiterheims Floridsdorf und der Schutzbundzentrale Kagran sind Gedenktafeln bzw. Denkmäler angebracht, die an die Ereignisse erinnern. Zahlreiche jährliche Kranzniederlegungen, allen voran von den Bezirksorganisationen der Sozialdemokraten ließen die Orte der Februarkämpfe zu einem integralen Bestandteil der sozialdemokratischen Erinnerungskultur werden. Im Paul Speiser-Hof sowie im Karl Seitz-Hof erinnert keine Gedenktafeln an die dort stattgefundenen Kampfhandlungen im Februar 1934, die angebrachten Inschriften sind den namensgebenden sozialdemokratischen Politikern gewidmet.

Vier Wohnbauten und sieben Verkehrsflächen wurden in Floridsdorf und Donaustadt nach Februarkämpfern benannt. Ein Großteil dieser Namensgeber hatte sich nach dem „Anschluss“ 1938 Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus angeschlossen – sie wurden daher auch mit Denkmälern geehrt, die primär zur Erinnerung an Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus bzw. „Faschismus“ errichtet wurden.

Prominentestes Beispiel war Ing. Georg Weissel - die zentrale Person im Kampf des Schutzbundes um die Feuerwache Floridsdorf und einer der neun standrechtlich Hingerichteten des Februar 1934. Nach ihm wurde in Floridsdorf nicht nur eine Straße benannt, sondern ebenso ein Wohnbau und ein öffentliches Bad, das jedoch 2004 den Betrieb einstellte. Auch in anderen Bezirken, wie in der Inneren Stadt finden wir seinen Namen auf einer Tafel, die an der Wiener Hauptfeuerwache Am Hof angebracht ist.

Auch anderen betriebsinternen Gedenkkulturen wurde in Denkmälern, Mahnmalen und Gedenktafeln Ausdruck verliehen. Das Gaswerk Leopoldau, die Eisenbahn, die Wiener Verkehrsbetriebe (Straßenbahn), das ehemalige Austro-Fiat-Werk u.a. gedachten den Opfern des Februaraufstandes.

Die Entwicklung der österreichischen Erinnerungskultur wurde Ende des Zweiten Weltkrieges von der Moskauer Deklaration und nach 1945 von außen- und innenpolitischen Faktoren beeinflusst. Der Kalte Krieg und die schlechte wirtschaftliche Lage im Land veranlasste die große Koalition aus SPÖ und ÖVP zu einer Versöhnungspolitik, die sich in einem „Burgfrieden“ äußerte. Zwischen

1945 und 1949 dominierte die Erstellung antifaschistischer Denkmäler. Die Scheu vor innenpolitischen Konflikten behinderte die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Beteiligung Österreichs und führte zur Ausblendung der Zwischenkriegszeit.⁵⁵²

Um den Zusammenhang der innenpolitischen Ereignisse mit den Denkmalerrichtungen und Verkehrsflächenbenennungen aufzuzeigen, soll anhand der folgenden Grafik die quantitative Entwicklung der Wiener Denkmalerstellungen von 1945 bis 1997 erläutert werden. Zum Vergleich werden die Denkmäler und Verkehrsflächenumbenennungen, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, jenen in Gedenken an die Opfer des Februar 1934 gegenübergestellt.⁵⁵³

Die Zeitpunkte der Denkmalsetzungen und Straßenumbenennungen zum Februar 1934 korrelieren mit den politischen Entwicklungen der Zweiten Republik. Für ganz Wien ist zwischen 1945 und 1955 ein enormes Interesse an der Errichtung von Denkmälern für die Opfer des Februar 1934 und des Nationalsozialismus festzustellen. Etwa 24 Mahnmale und Gedenktafeln wurden in den inneren Wiener Gemeindebezirken – 1. bis 9. – angebracht. Sieben Denkmäler wurden für die Opfer des Februar 1934 gesetzt. In den Wiener Gemeindebezirken 10 bis 20 waren es insgesamt 65 Gedenkkorte, wovon ein Drittel an den Februar 1934 erinnert. In den Außenbezirken Floridsdorf, Donaustadt und Liesing kam es in dieser Zeit zu insgesamt 19 Denkmalsetzungen, die Hälfte davon wurde im Gedenken an die Februarereignisse errichtet.

⁵⁵² O. Rathkolb, Republik, 366-368.

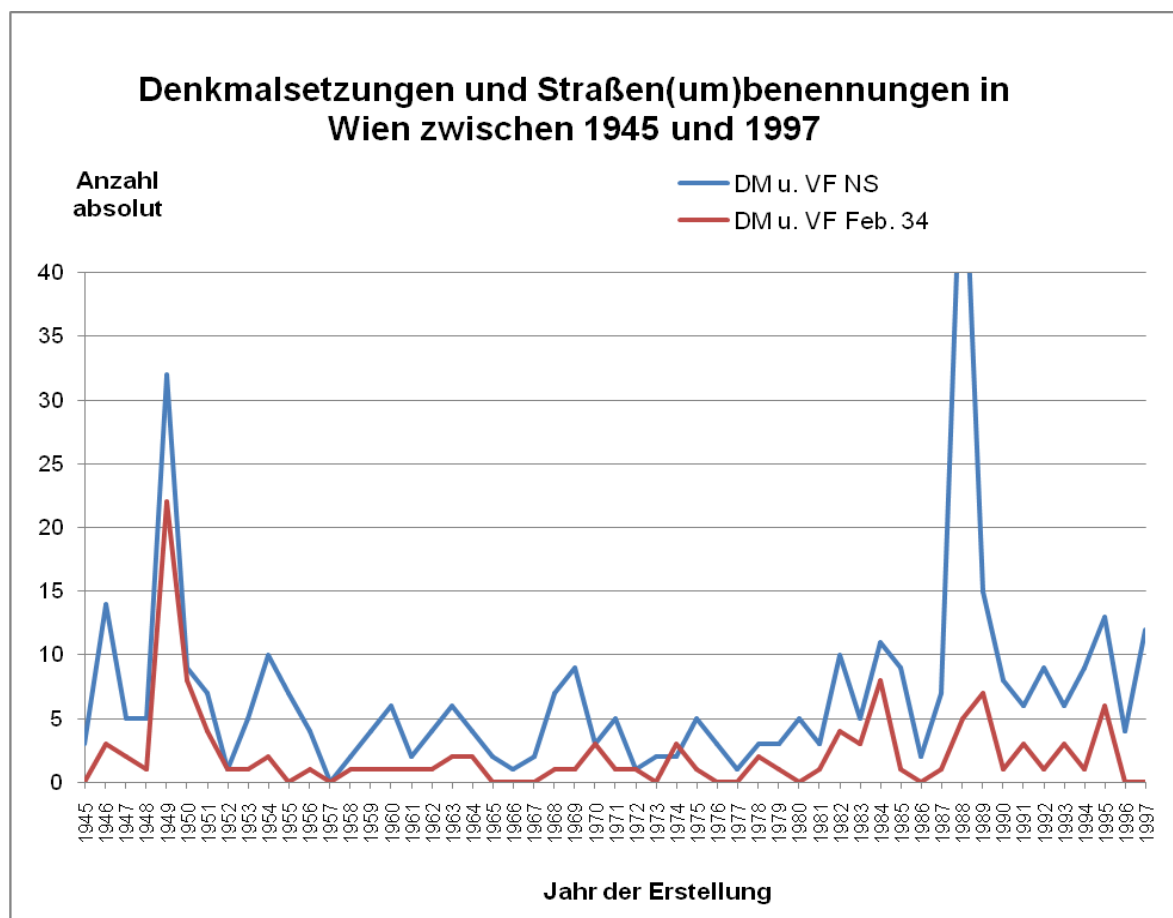
⁵⁵³ Dieses und auch die folgenden Diagramme sind das Ergebnis der quantitativen Auswertung des Buches von Herbert Exenberger, Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Wien 1998 (siehe dazu ausführlich die Statistiken im Anhang). Bei der Erfassung wurde nach folgenden Kriterien vorgegangen wurde:

Berücksichtigt wurden Zeichen der Erinnerung an

- Gebäude, die als Kampforte eine besondere Bedeutung für die Februarkämpfe 1934 hatten.
- Personen, die sich aktiv an den Februarkämpfen 1934 und/oder am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligten.
- Personen, die in nationalsozialistischen Konzentrationslagern umgekommen sind und damit eindeutig zu den Todesopfern des Nationalsozialismus zu zählen sind.

Nicht berücksichtigt wurden Denkmäler für

- Personen, bei denen weder eine aktive Beteiligung an den Februarkämpfen 1934 noch am Widerstand gegen den Nationalsozialismus ab 1938 nachgewiesen werden konnte, bzw. für solche, die nicht eindeutig als Todesopfer der NS-Verbrechen identifiziert werden konnten - inklusive der aus Österreich Vertriebenen, die sich nicht im Widerstand betätigten.
- Orte, deren direkter Bezug zu den Februarkämpfen bzw. dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht nachgewiesen werden konnte.



Statistik 1: Denkmalsetzungen und Verkehrsflächenbenennungen in Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus und Opfer des Februar 1934 in Wien zwischen 1945 und 1997

Wie schwierig sich der Schritt zu einer gemeinsamen Vergangenheitsbewältigung gestaltete, zeigte sich etwa bei der Enthüllung des Denkmals der Österreichischen Republik am 12. November 1948, an der ausschließlich die SPÖ teilnahm. Die ÖVP lehnte eine Beteiligung ab, da ihre Österreich-Ideologie stark in der monarchistischen Reichsgeschichte verankert war, und vermittelte das Gefühl, „daß sie ihre Mentalreservationen gegenüber der republikanischen Ordnung und ihrer Einführung in Österreich 1918 noch nicht abgelegt habe.“⁵⁵⁴ Auch die KPÖ blieb der Gedenkveranstaltung fern, weil die SPÖ die Bildung einer „Einheitsfront“ ablehnte. Für Karl Klambauer ist der Konflikt um die Enthüllung des Republikdenkmals ein Beispiel für den „Rückbruch‘ zur Ersten Repu-

⁵⁵⁴ K. Klambauer, Gedenkkultur, 91.

blik“, der *„nicht nur auf institutioneller Ebene geschah, sondern in anderer Weise auch auf geschichtskultureller Ebene erfolgte“*.⁵⁵⁵

In Folge dieser Konflikte betrieben beide Großparteien ihre jeweils eigene Gedenkpolitik. Die daraus resultierenden unterschiedlichen Gedenktraditionen führten zu Konflikten zwischen den Parteien. Während die SPÖ die Februartkämpfe von 1934 in ihren Mittelpunkt stellte, hob die ÖVP Vertreter der Christlichsozialen, vor allem Dollfuß, als „Helden Österreichs“ im Kampf gegen den Nationalsozialismus sowie die gefallenen Soldaten hervor. Die KPÖ hingegen sah sich *„als Anwalt des Gedenkens an die Opfer des NS-Regimes“*.⁵⁵⁶

Die öffentliche Erinnerung wurde von den zurückgelassenen Familien der Soldaten und den „Heimkehrenden“ geprägt. Die Veteranenverbände, deren Aktivitäten sich dem Gedenken an die Soldaten der Wehrmacht widmeten, trugen ihren Teil bei, um eine Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust zu überdecken.⁵⁵⁷

Anfang der 50er Jahre wurden die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die damit verbundenen Konflikte zurückgedrängt. Im Vordergrund standen sozialpolitische Ziele und das Streben nach Unabhängigkeit von den alliierten Mächten. Entgegen der klaren Distanzierung von der nationalsozialistischen Ideologie und Politik unmittelbar nach dem Krieg integrierten die Großparteien nun sukzessive ehemalige Nationalsozialisten. Damit wurde nicht nur die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sondern in weiterer Folge auch die Beschäftigung mit dem Faschismus – und somit auch mit dem Austrofaschismus in den Hintergrund gedrängt.

Die Frage nach dem Einfluss der innenpolitischen Ereignisse auf die Denkmalsetzungen kann nicht eindeutig beantwortet werden. Es lässt sich nicht nachweisen, ob beispielsweise der Arbeiterstreik von 1950 den Rückgang der

⁵⁵⁵ K. Klambauer, Gedenkkultur, 92. Vgl. dazu: B. Perz, KZ-Gedenkstätte, 24f.

⁵⁵⁶ Heidemarie Uhl, Denkmäler als Symbole des Geschichtsbewußtseins in der Zweiten Republik. In: Christina Lutter (Red.), Ästhetik und Ideologie (Klagenfurt, 3.-4. Oktober 1996), Aneignung und Sinngebung (Salzburg, 10.-11. Oktober 1996), Abgrenzung und Ausblick (Wien, 25. Oktober 1996). Hg. vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. (Grenzloses Österreich. Dokumentation 5). Wien 1997, 119.

⁵⁵⁷ O. Rathkolb, Republik, 366-368.

Denkmalsetzungen mit verursacht hatte. Die Unterzeichnung des Staatsvertrags und der Abzug der Alliierten aus Österreich förderten die Verdrängung der kürzlichen Vergangenheit aus der Erinnerungskultur. Die Verfolgung der Nationalsozialisten löste sich mit dem Abzug der Alliierten auf.

In den 50er Jahren rückten Kriegerdenkmäler vor allem in den ländlichen Gebieten in den Vordergrund der Denkmalkultur – sie gehörten zu den am häufigsten gesetzten Denkmälern. Die gefallenen Soldaten sollten geehrt und als nationale Vorbilder für spätere Generationen dargestellt werden. Im Unterschied zu anderen Denkmälern ist die Aussagekraft der Kriegerdenkmäler beschränkt: sie führen üblicherweise keine Informationen über den Kriegshergang, dessen Ursachen oder über die Kriegstäter an. *„Sie sind nicht nur zeitlich nach den Widerstandsdenkmälern entstanden, sondern verstanden sich auch als Antithese zu deren Geschichtsbild.“* Denn diese Denkmäler standen einerseits für die „Helden des Krieges“, vor allem aber *„als öffentliches Bekenntnis zu den Soldaten und damit als Zeichen für die Rehabilitierung der Kriegsteilnehmer, auch der Überlebenden.“*⁵⁵⁸

Die Großparteien, allen voran die ÖVP, unterstützten diverse Kameradschafts- und Veteranenvereine, die vor allem in den ländlichen Gebieten enormen Einfluss auf das Geschichtsbild hatten.⁵⁵⁹ Viele ehemalige Soldaten schlossen sich dem „Österreichischen Kameradschaftsbund“ (ÖKB), der mit dem „Schwarzen Kreuz“ und dem Bundesheer die Kriegerdenkmalkultur förderte. Oftmals wurden Denkmäler des Ersten Weltkrieges verwendet und um die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges ergänzt.⁵⁶⁰

Der Kameradschaftsbund zeigte offen, dass seine Erinnerungspolitik jener des Widerstandes widersprach, und lehnte eine Gleichstellung der an der Front gefallenen Wehrmachtssoldaten mit getöteten Widerstandskämpfern kategorisch ab. Die Enthüllung einer Gedenktafel in Maria Langegg, die ursprünglich auf eine Initiative des Kameradschaftsbundes zurückgegangen war und schließlich 1963 zu Ehren von an der Front gefallenen Priestern und für drei im Konzentrationslager ermordete Priester abgehalten wurde, brachte diese Einstellung deutlich zu Tage. Der niederösterreichische Kameradschaftsbund intervenierte ge-

⁵⁵⁸ H. Uhl, Transformationen, 110.

⁵⁵⁹ H. Uhl, Transformationen, 111.

⁵⁶⁰ B. Menkovic, Politische Gedenkkultur, 119.

gen die Nennung der drei Namen auf der Tafel und drohte mit seinem Boykott der Veranstaltung, woraufhin der Innenminister ein Aufmarschverbot erließ.⁵⁶¹

Aufgrund der sich ändernden gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den 60er Jahren und der sozialdemokratischen Alleinregierung ab 1970 kam es zu einem generellen Rückgang bei der Errichtung von Kriegerdenkmälern. Sie wurden bevorzugt auf Friedhöfen aufgestellt und rückten damit in die „Hinterhöfe“ der Öffentlichkeit.⁵⁶²

Gerade diese Zeit war nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich von starken Veränderungen geprägt: Durch neue technologische Innovationen gewann der Tertiärsektor immer mehr an Bedeutung in der Arbeitswelt, die Säkularisierung minderte die Macht der Kirche und der Religionsgemeinschaften, antiautoritäre Vorstellungen stellten die autoritären Strukturen in Frage und setzten sich tendenziell gegen das traditionelle Rollenbild durch. Medien begannen sich kritisch mit der Politik auseinander zu setzen – ein „Enthüllungsjournalismus“ brachte brisante Themen an die breite Öffentlichkeit.⁵⁶³

Von 1955 bis Mitte der 70er Jahre fanden in Wien generell nur vereinzelt Denkmalsetzungen statt, wobei sich diese meist auf Personen bezogen, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus tätig waren. Mit der historischen Veränderungen der 70er und 80er Jahre bekamen die Vergangenheit und deren Bewältigung einen neuen Stellenwert – dieser spiegelte sich auch in der Zahl der Denkmäler wieder.

Ende der 70er Jahre ging von den USA eine Thematisierung des Holocaust aus, die den „NS-Terror“ als wichtigen Gegenstand der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sahen. Diese zentralen Wahrnehmungen gingen allmählich auch auf Europa über und bestimmte zunehmend auch die historische Debatte

⁵⁶¹ Heidemarie Uhl, Maria Taferl – „Helden“ und „Erscheinungen gegensätzlicher Art“. In: Wolfgang Müller-Funk, Georg Kugler (Hg.), *Zeitreise Heldenberg. Lauter Helden. Katalog zur NÖ-Landesausstellung 2005*. Horn, Wien 2005, 109.

⁵⁶² B. Menkovic, *Politische Gedenkkultur*, 27f. Vgl. auch: Gérard Kasemir, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*. Thaur, Wien, München 1996, 486-501.

⁵⁶³ E. Hanisch, *Schatten*, 456f.

in Österreich, vor allem die Frage der Beteiligung von Österreichern und Österreicherinnen am Nationalsozialismus.⁵⁶⁴

Das Umdenken in der Erinnerung an die NS-Zeit zeigte sich in Österreich ab dem Beginn der 70er Jahre in unterschiedlichsten Formen:

Mit der Eröffnung der großen Dauerausstellung im Jahr 1970 entwickelte sich die KZ-Gedenkstätte Mauthausen zur zentralen Vermittlungsstätte der NS-Geschichte in Österreich. Zeitgeschichte und politische Bildung erfuhren auch innerhalb der Schulen zunehmende Behandlung. In den 80er Jahren fand eine allmähliche Einbeziehung von gesellschaftlichen Randgruppen in die Gruppe der anerkannten Opfer im Nationalsozialismus statt – ein Prozess, der bis heute nicht abgeschlossen ist, denkt man etwa an die Wehrmachtsdeserteure, die bis heute nicht vollständig rehabilitiert wurden.

Die 80er Jahre brachten starke politische und wirtschaftliche Veränderungen: Der Abstieg der Großparteien stand dem Erfolg der FPÖ und der neu aufkommenden Grünen gegenüber. Mit der Krise der verstaatlichten Industrie 1985 und der aufkommenden ökologischen Bewegung wurden Forderungen nach Maßnahmen und Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik lauter. Dieser Modernisierungsprozess und einige politische Skandale beförderten die Auseinandersetzung mit Österreichs Zeitgeschichte.⁵⁶⁵ Vor allem die Waldheim-Affäre 1986, die die Infragestellung der Opferthese nach sich zog, resultierte in öffentlicher Kritik am bisherigen Umgang mit der Beteiligung Österreichs am Nationalsozialismus.

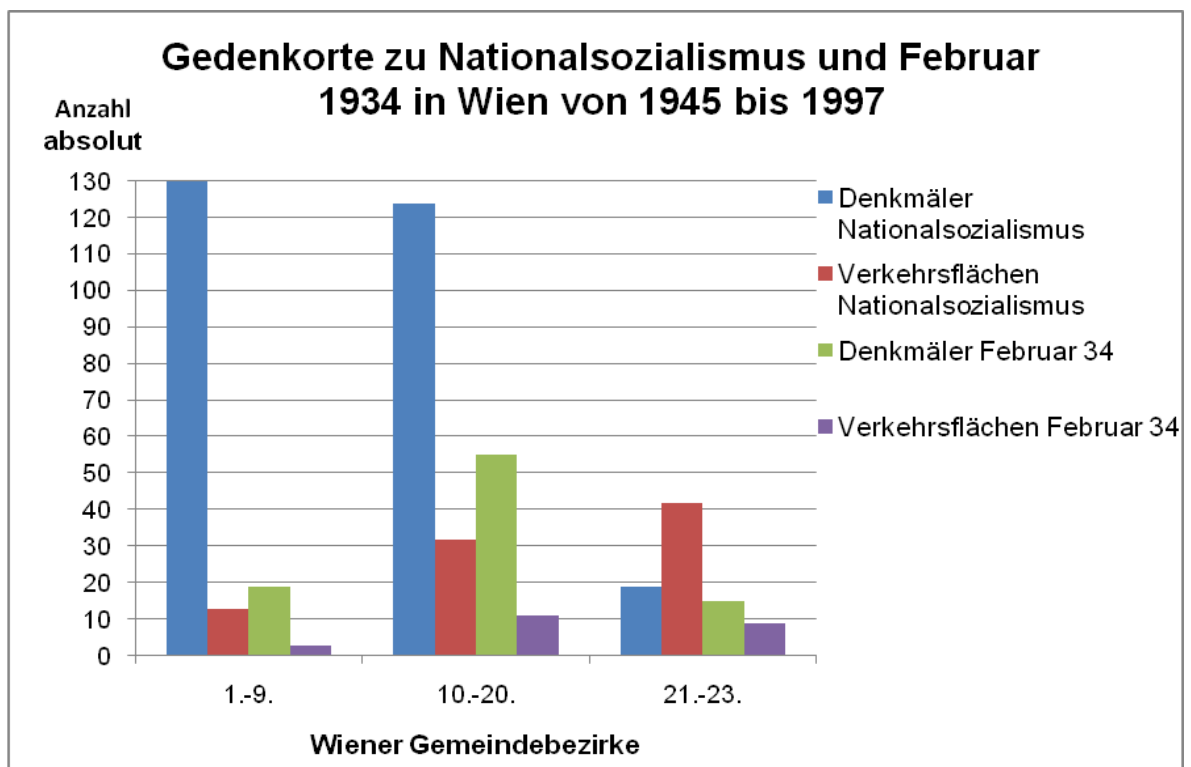
Durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kommt es auf nationaler wie auch regionaler Ebene zu einem enormen Anstieg an Denkmalssetzungen. So sind im Jahr 1988 mit Abstand die meisten Erinnerungszeichen entstanden, die an die faschistische Zeit erinnern. Diese Entwicklung ist auf die veränderte Geschichtsauffassung und Einstellung zur Aufarbeitung zurückzuführen.

Die nachfolgende, zweite Grafik zeigt einen Überblick über alle zwischen 1945 und 1997 erstellten Denkmäler und umbenannten Verkehrsflächen, die an die Opfer des Nationalsozialismus und an Gefallene bzw. an Opfer der Februar-

⁵⁶⁴ O. Rathkolb, Republik, 368.

⁵⁶⁵ E. Hanisch, Schatten, 459f.

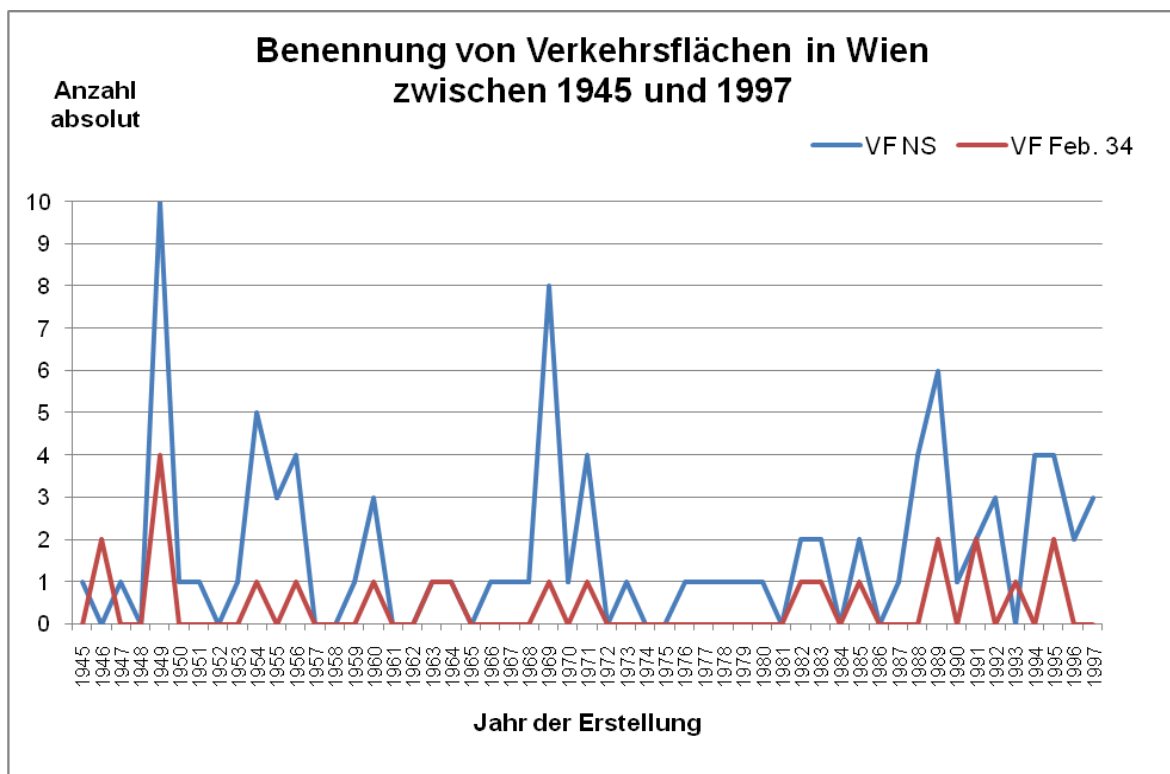
kämpfe von 1934 erinnern. Die Gesamtdarstellung der Gedenkort zeigt die Anzahl der jeweiligen Kategorie gegliedert nach Wiener Gemeindebezirken. Sehr deutlich ist der Statistik zu entnehmen, dass die Denkmäler, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, in den inneren Bezirken dominieren und die Verkehrsflächen in der Relation kaum von Umbenennungen betroffen waren. Im Gegensatz dazu lässt sich bei den äußeren Bezirken eine Umkehr dieser Tendenz erkennen: Hier findet sich eine weitaus größere Anzahl umbenannter Straßen und Plätze. Das könnte sich daraus erklären, dass die äußeren Bezirke über eine weitaus größere, teilweise ab 1945 erst neu erschlossene Wohnfläche verfügen und dass viele Straßen noch unbenannt waren. Für die Benennung von Verkehrsflächen war ein Gemeinderatsbeschluss notwendig, der politisch leichter durchzusetzen war als die Errichtung von Denkmälern.



Statistik 2: Erinnerungszeichen zu Nationalsozialismus und Februar 1934 in Wien von 1945 bis 1997

In den inneren Bezirken wurden nur zwei Gassen nach Februarkämpfern benannt, während über ein Dutzend an Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus erinnert. Sieht man sich die Gesamtzahlen für Wien an, fällt auf, daß Straßenbenennungen in Gedenken an Februaropfer in geringerer Zahl vorhanden sind verglichen mit jenen, die an NS-Opfer erinnern.

Für Floridsdorf und Donaustadt kann festgestellt werden, dass die meisten Verkehrsflächenbenennungen, die an Februarkämpfer erinnern, in der unmittelbaren Nachkriegszeit oder erst in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfolgt sind. So erhielten 1946 die Weisselgasse und 1949 die Mörthgasse sowie die Matthias Wagner Gasse ihren Namen. Zehn Jahre später erfolgte die Benennung der Matthias Ernst Pista-Gasse. In den 60er und 70er Jahren fanden in Floridsdorf weder Verkehrsflächenumbenennungen noch Denkmalerrichtungen in Erinnerung an die Februaropfer statt. Erst in den 90er Jahren nahm in Floridsdorf und Donaustadt das Interesse an der öffentlichen Deklaration in Form von Straßennamen wieder zu. In Floridsdorf wurde die Josef-Brazdovics-Straße 1995 und in Donaustadt der Jakob-Bindel Platz 1993 benannt. Bei manchen Straßenbenennungen konnte das Erstellungsdatum jedoch nicht mehr eruiert werden.



Statistik 3: Benennung von Verkehrsflächen in Wien zwischen 1945 und 1997

Die Inschriften der Denkmäler lassen kaum Rückschlüsse auf vergangene Ereignisse zu. Häufig finden sich an Erinnerungszeichen für Februarkämpfer Phrasen wie „Kampf für Recht, Freiheit und Demokratie“. Einige Betriebe er-

gänzten diese Inschriften mit emotionalen Begriffen wie „unseren unsterblichen Opfern“ oder „unseren toten Freunden“.

Denkmäler, die an die Zeit von 1934 bis 1945 erinnern und die Inschrift „Opfer des Faschismus“ tragen, weisen auf eine sozialdemokratische Interpretation des Begriffs Faschismus hin. Viele dieser Denkmäler führen Namen von Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus an, von denen jedoch einige auch im Februar 1934 am Aufstand des Republikanischen Schutzbundes teilgenommen hatten.

Die Worte „Niemals vergessen“ finden sich sehr häufig auf Denkmälern, die den Opfern des Faschismus, des Nationalsozialismus und teils auch den Februar-kämpfern gewidmet sind. Möglicherweise ist diese Formel auf den Titel der 1946 eröffneten Ausstellung „Niemals vergessen – Antifaschistische Ausstellung“ zurückzuführen, der sich in der Erinnerungskultur soweit etabliert hatte, dass er zu einem wichtigen Ausdruck der Vermittlung in Inschriften geworden ist.

Die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP waren sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Distanzierung vom Nationalsozialismus einig – ihr Konfliktpunkt im Umgang mit der österreichischen Zeitgeschichte ist bis heute der Austrofaschismus geblieben. Vor allem bei Gedenkfeiern verleihen die Parteien auch heute noch ihren unterschiedlichen Interpretationen der Februarereignisse 1934 Ausdruck.

Die KPÖ äußerte anlässlich des 75. Jahrestag 2009, dass die Februarkämpfe nicht als ein „tragisches Ereignis“ gesehen werden können, sondern als *„aufs äußerste zugespitzte Klassenkämpfe. Sie verurteilt daher alle Versuche der Verwischung und Verniedlichung des eindeutigen Charakters dieser historischen Auseinandersetzung, insbesondere auch den Versuch, Opfer und Täter, Verteidiger und Totengräber der Republik gleichzusetzen.“*⁵⁶⁶

Besonders zwischen SPÖ und ÖVP führen die unterschiedlichen Positionen immer wieder zu öffentlichen Auseinandersetzungen um die Schuldfrage des Bürgerkrieges. Die häufig in den Medien ausgetragenen Konfrontationen erschöpften sich jedoch meist in gegenseitigen Vorwürfe und führten zu keiner sachlichen Diskussion – so auch 2005: Der Wiener ÖVP-Landtagsabgeordnete

⁵⁶⁶ Argument 1/2009, hg. von der KPÖ, 3.

Johannes Prochaska beschuldigte die SPÖ einer „*unrichtigen Legendenbildung*“ und forderte, „*dass deren ‚Lügen nicht in das so genannte Allgemeinwissen Eingang finden.*“⁵⁶⁷ Des Weiteren behauptete er, dass die SPÖ in der Vergangenheit „*deutsch-nationale Phrasen*“ für Propagandazwecke verwendet habe. Im Gegenzug ließ SPÖ-Landespartei sekretär Harry Kopietz verlautbaren, dass er Prochaska als „*unbelehrbaren Reaktionär*“ kenne und dass die SPÖ sich sehr um die Aufarbeitung der Vergangenheit bemühe, „*während im ÖVP-Klub nach wie vor ein Bild des ‚Austrofaschisten‘ Engelbert Dollfuß hänge.*“⁵⁶⁸

Nach Zeithistoriker Ernst Hanisch waren die Februarkämpfe 1934 „*kein ‚Aufstand der Arbeiterbewegung‘, sondern ein partieller Aufstand des Schutzbundes*“ gewesen. „*Auch die nachträgliche Interpretation der Februarkämpfe als Kampf für die Wiederherstellung der liberalen Demokratie sei erst nach 1945 ‚als späte Fiktion‘ entstanden.*“⁵⁶⁹

Der Zeithistoriker Oliver Rathkolb resümiert über den öffentlichen Umgang mit der österreichischen Zeitgeschichte: „*Im Zentrum der Debatten stehen (...) der Zweite Weltkrieg und der Holocaust; der Bürgerkrieg vom Februar 1934 und das Dollfuß-Schuschnigg-Regime hingegen sind ebenso ‚kalte‘ Geschichte geworden wie die Habsburgermonarchie.*“⁵⁷⁰ Anlässlich des 75. Jahrestages der Februarkämpfe im Jahr 2009 forderte er wie sein Kollege Gerhard Botz die Aufhebung der Standrechtsurteile 1934, da diese längst überfällige Rehabilitierung „*ein Gradmesser für den Entwicklungsstand der heutigen Demokratie*“⁵⁷¹ wäre.

⁵⁶⁷ Krach um 12. Februar 1934, Salzburger Nachrichten. In: DÖW, Zeitschriftensammlung, 14.02.2005.

⁵⁶⁸ Krach um 12. Februar 1934, Salzburger Nachrichten. In: DÖW, Zeitschriftensammlung, 14.02.2005.

⁵⁶⁹ Bürgerkriegsmythen, in: Profil, 9. Februar 2009, 80.

⁵⁷⁰ O. Rathkolb, Republik, 430.

⁵⁷¹ Bürgerkriegsmythen, in: Profil, 9. Februar 2009, 79.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

BK	Bundeskanzler
CSP	Christlichsoziale Partei
DNAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DÖW	Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GDVP	Großdeutsche Volkspartei
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SA	Sturmabteilung
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
StLA	Stadt- und Landesarchiv, Wien
VF	Vaterländische Front
VK	Vizekanzler

Zeitleiste 1918-1938

- 1918 14.-20.1. „Jännerstreik“ der Arbeiter in Wien u.a. Industriezentren (Protest gegen Lebensmittelknappheit und Krieg)
12.11. Erste Sitzung der provisorischen Nationalversammlung: „Deutsch-Österreich“ wird zur Republik
- 1919 4.3. Erste Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung: Karl Seitz bis 1920 deren Präsident und zugleich Staatsoberhaupt
15.3. christlichsoziale-sozialdemokratische Koalition unter Karl Renner
10.9. Renner unterzeichnet Staatsvertrag von St. Germain: Umbenennung in „Republik Österreich“
- 1920 10.6. Koalition unter Renner zerfällt
1.10. neue Verfassung tritt in Kraft
17.10. Christlichsoziale gewinnen Wahl
20.11. neue Regierung unter Bundeskanzler Michael Mayr mit Großdeutscher Volkspartei
16.12. Eintritt in den Völkerbund
- 1921 21.6. Nach Rücktritt der Regierung Mayr neuer BK Johann Schober (parteilos)
- 1922 24.5. Rücktritt Schobers
31.5. Ignaz Seipel Bundeskanzler (bis 1924)
- ab 1922 wiederholte Auseinandersetzungen zwischen Heimwehren, Republikanischem Schutzbund und Frontkämpfern
- 1923 17.2. Arbeiter Franz Birnnecker wird von monarchistischer „Ostara“ erschossen, infolgedessen gründet die SP den Republikanischen Schutzbund
21.9. Beschluss des Wiener Stadtsenats, während der nächsten 5 Jahre 25.000 Gemeindewohnungen zu errichten
20.11. Wiener Bürgermeister wird Karl Seitz (bis 12. Feb. 1934)
- 1924 1.6. Attentat auf Seipel
8.11. Rücktritt der Regierung Seipel
20.11. Regierung unter BK Rudolf Ramek
- 1926 15.10. Rücktritt Regierung Ramek
20.10. erneut Regierung unter BK Seipel
3.11. Linzer Programm der Sozialdemokraten beschlossen
29.11. Beschluss des Parteiprogramms der CSP
- 1927 30.1. Schattendorf: Zusammenstoß von Schutzbund und Frontkämpferversammlung
5.-14.7. „Schattendorfer Prozess“: Freispruch
15.7. Massendemonstrationen und Brand des Justizpalastes
- 1928 Landtags- und Gemeinderatswahlen: Zugewinne der SDAP
- 1929 3.4. Rücktritt Seipels
4.5.-25.9. Regierung unter BK Ernst Streeruwitz
26.9. Schober erneut BK

- 7.12. Verfassungsreform beschlossen
- 1930 4.4. „Antiterrorgesetz“
 18.5. Korneuburger Eid: Programm der Heimwehren für die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie
 2.9. Richard Steidle und Walter Pfrimer treten als oberste Heimwehrführer zurück, Rüdiger v. Starhemberg wird neuer Heimwehrführer
 25.9. Rücktritt der Regierung Schober
 9.11. Nationalratswahl: SDAP stärkste Partei
 4.12. Regierung unter BK Otto Ender
- 1931 2.5. Wiener Heimwehr unter Emil Fey trennt sich von Heimwehren, Starhemberg tritt als Bundesführer der Heimwehr zurück
 Mai: Creditanstalt bricht zusammen
 6.6. Fall der Regierung Ender
 20.6. Regierung unter Karl Buresch
 22.9. Starhemberg wieder Bundesführer der Heimwehr, kurzfristige Einigung mit Fey und Steidle
- 1932 24.4. Landtagswahlen: Gewinne der NSDAP
 6.5. Rücktritt von BK Buresch
 20.5.: Regierung aus CSP, Landbund und Heimwehr unter BK Engelbert Dollfuß
 Ende des Jahres: Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise
- 1932-34 heftige Kämpfe zwischen NS-Wehrverbänden, Schutzbund bzw. Heimwehr
- 1933 1.3. Streik der Eisenbahner von Bundesheer unterdrückt
 4.3. Rücktritt aller drei Präsidenten des Nationalrats
 7.3. Beschluss der Regierung, autoritäres Regime einzurichten
 25.3. Verbot des Republikanischen Schutzbundes
 10.4. Heimwehren und Schutzcorp werden Teil der Exekutive
 20.5. Gründung der Vaterländischen Front
 26.5. Verbot der KPÖ
 28.5. Rundfunksender am Bisamberg nimmt Betrieb auf
 5.6. Dollfuß und Kurt Schuschnigg unterzeichnen Konkordat mit Vatikan
 19.6. Verbot der NSDAP, SA und SS
 17.9. Konferenz der sozialdemokratischen Parteivorstände: 4 Bedingungen für offenen Widerstand beschlossen
 23.9. Verordnung zur „Errichtung von Anhaltelagern zur Internierung politischer Häftlinge“
 3.10. Attentat von illegalen Nationalsozialisten auf Dollfuß
 10.11. Wiedereinführung der Todesstrafe bei Standgerichtsprozessen
- 1934 11.1. Fey wird Sicherheitsminister
 8.2. Beginn der Waffensuche in sozialdemokratischen Parteiheimen und Verhaftung von Schutzbundführern
 11.2. Verkündung von Feys Plan gegen die SDAP in Großenzersdorf
 12.2. Beginn des Bürgerkriegs: Polizei stürmt Linzer Parteiheim, bald Unruhen in anderen Regionen, in Wien ab Mittag Generalstreik, Verhaftung von Karl Seitz und anderen SDAP-Politikern
 Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen (Auflösung 14.2.)

- 15.2. letzter Widerstand in Wien niedergeschlagen, Standgerichtsverfahren
- 21.2. Standrecht aufgehoben
- 2.3. Vorordnung über Einrichtung einer Einheitsgewerkschaft
- 7.4. Richard Schmitz wird Wiener Bürgermeister
- 1.5. Verkündung der „Verfassung 1934“: diktatorisches System wurde zum autoritären Ständestaat
- 25.7. Ermordung Dollfuß' durch Nationalsozialisten
- 29.7. Regierung unter BK Schuschnigg
- 1936 11.7. Juliabkommen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich: keine Einmischung in innenpolitische Fragen des anderen Landes
- 10.10. endgültige Auflösung aller Wehrverbände beschlossen, stattdessen Wehrverband „Frontmiliz“ gegründet
- 1938 12.2. Treffen Schuschnigg und Adolf Hitler in Berchtesgaden: Abkommen, durch das führende Nationalsozialisten wichtige Positionen übernehmen (u.a. Arthur Seyß-Inquart als Innenminister) und der NS in Österreich wieder legalisiert wird
- 9.3. Schuschnigg setzt eine Volksabstimmung über den „Anschluss“ an Deutschland an
- 11.3. Hitler fordert Absage der Volksbefragung, Schuschnigg verkündet im Rundfunk seinen Rücktritt, Weisung Hitlers zum Einmarsch, Ernennung des Kabinetts unter Seyß-Inquart
- 12.3. Einmarsch deutscher Truppen
- 13.3. „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“

„Regierungen nach 1945“:

- 1945 Provisorische Regierung unter SPÖ, ÖVP und KPÖ. Seit
- 1947 Großkoalitionen der SPÖ und ÖVP.
- 1966 Wahlsieg der ÖVP beendet Ära der Großen Koalitionen
- 1970 SPÖ-Minderheitsregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky.
- 1983 Rücktritt Kreiskys, weil Verlust der absoluten Mehrheit bei den Wahlen. BK Fred Sinowatz (SPÖ) bildet Koalition mit FPÖ unter Norbert Steger bis
- 1986 Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Rücktritt Sinowatzs. Weiterhin Koalition der SPÖ unter BK Franz Vranitzky mit der FPÖ.
- 1987 Mit Wechsel des FPÖ-Vorsitzes durch Josef Haider, kam es zur SPÖ-ÖVP-Koalition weiterhin unter BK Franz Vranitzky.
- 1990 Wahlen, die der FPÖ Gewinne brachten, die ÖVP zu einer mittleren Partei machten und durch die die SPÖ die relative Mehrheit trug. Bis ins Jahr 2000 wurde die Großkoalition beibehalten.
- 1997 Rücktritt Franz Vranitzkys. Sein Nachfolger wurde Viktor Klima.

- 2000 Koalition der ÖVP unter BK Wolfgang Schüssel mit FPÖ unter Vizekanzler (VK) Haider. Auflösung der Koalition wegen Teilung der FPÖ. Neuwahlen im Jahr
- 2002 ÖVP konnte Gewinne erzielen und es kam erneut zu einer Koalition mit der FPÖ.
- 2006 gewann die SPÖ unter BK Gusenbauer wieder an Mandaten und koalitionierte mit der ÖVP unter VK Schüssel.
- 2007 Ablösung Schüssels durch Wilhelm Molterer.
- 2008 Rücktritt Molterers, neuer VK Josef Pröll. Ablösung Gusenbauers durch Werner Feymann als Bundeskanzler.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Wahlplakat der CSP: „Denkt an den 15. Juli!“, Quelle: www.oeaw.ac.at/cmc/kds/b_images/p366.jpg, 2. Jänner 2009.	15
Abb. 2: Floridsdorf und Donaustadt heute, Quelle Grundplan: http://www.wien.gv.at/stadtplan, 1. Februar 2009.	43
Abb. 3: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	104
Abb. 4: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	105
Abb. 5: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	106
Abb. 6: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	106
Abb. 7: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	107
Abb. 8: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	108
Abb. 9: Straßenschild, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	112
Abb. 10: Mahnmal für Georg Weissel, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	113
Abb. 11: Inschrift, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	113
Abb. 12: Arbeiterheim Floridsdorf 1934, Quelle: Bezirksmuseum Floridsdorf. (Mappe III D)	116
Abb. 13: Arbeiterheim Floridsdorf heute, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	116
Abb. 14: Gedenktafel in der heutigen Volkshochschule Floridsdorf, Foto: Doris Warlitsch, 4. März 2009.	117
Abb. 15: Der Schlingerhof nach den Februarkämpfen, Quelle: Bezirksmuseum Floridsdorf. (Mappe III D)	119
Abb. 16: Der Schlingerhof heute, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	119
Abb. 17: Gedenktafel am Schlingerhof, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	121
Abb. 18: Die „Gartenstadt“ nach den Februarkämpfen, Quelle: www.dasrotewien.at, 28.11.2007.	123
Abb. 19: Der Karl-Seitz-Hof heute, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	123
Abb. 20: Gedenktafel am Karl Seitz-Hof, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008	124
Abb. 21: Der FAC-Hof nach den Februarkämpfen, Quelle: Bezirksmuseum Floridsdorf.	126
Abb. 22: Der Paul-Speiser-Hof heute, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	126
Abb. 23: Goethehof heute	128

Abb. 24: Gedenktafel Goethehof, Foto: Doris Warlitsch, 14. Februar 2009.	129
Abb. 25: Gedenktafel am ehemaligen Hauptquartier des Republikanischen Schutzbundes	130
Abb. 26: KPÖ-Arbeiterheim Anton Dobritzhofer, Foto: Doris Warlitsch, 6. März 2009.	132
Abb. 27: Gedenktafel, Foto: Doris Warlitsch, 6. März 2009.	132
Abb. 28: Josef Kohl-Hof, Gedenktafel, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	134
Abb. 29 : Rudolf-Krbec-Hof, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	135
Abb. 30 :Gedenktafel, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	135
Abb. 31: Gedenktafel im Wohlfahrtsgebäude, Foto: Wien Energie Gasnetz GmbH	139
Abb. 32: Mahnmal für Widerstandskämpfer des Gaswerks Leopoldau, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	139
Abb. 33: Gedenkstein im ehemaligen Austro-Fiat Werk, befindet sich heute in der Nachfolgefirma MAN-Nutzfahrzeuge; Foto: Doris Warlitsch, 22. April 2009.	141
Abb. 34: Denkmal für die Widerstandskämpfer der Eisenbahn, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	142
Abb. 35: Mahnmal für die Widerstandskämpfer der Straßenbahn, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	143
Abb. 36: Gedenktafel für Widerstandskämpfer der Straßenbahn, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	144
Abb. 37: Mahnmal für die Widerstandskämpfer des Siemens-Schuckert-Werks und des Wiener Kabel- und Metallwerks, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	145
Abb. 38: Gedenkstein der ehemaligen Wiener Lokomotivfabrik, Foto: Doris Warlitsch, 22. September 2008.	146
Abb. 39: Franz Novy-Büste, Foto: Ernst Koller, 05. März 2009.	148

Verzeichnis der Statistiken

Statistik 1: Denkmalsetzungen und Straßen(um)benennungen an Opfer des Nationalsozialismus und Opfer des Februar 1934 in Wien zwischen 1945 und 1997	152
Statistik 2: Gedenkorte zu Nationalsozialismus und Februar 1934 in Wien von 1945 bis 1997	157
Statistik 3: Benennung von Verkehrsflächen in Wien zwischen 1945 und 1997	158

Ergänzende Tabellen und Statistiken

Anzahl an Denkmälern und Verkehrsflächen nach Bezirken

1.-9. Bezirk	DM NS	VF NS	DM Feb. 34	VF Feb. 34
1945-1955	24	3	7	2
1956-1965	13	0	0	0
1966-1975	7	1	3	0
1976-1985	21	2	1	0
1986-1997	68	7	8	1
1988	32	0	3	0
Gesamt	133	13	19	3

10.-20. Bezirk	DM NS	VF NS	DM Feb. 34	VF Feb. 34
1945-1955	43	8	22	1
1956-1965	9	4	4	3
1966-1975	14	10	5	2
1976-1985	19	1	13	2
1986-1997	39	9	11	3
1988	14	1	2	0
Gesamt	124	32	55	11

21.-23. Bezirk	DM NS	VF NS	DM Feb. 34	VF Feb. 34
1945-1955	8	12	8	4
1956-1965	2	6	2	1
1966-1975	0	6	0	0
1976-1985	2	6	3	1
1986-1997	7	12	2	3
1988	3	3	0	0
Gesamt	19	42	15	9

Anzahl an Denkmälern und Verkehrsflächen in Floridsdorf, Donaustadt und Liesing

21. Bezirk	DM NS	VF NS	DM Feb. 34	VF Feb. 34
1945-1955	6	3	7	3
1956-1965	2	2	2	1
1966-1975	0	1	0	0
1976-1985	1	0	1	0
1986-1997	5	7	1	1
1988	1	0	0	0
Gesamt	14	13	11	5

22. Bezirk	DM NS	VF NS	DM Feb. 34	VF Feb. 34
1945-1955	0	1	1	0
1956-1965	0	2	0	0
1966-1975	0	1	0	0
1976-1985	1	3	2	1
1986-1997	2	5	1	2
1988	2	3	0	0
Gesamt	3	12	4	3

23. Bezirk	DM NS	VF NS	DM Feb. 34	VF Feb. 34
1945-1955	2	8	0	1
1956-1965	0	2	0	0
1966-1975	0	4	0	0
1976-1985	0	3	0	0
1986-1997	0	0	0	0
1988	0	0	0	0
Gesamt	2	17	0	1

Tabelle der Denkmäler und Verkehrsflächen in Wien

Wien	DM NS	VF NS	DM Feb. 34	VF Feb. 34
1945	2	1	0	0
1946	14	0	1	2
1947	4	1	2	0
1948	5	0	1	0
1949	22	10	18	4
1950	8	1	8	0
1951	6	1	4	0
1952	1	0	1	0
1953	4	1	1	0
1954	5	5	1	1
1955	4	3	0	0
1956	0	4	0	1
1957	0	0	0	0
1958	2	0	1	0
1959	3	1	1	0
1960	3	3	0	1
1961	2	0	1	0
1962	4	0	1	0
1963	5	1	1	1
1964	3	1	1	1
1965	2	0	0	0
1966	0	1	0	0
1967	1	1	0	0
1968	6	1	1	0
1969	1	8	0	1
1970	2	1	3	0
1971	1	4	0	1
1972	1	0	1	0
1973	1	1	0	0
1974	2	0	3	0
1975	5	0	1	0
1976	2	1	0	0
1977	0	1	0	0
1978	2	1	2	0
1979	2	1	1	0
1980	4	1	0	0
1981	3	0	1	0
1982	8	2	3	1
1983	3	2	2	1
1984	11	0	8	0
1985	7	2	0	1
1986	2	0	0	0
1987	6	1	1	0
1988	49	4	5	0
1989	9	6	5	2
1990	7	1	1	0
1991	4	2	1	2
1992	6	3	1	0
1993	6	0	2	1
1994	5	4	1	0
1995	9	4	4	2
1996	2	2	0	0
1997	9	3	0	0

Abkürzungen

DM NS	Denkmäler an Opfer des Nationalsozialismus
VF NS	Verkehrsflächen, die an Opfer des Nationalsozialismus erinnern
DM Feb. 34	Denkmäler an Opfer der Februarkämpfe 1934
VF Feb. 34	Verkehrsflächen, die an Opfer der Februarkämpfe 1934 erinnern

Dieses und auch die folgenden Diagramme sind das Ergebnis der quantitativen Auswertung des Buches von Herbert Exenberger, Gedenken und Mahnen in Wien (siehe dazu ausführlich die Statistiken im Anhang). Bei der Erfassung wurde nach folgenden Kriterien vorgegangen:

Berücksichtigt wurden Zeichen der Erinnerung an

- Gebäude, die als Kampforte eine besondere Bedeutung für die Februarkämpfe 1934 hatten.
- Personen, die sich aktiv an den Februarkämpfen 1934 und/oder am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligten.
- Personen, die in nationalsozialistischen Konzentrationslagern umgekommen sind und damit eindeutig zu den Todesopfern des Nationalsozialismus zu zählen sind.

Nicht berücksichtigt wurden Denkmäler für

- Personen, bei denen weder eine aktive Beteiligung an den Februarkämpfen 1934 noch am Widerstand gegen den Nationalsozialismus ab 1938 nachgewiesen werden konnte, bzw. für solche, die nicht eindeutig als Todesopfer der NS-Verbrechen identifiziert werden konnten - inklusive der aus Österreich Vertriebenen, die sich nicht im Widerstand betätigten.
- Orte, deren direkter Bezug zu den Februarkämpfen bzw. dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht nachgewiesen werden konnte.

Quellenverzeichnis

Archivalien

Stadt- und Landesarchiv Wien

Topographische Sammlung und Dokumentation A2

Zeitschriftensammlung

Amtsblatt der Stadt Wien

Gemeinderatsprotokolle

Bezirksmuseum Floridsdorf

Heinrich *Petri*, Der Februaraufstand in Floridsdorf. Maschinenschriftliches Manuskript. Wien 1937.

Bruno *Sokoll*, „Stein unter Steinen“. Eine politische Biographie. Ungedrucktes Manuskript. Wien o.J..

Fotosammlung zum Februar 1934

Bundesministerium für Inneres (Abteilung IV/7): Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Zeitschriftensammlung

Häftlingsdatenbank

Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung

Zeitungsausschnittsammlung

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Zeitungsausschnittsammlung „12. Februar 1934“

Zeitzeugenbericht von Bruno Sokoll, Akt 6233

Bruno Sokoll, Lebensbeschreibung, Akt 620, 28 Seiten.

Periodika

Amtsblatt der Stadt Wien, Heft 12 vom 10. Februar 1960; Heft 17 vom 26. Februar 1949; Heft 73 vom 12. September 1959.

Argument. Nr. 1/2009. Hg. von der KPÖ.

Der neue Mahnruf, 2. Jg., Heft 5 (Mai 1949); 3. Jg., Heft 1 (Jänner 1950); 4. Jg., Heft 11/12 (November/Dezember 1951); 37. Jg., Heft 2 (Februar 1984).

Der sozialistische Kämpfer. Organ des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Nr. 8, Dezember 1949.

Meilensteine. Nachrichten aus dem Verein zur Förderung der Historischen Fahrzeuge der österreichischen Automobilfabriken. Nr. 32, Wien Juli 2007.

Profil, 40. Jg., Nr. 7 (09.02.2009).

Sozialistische Hefte, 2. Jg., Heft 12: Die Wahrheit über den Februar 1934. Wien 1946.

Wiener Geschichtsblätter, 29. Jg., Sonderheft 2: Wien 1934-1938. Die Geschichte der Bundeshauptstadt im autoritären Österreich. Die Kämpfe in Wien im Februar 1934. Hg. vom Verein für Geschichte der Stadt Wien. Wien 1974.

Wiener Zeitung vom 12.02.2009

Internetquellen

diepresse.com/home/diverse/zeichen/191281/index.do, 18.01.2009.
www.dasrotewien.at, 17.05.2007 u. 18.01.2009.
www.doew.at, Erzählte Geschichte: Index, 22.12.2008.
www.februar34.at, Datenbank, 12.02.2009.
www.freiheitskaempfer.at, Der Sozialdemokratische Kämpfer, Nr. 01-02-03 / 2004, 12.02.2009.
www.kpoe.at, Termine, 12.02.2009.
www.magwien.gv.at/ma53/45jahre/1949/0249.htm, 12.02.2009.
www.nachkriegsjustiz.at, 12.02.2009.
www.wien.spoel.at, Termine, 12.02.2009.
www.oe-journal.at, Österreich Journal, 26. 05.2009.

Lexika

Isabella Ackerl, Friedrich Weissensteiner, Österreichisches Personenlexikon der Ersten und Zweiten Republik. Wien 1992.
Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München ⁵2007.
Bertelsmann Neues Lexikon in 10 Bänden. Gütersloh 1995.
Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden. Leipzig, Mannheim ²¹2006.
Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 6 Bänden. Wien 1992-97.
Dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Bd. 2, München ²⁵1991.
Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main ²2003.
Walter Kleindl, Österreich. Zahlen – Daten – Fakten. Wien 2007.
Werner Röder, Herbert A. Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte München und von der Research Foundation for Jewish Immigration. Bd. 1: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben. New York, München 1980.

Literatur

Hubertus Adam, Denkmäler und ihre Funktionsweise. In: Elisabeth Morawek (Hg.), Denkmal und Erinnerung. Spurensuche im 20. Jahrhundert. Anregungen für Schülerinnen- und Schülerprojekte, hg. vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Wien 1993, 9-13.

- Theodor W. *Adorno*, Eingriffe. Neun kritische Modelle. Frankfurt am Main 1963.
- Antifaschistisches Personenkomitee Wieden* (Hg.), Wiener Straßenbahner im Widerstand 1934-1945. Broschüre. Wien 1984.
- Werner *Anzenberger*, Demontage einer Demokratie. In: Werner Anzenberger, Martin Polaschek, Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz 2004, 13-132.
- Werner *Anzenberger*, Martin Polaschek, Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz 2004.
- Aleida *Assmann*, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006.
- Jan *Assmann*, Kollektives und kulturelles Gedächtnis. Zur Phänomenologie und Funktion von Gegen-Erinnerung. In: Ulrich Borsdorf, Heinrich Theodor Grütter (Hg.), Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum. Frankfurt am Main, New York 1999, 13-32.
- Brigitte *Bailer-Galanda* (Red.), Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart. Arbeiterbewegung – NS-Herrschaft – Rechtsextremismus. Ein Resümee aus Anlass des 60. Geburtstages von Wolfgang Neugebauer. (Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, 4). Wien 2004.
- Otto *Bauer*, Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkungen. Prag 1934.
- Wolfdieter *Bihl*, Von der Donaumonarchie zur Zweiten Republik. Daten zur österreichischen Geschichte seit 1867. Wien, Köln 1989.
- Gerhard *Botz*, Beiträge zur Geschichte der politischen Gewalttaten in Österreich von 1918-1933. Bd. 2, München 1976.
- Gerhard *Botz*, Gewalt in der Politik. München 1976.
- Gerhard *Botz*, Gerald Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. (Studienbuch zur Historischen Sozialwissenschaft, 13). Frankfurt am Main, New York 1994.
- Rudolf *Brandstötter*, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich. Diss., Wien 1969.
- Joseph *Buttinger*, Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung. Köln 1953.
- F. L. *Carsten*, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München 1978.
- Karin *Chlubna*, Der schwierige Umgang mit der NS-Vergangenheit im deutsch-österreichischen Vergleich. Eine komparative Studie über Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur anhand ausgewählter Fallbeispiele. Dipl.-Arb., Universität Wien 2004.
- Felix *Czeike*, Wiener Bezirkskulturführer, Heft 21: XXI, Floridsdorf. Hg. vom Verein für Geschichte der Stadt Wien. Wien, München 1979.

Herbert *Dachs*, Das Parteiensystem. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 143-159.

Julius *Deutsch*, Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen. Karlsbad 1934.

Werner *Doralt* (Hg.), Verfassungsrecht. 27. Aufl 2009.

Thomas *Dostal*, Die Großdeutsche Volkspartei. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 195-206.

Earl C. *Edmondson*, Heimwehren und andere Wehrverbände. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 261-276.

Josef *Ehmer*, Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 218-230.

Ilja *Ehrenburg*, Der Bürgerkrieg in Österreich. (Schriftenreihe der „Neuen deutschen Blätter“, 1). Prag 1934.

Gertrude *Enderle-Burcel*, Die österreichischen Parteien 1945-1955. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 60). Wien 1996, 80-93.

Astrid *Erl*, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. Stuttgart, Weimar 2005.

Herbert *Exenberger*, Antifaschistischer Stadtführer Wien. Wien 1985.

Herbert *Exenberger*, Gedenken und Mahnen in Wien. In: Herbert Exenberger, Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1998, 11-28.

Herbert *Exenberger*, Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1998.

Herbert *Exenberger*, Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Ergänzungen I. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2001.

Theodor *Faulhaber*, 50 Jahre und kein bißchen weise. Gedanken zum „Gedenkjahr 1988“. In: Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik '88: Wien, München 1989, 227-242.

Erich *Fein*, Die Steine reden. Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes. Mahnmale für die Opfer des Faschismus. Eine Dokumentation, hg. von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs. Wien 1975.

Erich *Fröschl*, Helge Zoitl (Hg.), Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. (Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner Instituts, abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien). Wien 1984.

- Winfried R. *Garscha*, Nationalsozialismus in Österreich 1933-1938. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. (Politik und Zeitgeschichte, 1), Wien ⁵2005, 100–120.
- Winfried R. *Garscha*, Hans Hautmann, Februar 1934 in Österreich. Berlin 1984.
- Michael *Gehler*, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien, München ²1996.
- Michael *Gehler*, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“ Die Waldheim-Affäre 1986-1992. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien, München ²1996, 614-665.
- Walter *Grab*, Wolfgang Neugebauer, Österreichische Freiheits- und Widerstandskämpfer, Vortrag im Wiener Rathaus am 30. November 1994. (Wiener Vorlesungen im Rathaus, 47). Wien 1996.
- Friedrich *Grassegger*, Denkmäler des autoritären Ständestaates. In: Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien, Köln, Weimar 1998, 495-546.
- Ernst *Hanisch*, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. (Österreichische Geschichte 1890-1990, hg. von Herwig Wolfram). Wien 1994.
- Hans *Hautmann*, Die Februarkämpfe. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, 32. Jg., Heft 2: 12. Februar 1934. Wien 1974, 52-58.
- Hans *Hautmann*, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934. Wien 1980.
- Hans *Hautmann*, Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945: Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, 4). Wien 1978.
- Friedrich *Heer*, Der Kampf um die österreichische Identität. Wien 1981.
- Kurt *Heller*, Franz Novy. In: Norbert Leser (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Wien 1964, 267-273.
- Josef *Hindels*, Der Weg zum 12. Feber 1934. Wien 1984.
- Raimund *Hinkel*, Bruno Sykora, Heimat Floridsdorf. Mit einem ersten Straßenverzeichnis. Wien 1977.
- Robert *Hoffmann*, Neuere Literatur zur Geschichte Österreichs von 1927 bis 1938. In: Zeitgeschichte, 3. Jg., Heft 11/12, Wien, Salzburg 1976, 378-393.
- Gerhard *Jagschitz*, Die Nationalsozialistische Partei. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 231-244.
- Ludwig *Jedlicka*, Rudolf Neck, Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien 23. bis 28. Oktober 1972. (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 1) Wien 1973

Ludwig *Jedlicka*, Rudolf Neck, Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974. (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 2). Wien 1975.

Gérard *Kasemir*, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur, Wien, München 21996, 486-501.

Fritz *Kaufmann*, Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei, von 1889 bis zur Gegenwart. Wien 1978.

Andreas *Khol*, Günther Ofner, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik '88. Eine Publikation der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei. Wien, München 1989.

Karl *Klambauer*, Österreichische Gedenkkultur zur Widerstand und Krieg. Denkmäler und Gedächtnisorte in Wien 1945-1986. Innsbruck 2006.

Elisabeth *Klamper*, Ein einzig Volk von Brüdern. Vergessen und Erinnern im Zeichen des Burgfriedens. In: Zeitgeschichte, 24. Jg, Heft 5/6, Innsbruck 1997, 170-185.

Erich *Klein*, Denkwürdiges Wien. Gehen & Sehen. 3 Routen zu Mahnmalen, Gedenkstätten und Orten der Erinnerung der Ersten und Zweiten Republik. (Falter's City walks, 5). Wien 2004.

Klemens von *Klemperer*, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit. Graz, Wien, Köln 1976.

Kommunistischer Bund Salzburg/Hallein (Hg.), Februarkämpfe 1934 in Österreich. Salzburg 1974.

Helmut *König*, Von der Diktatur zur Demokratie oder Was ist Vergangenheitsbewältigung. In: Helmut *König*, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll (Hg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 18/1998). Opladen, Wiesbaden 1998, 371-392.

Helmut *König*, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll (Hg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 18/1998). Opladen, Wiesbaden 1998.

Helmut *Konrad*, Der Februar 1934 im historischen Gedächtnis. In: Werner Anzenberger, Martin Polaschek (Hg.), Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz 2004, 321-338.

Helmut *Konrad*, Der Februar 1934 im historischen Gedächtnis. In: Brigitte Bailer-Galanda (Red.), Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart. Arbeiterbewegung – NS-Herrschaft – Rechtsextremismus. Ein Resümee aus Anlass des 60. Geburtstages von Wolfgang Neugebauer. (Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, 4). Wien 2004, 12-26.

Helmut *Konrad*, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von

- Herbert Steiner. (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung). Wien, München, Zürich 1983.
- Wolfgang Kos, Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945. Wien 1994.
- KPÖ-Bezirksleitung Linz (Hg.), Februar 1934. KPÖ hat das Erbe treu bewahrt. Linz 1984. (DÖW 12769)
- Otto Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund. Wien 1963.
- Norbert Leser (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Wien 1964.
- Christina Lutter (Red.), Ästhetik und Ideologie (Klagenfurt, 3.-4. Oktober 1996), Aneignung und Sinnggebung (Salzburg, 10.-11. Oktober 1996), Abgrenzung und Ausblick (Wien, 25. Oktober 1996). Hg. vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. (Grenzloses Österreich. Dokumentation 5). Wien 1997.
- Wolfgang Maderthaner, 12. Februar 1934: Sozialdemokratie und Bürgerkrieg. In: Rolf Steininger, Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar 1997, 153-202.
- Wolfgang Maderthaner, Die Sozialdemokratie. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 177-194.
- Helene Maimann, Siegfried Mattl (Hg.), Die Kälte des Februar. Österreich 1933-1938. Eine Ausstellung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik gemeinsam mit dem Meidlinger Kulturkreis, Straßenbahn-Remise Wien-Meidling Koppreitergasse 12. Februar bis 1. Mai 1984. Wien ²1984.
- Peter Malina, Geschichte ist die Vergangenheit, die uns angeht. In: Gretl Anzengruber (u.a. Hg.), Vergangenheitsbewältigung. (Schulhelf 43), Wien 1986, 5-18.
- Robert Medek (Hg.), 75 Jahre Städtisches Gaswerk Wien-Leopoldau. Entwicklung der kommunalen Gasversorgung seit 1911. Sonderausstellung der Wiener Stadtwerke-Gaswerke im Bezirksmuseum Floridsdorf, Wien 23. April bis 21. Juni 1987. Hg. von Wiener Stadtwerke-Gaswerke. Wien 1987.
- Biljana Menkovic, Politische Gedenkkultur. Denkmäler – die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum. (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter, 12). Wien 1999.
- Richard Mitten, Die Vergangenheit bewältigen? In: G. Botz, G. Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt 1994.
- Elisabeth Morawek (Hg.), Denkmal und Erinnerung. Spurensuche im 20. Jahrhundert. Anregungen für Schülerinnen- und Schülerprojekte, hg. vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Wien 1993
- Stephan Neuhäuser (Hg.), „Wir werden ganze Arbeit leisten...“ Der austrofaschistische Staatsstreich 1934. Norderstedt 2004

- Wolfgang Neugebauer (Red.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-45. Eine Dokumentation, 3 Bde. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1975.
- Wolfgang Neugebauer (Red.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation, Bd. 1. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1984.
- Kurt Peball, Die Kämpfe in Wien im Februar 1934. Hg. vom Heeresgeschichtlichen Museum. (Militärhistorische Schriftenreihe, 25). Wien 1978.
- Anton Pelinka, Christliche Arbeiterbewegung und Austrofaschismus. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. (Politik und Zeitgeschichte, 1), Wien 2005, 88-99.
- Anton Pelinka, Erika Weinzierl (Hg.), Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien 1987.
- Anton Pelinka, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreich 1933 bis 1938. Wien, München, Zürich 1972 (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung).
- Anton Pelinka, Vom Umgang mit der Geschichte. Denkmäler und historische Erinnerung in der Zweiten Republik. In: Elisabeth Morawek (Hg.), Denkmal und Erinnerung. Spurensuche im 20. Jahrhundert. Anregungen für Schülerinnen- und Schülerprojekte, hg. vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Wien 1993, 14-21.
- Bertrand Perz, Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck, Wien, Bozen 2006.
- Hubert Pfoch, Albert Sever. In: Norbert Leser (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus, Wien 1964, 390-396.
- Reinhard Pohanka, Attentate in Österreich. Graz, Wien, Köln 2001, 167-178.
- Oscar Pollak (Hg.), Der Weg aus dem Dunkel. Bilder aus der Geschichte der österreichischen sozialistischen Bewegung. Wien 1958.
- Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Wien 2005.
- Arnold Reisberg, Februar 1934. Hintergründe und Folgen. Wien 1974.
- Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien, Köln, Weimar 1998.
- Stefan Schemer, Zukunftsland Donaustadt. Geschichte der Donaustädter Sozialdemokratie. Eine Schriftenreihe der SPÖ-Wien. Wien 1993.
(www.donaustadt.spoe.at/domino/html/922/hpbo922.nsf/Rueckblick.pdf)
- Stefan Schmid, Ludwig Dvořak, Gregor Dolleisch, 70 Jahre 12. Februar 1934. Eine Broschüre der Sozialistischen Jugend Wien. Wien 2004.
- Siegfried J. Schmidt, Gedächtnis und Erinnerung: Zur Erinnerungspolitik der Gegenwart. In: Zeitgeschichte, 33. Jg., Heft 2: Gedächtnis zwischen Erfahrung und Repräsentation, Innsbruck 2006, 53-58.
- Josef Schneider, Carl Zell, Der Fall der roten Festung. Wien 1934.

Kurt Scholz (Hg.), 12. Februar 1934. 50 Jahre. Hg. vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Wien 1984.

Alexander Schönau, Warum war der Aufstand nicht siegreich? In: Kommunistischer Bund Salzburg/Hallein (Hg.), Februarkämpfe 1934 in Österreich. Salzburg 1974, 25-26.

Josef Seiter, Politische Denkmäler im Wien der Ersten Republik (1918-1934). In: Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien, Köln, Weimar 1998, 411-460.

Josef Seiter, Vergessen – und trotz alledem – erinnern. Vom Umgang mit Monumenten und Denkmälern in der Zweiten Republik. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 60). Wien 1996, 684-705.

Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 60). Wien 1996.

Alois Sillaber, Straßennamen: Wegweiser zur Identität. In: Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewußtsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern. Wien, Köln, Weimar 1998, 575-618.

Joseph T. Simon, Georg Weissel. In: Norbert Leser (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Wien 1964, 425-441.

Victor Th. Slama, Niemals vergessen! Ein Buch der Anklage, Mahnung und Verpflichtung antifaschistischen Ausstellung im Künstlerhaus. Hg. von der Gemeinde Wien, Wien 1946.

Bruno Sokoll (Hg.), Zum Tode verurteilt. Hg. vom Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1983.

Anton Staudinger, Wolfgang C. Müller, Barbara Steininger, Die Christlichsoziale Partei. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, 160-176.

Herbert Steiner, Zum Tode verurteilt. Österreicher gegen Hitler. Eine Dokumentation. Wien 1964.

Rolf Steininger, Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar 1997.

Kurt Stimmer, Die Arbeiter von Wien. Ein sozialdemokratischer Stadtführer. Wien, München 1988.

Alfred Stirnemann, Beobachtungen im Bedenkjahr 1988. In: Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik '88. Eine Publikation der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei. Wien, München 1989, 243-287.

Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. (Politik und Zeitgeschichte, 1), Wien 2005.

Emmerich *Tálos*, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995.

Emmerich *Tálos*, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien 2002.

Emmerich *Tálos*, Politische Struktur und politische Entwicklung 1927 bis 1934. In: Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hg.), Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. (Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner Instituts, abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien). Wien 1984, 65-73.

Enzo *Traverso*, Gebrauchsanweisungen für die Vergangenheit. Geschichte, Erinnerung, Politik. (Hg. von der jour fixe initiative Berlin). Münster 2007.

Heidmarie *Uhl*, Denkmäler als Symbole des Geschichtsbewußtseins in der Zweiten Republik. In: Christina Lutter (Red.), Ästhetik und Ideologie (Klagenfurt, 3.-4. Oktober 1996), Aneignung und Sinnggebung (Salzburg, 10.-11. Oktober 1996), Abgrenzung und Ausblick (Wein, 25. Oktober 1996). Hg. vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. (Grenzloses Österreich. Dokumentation 5). Wien 1997, 109-128.

Heidmarie *Uhl*, Maria Taferl – „Helden“ und „Erscheinungen gegensätzlicher Art“. In: Wolfgang Müller-Funk, Georg Kugler (Hg.), Zeitreise Heldenberg. Lauter Helden. Katalog zur NÖ-Landesausstellung 2005. Horn, Wien 2005, 104-113.

Heidmarie *Uhl*, Transformationen des Österreichischen Gedächtnisses. Erinnerungspolitik und Denkmalkultur in der zweiten Republik. In: Transit: Europäische Revue, 9. Jg., Heft 15: Vom Neuschreiben der Geschichte. Erinnerungspolitik nach 1945 und 1989. Hg. vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien. Frankfurt am Main 1998, 100-119.

Heidmarie *Uhl*, Vergessen und erinnern. Denkmalkultur und Zeitgeschichte im öffentlichen Raum. Am Beispiel der Steiermark. In: Ein-Sichten und Vor-Bilder. Überlegungen, Materialien und Texte zur Identität Österreichs. (Schulheft 66), Wien, München 1992, 72-82.

Heidmarie *Uhl*, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „österreichischen Gedächtnis“. In: Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik. Hg. u.a. von Christian Gerbel, Wien 2005. (Reihe Kultur. Wissenschaften, Bd. 9), 50-85.

Heidmarie *Uhl* (Hg.), Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts. (Gedächtnis-Erinnerung-Identität), Innsbruck 2003.

Walter *Ullmann*, Franz Uhlir (Hg.), 21. Bezirksmuseum Floridsdorf. (Wiener Geschichtsblätter, hg. von dem Verein für Geschichte der Stadt Wien, Beiheft 2). Wien 2005.

Alexandra *Vasak*, Sichtbare Erinnerung: Der Umgang mit Denkmälern in Österreich. Frankfurt am Main, Wien 2004.

Theodor *Veiter*, „Das 34er Jahr“. Bürgerkrieg in Österreich. München, Wien 1984.

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.), Denkmäler der Arbeiterbewegung. (Dokumentation, 1/93). Wien 1993.

Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. München 2003.

Friedrich *Vogl* (Hg.), Österreichs Eisenbahner im Widerstand. Wien 1968.

Adam *Wandruszka*, Das „nationale Lager“. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd.1. Graz, Wien, Köln 1983, 277-315.

Helmut *Weihsmann*, Das rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919 – 1934. Wien 2002.

Erika *Weinzierl*, Der Februar 1934 und die Folgen für Österreich. Vortrag im Wiener Rathaus am 9. Februar 1994. (Wiener Vorlesungen im Rathaus, 32). Wien 1994.

Erika *Weinzierl*, Kurt Skalnik, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, 2 Bde. Graz, Wien, Köln 1970 und 1983.

Meinrad *Ziegler*, Waltraud Kannonier-Finster, Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit. (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek, 25). Wien, Köln, Weimar 1997.

Zusammenfassung

Die vorliegende Diplomarbeit fokussiert zunächst den gescheiterten Aufstand des Republikanischen Schutzbundes und verbündeter Gruppen im Februar 1934 in Österreich, insbesondere im Wiener Arbeiterbezirk Floridsdorf. Neben den Geschehnissen selbst werden auch die innen- und parteipolitischen Ursachen sowie die Folgen der bewaffneten Auseinandersetzung beleuchtet.

Ein Überblick über die österreichische Gedenkkultur und Denkmallandschaft von 1945 bis heute soll die Veränderung der Geschichtswissenschaft sowie den Wandel der Erinnerungstraditionen zum Widerstand gegen Faschismus in Politik und Gesellschaft aufzeigen. Die Thematisierung des Austrofaschismus, der die demokratische Verfassung schon vier Jahre vor dem „Anschluss“ an Deutschland 1938 abgeschafft hatte, stand jedoch im Zuge der Aufarbeitung der Zeitgeschichte neben dem zentralen Thema Holocaust weitgehend im Hintergrund. Die Erinnerung an die Februarkämpfe ist bis heute parteipolitisch geprägt, insbesondere zwischen beiden Großparteien SPÖ und ÖVP führten unterschiedliche Interpretationen wiederholt zu Konflikten.

Schließlich untersucht die Arbeit konkrete Denkmäler und Erinnerungsorte in Floridsdorf und Donaustadt, die sich auf den Februar 1934 und seine Opfer beziehen. Eine besondere Rolle spielten in diesem Zusammenhang die großen sozialen Wohnbauten sowie einige Betriebe im Bezirk. Die Beschreibung des zeithistorischen Bezugs der Plätze wird mit persönlichen Erfahrungen von Zeitzeugen ergänzt und nutzt somit die subjektive Erinnerung als einen weiteren Zugang der Vergangenheitsbewältigung.

Lebenslauf

Doris Warlitsch

Persönliche Daten

Geboren am 23. Juli 1976 in Wien
Österreichische Staatsbürgerin
Sohn Simon: geboren am 25. Oktober 2003
E-Mail: doris.warlitsch@bmi.gv.at

Schul- und Ausbildung

1990-1996	Matura in der Höheren Lehranstalt für Tourismus und Wirtschaft in der Wassermannngasse, 1220 Wien
seit 2002	Diplomstudium Geschichte an der Universität Wien mit Schwerpunkten Genderforschung und österreichische Zeitgeschichte

Berufliche Erfahrungen

seit 1996	fast durchgehend in der Gastronomie tätig
1997	Flugbegleiterin bei Lauda Air
1998-1999	Büroassistentin im Niederösterreichischen Hilfswerk
2003 u. 2005	Karenz
2000-2007	Restaurant Napoleon, 1220 Wien
2007-2009	teilzeitbeschäftigt im Bundesministerium für Inneres, Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen: Archiv- und Recherchetätigkeiten
Seit Juli 2009	Vertragsbedienstete im Bundesministerium für Inneres, Abt. IV/7, Mauthausen Memorial

Projekttätigkeit im Rahmen des Vereins „Die Aussteller – Verein für historische und kunsthistorische Ausstellungen“:

2004-2006	Mitarbeit an der Ausstellung „Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern“ sowie an dem gleichnamigen Katalog und der erweiterten Publikation (Mandelbaum Verlag 2006)
2006-2007	Mitarbeit an der Ausstellung „Kunst und Kultur im Konzentrationslager Mauthausen 1938-1945“ und dem gleichnamigen Katalog.

Weitere Kenntnisse

EDV	MS Word, MS Excel, MS PowerPoint, Internet Explorer, Arc View, Photoshop
Fremdsprachen	Englisch: in Wort und Schrift Französisch: Grundkenntnisse